

Anträge zum 71. Ordentlichen Bundesparteitag der Freien Demokraten

Inhaltsverzeichnis

L - Leitantrag

L001	Aufbruch vom Jahr der Krisen ins Jahrzehnt des Aufstiegs	9
------	--	---

A1 - Weltbeste Bildung

A1001	Deutsche Auslandsschulen zu einem strategischen Element auswärtiger Kulturpolitik machen!	23
A1002	Spitzen-Azubis fördern: Begabtenförderung für Talente der beruflichen Bildung öffnen	27
A1003	Exzellenzstrategie weiterentwickeln	30
A1004	Forschungsförderung	32
A1005	Zukunft mit weltbesten Bildung – Medien- und Datenkunde von Anfang an	35
A1006	Bundeszentrale für digitale Bildung	37
A1007	Corona-Krise nicht zur Bildungskrise werden lassen	39

A2 - Vorankommen durch eigene Leistung

A2001	Unabhängigkeit der Landwirtschaft stärken – Bürokratie stoppen, fairen Wettbewerb ermöglichen, Investitionen fördern	44
A2002	Entlastung der Ausbildungsbetriebe	53
A2003	Mittelstandspolitik in den Mittelpunkt stellen	54
A2004	Marktwirtschaft kann Tierschutz	55

A3 - Selbstbestimmt in allen Lebenslagen

A3001	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen – Pflege neu denken!	61
A3002	Aus der Corona-Krise lernen – für Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn	67
A3003	Verbesserung der medikamentösen Versorgung älterer, multimorbider Menschen	69
A3004	Der Zukunft eine Stimme geben – Wahlrecht ab 16	71
A3005	Extremismus bekämpfen, Demokratie beleben, Bürgerrechte bewahren	74
A3006	Formvorschriften für Vorsorgevollmachten zum Schutze Wehrloser	78
A3007	Strafaussetzung von Haftstrafen zur Bewährung begrenzen, "Kettenbewahrungen" unterbinden	80
A3008	Voraussetzungen der Zusammenarbeit des demokratischen Staates mit Religionsgemeinschaften	82
A3009	GENDERMEDIZIN – Notwendig für die Gesundheitsversorgung von Männern und Frauen	84
A3010	Weil ohne Ehrenamt nichts geht – Zukunft des Gefahrenschutzes sichern	86
A3011	Diskriminierende Altersgrenzen abschaffen	88
A3012	Keine Umbenennungen christlicher Feste und Feierlichkeiten	89
A3013	Globukalyptose Now! Für Aufklärung statt Esoterik im Gesundheitswesen	90
A3014	Freie Rufnamenwahl für Bürger ab 14 Jahren	93
A3015	Engagierte Familien stärken	95
A3016	Krisenfeste Infrastruktur für Familien in der Krise schaffen	97
A3017	Unabhängige Justiz: Grundpfeiler des Rechtsstaats stärken!	100

A4 - Freiheit und Menschenrechte weltweit

A4001	Reformen für ein demokratisches Europa	103
A4002	Außenpolitische Geisterfahrt beenden: Europas Antwort auf Systemrivale China	107
A4003	Höher, schneller, digitaler: Für eine liberale Reform des Beschaffungswesens der Bundeswehr	112
A4004	Außenpolitische Geisterfahrt beenden: Europas Antwort auf Systemrivale China	117

A5 - Politik, die rechnen kann

A5001	Ehrenämter belohnen anstatt steuerlich bestrafen	127
A5002	Spitzengehälter in öffentlichen Betrieben begrenzen	129

A6 - Nachhaltigkeit durch Innovation

A6001	XTL Kraftstoffe für öffentliche Fuhrparks	131
A6002	Regenerative Wasserstoff-Technologie als wesentlicher Pfeiler für eine klimaneutrale Wirtschaft	133
A6003	Klimaneutrale Brennstoffe und die Bepreisung von CO2-Emissionen: Belohnen statt bestrafen. Wettbewerb statt Verbote	135
A6004	Durch technologieoffene Entwicklungen im Umweltbereich das Reservoir an Natürlichen Ressourcen umweltbewusst nutzen, effektiv einsetzen und bewahren	137
A6005	Zukunft denken – Liberale Weltraumstrategie	145
A6006	Repowering baurechtlich erleichtern	151
A6007	Internationale Klimapolitik – Nach Corona wichtiger denn je	152
A6008	Deutschland braucht den digitalen Durchbruch: Zurück in die Weltspitze bei Zukunftstechnologien	159
A6009	Technologieoffene Forschung unterstützen - verantwortungsvoller Umgang mit atomaren Reststoffen für zukünftige Generationen	168

A7 - Weitere Themen

A7001	Denken wir groß	171
A7002	Führungstandems in Fachausschüssen ermöglichen	173

Antrag L001: Aufbruch vom Jahr der Krisen ins Jahrzehnt des Aufstiegs

Antragsteller/in: Bundesvorstand der Freien Demokraten

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Aufbruch vom Jahr der Krisen ins Jahrzehnt des** 2 **Aufstiegs**

3 **Die Vierfach-Krise erfordert eine neue** 4 **Prioritätensetzung: Arbeitsplätze, Bildung, Chancen**

5 Das Jahr 2020 wird als Jahr der Krisen in die Geschichtsbücher eingehen.
6 Die weltumspannende Corona-Pandemie ist dabei Ausgangspunkt einer
7 **Vierfach-Krise**. Die neuartige Covid19-Krankheit mit ihren teilweise
8 tödlichen und schwerwiegenden Verläufen hat die gesamte Menschheit schwer
9 getroffen. Sie hat eine **Gesundheitskrise** ausgelöst, die viele Menschenleben
10 gekostet und großes Leid, körperliche und seelische Belastungen verursacht
11 hat. Für viele Menschen hat sie unvorstellbare negative Auswirkungen auf
12 ihr alltägliches Leben mit sich gebracht. In Deutschland sind die
13 Gesundheitskrise und das Infektionsgeschehen zum jetzigen Stand [August
14 2020] zwar beherrschbar, aber noch immer virulent und gefährlich.

15 Die Pandemie und die notwendigen Gegenmaßnahmen des Lockdowns haben
16 zugleich die größte **Wirtschaftskrise** in der deutschen Nachkriegsgeschichte
17 verursacht. Eine wirtschaftliche Erholung ab dem Jahr 2021 erscheint zwar
18 möglich, ist aber unsicher. Die weltweite Entwicklung der Pandemie ist
19 nicht vorhersehbar. Wie kaum ein anderes Land ist Deutschland von intakten
20 Weltmärkten abhängig.

21 Die Wirtschaftskrise bringt auch eine **Jobkrise** mit sich: Die Bundesagentur
22 für Arbeit geht von aktuell 640.000 corona-bedingten Arbeitslosen aus, nach
23 Ablauf der ausgesetzten Insolvenzantragspflichten droht eine Insolvenzwelle
24 mit weiteren Arbeitsplatzverlusten. Das Überschreiten der Drei-Millionen-
25 Marke bei der Arbeitslosigkeit steht kurz bevor, Szenarien mit vier
26 Millionen Arbeitslosen sind nicht auszuschließen. Bereits heute haben
27 Unternehmen über 12 Millionen Beschäftigte für Kurzarbeit angemeldet – mehr
28 als je zuvor.

29 Gleichzeitig kündigt sich eine **Chancenkrise** an: Die Zahl der angebotenen
30 Ausbildungsplätze geht um neun Prozent zurück. Die Geschäftsmodelle vieler

31 Kleinbetriebe, Solo-Selbständigen, Künstlerinnen und Künstler und Kreativer
32 sind ohne eigenes Verschulden zerstört worden. Und unter der Schließung von
33 Kitas, Schulen und Weiterbildungseinrichtungen leiden diejenigen besonders,
34 deren Bildungschancen in Deutschland ohnehin eingeschränkt sind. Viel zu
35 oft hängt Bildungserfolg vom sozialen Hintergrund ab.

36 **In gemeinsamer Übernahme von Verantwortung** hatten die staatstragenden
37 Parteien in Regierung und Opposition im März 2020 im Deutschen Bundestag
38 eine epidemische Lage von nationaler Tragweite sowie ein erstes
39 historisches Hilfsprogramm beschlossen. Zum jetzigen Stand [August 2020]
40 ist die Gesundheitskrise nach wie vor ernst, aber insbesondere auch durch
41 den Aufbau von zusätzlichen Test- und Behandlungskapazitäten im
42 Gesundheitssektor, neu gelernten Hygienestandards und Instrumenten für
43 regionale Gegenmaßnahmen bei Infektionsausbrüchen beherrschbar. Wenn man
44 von einzelnen Fehlern wie beispielsweise den Verzögerungen und Pannen bei
45 der „Corona-Tracing-App“ oder der unterbliebenen Weitergabe von
46 Testergebnissen in Bayern einmal absieht, treffen die Regierungen von Bund
47 und Ländern weitgehend richtige Maßnahmen zur Bekämpfung der
48 Gesundheitskrise.

49 Schon bei der Eindämmung der Wirtschaftskrise hat die Bundesregierung
50 jedoch Chancen vertan: So wurde zum Beispiel versäumt, mit einer negativen
51 Gewinnsteuer früh ein einheitliches, unbürokratisches und wirksames
52 Instrument zur schnellen Liquiditätshilfe für den Mittelstand einzuführen.

53 **Mit dem Konjunkturprogramm vom Juni 2020 setzt die Große Koalition falsche**
54 **Prioritäten:** teure und nicht konsistente Einzelmaßnahmen anstelle von
55 langfristig wirksamen Entlastungen, Strukturreformen und
56 Zukunftsinvestitionen. Mehr noch: Im Windschatten der Corona-Krise werden
57 teure und ineffiziente Lieblingsprojekte wie die Grundrente der SPD
58 mitbeschlossen, obwohl sie weder das Problem der Altersarmut noch den
59 Wirtschaftsabschwung bekämpfen. Die bereits bestehende Wirtschaftskrise,
60 die zunehmende Jobkrise und auch die drohende Chancenkrise werden dadurch
61 nicht überwunden.

62 Denn erstens wirken Einzelmaßnahmen wie die temporäre Absenkung der
63 Mehrwertsteuer nur als kurzfristiges und bürokratisches Strohfeuer.
64 Zweitens sind die Ausgabenprogramme schuldenfinanziert. Auf Dauer
65 allerdings lässt sich unsere Volkswirtschaft nicht mit Schulden am Leben
66 halten. Außerdem werden Perspektiven und Handlungsspielräume zukünftiger
67 Generationen eingeschränkt. Drittens war eine Abkühlung der Beschäftigungs-
68 und Wachstumsdynamik schon vor der Corona-Pandemie zu beobachten. Die
69 Abwicklung der Agenda-2010-Reformen durch die Große Koalition und das
70 Ausbleiben struktureller Reformen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze haben

71 Deutschlands Reformpolster aufgezehrt.
72 Das Ausbleiben struktureller Reformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit
73 und Beschäftigung sowie mangelnde Zukunftsinvestitionen in Bildung,
74 Digitalisierung, Infrastrukturen und Chancen für individuellen Wohlstand
75 **untergraben unsere Wettbewerbsfähigkeit, verringern die Chancen auf**
76 **Aufstieg und Wohlstand und bremsen die Leistungsbereitschaft in der Mitte**
77 **der Gesellschaft.**

78 **Soziale Marktwirtschaft: Grundlage für die Erneuerung des**
79 **Aufstiegsversprechens**

80 Die Stärke, mit der Deutschland auf die Krise reagieren konnte, beruht
81 nicht zuletzt auf der Stärke der Sozialen Marktwirtschaft, auf der Kraft
82 der Vielen und einem Staat, der handlungsfähig seine Kernaufgaben
83 wahrnimmt, ohne seine Rolle als Schiedsrichter aus dem Blick zu verlieren.
84 Es wäre fatal, wenn wir diese Werte- und Wirtschaftsordnung durch
85 Detailsteuerung und staatlichen Dirigismus schwächen und uns der Grundlagen
86 für künftigen Wohlstand, Beschäftigung und sozialen Ausgleich berauben.

87 Wir Freie Demokraten setzen auf die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft: **In**
88 **Deutschland steckt das Potential für einen Aufbruch aus dem Jahr der**
89 **Vierfach-Krise in ein Jahrzehnt des Aufstiegs.** Dafür müssen wir die in uns
90 liegenden Kräfte entfesseln: In den Menschen und in den Betrieben. In
91 Gründerinnen und Gründern, Beschäftigten und Unternehmerinnen und
92 Unternehmern. In Schülern und in Forschern. In Arbeitsuchenden und
93 Arbeitgebern.

94 Deshalb müssen die Prioritäten auf **Arbeitsplätze, Bildung und Chancen**
95 **gesetzt werden: Wir benötigen erstens Vorfahrt für Arbeitsplätze durch eine**
96 **Stärkung marktwirtschaftlicher Mechanismen** und die **Entfesselung der**
97 **Beschäftigungsdynamik:** Für den Erhalt gefährdeter Arbeitsplätze. Für die
98 Zukunftssicherung bestehender Arbeitsplätze. Für die Schaffung neuer
99 Arbeitsplätze.

100 Wir benötigen **zweitens einen Kraftakt für die Bildung:** Von der
101 frühkindlichen Bildung über die Schule bis zum lebenslangen Lernen muss
102 unser Anspruch endlich wieder die Weltspitze sein. Denn wir wollen die
103 Krise nicht nur kurzfristig überbrücken, sondern langfristig lösen und
104 gestärkt aus ihr hervorgehen.

105 Wir benötigen **drittens ein Chancenpaket:** Das Vertrauen der Menschen in das
106 Aufstiegsversprechen muss erneuert werden: Wenn sich wieder mehr Chancen
107 bieten, Eigentum, Absicherung für das Alter und Wohlstand durch eigene
108 Leistung zu erreichen, können in Deutschland eine Leistungsbereitschaft und

109 eine Kraft erwachsen, die noch viel stärker als jedes Konjunkturprogramm
110 und jede staatliche Maßnahme wirken. Für diesen Aufbruch schlagen wir Freie
111 Demokraten ein Maßnahmenpaket in den Bereichen Arbeitsplätze, Bildung und
112 Chancen vor:

113 **1. Arbeitsplätze erhalten, Beschäftigung der Zukunft gestalten,**
114 **neue Jobs schaffen**

115 Die Meldungen zu Entlassungen und Jobverlusten mehren sich und bieten
116 düsterere Aussichten für den Arbeitsmarkt. Die IG Metall befürchtet auf
117 Grund des Zusammenwirkens von Corona-Pandemie und Strukturanpassungen einen
118 Verlust von 300.000 Arbeitsplätzen alleine in der Metallindustrie. Quer
119 durch alle Branchen melden mittlere und große Unternehmen im Wochentakt
120 neuen Stellenabbau oder Einstellungsstopps.

121 Im Gegensatz zur Wirtschafts- und Finanzkrise vor mehr als zehn Jahren
122 schlagen die Krisen besonders stark auch im Dienstleistungssektor ein: Etwa
123 in den Bereichen Gastronomie, Beherbergungsgewerbe, Kultur- und
124 Kreativwirtschaft, Gesundheits- und Kosmetikdienstleistungen, Tourismus
125 oder Veranstaltungsgewerbe leiden Betriebe und ihre Mitarbeiterinnen und
126 Mitarbeiter massiv unter der Corona-Pandemie und den weiterhin notwendigen
127 Schutzmaßnahmen.

128 Mit Auslaufen der ausgesetzten Insolvenzantragspflichten **droht ein wahrer**
129 **Insolvenz-Schock** über alle Wirtschaftssektoren hinweg. Laut einer Studie
130 des Münchner ifo-Instituts befürchtet **jeder fünfte deutsche Unternehmer**
131 **eine Insolvenz** in Folge der Corona-Pandemie. Beschäftigung ist jedoch nicht
132 nur eine volkswirtschaftliche Kennzahl. Arbeitsplätze bedeuten individuelle
133 Schicksale, die Versorgung einer Familie, Engagement für Aufstieg und
134 Wohlstand, Zukunftspläne und -vorsorge, Verankerung in der Gesellschaft.
135 Beschäftigung ist außerdem die Basis für unseren volkswirtschaftlichen
136 Wohlstand, für wirtschaftliche Dynamik sowie für unternehmerischen Erfolg.
137 Und sie ist ein Fundament der Finanzierung unseres Staatswesens und unseres
138 leistungsfähigen Sozialstaats.

139 Aus der durch ausbleibenden Reformwillen und die corona-bedingte
140 Wirtschaftskrise hervorgehenden **Jobkrise darf deshalb keine Job-Katastrophe**
141 werden. Kurzarbeit und Finanztransfers reichen nicht dafür aus,
142 Arbeitsplätze langfristig zu sichern. Vor allem tragen sie nicht zur
143 zukunftsfähigen Gestaltung von Arbeitsplätzen und zur Entstehung neuer und
144 innovativer Jobs bei.

145 Wenn wir dagegen die Mechanismen der Sozialen Marktwirtschaft wirken lassen
146 und stärken, können wir die in uns steckende Kraft **für ein neues**
147 **Beschäftigungs- und Wirtschaftswunder entfesseln**: Durch die Entlastung von

148 Bürokratie und Kosten. Durch beschäftigungsfördernde Rahmenbedingungen.
149 Durch mehr Augenmerk auf kleine und mittelständische Betriebe sowie
150 Selbständige. Durch Priorität für Zukunftsinvestitionen. Und durch ein
151 neues Gründungs- und Innovationsklima.

152 • Wir Freie Demokraten fordern Vorfahrt für Neueinstellungen mit einem
153 Jump Start für Arbeitsplätze: Der Staat übernimmt dafür befristet für
154 die nächsten sechs Monate bei allen Neueinstellungen von
155 Auszubildenden und Beschäftigten die Sozialversicherungskosten.

156 • Wir Freie Demokraten schlagen einen sofortigen Bürokratie-Stopp bis
157 Ende 2021 vor. Das bedeutet, dass jedes nicht auf Grund höherer dazu
158 verpflichtender Rechtsgüter erforderliche Gesetzes- oder
159 Verordnungsvorhaben, für das der Nationale Normenkontrollrat eine
160 Nettobelastung der Wirtschaft mit Bürokratiekosten ausweist, zunächst
161 bis Ende des Jahres 2021 zurückgestellt wird.

162 • Der Bürokratie-Stopp muss durch eine Bürokratieabbau-Offensive ergänzt
163 werden. Wenn Unternehmensgründungen an einem einzigen Tag erledigt
164 werden können, wenn der stationäre Einzelhandel zum Beispiel an zwölf
165 Sonntagen im Jahr öffnen darf, wenn mittelständische Betriebe durch
166 den Abbau von Dokumentationspflichten entlastet werden, wenn
167 ehrenamtliches Engagement von Bürokratie befreit wird, wenn Planungs-
168 und Genehmigungsverfahren digitalisiert und deutlich beschleunigt
169 werden: Dann wird davon ein erheblicher Impuls auf die Beschäftigungs-
170 und Wachstumsdynamik in Deutschland ausgehen.

171 • Die öffentliche Hand muss als fairer Auftraggeber handeln.
172 Investitionen der öffentlichen Hand haben in Krisenzeiten einen
173 wichtigen Stabilisierungseffekt. Dabei kommt es jedoch darauf an, dass
174 sich die öffentliche Hand als fairer und verlässlicher Vertragspartner
175 verhält. Die Zahlungsmoral war in der Vergangenheit nicht immer
176 vorbildlich. Dienstleister, Handwerks- und Baubetriebe leiden darunter
177 besonders stark. Offene Rechnungen können Liquidität und Arbeitsplätze
178 massiv gefährden. Deshalb benötigen wir jetzt eine Zahlungsmoral-
179 Offensive der öffentlichen Hand. Zugleich sollte geprüft werden, die
180 Vergabeschwellenwerte für 2020 und 2021 zu erhöhen, damit
181 Investitionen schneller umgesetzt werden.

182 • Wir Freie Demokraten fordern eine wirtschafts- und steuerpolitische
183 Kurskorrektur. Auch hier muss gelten: Vorfahrt für Arbeitsplätze.
184 Durch gezielte Entlastungen können starke Impulse für eine neue
185 Beschäftigungs- und Wachstumsdynamik entstehen. Im ersten Schritt
186 schlagen wir die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische

- 187 Mindestmaß, die sofortige und rückwirkende vollständige Abschaffung
188 des Solidaritätszuschlags und eine durchgreifende Reform der
189 Unternehmensbesteuerung vor. In diesem Rahmen sollte die
190 Körperschaftssteuer auf 12,5 Prozent abgesenkt werden, um Anreize für
191 Investitionen und die Nachfrage nach Arbeitskräften zu setzen. Die
192 Grenze für Sofortabschreibungen geringwertiger Wirtschaftsgüter sollte
193 auf 1.000 Euro erhöht und zeitlich befristet durch eine
194 Sofortabschreibung von bis zu 2.000 Euro bei digitalen
195 Wirtschaftsgütern sowie die Möglichkeit zur degressiven Abschreibung
196 für alle beweglichen Wirtschaftsgüter ergänzt werden. Mit einer
197 steuerlichen Forschungsprämie wird die Innovationskraft in Deutschland
198 gesteigert. Damit die Unternehmen die steuerliche Forschungsförderung
199 auch nutzen können, muss die Bundesregierung endlich die im Gesetz
200 vorgesehene "externe Stelle" schaffen. Die Rücknahme der Vorfälligkeit
201 der Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen verringert nicht nur den
202 bürokratischen Aufwand, sondern entlastet viele Unternehmen
203 unmittelbar. Mit diesem Korrektur-Programm erreichen wir einen
204 zusätzlichen Innovationsschub, der Investitionen erleichtert und
205 Wachstumsimpulse setzt.
- 206 • Wiedereinstellungen erleichtern: Aufgrund der unsicheren
207 wirtschaftlichen Entwicklung scheuen sich Unternehmen vor
208 Wiedereinstellungen zuvor befristet Beschäftigter. Mit einer zeitlich
209 begrenzten Aussetzung des Vorbeschäftigungsverbotes können für viele
210 Unternehmen die Hemmschwellen für Wiedereinstellungen gesenkt werden.
 - 211 • Wir Freie Demokraten schlagen die Revitalisierung der Kräfte der
212 Sozialen Marktwirtschaft durch eine "Wirtschaftswunder-Strategie" vor.
213 Wir müssen uns dafür auf die Mechanismen besinnen, die den
214 Beschäftigungs- und Wachstums-Boom nach Gründung der Bundesrepublik
215 und auch den Erfolg der Agenda-Reformen maßgeblich ermöglicht haben:
216 Durch die Entfesselung der Kräfte, die in leistungsbereiten Menschen,
217 im fairen Wettbewerb, in der Innovationskraft unserer Wirtschaft und
218 im Potential auch junger Unternehmen und Neugründungen liegen. Dafür
219 müssen ihnen Zukunftsperspektiven in Deutschland geboten werden. Der
220 Staat muss dafür Handlungsfähigkeit in seinen Kernaufgaben zeigen und
221 sich gleichzeitig wieder stärker auf die Rolle eines Schiedsrichters
222 konzentrieren. Deshalb fordern wir verbindliche Ausstiegsklauseln bei
223 Staatsbeteiligungen wie bei der Lufthansa, eine verfassungsrechtliche
224 50-Prozent-Höchstgrenze für die Steuerbelastung jedes Menschen und
225 eine Absenkung der Staatsquote auf 40 Prozent bis zum Ende dieses
226 Jahrzehnts. Auch die im Rahmen des Corona-Konjunkturpaketes

- 227 angestrebte Sozialabgabenquote von 40 Prozent muss langfristig und
228 verbindlich festgeschrieben werden. Mit dem Verkauf seiner Anteile an
229 der Deutschen Post und Telekom wird der Staat nicht nur seiner
230 Schiedsrichterrolle gerecht, sondern kann auch die Erlöse
231 zielgerichtet in den Ausbau der digitalen Infrastruktur investieren.
232 Darüber hinaus bietet eine marktwirtschaftliche und technologieoffene
233 Energiepolitik mit einer CO₂-Bepreisung für alle Bereiche eine echte
234 Chance, mit innovativen, klimafreundlichen Produkten und
235 Dienstleistungen eine globale Führungsposition einzunehmen und damit
236 Arbeitsplätze zu schaffen. Deswegen setzen wir Freie Demokraten auf
237 die Ausweitung des EU-Emissionshandels mit einem strikten CO₂-Limit.
- 238 • Für zukunftssichere Jobs von heute und neue Jobs von morgen muss
239 stärker in die Zukunft investiert werden. Die Sozialausgaben des
240 Bundes liegen bei über 50 Prozent – mit steigender Tendenz. Die
241 Investitionsquote des Bundes liegt dagegen nur zwischen 10 und 11
242 Prozent. Wir Freie Demokraten fordern, die Investitionsquote des
243 Bundes in diesem Jahrzehnt kontinuierlich auf 15 Prozent zu erhöhen.
244 Die zusätzlichen Investitionen müssen vorrangig für Digitalisierung,
245 Bildung, Technologien wie Künstliche Intelligenz, Forschung und
246 Entwicklung, Infrastrukturen und Klimaschutz durch Innovation unter
247 Einschluss von Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen genutzt
248 werden.
 - 249 • Wir Freie Demokraten schlagen ein vereinfachtes und kostengünstiges
250 Schutzschirmverfahren für insolvenzbedrohte Unternehmen vor, indem die
251 EU-Restrukturierungs-Richtlinie schnellstmöglich in nationales Recht
252 umgesetzt wird. Unser Ziel ist es, insbesondere kleinen und
253 mittelgroßen Unternehmen einen niedrigschwelligen und möglichst
254 kostengünstigen Zugang zu vorinsolvenzlichen Sanierungsinstrumenten zu
255 ermöglichen, sofern sie corona-bedingt in eine unverschuldete Krise
256 geraten sind. Die Möglichkeit einer weiteren Aussetzung der
257 Insolvenzantragspflicht über den 30. September 2020 hinweg schafft
258 hingegen weder neue wirtschaftliche Perspektiven noch ein taugliches
259 Sanierungsinstrument. Im Gegenteil: Das Risiko eines höheren Schadens
260 für Schuldner wie auch Gläubiger steigt damit.
 - 261 • Wir begrüßen eine neue Präsenz- und Transparenzkultur in Unternehmen,
262 die durch Corona verstärkt wurde, da sie Arbeitnehmerinnen und
263 Arbeitnehmern in Teilzeit ermöglicht, Doppelbelastungen durch Familie
264 und Beruf auszugleichen. Wir setzen uns nach wie vor dafür ein, dass
265 das deutsche Arbeitszeitgesetz modernisiert wird und endlich die
266 Spielräume genutzt werden, die das europäische Recht bietet.

267 Beschäftigte sollen ein Recht auf mobiles Arbeiten und Homeoffice
268 erhalten, sofern Betriebsgröße oder betriebliche Belange nicht
269 entgegenstehen. Wir begrüßen es, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf
270 individuelle Vereinbarungen setzen und Arbeitszeiten flexibilisieren,
271 welche eine Steigerung des Stundenanteils trotz Familienarbeit
272 erlauben (familienfreundliche Vollzeit).

273 • Wir setzen uns für einen Kulturwandel in Unternehmen ein, der die
274 Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen auf allen
275 Ebenen ermöglicht. Ein gutes Talentmanagement von Anfang an, das auch
276 familienbedingte Auszeiten berücksichtigt und honoriert soll ebenso
277 dazu beitragen wie das Führen im Tandem. Für Mitglieder der höchsten
278 Führungsriege wie den Vorstand sollen in begründeten Fällen wie
279 Geburt, Elternzeit, Pflege von Angehörigen oder eigene Erkrankung
280 zeitlich begrenzte Auszeiten durch Mandatsruhezeiten ermöglicht
281 werden.

282 • Wer im Homeoffice arbeitet, kann nicht gleichzeitig Kinder betreuen
283 oder beschulen. Deshalb müssen Kindertagesstätten und Schulen
284 möglichst geöffnet bleiben. Die Hygienekonzepte der Kitas und Schulen
285 müssen entsprechend ausgestaltet sein. Bei einem Anspruch auf
286 Notbetreuung darf dieser nicht unter Hinweis auf Homeoffice verwehrt
287 werden, insbesondere Alleinerziehende müssen hier berücksichtigt
288 werden. Im Übrigen ist die Kinderbetreuungsinfrastruktur auszubauen,
289 um mehr Kindergarten-Plätze bzw. Plätze bei Tagesmüttern/-vätern mit
290 flexibleren Öffnungszeiten sowie ein flächendeckendes Angebot der
291 Ganztags- und Hortbetreuung an Schulen zu schaffen. Für Menschen, die
292 im Schichtdienst arbeiten, soll Kinderbetreuung zu Hause staatlich
293 unterstützt werden. Zudem wollen wir Betriebskindertagesstätten
294 stärker fördern und dazu ein KfW-Programm für Unternehmen auflegen.
295 Finanzielle Unterstützung von Unternehmen an ihre Mitarbeiterinnen und
296 Mitarbeiter für eine private Kinderbetreuung soll steuerlich absetzbar
297 sein.

298 • Familien und Alleinerziehende wollen wir dadurch entlasten, dass wir
299 die Kinderfreibeträge anheben und Betreuungskosten bis zum
300 Höchstbetrag steuerlich voll absetzbar machen. Damit Eltern frei
301 entscheiden können, wie sie Beruf und Familie miteinander vereinbaren,
302 wollen wir flexible, zeitgemäße Modelle stärken. Wir fordern daher,
303 die Steuerklassen III und V abzuschaffen, damit sich in der
304 Steuerklasse IV die Abzugsbeträge beider Ehegatten stärker am
305 jeweiligen Anteil am Bruttoarbeitslohn (Faktorverfahren) orientieren.
306 Dies macht auch bei Lohnersatzleistungen wie Elterngeld oder

307 Kurzarbeitergeld einen spürbaren Unterschied.

308 **2. Weltbeste Bildungschancen als Grundlage für Aufstieg und**
309 **Wohlstand garantieren**

310 Schon vor der Corona-Krise war das Bildungssystem in Deutschland nicht
311 leistungs- und zukunftsfähig genug. Die Bildungsinvestitionen in
312 Deutschland liegen im OECD-Vergleich unterhalb des Durchschnittes. Dafür
313 leistet sich Deutschland einen Bildungsföderalismus, der zu selten
314 wettbewerbsgetriebene Spitzenleistungen und zu häufig Kleinstaaterei
315 hervorbringt.

316 In Deutschland hängt Bildungserfolg noch immer maßgeblich vom Elternhaus
317 ab. Die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss ist auf über 53.000
318 gestiegen. Das sind 6,8 Prozent eines jeden Jahrganges, die mit
319 schlechteren Chancen in ihre Berufsleben starten. Das muss sich ändern.
320 Jeder junge Mensch hat Chancen auf Aufstieg durch eigene Leistung verdient.
321 Und überall in Deutschland versiegen täglich Talente, weil sie nicht früh
322 genug, intensiv genug oder zielgerichtet genug gefördert werden.
323 Chancengerechtigkeit heißt, jedes Talent zu fördern und zur Entfaltung zu
324 bringen.

325 Die Corona-Pandemie hat Bildungschancen gerade dort zusätzlich verringert,
326 wo Bildungsarmut bereits verbreitet war. Und sie hat ein Brennglas darauf
327 gerichtet, wo Modernisierungs- und Reformprozesse über Jahre verschleppt
328 wurden: Schulen und Kitas waren über Monate geschlossen. In zahlreichen
329 Fällen wurden keinerlei digitale Alternativen angeboten, Lehrerinnen und
330 Lehrer allein gelassen. Begrüßenswerte Eigeninitiative engagierter
331 Lehrerinnen und Lehrer wurde teilweise sogar ausgebremst. Viele
332 Bundesländer sind mit Öffnungsstrategien nicht vorangekommen, marode
333 Schulgebäude erschweren nach wie vor die Umsetzung von Hygienekonzepten.
334 Digitale Lehrmittel und Technologien fehlen. Das muss sich sofort ändern:
335 Wir brauchen einen Kraftakt für die Bildungspolitik für mehr
336 Bildungschancen.

- 337 • Wir Freie Demokraten fordern eine Unterrichtspflicht für den Staat.
338 Auch eine Pandemie darf nie wieder dazu führen, dass Unterricht
339 ersatzlos abgesagt, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer alleine
340 gelassen, Kinder vernachlässigt werden. Kindern darf das Recht auf
341 Bildung nie wieder vorenthalten werden. Wenn der Präsenzunterricht
342 nicht stattfinden kann, muss digitales Lernen von Zuhause ohne
343 Verzögerungen möglich sein.
- 344 • Die frühkindliche Bildung legt den Grundstein für einen erfolgreichen
345 späteren Bildungs-, Berufs- und Lebensweg. Den wirkungsvollsten

- 346 Beitrag zur Förderung aller Begabungen und Fähigkeiten unabhängig vom
347 sozialen Hintergrund stellt frühkindliche Bildung dar. Wir Freie
348 Demokraten fordern: Kindertageseinrichtungen müssen als erste Stufe
349 der Bildungskette verankert und noch besser befähigt werden,
350 qualitativ hochwertige Erziehungs-, Betreuungs-, und Bildungsarbeit
351 leisten zu können. Dafür benötigen wir bundesweit einheitliche
352 Qualitätsstandards für Kitas. Denn hier ist Deutschland noch nicht gut
353 genug: Sozialer Hintergrund und Wohnort entscheiden noch zu häufig
354 über Bildungschancen von Kindern. Als konkreten Baustein für
355 Investitionen in Zukunftschancen und Qualität schlagen wir vor, das
356 Bundesprogramm "SprachKitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist"
357 fortzuführen und weiterzuentwickeln. Ein weiterer Schwerpunkt sollte
358 auf die stärkere Vermittlung frühkindlicher Bildung durch musikalische
359 und sportliche Angebote gelegt werden, da diese erheblich die
360 Ausbildung von Fähigkeiten etwa zur Konzentration unterstützen und
361 eine hervorragende Grundlage für weitere Kompetenzen sind. Auch die
362 Vermittlung von naturwissenschaftlichen Phänomenen im Alltag oder
363 mathematisch-technischen Zusammenhängen sollte eine wichtige Rolle
364 spielen und Fachkräfte entsprechend aus- und weitergebildet werden, um
365 Mädchen und Jungen gleichermaßen an MINT-Themen heranzuführen, die in
366 der Arbeitswelt von morgen eine bedeutende Rolle spielen werden.
- 367 • Eine Stärkung der frühkindlichen Bildung muss auch in der Ausbildung
368 Niederschlag finden. Wir Freie Demokraten schlagen vor, dass die
369 Ausbildung zur Fachkraft im Bereich der frühkindlichen Bildung
370 bundesweit nicht nur schulgeldfrei erfolgt, sondern auch vergütet
371 wird. Dies wertet das Berufsbild spürbar auf, indem es verbesserte
372 Möglichkeiten schafft, eine solche Berufswahl auch während der
373 Ausbildungszeit mit individuellen Lebensentwürfen vereinbaren zu
374 können.
 - 375 • Bildung ist das beste Konjunkturpaket! Wir Freie Demokraten fordern,
376 dass Bund und Länder intensiver kooperieren und massiv in Schulen und
377 Bildung investieren: Moderne Schulgebäude und Technik, Aus- und
378 Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer, digitale Lehr- und
379 Lernmethoden, Glasfasernetz und leistungsfähiges WLAN. Unser Anspruch
380 ist, dass unsere Schulen die modernsten der Welt sind. Dafür müssen
381 wir Weltspitze bei Bildungsinvestitionen Unser Ziel muss es sein, in
382 die Top Fünf im OECD-Vergleich vorzurücken.
 - 383 • Wir Freie Demokraten schlagen die Einführung eines Kinderchancengeldes
384 Dieses bündelt alle kindesbezogenen Leistungen wie Kindergeld,
385 Wohngeld oder Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket und fußt

- 386 auf drei Säulen: Einen Basisbetrag, einen einkommensabhängigen
387 zusätzlichen Flexibetrag und das Chancenpaket für Bildung und
388 Teilhabe.
- 389 • Digitale Bildung bietet enorme Chancen für individuelles Lernen. Nicht
390 nur in Zeiten geschlossener Schulen oder reduzierter Klassengrößen ist
391 digitale Bildung von großer Bedeutung für den Zugang zu
392 Bildungschancen. Wir Freie Demokraten wollen, dass der Digitalpakt
393 radikal vereinfacht wird. Die Digitalpakt-Mittel müssen deutlich
394 früher an den Schulen ankommen. Außerdem müssen wir schnellstmöglich
395 mit einem Digitalpakt 2.0 einen Turbo für die Digitalisierung des
396 Unterrichts zünden. Während das Smartphone bei Kindern und
397 Jugendlichen zum Alltag gehört, herrscht in den Klassenzimmern oft
398 noch Kreidezeit. Wir wollen unsere Schulen deshalb mit digitalen
399 Klassenzimmern und individuellen Lernkonzepten in die Zukunft bringen.
400 Dazu brauchen wir schnelles Internet in jedem Klassenzimmer. Um
401 Bildung für jede und jeden überhaupt möglich zu machen, müssen Laptops
402 oder Tablets als Lernmittel für wirtschaftlich benachteiligte Kinder
403 nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens zur Verfügung gestellt werden.
404 Gerade damit wird ein wichtiger Beitrag zur Chancengerechtigkeit
405 geleistet. Lernräume mit Internet-Zugang müssen den Schülerinnen und
406 Schülern auch außerhalb der Unterrichtszeiten zugänglich sein. Und wir
407 benötigen eine moderne Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Lehrkräfte
408 bundesweit.
 - 409 • Wir Freie Demokraten wollen, dass Bildungserfolg nicht vom Elternhaus
410 oder dem Wohnort abhängt. Dazu schlagen wir bundesweit die Einrichtung
411 von Talentschulen vor, wie sie die schwarz-gelbe NRW-Koalition
412 eingeführt hat. Im Rahmen des Projektes können Schulen an sozial
413 benachteiligten Standorten zum Beispiel mit mehr Lehrkräften und
414 Sozialarbeitern ausgestattet werden.
 - 415 • Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind wichtige Bausteine dafür,
416 berufliche und persönliche Ziele zu erreichen. Wir Freie Demokraten
417 schlagen ein zweites Bildungssystem für das ganze Leben mit gezielten
418 Maßnahmen vor, die sich gegenseitig verstärken können: Mit der
419 Einführung eines persönlichen Freiraum-Kontos, auf dem Beschäftigte
420 mit Hilfe des Arbeitgebers und staatlichen Zuschüssen Geld für
421 Weiterbildungen oder berufliche Umorientierung ansparen könnten. Und
422 mit einem neuen "Midlife-Bafög", das Beschäftigten mit geringerem
423 Einkommen Weiterqualifizierungen ermöglicht. Mit einer digitalen
424 Bildungsarena werden die Bildungsangebote, vom Hochschulkurs bis zum
425 E-Learning-Modul, übersichtlich gebündelt und erreichte

426 Qualifikationen per Mausclick vergleichbar. Damit leisten wir auch
427 einen Beitrag, die Grundlagen für eine Beschäftigung ohne
428 Altersgrenzen zu schaffen. Weiter- und Ausbildungsformate sollen
429 flexibler gestaltet werden und auch in Teilzeit sowie während der
430 Elternzeit absolviert werden können.

- 431 • **Bildungsbonus:** Gerade in Zeiten der Rezession dürfen Weiterbildung und
432 digitale Qualifizierungen nicht auf der Strecke bleiben.
433 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Selbständige und Arbeitssuchende,
434 die in ihre Qualifizierung und digitale Kompetenzen investieren,
435 erhalten einkommensunabhängig einen einmaligen Weiterbildungsbonus in
436 Höhe von 250 Euro.

437 **3. Chancen auf Aufstieg und Wohlstand für jeden Einzelnen** 438 **verbessern**

439 Perspektiven auf Wohlstand für die eigene Familie, auf Absicherung für das
440 Alter und auf gesellschaftlichen Aufstieg treiben den Wunsch vieler
441 Menschen nach Vorankommen durch eigene Leistung an. Keine staatliche
442 Maßnahme kann diese Leistungsbereitschaft ersetzen. Deshalb brauchen wir
443 wieder mehr Chancen auf Aufstieg und Wohlstand für jede und jeden
444 Einzelnen.

445 Der Staat war finanziell gut auf die Corona-Pandemie vorbereitet. Diese
446 Vorbereitung hat er jedoch zulasten der Bürgerinnen und Bürger und der
447 Betriebe vorgenommen: In den zehn Jahren von 2010 bis 2019 sind die
448 Steuereinnahmen in Deutschland von 530 Milliarden Euro um 266 Milliarden
449 Euro auf 796 Milliarden Euro – also um 50 Prozent! – gestiegen. Die
450 Nettolöhne der Beschäftigten sind im gleichen Zeitraum lediglich um gut 10
451 Prozent gestiegen – trotz sehr solider Tarifabschlüsse und
452 Bruttolohnzuwächse.

453 Auch vielen Betrieben mangelt es vor dem Hintergrund der (im OECD-
454 Vergleich) weltweit höchsten Steuer- und Abgabenlast an Eigenkapital. Dabei
455 schützt Substanz vor Krisen. Und Wohlstandsperspektiven helfen, Krisen
456 schnell zu überwinden.

- 457 • Wir Freie Demokraten fordern eine faire Einkommensteuer für die
458 arbeitende Mitte. Gerade bei kleinen und mittleren Einkommen steigt
459 die Steuerlast besonders schnell an. Daher wollen wir den Tarif "nach
460 rechts verschieben". Dadurch greifen höhere Steuersätze erst später,
461 also bei einem höheren Einkommen als heute. Der Spitzensteuersatz
462 sollte zukünftig erst ab einem echten Spitzeneinkommen von 90.000 Euro
463 gelten. Mit unserem Reformvorschlag wird zum Beispiel ein Ehepaar
464 (eine Fachkraft bei einem Automobilzulieferer, 60.000 Euro

- 465 Jahresgehalt und eine Kindergärtnerin bzw. ein Kindergärtner,
466 Jahresgehalt 40.000 Euro) mit zwei Kindern jährlich um 1.197 Euro
467 entlastet. Sämtliche Freibeträge und Pauschalen in der Einkommensteuer
468 sollten an die Inflations- und Einkommensentwicklung der letzten Jahre
469 angepasst werden. Nach der einmaligen Anpassung sollten sowohl die
470 Freibeträge als auch die Eckwerte des Steuertarifes in Zukunft
471 regelmäßig und automatisch an die Einkommens- und Lohnentwicklung
472 angepasst werden.
- 473 • Chancen für Aufstieg und Chancen für die Zukunfts- und
474 Altersabsicherung entfesseln Beschäftigungs- und Wachstumsdynamik. Der
475 größte Beitrag dafür ist Eigentum. Wir Freie Demokraten wollen die
476 Rahmenbedingungen für den Erwerb von Eigentum so gestalten, dass
477 Normalverdiener in der arbeitenden Mitte der Gesellschaft mehr
478 Möglichkeiten und mehr Perspektiven haben. Das gilt insbesondere für
479 den Erwerb von Wohneigentum. Die Einführung eines flexiblen
480 Freibetrages bei der Grunderwerbsteuer in Höhe von 500.000 Euro bei
481 Erwerb einer selbst genutzten Immobilie muss endlich umgesetzt werden.
482 Konkret soll es beim Erwerb selbst genutzter Immobilien eine flexible,
483 wiederauffüllbare Entlastung von der Grunderwerbsteuer in Höhe von
484 17.500 Euro geben. Die Einführung der Absetzbarkeit privater
485 Schuldzinsen und einer Abschreibungsmöglichkeit für Selbstnutzer
486 könnte ein zusätzlicher Anreiz sein.
 - 487 • Auch Aktien können einen viel größeren Beitrag zum Wohlstand und zur
488 Zukunfts- und Altersvorsorge leisten als heute. Trotz der niedrigen
489 Zinsen sind nur rund sieben Prozent der Deutschen Aktionäre, inklusive
490 Fonds liegt die Quote bei 14 Prozent. In den Niederlanden, den USA
491 oder Schweden liegt sie drei- bis fünfmal so hoch. Deshalb schlagen
492 wir die Wiedereinführung der Spekulationsfrist mit einem Zeitraum von
493 fünf Jahren vor, um einen Anreiz für langfristige Investitionen zu
494 schaffen. Zudem sollte der Sparerfreibetrag erhöht werden.
 - 495 • Wir Freie Demokraten möchten mehr Frauen zur Gründung von Unternehmen
496 ermutigen. Um das Potential unter Gründerinnen stärker auszuschöpfen
497 und mehr Frauen zum Gründen zu bewegen, fordern wir, eine
498 bürokratiefreie Gründungsphase für Unternehmen sowie eine unabhängige
499 Beratungsstelle zu schaffen, Gründungen von einem Zwang zu Mehrfach-
500 Kammerzugehörigkeit zu befreien, eine beitragsfreie Mitgliedschaft bei
501 IHK und Handwerkskammern in den ersten zwei Jahren zu ermöglichen
502 sowie Krankenkassenbeiträge von freiwillig gesetzlich versicherten
503 Selbständigen anhand des tatsächlichen Einkommens zu bemessen. Darüber
504 hinaus schlagen wir eine gesicherte Basisrente mit Anrechnung

- 505 geleisteter Arbeitsjahre auch während der Selbständigkeit vor, um
506 Gründerinnen die Angst vor Altersarmut zu nehmen. Ein öffentlich-
507 privater Venture Capital Fonds soll Gründerinnen beim Zugang zu und
508 der Einwerbung von Wagniskapital unterstützen. Wir möchten frühzeitig
509 Schülerinnen und Studentinnen für das Abenteuer Gründung begeistern
510 und deshalb Entrepreneurship an die Schulen bringen sowie an
511 Hochschulen Entrepreneurship Centres einrichten, die sich explizit an
512 Studentinnen richten. Der Gründungszuschuss ist von einer vorhandenen
513 Arbeitslosigkeit abzukoppeln. Insbesondere während bzw. nach der
514 Familienphase soll sich die Gründerin einmalig um eine Förderung in
515 der Startphase bewerben können.
- 516 • Wir Freie Demokraten wollen, dass noch mehr Arbeitnehmerinnen und
517 Arbeitnehmer Mit-Eigentümer ihres Betriebes oder Unternehmens werden.
518 Daher wollen wir die Mitarbeiterkapitalbeteiligung attraktiver
519 gestalten und schlagen einen höheren Steuerfreibetrag vor: Dieser soll
520 langfristig auf 5.000 Euro angehoben werden. Auf diese Weise fördern
521 wir den persönlichen Vermögensaufbau und die Altersvorsorge – gerade
522 in Zeiten niedriger Zinsen.
 - 523 • Mit einer Erhöhung der Minijobgrenze und der schrittweisen Einführung
524 des Liberalen Bürgergeldes fördern und verbessern wir das Vorankommen
525 durch eigene Leistung. Die Minijobgrenze soll dynamisiert werden und
526 fortan das 60-fache des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns
527 betragen, also aktuell 561 Euro. Dadurch gewährleisten wir, dass auch
528 Minijobber bei Erhöhungen des Mindestlohns profitieren, statt wie
529 bisher ihre Arbeitszeit reduzieren zu müssen. Durch das Liberale
530 Bürgergeld sollen die Hinzuverdienstgrenzen für Menschen im Hartz-IV-
531 System leistungsgerechter ausgestaltet werden, damit sich Arbeit
532 wirklich lohnt. Durch die schrittweise Bündelung steuerfinanzierter
533 Sozialleistungen bauen wir zudem unnötige Bürokratie ab und schaffen
534 so in den Jobcentern mehr Zeit für eine passgenaue Beratungs- und
535 Vermittlungsarbeit. Durch diese Maßnahmen können wir 300.000 Menschen
536 neu in Arbeit bringen. Auch Hinzuverdienstgrenzen von Rentnerinnen und
537 Rentnern sollten wegfallen.

Antrag A1001: Deutsche Auslandsschulen zu einem strategischen Element auswärtiger Kulturpolitik machen!

Antragsteller/in: Auslandsgruppe Europa

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 **Deutsche Auslandsschulen zu einem strategischen**
- 2 **Element auswärtiger Kulturpolitik machen!**
- 3 Wir Freie Demokraten fordern die Bundesregierung dazu auf, eine
- 4 detaillierte Analyse der Verteilung und Ausstattung anerkannter deutscher
- 5 Auslandsschulen vorzunehmen und unter Berücksichtigung
- 6 • der historischen Kulturverbindungen,
- 7 • der aktuellen Verteilung von Auslandsdeutschen,
- 8 • der Auswanderungsziele insbesondere hoch qualifizierter deutscher
- 9 Staatsbürgerinnen und Staatsbürger,
- 10 • der Standorte internationaler Organisationen und multinationaler
- 11 Unternehmen
- 12 • sowie der strategischen wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen
- 13 der Bundesrepublik
- 14 einen Masterplan zur Neugründung deutscher Auslandsschulen beziehungsweise
- 15 zur Aufwertung von Schulen mit Deutschprofil zu offiziellen deutschen
- 16 Auslandsschulen zu entwickeln, gegebenenfalls auch in Zusammenarbeit mit
- 17 der Republik Österreich und der Schweiz. Sodann sind Verhandlungen mit den
- 18 jeweiligen Gastländern unter Einbeziehung der deutschen Auslandsgemeinden
- 19 vor Ort aufzunehmen, um diese Schulen zu begründen beziehungsweise
- 20 aufzuwerten, und innerhalb der jeweiligen nationalen Bildungssysteme
- 21 anerkennen zu lassen, um einen dem deutschen Abitur gleichwertigen
- 22 Abschluss anbieten zu können. Gleichzeitig wird die Bundesregierung
- 23 aufgefordert zu prüfen, wie die bereits vorhandenen Auslandsschulen durch
- 24 die Entsendung zusätzlicher Lehrkräfte oder durch Zuschüsse zum Beispiel
- 25 für Erweiterungsbauten gestärkt werden können.

Begründung

Weltweit gibt es 140 von der Bundesrepublik offiziell anerkannte Deutsche Schulen im Ausland. Viele dieser Schulen sind historisch aufgrund lokaler Initiativen von

Auslandsdeutschen entstanden, die teilweise mehr als 100 Jahre zurückreichen. Die deutschen Auslandsschulen sind als bilinguale Begegnungsschulen (Deutsch/Landessprache) konzipiert, die den Austausch zwischen den Kulturen fördern und dabei die deutsche Sprache und Kultur verbreiten.

In vielen Ländern insbesondere des globalen Südens gehören deutsche Auslandsschulen zu den Bildungseinrichtungen, in denen aufgrund der hochklassigen Bildung die Eliten des jeweiligen Gastlandes ausgebildet werden. Vielerorts haben heutige Minister, Botschafter, Unternehmensführer und andere Personen des öffentlichen Lebens des Gastlandes deutsche Auslandsschulen besucht und bleiben durch sie ein Leben lang der deutschen Kultur und damit Deutschland freundschaftlich verbunden. Gleichzeitig bieten die Schulen den Kindern deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern in der Diaspora die Möglichkeit, das deutsche Abitur zu erwerben, und bilden nicht zu unterschätzende Kristallisationspunkte deutscher Gemeinden im Ausland. Gerade für junge, hoch qualifizierte und mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist das Vorhandensein eines deutschsprachigen Schulangebots vor Ort von elementarer Bedeutung. Nicht zuletzt erhöhen deutsche Auslandsschulen auch die Attraktivität des Lehrerberufs im Inland, da sie deutschen Lehrkräften die Möglichkeit eines mehrjährigen Auslandsaufenthalts bieten.

Getragen werden deutsche Auslandsschulen überwiegend durch gemeinnützige Schulvereine in privater Trägerschaft. Infrastruktur und Betrieb werden im Regelfall über Schulgebühren finanziert, wohingegen die Entsendung deutscher Lehrkräfte vom deutschen Staat übernommen wird. So lobenswert diese Unterstützung auch ist, so ist ihr Umfang angesichts einer rasant fortschreitenden Globalisierung und teilweise aggressiven auswärtigen Kulturpolitik anderer Staaten viel zu gering.

Insbesondere aber ist keinerlei Strategie zu erkennen, mit der deutsche Auslandsschulen als zielgerichtetes Instrument deutscher Außen- und Wirtschaftspolitik etabliert und gefördert werden. Oft sind deutsche Auslandsschulen aufgrund eines historischen Zufalls entstanden. In den wenigsten Fällen waren damit strategische Interessen des deutschen Staates verbunden. Dies ist etwa in Frankreich ganz anders, wo die gezielte Gründung französischer Auslandsschulen klar definierten nationalen Interessen zur Verbreitung der Frankophonie in der Welt dient. Auch die jüngsten Bestrebungen Ankaras, türkische Auslandsschulen in Deutschland zu etablieren, sind vor diesem Hintergrund zu sehen.

Auch die Bundesrepublik Deutschland sollte dazu übergehen, unter strategischen Gesichtspunkten zu definieren, in welchen Zielländern beziehungsweise an welchen Standorten deutsche Auslandsschulen etabliert werden sollten. Dies können beispielsweise Länder sein, in denen Deutschland wirtschaftliche oder geopolitische Interessen verfolgt und daher ein Interesse daran hat, ein deutschlandfreundliches Klima zu schaffen. Ebenso gibt es Länder, die traditionell eine enge Partnerschaft mit Deutschland pflegen, welche aber noch nicht durch eine entsprechende Bildungseinrichtung verankert ist.

Ein zunehmend wichtiges Ziel ist es auch, deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in internationalen Organisationen und an den Schaltstellen multinationaler Unternehmen zu platzieren, wofür gerade bei hoch qualifizierten Nachwuchskräften ein deutsches Bildungsangebot fern der Heimat ein zentrales Entscheidungskriterium ist. Nicht zuletzt ist und bleibt es ein wichtiges Anliegen, der deutschen Diaspora und Auslandsdeutschen in zweiter oder dritter Generation eine kulturelle Heimstatt zu bieten. Die Stärkung solcher Gemeinschaften ist im deutschen Interesse, sind sie doch oft in der neuen Heimat voll integriert und haben Zugang zu wichtigen Entscheidungsträgern (oder stellen diese sogar). Hier hat es im Zuge der Globalisierung in den letzten 30 Jahren durchaus signifikante Verschiebungen im Vergleich zu historischen Migrationsbewegungen deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger gegeben.

Im Folgenden sollen einige Beispiele genannt werden, wo das Fehlen deutscher Auslandsschulen strategischen Interessen der Bundesrepublik zuwiderläuft:

Europa

Auch wenn es in Zeiten einer Europäischen Union mit 27 Mitgliedstaaten und EU-weiter Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit anachronistisch erscheint, so fehlen deutsche Auslandsschulen nach wie vor in einer Reihe von EU-Staaten, zum Beispiel in Lettland und Litauen. Doch selbst in größeren europäischen Staaten sind diese nur spärlich vertreten. So gibt es im gesamten Vereinigten Königreich nur eine einzige anerkannte deutsche Auslandsschule in London – aber keine Schule zum Beispiel im künftig möglicherweise unabhängigen Schottland. In Frankreich gibt es zwar zahlreiche Deutsch-Profil-Schulen, aber nur zwei offizielle deutsche Auslandsschulen in Paris und Toulouse. In Italien existieren neben einigen Deutsch-Profil-Schulen nur drei deutsche Auslandsschulen (Rom, Mailand, Genua) – aber keine in der überdurchschnittlich deutsch geprägten Toskana. Zudem wäre es wünschenswert, in Regionen mit langer deutscher Kulturgeschichte wie etwa Siebenbürgen eine vom deutschen Staat geförderte deutsche Schule zu etablieren. Der aus Hermannstadt/Sibiu stammende rumänische Präsident Klaus Johannis zeigt als deutscher Muttersprachler die Sinnhaftigkeit solcher Investitionen, denn dadurch schafft man sich künftige Verbündete in den europäischen Institutionen. Trotz der vielfältigen Beziehungen zum deutschen Kulturraum gibt es in ganz Russland nur deutsche Auslandsschulen in Moskau und St. Petersburg, nicht aber in Metropolen wie Nowosibirsk oder Jekaterinburg. Auch eine deutsche Auslandsschule in Kaliningrad (Königsberg) sollte heutzutage kein Tabu mehr sein und kann zu einer Aussöhnung zwischen den Völkern beitragen. 75 Jahre nach Kriegsende darf auch durchaus die Frage gestellt werden, warum es in Polen nur eine deutsche Auslandsschule gibt (Warschau).

Asien/Ozeanien

In strategisch wichtigen Zentren Vorderasiens fehlen deutsche Auslandsschulen, etwa in Amman oder Muscat, aber auch – bei allem Respekt vor der Geschichte – in Tel Aviv. In den aufstrebenden Metropolen der Kaukasusregion wie Baku oder Yerevan gibt es keine deutsche Auslandsschule, ebenso wenig in den 1991 unabhängig gewordenen Staaten Zentralasiens. In Südasien gibt es weder in Pakistan noch Sri Lanka eine anerkannte deutsche Schule, und ob die beiden deutschen Auslandsschulen in Neu-Delhi und Mumbai deutsche Interessen in Indien ausreichend abdecken können, darf bezweifelt werden. So wäre es durchaus in deutschem Interesse, eine offizielle deutsche Auslandsschule im weltweit bedeutenden IT-Zentrum Bangalore zu unterhalten, dessen Fachkräfte sich möglicherweise für den deutschen Markt interessieren würden, hätte ihnen jemand die deutsche Sprache und Kultur nähergebracht. Gleiches gilt für die nur fünf deutschen Auslandsschulen in der Volksrepublik China. Zu guter Letzt ist es bedauerlich, dass es in Neuseeland als beliebtem deutschen Auswandererziel keine deutsche Auslandsschule gibt.

Afrika

In Afrika gibt es nur sehr wenige deutsche Auslandsschulen. Nach wie vor fehlen diese in regional wichtigen Zentren, wie etwa Dakar, Abidjan oder Luanda. Selbst in den Ländern, in denen Deutschland koloniale Spuren hinterlassen hat, gibt es – mit Ausnahme von Namibia – keine anerkannten deutschen Schulen. Ebenso gibt es im gesamten Maghreb keine einzige deutsche Auslandsschule (zum Beispiel Marokko, Algerien, Tunesien).

Nordamerika

In den USA gibt es anerkannte deutsche Auslandsschulen lediglich in New York, Washington DC, Boston, Portland und im Silicon Valley – nicht aber in weltwirtschaftlich bedeutenden Zentren wie Los Angeles oder Chicago, oder auch in Metropolen wie Dallas/Houston, Miami, Atlanta oder Seattle.

Lateinamerika

Obwohl Lateinamerika aus historischen Gründen (Emigrationsbewegungen im späten 19./frühen 20. Jahrhundert) überdurchschnittlich gut mit deutschen Auslandsschulen versorgt ist, so fällt auf, dass es keine deutsche Auslandsschule in Havanna gibt – obwohl Kuba seit DDR-Zeiten sehr enge Verbindungen zu Deutschland pflegt. Es gibt auch keine deutsche Schule in Panama, das ein zunehmend wichtiger globaler Finanzstandort und Sitz internationaler Organisationen ist. Im Gegensatz zu Frankreich unterhält Deutschland auch keine Auslandsschule in Brasilia, der Hauptstadt des größten Landes von Lateinamerika – was es schwierig macht, deutsche Diplomaten und andere Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit Kindern zu einem Umzug dorthin zu bewegen, um dort deutsche Interessen zu vertreten.

Antrag A1002: Spitzen-Azubis fördern: Begabtenförderung für Talente der beruflichen Bildung öffnen

Antragsteller/in: FDP BV Kurpfalz

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Spitzen-Azubis fördern: Begabtenförderung für** 2 **Talente der beruflichen Bildung öffnen**

3 Menschliche Begabungen sind vielfältig. Sie zeigen sich in exzellenten
4 wissenschaftlichen Leistungen, künstlerischer Schaffenskraft, sozialer
5 Kompetenz, aber eben auch in der besonderen Fähigkeit, theoretische
6 Erkenntnisse in innovative praktische Anwendungen zu übersetzen. Diese
7 Vielfalt der Begabungen sollte sich in den Begabtenförderungswerken
8 widerspiegeln.

9 Für akademische Talente gibt es in Deutschland neben dem
10 Deutschlandstipendium 13 Begabtenförderungswerke, die eine finanzielle und
11 ideelle Förderung von Studierenden leisten. Studierende erhalten eine
12 finanzielle Unterstützung zur Anschaffung von Lernmitteln und zur Teilnahme
13 an Bildungsprogrammen. Sie erhalten mit der Aufnahme in den
14 Stipendiatenkreis außerdem Zugang zu einem persönlichen Netzwerk, von dem
15 sie ein Leben lang profitieren. Seminar- und Schulungsangebote vermitteln
16 Kompetenzen, die ihren persönlichen Horizont erweitern, das vernetzte
17 Denken stärken und eine aktive Teilnahme an zivilgesellschaftlichen
18 Prozessen fördern.

19 Mit der Beschränkung auf akademische Bildungswege vernachlässigen wir
20 zahlreiche Talente in der beruflichen Bildung, die keinen Zugang zu
21 ebendiesen Förderwerken haben. Die Gleichwertigkeit von beruflicher und
22 akademischer Bildung ist eine urliberale Forderung. Sie bleibt auch in der
23 Begabtenförderung mehr Wunsch als Wirklichkeit. Deshalb wollen wir auch
24 Talenten aus der beruflichen Bildung einen Zugang zu Stipendien der
25 Begabtenförderungswerke eröffnen.

26 Die Öffnung der Begabtenförderprogramme steigert die Attraktivität der
27 beruflichen Bildung und unterstreicht ihre Stellung als gleichwertige Säule
28 neben der akademischen Bildung. Sie entfaltet eine Strahlkraft ins gesamte
29 Bildungssystem und in die Gesellschaft. Berufliche und akademische Bildung
30 sollen schon in der Schule als gleichwertige Alternativen wahrgenommen
31 werden, in denen besondere Begabungen gleichermaßen anerkannt und

32 gesellschaftlich honoriert werden. Insbesondere soll berufliche Bildung mit
33 all ihren Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten auch an Gymnasien als
34 realistische Option wahrgenommen werden.

35 Von besonderer Bedeutung ist die Öffnung der ideellen Förderung der
36 Begabtenförderungswerke. Um einen gemeinsamen Raum für den
37 Erfahrungsaustausch weit über den eigenen Horizont der jeweiligen
38 akademischen oder beruflichen Ausbildung hinaus zu schaffen, sollen alle
39 Angebote zukünftig Talenten der beruflichen Bildung gleichermaßen wie
40 Studierenden offenstehen. Heterogene Fördergruppen bieten vielfältige neue
41 Ansätze für gemeinsame Debatten und erweitern den Erfahrungshorizont für
42 alle Beteiligten. Besonders erfolgreich gelingt eine Öffnung der
43 Begabtenförderung, wenn Stipendiaten aus der akademischen und beruflichen
44 Bildung gemeinsam an denselben Programmen, Seminaren, Arbeitsgruppen und
45 Exkursionen teilnehmen. Über den individuellen Mehrwert für die geförderten
46 Personen hinaus schafft die Erweiterung der Zielgruppe einen Mehrwert für
47 die Begabtenförderung insgesamt.

48 Wir Freie Demokraten fordern:

- 49 • Die 13 Begabtenförderungswerke sollen die Möglichkeit erhalten,
50 zusätzliche Mittel des Bundes für die Förderung begabter Menschen in
51 beruflicher Aus- und Weiterbildung zu erhalten. Diese Mittel sollen
52 den Begabtenförderungswerken zufließen, wenn sie ihre
53 Stipendienprogramme für eine erste Zielquote von mindestens 10 Prozent
54 Teilnehmer/innen aus dem Bereich der beruflichen Bildung öffnen. Die
55 Finanzierung der Förderung begabter Studierender soll durch das
56 zusätzliche Förderengagement nicht eingeschränkt oder verringert
57 werden.
- 58 • Grundsätzlich sollen die Begabtenförderungswerke allen Begabten Zugang
59 zu ihren Stipendienprogrammen gewähren können – unabhängig davon, ob
60 sie eine duale, schulische oder akademische Erst- oder Weiterbildung
61 durchlaufen. Über spezifische Auswahlkriterien sollen die
62 Begabtenförderungswerke weiterhin weitgehend frei entscheiden können.
63 Beschränkungen seitens der Förderwerke, die ein Mindestalter oder
64 einen bestimmten Ausbildungsstand vorsehen, sind denkbar. Sie sollen
65 die Verfahren ihrer Kultur und Tradition entsprechend weiterentwickeln
66 und neue Methoden erproben können. Wie bisher können also vielfältige
67 Kriterien von fachlicher Leistung über gesellschaftliches Engagement
68 bis hin zur persönlichen Eignung für die Entscheidung herangezogen
69 werden.
- 70 • Begabte Menschen in beruflicher Aus- und Weiterbildung, die in die

- 71 Förderung eines Begabtenförderungswerks aufgenommen werden, sollen
72 eine monatliche Bildungskostenpauschale in Höhe von 300 Euro erhalten
73 (analog zur bekannten Studienkostenpauschale, ehemals Büchergeld).
74 Darüber hinaus sollen die geförderten Talente aus der beruflichen
75 Bildung Zugang zu allen nicht-monetären Förderungen der
76 Begabtenförderungswerke erhalten. Talente aus beruflicher und
77 akademischer Bildung sollen in der Regel gemeinsam an ideellen
78 Fördermaßnahmen teilnehmen. Der institutionalisierte Austausch von
79 Menschen mit beruflicher und akademischer Begabung ist dabei
80 ausdrücklich zu fördern.
- 81 • Mittelfristig ist auch die Öffnung des Deutschlandstipendiums für
82 Talente aus der beruflichen Bildung zu prüfen.
 - 83 • Zusätzlich zur Öffnung der 13 Begabtenförderungswerke und des
84 Deutschlandstipendiums soll auch die Stiftung Begabtenförderung
85 berufliche Bildung (SBB) beibehalten und gestärkt werden. Dafür wollen
86 wir als begleitende Maßnahme mehr Mittel für die beiden
87 Förderprogramme Aufstiegsstipendium und Weiterbildungsstipendium zur
88 Verfügung stellen. Die Bundesregierung hat die Mittelzuwendungen an
89 die SBB gegenüber den Zuweisungen an die 13 (akademischen)
90 Begabtenförderungswerken in den letzten Jahren stark vernachlässigt.
91 Seit 2005 hat sich die jährliche Höhe der Mittelzuwendungen des
92 Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) an die 13
93 (akademischen) Begabtenförderungswerke mehr als verdreifacht. Im Jahr
94 2018 belief sie sich auf rund 266 Mio. Euro. Dem gegenüber stehen
95 Mittelzuwendungen in Höhe von rund 50 Mio. Euro im Jahr 2018 an die
96 Stiftung Begabtenförderung Berufliche Bildung.

Begründung

Die vorgeschlagenen Maßnahmen steigern die Attraktivität der beruflichen Bildung durch Gleichwertigkeit der Möglichkeiten zur Begabtenförderung. Sie steigern die Heterogenität der Lerngruppen und fördern somit die Produktivität und Vielfalt der ideellen Förderung. Talente der beruflichen Bildung erhalten Zugang zu einem persönlichen Netzwerk, von dem sie ein Leben lang profitieren.

Antrag A1003: Exzellenzstrategie weiterentwickeln

Antragsteller/in: BFA Bildung, Forschung und Technologie

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Exzellenzstrategie weiterentwickeln**

2 Spitzenforschung ist ein Erfolgsfaktor für die Zukunft unseres Landes.
3 Trotz der seit vielen Jahren bestehenden Exzellenzinitiative bzw. -
4 strategie belegen deutsche Hochschulen in internationalen Rankings noch
5 immer nur Plätze im Mittelfeld. Dies darf nicht unser Anspruch als eine der
6 führenden Wirtschaftsnationen sein. Wir wollen deshalb ein Programm starten
7 mit dem Ziel, bis zum Jahr 2030 mindestens

- 8 • eine deutsche Hochschule in den Top 10 und drei in den Top 30 zu
9 etablieren,
- 10 • jedes dritte Jahr einen Nobelpreisträger hervorzubringen, der in
11 Deutschland arbeitet.

12 Um dies zu erreichen, muss Exzellenz in Wissenschaft und Forschung höhere
13 politische Priorität eingeräumt werden. Da es sich um eine nationale
14 Aufgabe handelt, muss der Bund sich dauerhaft an der Finanzierung
15 beteiligen. Soweit erforderlich, ist das Grundgesetz entsprechend
16 anzupassen. Die Förderung durch den Bund muss nach klaren
17 Leistungskriterien erfolgen und muss die Freiheit von Forschung und Lehre
18 respektieren und stärken. Insbesondere darf der Bund den Ländern sowie den
19 Hochschulen keine inhaltlichen Vorgaben zum Forschungsgegenstand machen.
20 Die bisherigen Linien der Exzellenzinitiative sind alleine nicht
21 ausreichend, um diese Ziele zu erreichen. Auch führt das bisherige
22 Verfahren der Antragstellung zu großem Aufwand bei den beteiligten
23 Hochschulen und birgt zudem die Gefahr politischer Einflussnahme bei der
24 Vergabe.

25 **Die Exzellenzinitiative des Bundes ist daher um eine weitere Linie zu**
26 **ergänzen.** Dabei werden Mittel nicht auf Antrag, sondern auf Basis erzielter
27 Leistungen zugeteilt. Hierzu vereinbaren die Länder mit dem Bund
28 verbindliche Kriterien, nach denen zukünftige wissenschaftliche Leistung
29 bemessen werden. Dabei wird nicht die gesamte Hochschule, sondern die
30 jeweilige Forschergruppe an einer Hochschule betrachtet. Die Zusage von
31 Bundesmitteln erfolgt langfristig, um damit den Aufbau unbefristeter
32 Stellen zu ermöglichen.

- 33 Die Gelder sind gestaffelt zu vergeben, damit jede Gruppe die Möglichkeit
- 34 hat, durch eigene Leistung langfristig in Genuss der Förderung zu kommen.
- 35 So streben wir das **Modell "zehn mal zehn"** an, bei dem in zehn
- 36 Fächerclustern je zehn Forschergruppen gefördert werden.
- 37 Das Programm wird mit 1 Mrd. Euro p.a. ausgestattet, wobei für jedes
- 38 Fächercluster 100 Mio. Euro zur Verfügung stehen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A1004: Forschungsförderung

Antragsteller/in: BFA Bildung, Forschung und Technologie

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Forschungsförderung**

2 **Grundsätzliches**

3 Die Freiheit der Forschung ist ein hohes Gut, das Fortschritt und Wohlstand
4 unserer demokratischen Gesellschaft garantiert. Unser Ziel ist es, den
5 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in unserem Land ihre
6 zukunftsweisende Arbeit zu erleichtern und Förderung möglichst wirkungsvoll
7 und bürokratiearm zur Verfügung zu stellen.

8 Wir Freie Demokraten vertrauen der Wissenschaft und den Forschungspartnern
9 und wollen ihnen die Freiheit lassen, über Prozess, Struktur und Verlauf
10 ihrer Forschungsarbeit selbst zu entscheiden. Daher wollen wir auf
11 detaillierte Vorgaben sowie umfangreiche, zeitraubende
12 Dokumentationspflichten weitgehend verzichten, das Berichtswesen
13 verschlanken und auf wenige aussagekräftige Punkte beschränken und
14 Förderprogramme und die Pakte daraufhin überprüfen, wo überbordende
15 Bürokratie abgebaut werden kann.

16 Gleichzeitig wollen wir Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ermutigen,
17 auch negative Forschungsergebnisse zu veröffentlichen und sie als wichtigen
18 Teil ihrer Arbeit zu verstehen. Der aktuelle Trend der Förderkultur - mit
19 detaillierten Zielvorgaben und schon vorweggenommenen Ergebnissen - schürt
20 eher ein Umfeld, in dem negative Ergebnisse als förderfeindlich angesehen
21 werden. Insbesondere die Grundlagenforschung braucht Raum zum
22 Experimentieren und auch zum Scheitern; nur so entsteht wirkliche
23 Innovation!

24 **1. Erweiterung der Forschungsförderung um ein bundesweites Challenges** 25 **Programm für bahnbrechende Innovationen**

26 Wir Freie Demokraten wollen die aktuelle Forschungsförderung um ein
27 bundesfinanziertes Challenges Programm mit mindestens 500 Millionen Euro
28 Volumen pro Jahr erweitern. Die großen Forschungseinrichtungen der
29 Bundesrepublik definieren gemeinsam jedes Jahr eine Challenge of the Year
30 (die Herausforderung des Jahres) – beispielsweise "Finde einen Impfstoff
31 für Krankheit X", "Entwickle einen Energiespeicher mit doppelter
32 Effizienz", "Erfinde eine Methode für rein mechanische Entfernung von

33 Mikroplastik aus dem Trinkwasser", etc. Es sollen ausschließlich disruptive
34 Innovationen hervorgebracht werden, inkrementelle Ansätze sind
35 ausgeschlossen. Antrags- und damit förderberechtigt sollen alle forschenden
36 Körperschaften der Bundesrepublik (Hochschulen, außeruniversitäre
37 Forschungseinrichtungen, forschende Unternehmen und diverse Verbände) sein;
38 die förderrechtlichen Hürden sind entsprechend zu beseitigen. Die
39 Fördersummen sollen stufenweise ansteigend ausgeschüttet werden (zum
40 Beispiel 1 Prozent für ein überzeugendes Konzept, 9 Prozent für Erreichung
41 erster Zwischenziele, 90 Prozent für einen Prototyp); bei jeder Stufe wird
42 der Kreis der Geförderten weiter reduziert. Die Bundesagentur für
43 Sprunginnovationen könnte diesen Wettbewerb organisatorisch betreuen und
44 zur Vernetzung von potentiellen Partnern beitragen.

45 **2. Substantielle Verbesserung des Zugangs zu forschungsrelevanten**
46 **Datenbeständen, insbesondere auch für die datenbasierte**
47 **Gesundheitsforschung**

48 Wir fordern, den Zugang öffentlich finanzierter und kontrollierter
49 Forschungseinrichtungen zu forschungsrelevanten Datenbeständen substantiell
50 zu verbessern und den Austausch auch sensibler Daten zwischen solchen
51 entsprechend autorisierten Einrichtungen zu ermöglichen. Dazu ist Artikel
52 89 DSGVO grundsätzlich für alle im Schwerpunkt öffentlich finanzierten
53 Forschungsvorhaben anzuwenden. Wir sehen die tragenden Einrichtungen als
54 besonders vertrauenswürdige Geheimnisträger und wollen sie mit
55 weitergehenden Befugnissen zum Teilen und Verarbeiten solcher Daten
56 ausstatten. Diese Neuregelungen sollen insbesondere für die
57 Gesundheitsforschung gelten und hier völlig neue Möglichkeiten in der
58 datenbasierten Gesundheitsforschung eröffnen.

59 **3. Stärkung des Innovationspotentials mittelständischer Unternehmen durch**
60 **Innovationsgutscheine und den Ausbau der Patentberatung**

61 Wir Freie Demokraten wollen das Innovationspotenzial der mittelständischen
62 Unternehmen unterstützen und weiter heben. Hierfür benötigen die KMU einen
63 niedrigschwiligen Zugang zur Forschungsförderung. Wir wollen, in Anlehnung
64 an die erfolgreichen Programme in Sachsen und Baden-Württemberg,
65 deutschlandweit unbürokratisch Innovationsgutscheine von bis zu 10.000 Euro
66 pro Projekt vergeben. Diese sollen auch die Zusammenarbeit zwischen KMU,
67 Hochschulen und Forschungseinrichtungen befördern.

68 Wir Freie Demokraten wollen die Innovationen des Mittelstands schützen und
69 stärken. Wir fordern eine bessere Unterstützung bei den
70 Vorprüfungsverfahren zur Patentanmeldung. Bestehende Fördermöglichkeiten
71 sollen im Zusammenwirken mit lokalen Wirtschaftsverbänden, Kammern etc.

- 72 ausgebaut und besser bekannt gemacht werden. Das Ziel muss sein,
73 insbesondere die Innovationskraft von KMUs zu unterstützen und die
74 Sicherung innovativer Produkte und Dienstleistungen mit Schutzrechten
75 möglichst einfach und bürokratiefrei zu gestalten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A1005: Zukunft mit weltbesten Bildung – Medien- und Datenkunde von Anfang an

Antragsteller/in: BFA Bildung, Forschung und Technologie

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Zukunft mit weltbesten Bildung – Medien- und** 2 **Datenkunde von Anfang an**

3 Die Pandemie durch Covid-19 beeinflusst den klassischen Bildungs- und
4 Erziehungsauftrag der Schulen in erheblichem Maße. Wir alle wollen, dass
5 die Schülerinnen und Schüler mit weltbesten Bildung ausgestattet werden.
6 Damit wollen wir sie befähigen, aktiv und verantwortlich am kulturellen,
7 gesellschaftlichen, politischen, beruflichen und wirtschaftlichen Leben
8 teilnehmen zu können.

9 Das Infektionsgeschehen führt immer wieder zu notwendigen
10 Schulschließungen, so dass der gewohnte und klassische Präsenzunterricht in
11 den Schulen nicht stattfinden kann. Dann muss wieder auf Unterricht zuhause
12 oder eine Mischung aus Präsenz- und Distanzunterricht umgestellt werden und
13 Schülerinnen und Schüler müssen zuhause, mit digitalen Medien und für
14 Distanzunterricht geeigneten Lehr- und Lernmitteln ausgerüstet,
15 unterrichtet werden.

16 Die Erfahrungen der letzten Zeit haben uns allen klargemacht, wie wichtig
17 qualitativer Fachunterricht mit digitalen Medien jetzt und für die Zukunft
18 ist. Schulen haben zwar Digitalkonzepte erstellt und sind vielerorts gut
19 gerüstet für diese Aufgaben. Aber es gibt eben auch die Kehrseite, dass
20 keine Netzanbindung, Lehrer und Schüler keine notwendige technische
21 Ausrüstung (Endgeräte möglichst mit Kamera und Mikrophon, Software und
22 Kommunikationssysteme, ausreichenden Internetzugang) und Lehrkräfte keine
23 eigene Dienstmailadresse zur Verfügung haben. Hier wird großer
24 Handlungsbedarf sichtbar.

25 Die KMK hat bereits 2016 die Strategie "Bildung in der digitalen Welt" mit
26 dem Ziel beschlossen, dass alle Grundschülerinnen und Grundschüler, die im
27 Schuljahr 2018/2019 eingeschult werden und alle Schülerinnen und Schüler,
28 die zu diesem Zeitpunkt auf weiterführende Schulen wechseln, bis zum Ende
29 der Pflichtschulzeit umfangreiche „Kompetenzen in der digitalen Welt“
30 erworben haben sollen. Die Bundesländer sind in der Umsetzung dieser
31 Strategie und der Entwicklung von Curricula unterschiedlich weit

- 32 vorangekommen.
- 33 Daher wollen wir, dass in unseren Grundschulen und auch in unseren
34 Förderschulen von Anfang an alle Kinder verlässlich Medienkompetenz
35 erlangen. Entsprechend den Kompetenzbereichen
- 36 • Suchen, Verarbeiten und Aufbewahren
 - 37 • Kommunizieren und Kooperieren
 - 38 • Produzieren und Präsentieren
 - 39 • Schützen und sicher Agieren
 - 40 • Problemlösen und Handeln
 - 41 • Analysieren und Reflektieren
- 42 soll eine Verknüpfung mit den unterschiedlichen Fächern erfolgen und
43 fächerübergreifend unterrichtet werden.
- 44 Für die Bereiche Sekundarstufe I und II und angepasst an die
45 Berufsbildenden Schulen soll darüber hinaus ein Fach Datenkunde, das auf
46 diesen erworbenen Kompetenzen aufbaut, eingerichtet werden. Es ist damit
47 das Ziel verbunden, den Schülerinnen und Schülern eine
48 informationstechnische Grundbildung zukommen zu lassen. Die Ausgestaltung
49 und Einbindung in gegebenenfalls unterschiedliche Fächer soll dem
50 Schulprofil entsprechend angepasst werden.
- 51 Wir wollen, dass die KMK die Rahmenrichtlinien für ein solches Fach setzt
52 und damit den Ländern und den Schulen die eigenständige und nach den
53 jeweiligen Gegebenheiten ausgerichtete Umsetzung ermöglicht.
- 54 Im Sinne der Eigenverantwortlichen Schule wollen wir, dass jede Schule
55 selber festlegen kann, wie die vorgegebenen Ziele eines solchen Faches mit
56 einem passenden Konzept umgesetzt werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A1006: Bundeszentrale für digitale Bildung

Antragsteller/in: FDP BV Friedrichshain-Kreuzberg

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Bundeszentrale für digitale Bildung

2 Das Internet ist zwar schon 30 Jahre alt, dennoch fehlt es vielen Menschen
3 an Kompetenzen für den Umgang mit diesem. Ebenso für den Umgang mit der
4 digitalen Welt, denn diese beschränkt sich nicht auf das Internet. Smart
5 Home, autonomes Fahren und ganz allgemein die Datenverarbeitung – sei es
6 durch Überwachungskameras im öffentlichen Raum oder für eine Vorauswahl von
7 Bewerberinnen und Bewerbern in der Personalabteilung eines Unternehmens –
8 sind nur wenige Beispiele, bei denen ein grundsätzliches Verständnis der
9 Funktionsweise vonnöten ist. Ganz im Sinne der Kant'schen Aufklärung
10 brauchen wir heute eine digitale Aufklärung, damit Menschen ein
11 Grundverständnis über die Technologien und deren Wirkungsweise haben, die
12 sie benutzen. Aber auch, damit sie die Vorhaben des Gesetzgebers und
13 Neuerungen von Unternehmen besser verstehen und dagegen ggf. vorgehen
14 können – zum Beispiel bei Maßnahmen zur weiteren Überwachung durch
15 Gesichtserkennung oder die Vorratsdatenspeicherung.

16 Der aufgeklärte Bürger ist ein Grundpfeiler der Demokratie. Schulische
17 Bildung mit einem zeitgemäßen Bildungsangebot ist dafür unerlässlich. Die
18 Digitalisierung schreitet allerdings mit einem immensen Tempo voran –
19 lebenslanges Lernen muss und wird hier zu einer Selbstverständlichkeit
20 werden. Ebenso haben wir bereits jetzt 21 Prozent der Bundesbürgerinnen und
21 -bürger, die sich als "Digital Abseitsstehende" sehen und 42 Prozent, die
22 sagen, sie halten mit. Es muss unser gesellschaftlicher und
23 wirtschaftlicher Anspruch sein, dass sich deutlich mehr Bundesbürgerinnen
24 und -bürger als "Digitale Vorreiter" sehen. Aktuell sind es nur 37 Prozent.

25 Zu verstehen, was Algorithmen sind und wie sie funktionieren, warum
26 Datenschutz wichtig ist und wie man die eigene Cybersicherheit verbessern
27 kann, ist heute mehr als essentiell. Ebenso zu verstehen, wie und wo
28 Desinformationen verbreitet werden, wieso verschlüsselte Kommunikation
29 wichtig ist und wie sie funktioniert und welche Auswirkungen Künstliche
30 Intelligenz auf das eigene Leben hat. Länder wie Schweden und Finnland
31 machen es uns bereits vor und zeigen, wie man die gesamte Bevölkerung –
32 eben auch jene, die längst aus dem klassischen Schulsystem ausgeschieden

33 sind – kontinuierlich weiterbilden kann, um so eine resilientere
34 demokratische Gesellschaft zu ermöglichen. Gefahren aus dem digitalen Raum
35 kann zwar mit kluger Regulierung etwas Einhalt geboten werden, eine freie
36 und demokratische Gesellschaft ist aber angewiesen auf aufgeklärte
37 Bürgerinnen und Bürger, die Gefahren mit eigenem Verstand erkennen und
38 ebenso Chancen nutzen.

39 Digital aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger jeden Alters sind nicht nur
40 essentiell für die Demokratie – Nutzerinnen und Nutzer sozialer Medien über
41 65 teilen fast sieben Mal häufiger Falschmeldungen im Netz als Jüngere –
42 sie sind auch wichtig für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Das
43 Einfallstor für Cyberangriffe sind häufig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
44 die unachtsam auf Links klicken oder Anhänge von Emails öffnen. Ebenso ist
45 es für uns unabdingbar, dass Menschen verstehen, wozu Künstliche
46 Intelligenz und Algorithmen in der Lage sind. Dabei soll nicht die
47 bedingungslose Akzeptanz neuer Technologien im Vordergrund stehen, sondern
48 das kritische Hinterfragen dieser und damit deren durchdachter und
49 nachhaltiger Einsatz.

50 Wir Freie Demokraten fordern daher eine Bundeszentrale für digitale
51 Bildung, die in Anlehnung an den Auftrag der Bundeszentrale für politische
52 Bildung ein umfassendes Angebot zur außerschulischen Jugend- und
53 Erwachsenenbildung bereitstellt und ebenso das schulische Angebot mit
54 Materialien unterstützt. Die Bundeszentrale soll sich dabei nicht einseitig
55 auf die Gefahren der Digitalisierung fokussieren, sondern auch die Chancen
56 umfassend beleuchten. Themen hierfür sollten unter anderem Datenschutz,
57 Cybersicherheit, Desinformation, Cybermobbing und Cybergrooming sein, sowie
58 Kurse zum Thema Künstliche Intelligenz.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A1007: Corona-Krise nicht zur Bildungskrise werden lassen

Antragsteller/in: Bundesvorstand der Liberalen Frauen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Corona-Krise nicht zur Bildungskrise werden lassen**

2 Die aktuelle Situation durch den Corona-Virus zeigt in erschreckender Art
3 und Weise die Versäumnisse in der Bildungspolitik in den letzten Jahren.
4 Die Probleme liegen nicht nur in der mangelnden digitalen Infrastruktur und
5 den Maßnahmen zur Hygiene, sondern auch in der Frage der
6 Unterrichtserteilung und Pädagogik sowie der Fort- und Weiterbildung der
7 Lehrkräfte begründet. Wir fordern daher:

- 8 • Netzausbau ist mit absolutem Vorrang voranzutreiben.
- 9 • Abbau von Bürokratiehemmnissen für eine zügige Umsetzung des
10 Digitalpakts I und damit einen schnelleren Zugang der Schulen zu den
11 Fördermitteln. Des Weiteren muss im Anschluss die Etablierung eines
12 Digitalpakts II erfolgen, damit die Digitalisierung der Schulen
13 dauerhaft erfolgen und betreut werden kann.
- 14 • Medienpädagogik und -didaktik müssen in der ersten und zweiten Phase
15 der Schulpädagogikausbildung verankert werden.
- 16 • Weiter- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern für die Erteilung
17 digitalen Unterrichts ist zu verstärken.
- 18 • Zugangsbarrieren bei Schülerinnen und Schülern wie auch bei den
19 Lehrkräften sind zu beseitigen und durch Anschaffung der notwendigen
20 technischen Ausstattung für alle Zugangsmöglichkeiten für digitalen
21 Unterricht zu schaffen.
- 22 • Umfassende Einbindung auch des Beruflichen Bildungssystems in die
23 Digitalisierung unter entsprechender Anpassung der
24 Berufsschullehrerausbildung.
- 25 • Für die Studierenden die notwendige finanzielle Unterstützung, die es
26 ihnen ermöglicht, an der digitalen Lehre auch wirklich teilnehmen zu
27 können. Unser Land ist auf qualifizierte Studienabschlüsse angewiesen.
28 Damit die Digitalisierung an den Hochschulen dauerhaft gesichert ist,
29 fordern wir einen Digitalpakt Hochschule.
- 30 • Wiederanschluss von Deutschland an die Weltspitze in der

- 31 Digitalisierung. Die Anforderungen an den Datenschutz muss das Land
32 durch gute, eigene Angebote erfüllen können

Begründung

Die Folgen der Mängel in der digitalen Struktur des Bildungswesens in Deutschland hat die Corona-Krise mit voller Wucht zum Vorschein gebracht. Leidtragende sind in erster Linie die Schüler und Schülerinnen, die Auszubildenden und Studierenden sowie die Lehrkräfte an den verschiedenen Bildungseinrichtungen. Viele Kinder sind infolge der Schulschließungen im Frühjahr/Sommer abgehängt. Von der fehlenden Struktur im Tagesablauf über die fehlende Rückmeldung seitens der Pädagogen sind die Kinder sich in der Corona-Krise bildungstechnisch selbst überlassen worden und bauten mit jedem Tag mehr eine Lernlücke auf, die sie kaum mehr schließen können. In einer Umfrage unter Lehrern gingen 80 Prozent der Befragten davon aus, dass die Schulschließungen zu deutlichen Lernrückständen führen werden. Zwei Drittel der Lehrkräfte befürchten, dass die Lernrückstände nicht mehr aufgeholt werden können.

Wenn beide Eltern im Homeoffice arbeiten und vor allem, wenn mehrere Kinder im Haus sind, werden die Eltern zwischen den Aufgaben zerrieben und überfordert. Dies gilt für Kinder aus allen Haushalten, egal ob Zuwandererfamilie, Alleinerziehende oder Akademikerhaushalte. Umso wichtiger sind in dieser Situation die Ansprache und der Kontakt zu den Lehrern, die aber vielfach nicht stattfinden. Das ist einer der Hauptkritikpunkte, die Schüler und Eltern in dieser Situation beklagen. Grund ist auch hier das Fehlen digitaler Kommunikationswege. Es gibt noch immer Grundschulen, die über keine eigene E-Mail-Adresse verfügen.

An den Grundschulen ist die digitale Ausstattung besonders schlecht

Digitalisierung und damit Erteilung digitalen Unterrichts ist in der Grundschule nicht selbstverständlich. Viele Grundschulen verfügen noch nicht über die notwendige technische Ausstattung oder überhaupt eine Anbindung an das Internet. Zudem fühlen viele Lehrkräfte sich auf diese Aufgabe nicht angemessen vorbereitet. Dabei bietet die Digitalisierung gerade im Grundschulbereich viele Möglichkeiten, Kindern das Lernen zu erleichtern. Ein Beispiel ist das Game-based Learning, das besonders gut im Grundschulbereich eingesetzt werden könnte. Grundschulkindern sind Spiele sehr vertraut und sie sind ein Teil ihrer Lebenswelt. Spielende lassen sich nicht nur auf das Spiel selbst ein, sie sind auch bereit, sich Wissen im und für das Spiel anzueignen, um bestimmte Lehr- und Lernziele zu erreichen. Sie setzen dabei Spielerfahrungen in den Kontext zur echten Welt. Um das genannte Beispiel im Grundschulunterricht zu integrieren, bedarf es entsprechend ausgebildeter Grundschulpädagoginnen und – pädagogen.

Wir wollen, dass die Digitalisierung in allen Schulen ankommt. Die Geräte und

Anwendungen müssen regelmäßig gewartet, ersetzt und an den Stand der Technik bei Hard- und Software angepasst werden. Dazu gehören neben der technischen Ausstattung auch die Unterstützung der Lehrkräfte durch gezielte Fort- und Weiterbildung, eine inhaltliche Erweiterung der Lehrkräfteausbildung, eine Modernisierung der Lehrpläne und ein Ausbau der praxisorientierten Forschung zu Digitalisierung und Didaktik. Der Breitbandanschluss von Schulen muss zur Selbstverständlichkeit werden und die Entwicklung von Schul- und Bildungsclouds vorangetrieben werden. Guter Netzzugang ist Grundvoraussetzung für digitalen Unterricht und eine Administratorenstelle wäre wichtig zur Betreuung von Hard- und Software (der digitale Hausmeister - auch Datenschutzbeauftragter).

An Gymnasien und Realschulen wird das digitale Potential noch zu wenig ausgenutzt

Im Vergleich mit anderen Schulformen waren die Gymnasien in der Corona-Krise in der besten Situation. Allerdings wurde nicht verstärkt mit digitalen Inhalten gearbeitet, sondern laut Umfrage arbeiteten 90 Prozent der Gymnasiallehrer mit Aufgabenblättern. Auch andere Umfragen, wie die des Landeselternbeirates der Gymnasien in Schleswig-Holstein, belegen, dass im Unterricht nur selten digitale Medien zum Einsatz kommen und die Kinder und Jugendlichen überwiegend keine Rückmeldung zu den erledigten Aufgaben erhalten. Im internationalen Vergleich schneidet Deutschland damit schlecht ab: Während in der Schweiz laut einer aktuellen Umfrage 83 Prozent der Schweizer Rektoren angeben, digitale Onlineplattformen zu nutzen, sind es in Deutschland mit 43 Prozent gerade einmal halb so viele.

Ziel für die Schulen muss es sein, eine tragfähige digitale Struktur auszubauen, die auch in Nicht-Krisenzeiten eine Kombination aus Online-Inhalten und Präsenzunterricht ermöglicht. Jedes Bundesland ist hier eigenständig verantwortlich, die zur Verfügung stehenden Gelder des Digitalpakts zur Erreichung dieses Ziels einzusetzen. Für die Erteilung digitalen Unterrichts werden entsprechend ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer benötigt.

Kosten für digitale Endgeräte, die im Unterricht verwendet werden, dürfen dabei nicht zu Lasten finanzschwacher Familien gehen. Wenn wie zurzeit wegen der Corona-Pandemie und der Schulschließungen nur Homeschooling möglich ist, muss für digitalen Unterricht auch die dafür notwendige technische Ausrüstung in den Elternhäusern und bei den Schülerinnen und Schülern vorhanden sein. Teilweise haben Schulen hier schon Tablets oder iPads an die Klassen verteilt, die auch zu Hause benutzt werden sollen. Aber die Situation ist an jeder Schule anders und oft sind damit auch wegen der unterschiedlichen Ausstattung im Hinblick auf Endgeräte und WLAN in den Elternhäusern keine einheitlichen Voraussetzungen für digitale Unterrichtserteilung in den Klassen gegeben.

Virtuelle Lernlabore bieten neue Chancen für Berufsschulen

In den allgemeinbildenden Schulen wird die Grundlage für eine erfolgreiche berufliche

Ausbildung gelegt. Jeder Jugendliche, der die Schule verlässt, sollte das Rüstzeug für eine erfolgreiche Ausbildung bekommen. Leider beklagen viele Ausbildungsbetriebe ein sinkendes Niveau der Bewerberinnen und Bewerber. Wir brauchen qualitativ hochwertigen Unterricht, der Raum für individuelle Talent- und persönliche Entwicklung lässt. Die neuen digitalen Möglichkeiten können für die Vermittlung von Wissen und für neues Lernen eingesetzt werden. Beispielsweise können virtuelle Lernlabore, in denen Schweißkurse oder Sicherheitstrainings mithilfe von 3D-Brillen durchgeführt werden, Betriebe wie Schulen spürbar entlasten. Lernmanagementsysteme können dazu beitragen, eine effektivere Verzahnung zwischen den Lernorten Berufsschule und Betrieb zu organisieren. Digitale Tests und virtuelle Selbstlernphasen, qualitativ hochwertige Video Lectures und Online-Sprachkurse können, sinnvoll eingesetzt, dazu beitragen, die knappen Ressourcen der Berufsschulen zu entspannen und differenziertere Lehrangebote zu ermöglichen, die auf die individuellen Bedürfnisse besser eingehen. Deutschland kann es sich nicht erlauben, bisher erreichte Vorsprünge und Kompetenzen in jeglicher Hinsicht durch mangelhafte Schulausstattungen und fehlenden Zugang zu modernen Kommunikations- und Arbeitsmitteln in den Schulen zu verspielen. Es ist an der Zeit, die jetzt zutage tretenden Missstände zu beseitigen. Dabei machen einmalige Investitionen in die digitale Infrastruktur Schulen nicht zukunftsfähig. Deshalb muss eine langfristige Finanzierung sichergestellt werden.

Situation an den Hochschulen

Die Situation der digitalen Bildung an den Hochschulen ist bundesweit sehr unterschiedlich. Einige Hochschulen haben digitale Angebote und machen präsenzfreie Lehre und andere Hochschulen tun sich sehr schwer damit. Aber auch bei den Hochschulen, die präsenzfreie Lehre anbieten, stehen hinter den vollmundigen Begriffen wie Lehr- und Lernplattformen häufig nichts anderes als Videokonferenzprogramme. Bedingt durch die spezifischen Anforderungen von Hochschulforschung an den Datenschutz, haben Hochschulen Probleme, geeignete Programme und Anbieter für die digitale Lehre zu finden. Die Corona-Krise zeigt am Beispiel der Hochschulen auf, dass unser Land in der Digitalisierung hinterherhinkt.

Der Wunsch der Hochschulen, ein gutes und funktionierendes Programm zu finden, das seine Server in Deutschland hat und einen hohen Datenschutz gewährleistet, ist schwer zu gewährleisten. Die Anforderungen an die Qualität eines Programmes, mit dem nicht selten Vorlesungen mit mehr als 100 Studierenden möglich sein müssen, sind hoch. Und möglicherweise fällt dann die Entscheidung auf eines der Programme, denen man „einen laxen Umgang mit den Daten der Nutzer“ vorwirft, weil diese Programme hohen Übertragungsanforderungen genügen.

Studierende und ihre konkreten Studienbedingungen zeigen, dass Studentinnen und Studenten zwar grundsätzlich wirtschaftlich selbständig sind, aber ein knappes Budget haben, das es nicht erlaubt, spontan Laptop und Equipment für das neue digitale

Semester zu kaufen. Eine Umfrage unter Studierenden hat ergeben, dass nur 80,5 Prozent der Studierenden ihren Lebensunterhalt derzeit als gesichert sehen. Fast 20 Prozent haben einen ungesicherten Lebensunterhalt. Gerade Studentenjobs sind stark von der Corona-Krise beeinflusst. In Bezug auf die technischen Bedingungen für die präsensfreie Lehre mangelt es etwa 24 Prozent der Studierenden an einem für Videokonferenzen ausreichenden Internetzugang. Vor dem Hintergrund, dass auch die Universitätsbibliotheken derzeit oft nur eingeschränkt nutzbar sind, muss man hier die aktuellen Bedingungen für das Studium noch einmal besonders in den Blick nehmen.

Antrag A2001: Unabhängigkeit der Landwirtschaft stärken – Bürokratie stoppen, fairen Wettbewerb ermöglichen, Investitionen fördern

Antragsteller/in: BFA Ernährung und Landwirtschaft

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Unabhängigkeit der Landwirtschaft stärken –**

2 **Bürokratie stoppen, fairen Wettbewerb ermöglichen,**

3 **Investitionen fördern**

4 Im Jahr 2019 flossen aus dem EU-Haushalt mit einem Gesamtvolumen von 165,8
5 Milliarden Euro etwa 59 Milliarden Euro in den Förderbereich "Nachhaltiges
6 Wachstum". Davon wiederum waren 43 Milliarden Euro allein durch die
7 landwirtschaftlichen Direktzahlungen (Flächenprämien) und marktbezogene
8 Ausgaben gebunden, also durch die sogenannte "Erste Säule" der Gemeinsamen
9 Agrarpolitik (GAP). Von ehemals 80 Prozent am Gesamthaushalt der EU ist ihr
10 Anteil in den vorigen Jahrzehnten auf nunmehr 26 Prozent gesunken.

11 Wir Freie Demokraten stehen auch weiterhin für eine starke GAP ein. Das
12 heutige Mittelvolumen wird jedoch mit Blick auf die wegbrechenden
13 Mitgliedsbeiträge Großbritanniens und hinsichtlich neuer Finanzbedarfe im
14 EU-Haushalt, beispielsweise infolge sicherheitspolitischer Aufgaben, in
15 Zukunft kaum zu halten sein. Zudem gerät die Systematik flächenbezogener
16 Direktzahlungen öffentlich zusehends in die Kritik. Während andere
17 politische Parteien einen radikalen und abrupten Bruch in der GAP fordern
18 und somit massive Strukturbrüche sowie landwirtschaftliche Betriebsaufgaben
19 billigend in Kauf nehmen, wollen wir Freie Demokraten frühzeitig einen
20 langfristigen und zukunftsichernden Rahmen für eine neue GAP entwerfen,
21 der beginnend mit der GAP-Reform 2027 umgesetzt werden könnte. Wir wollen
22 den landwirtschaftlichen Betrieben mit diesem Kurs ermöglichen,
23 schrittweise und planbar unabhängiger von den Direktzahlungen zu werden.

24 **Europas Landwirtschaft steht vor massiven**

25 **Herausforderungen**

26 **Ausufernde Bürokratie- und Verwaltungskosten:** Der Mix aus Auflagen,
27 quadratmetergenauen Fördermaßnahmen und verpflichtenden Vor-Ort-Kontrollen
28 hat einen bürokratischen Wildwuchs geschaffen, der die landwirtschaftlichen

29 Unternehmerinnen und Unternehmer mit Blick auf Arbeitszeit und
30 Rechtssicherheit derart belastet, dass er von ihnen kaum noch zu
31 beherrschen ist. Dies betrifft auch die mit den Antragsbearbeitungen und
32 Kontrollen beauftragten Landwirtschaftsbehörden. Die unteren Behörden
33 müssen praktisch von Jahr zu Jahr umfangreiche Fortbildungen für alle
34 Bediensteten einplanen, um den immer neuen Vorgaben bei der
35 Antragsbearbeitung gerecht zu werden. Die ultraexakten Abrechnungen und
36 Kontrollen stehen schon lange in keinem rationalen Verhältnis mehr zu
37 möglichen Zahlungsabweichungen. Der Landesrechnungshof Baden-Württemberg
38 hat in seiner beratenden Äußerung vom Juli 2015 "Kontrollsystem und
39 Verwaltungskosten bei EU-Förderverfahren in den Bereichen EGFL und ELER
40 (für die Förderperiode 2007-2013)" ermittelt, dass sich der Aufwand für
41 Vor-Ort-Kontrollen bei allen Förderungen im Verhältnis zu den dadurch
42 vermiedenen Fehlern auf das 60-Fache belief. Bei flächenbezogenen
43 Fördermaßnahmen der zweiten Säule (ELER) hätten sich im Durchschnitt
44 Verwaltungskosten in Höhe von 32 Prozent ergeben.

45 **Eine Vielzahl neuer Herausforderungen und gesellschaftlicher Erwartungen:**
46 Risikomanagement, Klimaanpassung, Klimaschutz, Luftreinhaltung, Tierwohl
47 und Tiergesundheit, Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln,
48 transparente und zertifizierungsfähige Produktions- und Lieferketten oder
49 Digitalisierung – nicht nur die Zahl und die Intensität der öffentlichen,
50 marktgetriebenen und gesetzgeberischen Herausforderungen nimmt zu, sondern
51 auch der damit einhergehende Strukturwandel. Nicht nur kleinere Betriebe
52 stellen sich immer öfter die Frage, ob sie die nötigen betrieblichen
53 Investitionen noch bewältigen können, oder ob die vorzeitige Hofaufgabe
54 hinsichtlich der eigenen Altersvorsorge womöglich die sicherere Variante
55 ist. Um den neuen Erwartungen gerecht zu werden, benötigt die europäische
56 Landwirtschaft eine Investitions-, Forschungs-, Beratungs-, Ausbildungs-
57 und Modernisierungsoffensive, die viele Betriebe aus eigener Kraft allein
58 kaum finanzieren können.

59 **Uneinheitliche Umsetzung in den EU-Mitgliedsstaaten:** Die GAP steht in einem
60 permanenten Spannungsverhältnis, einerseits jeder Agrarstruktur, Klimazone
61 und Sparte gerecht werden zu müssen, und andererseits im Rahmen der
62 Gemeinsamen Marktordnung einen fairen Wettbewerb mit gleichen Chancen
63 durchsetzen zu müssen. Zur Bewältigung dieses Spagats stehen sowohl in der
64 Ersten als auch in der Zweiten Säule der GAP zahlreiche nationale bzw.
65 regionale Handlungsspielräume zur Verfügung. Diese Optionen dürfen aber
66 nicht den Wettbewerb verzerren, wie es beispielsweise weiterhin bei
67 gekoppelten bzw. produktionsgebundenen Direktzahlungen der Fall ist, die in
68 einigen Mitgliedsstaaten noch gewährt werden, während sie in anderen

69 Mitgliedsstaaten wie Deutschland bereits vollständig abgeschafft sind. Auch
70 die Konditionalität der Ersten Säule (Cross Compliance- und Greening-
71 Auflagen) wurde in der Vergangenheit von den Mitgliedsstaaten ungleich
72 angewandt. Die besonders bürokratische Umsetzung des Greenings in
73 Deutschland hat der innereuropäischen Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe
74 geschadet.

75 Die Möglichkeiten der Zweiten Säule bzw. die ELER-Mittel (Europäischer
76 Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums) werden schon
77 innerhalb Deutschlands seitens der Länder sehr verschieden genutzt. Während
78 die nördlichen Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen,
79 Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Brandenburg sowie auch das Saarland bei
80 der Verwendung der Mittel der zweiten Säule praktisch alle zulässigen
81 Förderbereiche berücksichtigen (Bildung/Beratung,
82 Unternehmensinvestitionen/Infrastruktur, Hochwasser- und Küstenschutz,
83 umweltbezogene Flächenmaßnahmen sowie Dorf- und Regionalentwicklung),
84 konzentrieren die westlichen und südlichen Länder Nordrhein-Westfalen,
85 Thüringen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern ihre
86 Mittel stark auf Agrarumweltmaßnahmen und Landschaftspflege. Sachsen-Anhalt
87 und Sachsen wiederum geben bei der Verteilung der ELER-Mittel traditionell
88 klar Fördermaßnahmen für ländliche Strukturentwicklung den Vorzug.
89 Einerseits sind die ländlichen Strukturprobleme der Ostländer nicht mit
90 denen des strukturstärkeren Südens vergleichbar, andererseits treffen
91 landwirtschaftliche Betriebe in den Ländern somit auf unterschiedliche
92 Fördermöglichkeiten und damit verbundene Auflagen.

93 **Schwindende Spielräume im EU-Haushalt:** Das Wegbrechen der britischen
94 Beiträge zum EU-Haushalt infolge des Brexits wird nicht ohne Folgen
95 bleiben. Schon jetzt ist absehbar, dass Deutschland im kommenden
96 "Mehrjährigen Finanzrahmen" etwa 10 bis 15 Milliarden Euro zusätzlich wird
97 zahlen müssen. Zugleich ist erkennbar, dass auf den bisher stark von der
98 Förderung der ländlichen Räume und der Landwirtschaft geprägten EU-Haushalt
99 neue, kostenintensive Aufgaben zukommen. Diese reichen von der Sicherung
100 der Außengrenzen über die Entwicklung des Energiebinnenmarktes bis hin zu
101 einer stärkeren Investitionstätigkeit der EU. In jedem Fall ist klar, dass
102 der Anteil der Agrarförderung am EU-Haushalt kleiner werden wird und dass
103 das Haushaltskapitel "Nachhaltiges Wachstum" effizienter aufgestellt werden
104 muss. Ein Anteil von mehr als einem Drittel am Gesamthaushalt wird
105 mittelfristig kaum zu halten sein. Da die Direktzahlungen den Löwenanteil
106 ausmachen, sind Kürzungen an dieser Stelle mittelfristig unumgänglich.

107 **Eckpunkte für eine liberale GAP 2027**

108 Mit Blick auf die dargestellten Entwicklungen braucht die GAP eine
109 fundamentale Neuausrichtung. Diese streben wir Freie Demokraten mit der
110 GAP-Reform 2027 an. Hinsichtlich der nach wie vor hohen Bedeutung der
111 Direktzahlungen für die Betriebe muss die Neuausrichtung jedoch auf der
112 Zeitachse verantwortungsvoll gestaltet werden. Nur so können radikale
113 Strukturbrüche vermieden, entlastende Effekte auf dem Bodenmarkt realisiert
114 und Entwicklungsschritte evaluiert und – falls nötig – nachgesteuert oder
115 korrigiert werden. Zudem verstehen wir unsere Vorschläge als Gesamtpaket.
116 Die Umsetzung nur einzelner Punkte ohne Flankierung durch die übrigen würde
117 zu erheblichen Verwerfungen führen. Für folgende Eckpunkte treten wir ein:

- 118 • Wir fordern eine echte Harmonisierung statt einer Renationalisierung
119 der GAP! Wir wollen einen fairen Wettbewerb im europäischen
120 Binnenmarkt erreichen und daher die in einigen Mitgliedsstaaten nach
121 wie vor vorhandenen gekoppelten Zahlungen mit der GAP-Reform 2027
122 endgültig abschaffen. Auch bei den neuen Grundanforderungen und Eco
123 Schemes, welche die Cross Compliance und das Greening bei den Auflagen
124 der Ersten Säule ablösen bzw. erweitern, sehen wir die Gefahr
125 überzogener, nationaler Sonderwege ("Gold-Plating") und der daraus
126 resultierenden Wettbewerbsnachteile. Von Seiten der EU-Kommission ist
127 daher sicherzustellen, dass das Instrumentarium zur nationalen
128 Ausgestaltung der Eco Schemes möglichst verbindlich und einheitlich
129 zusammengestellt wird. In Bund und Ländern setzen wir uns für
130 konsequente 1:1-Umsetzungen europäischen Rechts ein.
- 131 • Wir wollen gezielt die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der
132 landwirtschaftlichen Unternehmen fördern. Die einzelbetriebliche
133 Agrarinvestitionsförderung soll deshalb mit deutlich erhöhter
134 Mittelausstattung ins Zentrum der GAP rücken und im Gegenzug sollen
135 die flächenbezogenen Direktzahlungen der Ersten Säule samt ihrer
136 Konditionalität (Cross Compliance, Greening, Eco Schemes) langfristig
137 berechenbar über einen Zeitraum von drei Mehrjährigen Finanzrahmen der
138 EU abgeschmolzen werden (2028-2034, 2035-2041 und 2042-2048). Auf
139 diese Weise sollen Strukturbrüche vermieden und eine realistische
140 Anpassung von Pachtverhältnissen ermöglicht werden. Die
141 Agrarinvestitionsförderung soll künftig nicht mehr im Rahmen der
142 überzeichneten und hoch bürokratischen
143 Agrarinvestitionsförderprogramme der Zweiten Säule erfolgen, sondern
144 mit einem EU-weit einheitlichen Instrumentarium. Artenbezogene
145 Tierhaltungsgrenzen sollen künftig als Förderbedingung ebenso
146 entfallen wie bürokratische Nachweise über die Einkommensverhältnisse
147 bei Nebenerwerbslandwirten. Das Angebot zinsgünstiger Darlehen soll

148 durch künftig substanziell erhöhte Tilgungszuschüsse zu
 149 einzelbetrieblichen Investitionen in Wirtschaftsgebäude und
 150 Tierhaltungssysteme, in Anlagen der Innenwirtschaft, in Maschinen und
 151 Geräten der Außenwirtschaft, in die Anlage von Dauerkulturen sowie in
 152 risikomindernde Technik der Außenwirtschaft ergänzt werden, über deren
 153 Umfang anhand eines Punktesystems entschieden wird. Die Punkte sollen
 154 anhand eines Katalogs vergeben werden, der neben der allgemeinen
 155 Wirtschaftlichkeit die Effekte der jeweiligen Investitionen auf
 156 folgende Bereiche gesellschaftlicher Erwartungen honoriert:
 157 betriebliche Diversifizierung, Risikomanagement und
 158 Klimafolgenanpassung; Bewirtschaftung topographisch und klimatisch
 159 benachteiligter Gebiete; Ressourcen- und Umweltschutz;
 160 Energieeffizienz und Klimaschutz; Tierschutz, -wohl und -gesundheit.
 161 Wenn die europäische Öffentlichkeit Produktionsstandards erwartet, die
 162 deutlich über dem Durchschnittsniveau des Weltmarkts liegen, ist es
 163 fair, wenn sie die in diesem Zusammenhang erforderlichen Investitionen
 164 anteilig fördert. Die praktische Umsetzung kann entpolitisiert über
 165 die landwirtschaftlichen Förderbanken der EU-Mitgliedsstaaten
 166 abgewickelt werden (zum Beispiel Landwirtschaftliche Rentenbank).

- 167 • Die GAP muss unbürokratischer und transparenter werden! Dazu wollen
 168 wir auf europäischer wie nationaler Ebene die Vorgaben zur
 169 Kontrolldichte und Kontrolltiefe auf einem einheitlichen Niveau
 170 vereinfachen. Die Zahl der Vor-Ort-Kontrollen muss im Zeitalter der
 171 Digitalisierung sinken. Für flächenbezogene Angaben müssen praktikable
 172 Bagatellgrenzen sowie Rundungs- und Ermessensspielräume einbezogen
 173 werden, um Betriebe und Behörden von unverhältnismäßigen
 174 Detailkontrollen zu entlasten. Zudem sollten die 16 Länder in
 175 Deutschland ein einheitliches Kontrollsystem entwickeln. Für die
 176 Aufteilung der ELER-kofinanzierten Mittel auf die zulässigen
 177 Förderbereiche (Bildung/Beratung,
 178 Unternehmensinvestitionen/Infrastruktur, Hochwasser- und Küstenschutz,
 179 Umweltbezogene Flächenmaßnahmen sowie Dorf- und Regionalentwicklung)
 180 muss es künftig einheitlichere Vorgaben beziehungsweise Mindestquoten
 181 geben, damit Agrarumweltprogramme einerseits und Förderinstrumente wie
 182 das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) oder LEADER nicht
 183 parteipolitisch gegeneinander ausgespielt werden. Bei der Vergabe
 184 setzen wir uns für ein Ausschreibungsverfahren ein. So wird der
 185 Marktpreis für die Vergütung der Gemeinwohlleistungen der Maßnahmen
 186 ermittelt und der Erschwernisausgleich, der durch die staatliche
 187 Unterstützung bei der Finanzierung gewährt werden soll, exakt

- 188 abgebildet. Landwirtinnen und Landwirte müssen derzeit außerdem
189 komplizierte und langwierige Prüfungs- und Genehmigungsverfahren für
190 neue Bauvorhaben durchlaufen. Dies macht Neubauten sehr unattraktiv.
191 Künftig wollen wir daher, dass Genehmigungs- und Prüfverfahren für
192 neue Bauvorhaben und Umbauten vereinfacht werden.
- 193 • Wir wollen die im internationalen Wettbewerb stehenden europäischen
194 Landwirte beim Klimaschutz nicht einseitig belasten, sondern ihnen
195 eine faire Rolle als Teil der Lösung einräumen. Die Land- und
196 Forstwirtschaft soll künftig als neuer Sektor in das Europäische
197 Emissionshandelssystem (ETS) aufgenommen werden, dort aber auch die
198 Möglichkeit erhalten, CO₂-Senken (zum Beispiel durch gezielten
199 Humusaufbau) gewinnbringend zu vermarkten. Hierzu wollen wir ein
200 Konzept entwickeln, bei dem die Treibhausgas-Emissionen und -
201 Vermeidungsleistungen des landwirtschaftlichen Sektors marktorientiert
202 anrechenbar werden.
 - 203 • Die Investitionsoffensive muss durch eine Innovationsoffensive
204 flankiert werden. Wir setzen uns insbesondere für eine vollständige
205 wissenschaftsbasierte Neuordnung des europäischen Gentechnikrechts
206 ein, um nicht nur die Bewertung der inzwischen klassischen "Grünen
207 Gentechnik" an den heutigen Wissensstand anzupassen, sondern auch
208 genominterne Änderungen mithilfe von CRISPR/Cas9 transparent,
209 rechtlich klar und fortschrittsorientiert so zu regeln, dass das
210 Produkt und nicht die Methode der Erzeugung bewertet wird. Wir
211 brauchen widerstandsfähige und ertragsstarke Nutzpflanzen, um eine
212 Verringerung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln im
213 konventionellen und von umweltbelastenden Pflanzenstärkungsmitteln im
214 Öko-Landbau zu ermöglichen. Die voranschreitende Digitalisierung der
215 Landwirtschaft (Smart und Precision Farming) muss durch Forschung und
216 Entwicklung forciert sowie durch einen zeitgemäßen Rechtsrahmen
217 flankiert werden. Die neuen Möglichkeiten digitaler Technologien wie
218 Automatisierung, Robotik und Sensorik werden die Betriebe nur dann
219 dauerhaft wettbewerbsfähiger machen, wenn sie einem funktionierenden
220 Wettbewerb und einem verlässlichen Datensicherheitsrecht unterliegen.
221 Durch den Einsatz von neuen Technologien in der landwirtschaftlichen
222 Praxis kann die Ressourceneffizienz gesteigert und der Einsatz von
223 Betriebsmitteln reduziert werden. Damit die smarten Technologien
224 nicht zum gläsernen Betrieb oder zur Konzentration von Marktmacht
225 führen, setzen wir uns in Europa für ordnungspolitische Leitplanken
226 bei der Sicherheit und dem Schutz von Daten sowie bei der
227 Standardisierung von Schnittstellen und Datenformaten

228 unterschiedlicher Systemanbieter ein. Mit den entsprechenden
229 technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen zur Datenhoheit
230 landwirtschaftlicher Produktionsdaten kann zudem Wertschöpfung für
231 landwirtschaftliche Betriebe gesichert und gesteigert werden. Die
232 landwirtschaftlichen Betriebe müssen dabei zu jeder Zeit die Hoheit
233 über ihre betrieblichen Daten haben und selbst über die weitere
234 Nutzung der betrieblichen Daten durch Dritte entscheiden können. Dabei
235 sollte eine Digitalisierung für die kritische Infrastruktur
236 Landwirtschaft (Ernährungssicherstellungs- und -vorsorgegesetz, ESVG)
237 so aufgebaut und weiterentwickelt werden, dass diese auch bei
238 möglichen Krisenfällen widerstandsfähig ist. Des Weiteren sollte die
239 Digitalisierung in der Agrarverwaltung beschleunigt werden, denn diese
240 bietet große Chancen, den bürokratischen Aufwand durch geeignete
241 digitale Anwendungen und Verfahren zu reduzieren. In Bund und Ländern
242 machen wir uns für eine bessere Ausstattung und effiziente Nutzung der
243 landwirtschaftlichen Versuchs- und Forschungsanstalten sowie der
244 Forschung und Lehre an den allgemeinen Hochschulen für Landwirtschaft,
245 Forstwirtschaft und Gartenbau stark. Denn die Ressortforschung stellt
246 als Beitrag zu einer krisensicheren land- und
247 ernährungswirtschaftlichen Produktion aus unserer Sicht einen
248 Bestandteil der Daseinsvorsorge dar. Dies schließt nicht nur die
249 Grundlagenforschung, sondern auch die Translationsforschung ein.

- 250 • Die GAP muss weiterhin hinsichtlich ihrer verzerrenden Effekte auf
251 sensible Drittmärkte in Schwellen- und Entwicklungsländern überprüft
252 und korrigiert werden. Europa muss in einer immer
253 bevölkerungsreicheren Welt auch künftig einen Beitrag zur Ernährung
254 leisten. Zugleich darf der Beitrag der europäischen Landwirtschaft zur
255 Welternährung nicht auf Kosten der Entwicklungsperspektiven in anderen
256 Teilen der Welt gehen. Die Abschaffung der EU-Exportsubventionen im
257 Jahr 2013 war ein wichtiger Schritt, weitere marktverzerrende Effekte
258 der GAP müssen jedoch abgestellt oder im Rahmen von
259 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen fair geregelt werden. Die
260 Marktinterventionen der Europäischen Union bei Milchpreiskrisen, die
261 ohnehin nur einen Entlastungseffekt von wenigen Cent haben und später
262 beim Abverkauf des Magermilchpulvers aus Lagerhaltung zu Dumping-
263 Effekten auf den globalen Märkten führen, sind zu beenden. Zudem
264 setzen wir uns für eine behutsame Lockerung im Umgang mit der
265 Verfütterung tierischen Eiweißes ein. Zwar sollte die Verfütterung an
266 Wiederkäuer ebenso weiterhin verboten bleiben wie die
267 Kannibalisierung. Es spricht aber aus unserer Sicht nichts dagegen,

268 Tiermehl wieder schrittweise als Proteinquelle für Allesfresser
269 zuzulassen. Auf diese Weise könnten Drittmärkte vom Abverkauf
270 europäischer Schlachtnebenprodukte zu Niedrigstpreisen entlastet
271 werden. Darüber hinaus trägt dies zur Verringerung der "Eiweißlücke"
272 in Deutschland und durch effizientere Ressourcennutzung auch zum
273 Klimaschutz bei.

Begründung

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) stellt weiterhin eine wichtige Aufgabe der Europäischen Union dar, deren Ziele im Artikel 39 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union detailliert verankert sind. **Die GAP dient auch in einem globalisierten Agrarmarkt dazu, dass die EU-Mitgliedsstaaten weiterhin einen zukunftssichernden Beitrag zur Ernährung leisten. Die Weltbevölkerung steuert auf 10 Milliarden Menschen zu. Weite Teile der Europäischen Union (EU) befinden sich in einer klimatischen Gunstzone.** Ernteauffälle oder Produktionsrückgänge in Europa berühren angesichts der hiesigen Wirtschaftsstärke nicht unmittelbar die eigene Versorgungssicherheit, sie haben aber erhebliche Effekte auf die globale Balance von Angebot und Nachfrage und somit auf die globale Preisbildung beziehungsweise auf die Bezahlbarkeit von Lebensmitteln auf den Weltmärkten. Kalkulationen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zufolge hat schon die vorige Dürre in der EU und in Russland dazu geführt, dass im Agrarjahr 2018/2019 die globale Nachfrage nach Weizen die Ernte um etwa 30 Millionen Tonnen überschritten hat. Europa kann sich daher nicht aus der Landwirtschaft zurückziehen.

Ein weiteres Ziel der GAP ist und bleibt es, die Entwicklung ländlicher Räume zu fördern und Einkommenschancen auf dem Land zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang darf kein deutscher Tunnelblick entstehen. Zwar bestehen in vielen ländlichen Räumen Deutschlands Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb der Land- und Forstwirtschaft, insbesondere in Regionen mit mittelständischem Gewerbe und guten Verkehrsanbindungen für Berufspendlerinnen und -pendler. Dieser Entwicklungsstand des ländlichen Arbeitsmarktes in weiten Teilen Deutschlands ist aber keineswegs der europäische Standard. Während laut Eurostat im Jahr 2013 nur noch 1,5 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland in Landwirtschaft, Forstwirtschaft oder Fischerei arbeiteten, waren dies in Rumänien immerhin noch 30 Prozent, in Bulgarien 19 Prozent, in Griechenland 13 Prozent, in Polen 12 Prozent und in Portugal 10,5 Prozent. Zudem gilt auch für Deutschland, dass zwar der Anteil der Erwerbstätigen, die unmittelbar in der Land- und Forstwirtschaft tätig sind, weiter sinkt, dass aber die der Urproduktion mittelbar nachgelagerten Glieder ländlicher Wertschöpfungsketten ungebrochen einen signifikanten Beschäftigungseffekt haben. Nach Zahlen des Bundes für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e.V. (BLL) umfasst die eigene Branche fast 5,3 Millionen

Beschäftigte in 704.533 Unternehmen. Gemeinsame Agrarpolitik ist daher immer auch eine Politik für Lebensrealitäten und -perspektiven in ländlichen Räumen.

Ebenso ist es eine zentrale Aufgabe der GAP, die Erhaltung und Pflege der artenreichen und attraktiven Kulturlandschaften Europas zu ermöglichen, die Biodiversität zu fördern und einen fairen Blick auf strukturelle und naturbedingte Unterschiede zwischen verschiedenen landwirtschaftlichen Gebieten zu gewährleisten. Eine Politik, die rechnen kann, fördert daher auch in Zukunft eine nachhaltige Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzflächen. Denn wo sich die Landwirtschaft mangels wirtschaftlicher Perspektive zurückzieht, entstehen für Länder, Kreise, Städte und Gemeinden erhebliche Folgekosten bei der Landschaftspflege und der Erhaltung der Biodiversität. Private Landschaftspflegedienstleister veranschlagen in ihren Verrechnungssätzen je nach Handarbeitsanteil beziehungsweise Mechanisierbarkeit zum Teil mehrere Tausend Euro je Hektar. Vor diesem Hintergrund ist es klar, dass es eine Erhaltung der artenreichen europäischen Kulturlandschaften auf geologisch, topografisch, klimatisch oder agrarstrukturell benachteiligten Flächen auch nach einer umfassenden GAP-Reform nicht zum Nulltarif gibt.

Ziel der GAP bleibt es auch in Zukunft, den technischen Fortschritt, Innovationen und eine effiziente Arbeitsweise der Landwirtschaft zu fördern und Anpassungen mit Blick auf mögliche Strukturbrüche stufenweise umzusetzen. Die agrarstrukturellen und technischen Voraussetzungen der europäischen Betriebe sind sowohl von Region zu Region als auch von Erzeugungszweig zu Erzeugungszweig verschieden. Damit alle Betriebe faire Entwicklungsperspektiven haben, muss die GAP im Blick behalten, dass Anpassungen von Ordnungsrecht, Förderauflagen und Fördersätzen finanziell und auf der Zeitschiene realistisch sowie betrieblich praktikabel erfolgen. Dazu sind langfristige Planungshorizonte und Rechtssicherheit unverzichtbar.

Antrag A2002: Entlastung der Ausbildungsbetriebe

Antragsteller/in:

Bundsvorstand des Liberalen Mittelstandes

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Entlastung der Ausbildungsbetriebe**

- 2 Der kleine Mittelstand braucht Unterstützung. Deshalb sollen die
- 3 Auszubildenden über die gesamte Ausbildungszeit Sozialversicherungsbeiträge
- 4 kostenlos über ihre Eltern mitversichern können. Es schafft Entlastung für
- 5 Ausbildungsbetriebe und dem Auszubildenden bleibt mehr in der Lohntüte.
- 6 Bei der Bildung darf es keine Unterschiede geben - denn Studierende sind
- 7 bis 27 kostenlos bei den Eltern mitversichert.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A2003: Mittelstandspolitik in den Mittelpunkt stellen

Antragsteller/in: Bundesvorstand des Liberalen Mittelstandes

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 **Mittelstandspolitik in den Mittelpunkt stellen**
- 2 Die Interessen des Mittelstandes müssen in den Mittelpunkt der FDP-Politik
- 3 gestellt werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A2004: Marktwirtschaft kann Tierschutz

Antragsteller/in: Bundesvorstand der Freien Demokraten

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Marktwirtschaft kann Tierschutz

2 Tierschutz ist eine Frage der Haltung

3 Tierschutz ist keine wirtschaftliche, es ist eine ethisch-moralische Frage.
4 Sie kann deshalb auch nicht ausschließlich über den Markt beantwortet
5 werden. Wir brauchen eine gesellschaftliche Wertedebatte, der eine klare
6 Regulierung folgen muss. Wir Freie Demokraten haben die Aufnahme des
7 Tierschutzes in das Grundgesetz vorangetrieben, weil dieser für uns
8 untrennbar mit einer liberalen Werteordnung verbunden ist. Wie wichtig uns
9 Freien Demokraten der Tierschutz schon in der Vergangenheit war,
10 unterstreicht die Aussage des ehemaligen Bundesvorsitzenden Guido
11 Westerwelle, der 2002 im Vorfeld der Bundestagswahl betont hat, dass, wer
12 mit der FDP regieren wolle, wissen müsse, dass sie die Verankerung des
13 Tierschutzes im Grundgesetz durchsetzen werde.
14 Die Verankerung des Tierschutzes als Staatsziel im Grundgesetz ist ein
15 Auftrag an unseren Rechtsstaat.

16 Tierschutz heißt Tierwohl

17 Tierschutz reduziert sich nicht auf den Schutz wildlebender Arten, sondern
18 umfasst ausdrücklich auch die Haus- und Nutztiere. Jedes Lebewesen sollte,
19 wenn nicht in Freiheit, so doch möglichst artgerecht aufwachsen können.
20 Diese Auffassung teilen wir Freie Demokraten mit der großen Mehrheit der
21 Gesellschaft. Umfragen bestätigen immer wieder, wie wichtig den Deutschen
22 der Tierschutz ist.
23 Aber nicht nur das, auch die öffentlichen Debatten über Tiertransporte,
24 intensive Tierhaltung, über bestimmte landwirtschaftliche Praktiken von
25 Kastenständen für Sauen, über das Schreddern männlicher Küken bis hin zur
26 betäubungslosen Kastration von Ferkeln zeigen, dass die Wertevorstellungen
27 der Gesellschaft mit bestimmten Praktiken kollidieren. Die Konflikte
28 zwischen Gesellschaft und Tierhaltung belasten beide Seiten, die
29 Verbraucherinnen und Verbraucher stehen den Landwirtinnen und Landwirten
30 misstrauisch gegenüber, diese wiederum sehen sich in vielen Dingen unter

31 einen ungerechtfertigten Generalverdacht gestellt. Wir Freie Demokraten
32 sehen es als unsere Aufgaben an, diesen Konflikt aufzulösen. Dabei geht es
33 uns um konsequenten Tierschutz aber auch um die Existenzfähigkeit unserer
34 landwirtschaftlichen Betriebe.

35 **Tierwohl: Eine Chance für die Landwirtschaft**

36 Auch wenn in der aktuellen Debatte vielfach über Missstände in der
37 landwirtschaftlichen Tierhaltung die Rede ist, darf nicht übersehen werden,
38 dass es nicht nur Verschlechterungen sondern auch Verbesserungen gegeben
39 hat. Alte Stallungen in der Milchviehwirtschaft waren oftmals geprägt von
40 beengten Verhältnissen, schlechten Klimabedingungen sowie wenig
41 artgerechten Haltungsbedingungen. Hier haben deutliche Verbesserungen
42 stattgefunden, moderne Stallungen bieten mehr Bewegungsfreiraum und sind
43 deutlich artgerechter, als dies bei alten Stallgebäuden der Fall ist.
44 Tierwohl ist auch nicht an eine bestimmte Betriebsgröße gebunden, vielmehr
45 kommt es auf die tatsächlichen Haltungsbedingungen an.

46 Gerade jüngere Landwirtinnen und Landwirte leiden, wenn sie in der
47 Öffentlichkeit unter den Generalverdacht der Tierquälerei gestellt werden.
48 Die gesellschaftliche Dauerkritik an dem landwirtschaftlichen Berufsstand
49 beschleunigt den Strukturwandel. Junge Landwirtinnen und Landwirte sind
50 nicht mehr bereit, den elterlichen Betrieb zu übernehmen, solange sie
51 gesellschaftlich stigmatisiert werden. Die Folge ist, dass immer mehr
52 Betriebe aufgeben müssen und die Gesellschaft mit ihrer Kritik genau das
53 befördert, was sie eigentlich nicht will: Das Sterben kleinbäuerlicher
54 Betriebe und die zunehmende Konzentration auf weniger und immer größere
55 Betriebe mit Massentierhaltung.

56 Die sogenannten Bauerndemos der letzten Jahre sind ein Beleg für die
57 Entfremdung zwischen Verbraucherinnen und Verbrauchern einerseits und der
58 Landwirtschaft andererseits. Während erstere immer höhere Ansprüche an eine
59 ökologische Feldwirtschaft, an eine artgerechte Tierhaltung formulieren,
60 ist die Realität der Landwirtschaft geprägt von schwankenden Preisen,
61 Existenznöten und steigenden Kosten für Betriebsmittel. Nur mit höheren
62 Einnahmen und verlässlichen Rahmenbedingungen können Investitionen gestemmt
63 werden. Und ohne Investitionen ist mehr Tierwohl nicht zu haben. Ein
64 Höchstmaß an Nachhaltigkeit ist nicht ohne ein Höchstmaß an
65 Technologisierung zu erreichen. Das digitalisierte Güllefaß ist jedem
66 herkömmlichen im Biolandbau überlegen, wenn es um Grundwasserschutz geht.
67 Wir Freie Demokraten fordern deshalb einen New Deal zwischen Landwirtschaft
68 und Gesellschaft. Die Forderungen der Gesellschaft im Bereich des Umwelt-
69 und Naturschutzes sind berechtigt. Gleiches gilt aber auch für die Sorgen

70 der landwirtschaftlichen Betriebe, die von ihrer Arbeit leben müssen. Hier
71 muss ein fairer Lastenausgleich geschaffen werden, wie es ihn in einigen
72 Bereichen, etwa im sogenannten Vertragsnaturschutz bereits gibt. Der
73 Grundgedanke des Vertragsnaturschutzes, wonach besondere ökologische
74 Leistungen auch besonders honoriert werden, kann zu einem Fundament eines
75 neuen, eines fairen Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Landwirtschaft
76 werden.

77 **Artgerechte Haltung, besseres Einkommen**

78 Beim Umwelt- wie beim Tierschutz muss es nicht verhandelbare
79 Grundanforderungen geben: Was andere Menschen gefährdet bzw. Tiere einer
80 unzulässigen Qual aussetzt, muss gesetzlich verboten werden. Ansonsten
81 führt der marktwirtschaftliche Wettbewerb zu dem Fehlanreiz, dass sich die
82 niedrigsten Standards durchsetzen. In einer modernen Marktwirtschaft
83 definiert die Gesellschaft, die Rahmenbedingungen und die
84 Grundanforderungen, der Markt sorgt dann dafür, dass diese möglichst
85 effizient und wirtschaftlich umgesetzt werden. Aber nur im Rahmen des
86 gesetzlich Erlaubten.

87 Marktwirtschaft und Tierschutz sind kein Widerspruch. Im Gegenteil: die
88 Marktwirtschaft kann dazu beitragen, den Tierschutz schneller,
89 kostengünstiger und konsequenter umzusetzen, als dies mit staatlich-
90 dirigistischen Korrekturmaßnahmen möglich wäre. Nicht Sondersteuern oder
91 andere Lenkungsmechanismen, sondern klare Regeln und deren staatliche
92 Durchsetzung sichern ein Höchstmaß an Tierschutz.

93 Wir Freie Demokraten fordern die konsequente Einbindung des Tierschutzes
94 und einer artgerechten Tierhaltung in unsere freiheitliche
95 Wirtschaftsordnung. Wir setzen uns für einen stringenten und konsequenten
96 Tierschutz ein. Haltungsformen wie Anbindehaltung und Kastenstand müssen so
97 schnell wie möglich tierfreundlicheren Alternativen weichen. Praktiken, die
98 erkennbar und offensichtlich ethisch unvertretbar sind, wie das
99 Kükenschreddern oder die betäubungslose Ferkelkastration, müssen ohne Wenn
100 und Aber europaweit verboten werden. Tierquälerei ist mit den Werten einer
101 freiheitlich-demokratischen Gesellschaft unvereinbar.

102 Um das Ziel einer artgerechten Tierhaltung zu erreichen, muss auch den
103 berechtigten Belangen der Landwirtschaft Rechnung getragen werden.
104 Stallgebäude sind sehr langfristig angelegte Investitionsgüter, deren
105 Nutzung auf viele Jahre angelegt ist. Gesellschaftliche Wertvorstellungen
106 entwickeln sich aber so dynamisch, dass es für die landwirtschaftlichen
107 Betriebe sehr schwierig und teuer ist, sich den geänderten Anforderungen
108 anzupassen. Den Betrieben diese Anpassung zu ermöglichen und sie dabei zu

109 unterstützen, ist im Interesse der Gesellschaft und auch der Tiere.

110 Wir haben Vertrauen in unsere Landwirtinnen und Landwirte und wollen sie
111 mit einem funktionierenden Kontrollsystem der Veterinärämter dabei
112 unterstützen, das Vertrauen der Bevölkerung zu erhöhen. Wir fordern, dass
113 die Veterinärämter finanziell aufgestockt werden und die Intervalle in
114 Regionen mit kaum Kontrollen stark verkleinert werden. Alle zehn Jahre
115 sollte zudem mindestens eine unangekündigte Kontrolle stattfinden.
116 Gleichzeitig muss der Staat Landwirtinnen und Landwirte mit allen
117 rechtsstaatlichen Mitteln vor Stalleinbrüchen schützen und dagegen
118 vorgehen.

119 Wir Freie Demokraten fordern deshalb mehr staatliche Unterstützung im
120 Bereich der artgerechten Tierhaltung. Diese sollte aber nicht über den
121 Umweg einer staatlichen Abgabe erfolgen. Eine Abgabe schafft zusätzliche
122 Bürokratie und komplizierte Finanzströme. Das öffentliche Interesse an
123 kontinuierlich artgerechten Haltungsformen in der Landwirtschaft
124 rechtfertigt eine finanzielle Unterstützung der landwirtschaftlichen
125 Betriebe. Es geht hier um nicht mehr und nicht weniger als um die zentrale
126 Frage, ob uns eine artgerechte Tierhaltung etwas wert ist.

127 Die höheren Preise für Erzeugnisse aus artgerechter Tierhaltung wollen wir
128 Freie Demokraten nicht über Sonderabgaben erreichen, sondern über
129 Transparenz und eine generelle Anhebung der Standards in der Tierhaltung,
130 und zwar auf europäischer Ebene. Die Bundesregierung ist gefordert, ihre
131 Ratspräsidentschaft zu nutzen, hier schnellstmöglich zu einer belastbaren
132 Übereinkunft zu kommen. Gesunder Wettbewerb in einer funktionierenden
133 Marktwirtschaft ist ein Wettbewerb um Effizienz aber niemals ein Wettbewerb
134 um die niedrigsten sozialen und ethischen Standards. Wertedumping ist für
135 Freie Demokraten keine Option.

136 Wir Freie Demokraten fordern von der Bundesregierung belastbare Initiativen
137 nicht nur auf Ebene der Europäischen Gemeinschaft, sondern auch der
138 Vereinten Nationen. Das Wohlergehen unserer Nutztiere ist kein
139 individuelles, kein nationales, es ist ein ethisches, ein globales Anliegen
140 und muss sich auch in der politischen Haltung niederschlagen.

141 **Tierfreundliche Digitalisierung**

142 Wir Freie Demokraten fordern, der artgerechten Tierhaltung auch in
143 Forschung und Beratung mehr Bedeutung beizumessen. Die Digitalisierung
144 eröffnet zahlreiche Möglichkeiten, das Tierwohl zu steigern. Schon heute
145 kann so die Fütterung der Tiere individuell angepasst werden. Die
146 Digitalisierung ermöglicht es gerade auch in der Tierhaltung, den

147 Bedürfnissen des einzelnen Tieres in weit größerem Maße Rechnung zu tragen
148 als dies bisher der Fall war. Diese Chancen wollen wir Freie Demokraten
149 unbedingt nutzen. Zahlreiche Start-ups haben das Potential der
150 Digitalisierung im Bereich der Tierhaltung erkannt und entwickeln Systeme,
151 um die Tierhaltung individueller und artgerechter zu gestalten. So gibt es
152 schon heute spezielle Gesundheitsapps für Tiere, die kontinuierlich deren
153 Gesundheitszustand erfassen und so dazu beitragen, den
154 Medikamentenverbrauch zu reduzieren und die Lebensqualität der Tiere zu
155 erhöhen. Früh erkannte Krankheiten machen den Antibiotikaeinsatz
156 entbehrlich. Diese Chancen müssen flächendeckend genutzt werden.

157 **Transparenz schützt Tiere**

158 Wir Freie Demokraten setzen auch bei der artgerechten Tierhaltung auf den
159 Markt. Der Staat muss klare Standards vorgeben, darüber hinaus muss er aber
160 Anreize schaffen, die eigendynamische Entwicklungen in Richtung mehr
161 Tierwohl befördern. Zahlreiche Umfragen belegen, dass es eine Bereitschaft
162 der Verbraucherinnen und Verbraucher gibt, für Produkte aus artgerechterer
163 Tierhaltung höhere Preise zu bezahlen. Die Einführung einer Deklaration
164 der Haltungsform bei Hühnereiern hat dazu geführt, dass Eier aus
165 Käfighaltung weniger und Eier aus anderen Haltungsformen in weit stärkerem
166 Maß nachgefragt werden.

167 Wir Freie Demokraten fordern, diesen Mechanismus auch auf andere
168 Tiererzeugnisse auszudehnen. Ein ganz wesentlicher Aspekt für eine
169 funktionierende Marktwirtschaft ist Transparenz. Die Kundinnen und Kunden
170 müssen wissen, was sie kaufen. Bezogen auf eine artgerechte Tierhaltung
171 müssen sie auf einfache Weise erfassen können, welches Produkt aus einer
172 Haltung stammt, die minimal verbesserten oder nachhaltigen Ansprüchen
173 entspricht.

174 Wir Freie Demokraten fordern deshalb ein einfaches, transparentes und
175 verpflichtendes Tierwohllabel in der gesamten EU. Wir schreiben den
176 landwirtschaftlichen Betrieben innerhalb der zulässigen Grenzen keine
177 bestimmte Haltungsform vor. Wir erwarten aber, dass sie bereit sind, sich
178 dazu zu bekennen, wie sie ihre Tiere halten. Deshalb ist es für uns
179 wichtig, dass das Tierwohllabel verpflichtend ist. Nur so kann eine
180 vollständige Markttransparenz gewährleistet werden. Wer wirklich nur auf
181 den Preis achtet, muss sich auch selbst der Verantwortung dafür stellen,
182 was dieser für das Tier bedeutet. Marktwirtschaft braucht Verantwortung und
183 mit der Kaufentscheidung ist auch die Übernahme einer ethischen
184 Verantwortung verbunden. Wir Freie Demokraten wollen niemandem eine
185 Kaufentscheidung aufzwingen, wir wollen aber dass sich jeder der

186 Verantwortung für seine Kaufentscheidung stellt.

187 Tierschutz und Tierwohl sind wichtige Anliegen unserer Gesellschaft. Wir
188 Freie Demokraten wollen deshalb beides fest in unserer Rechtsordnung und
189 unserem Wirtschaftssystem verankern. Unsere soziale Marktwirtschaft ist
190 nicht nur ein Garant einer dynamischen Wirtschaft und damit unseres
191 Wohlstandes. Unsere Marktwirtschaft kann uns auch dabei helfen, unsere
192 zentralen gesellschaftspolitischen Anliegen effizient umzusetzen. Unsere
193 soziale Marktwirtschaft kann auch Tierschutz. Wenn der Staat klare Regeln
194 setzt, trägt der Wettbewerb zu maximalem Tierschutz zum besten Preis bei.
195 Darauf kommt es an, denn jeder soll artgerechte Tierhaltung durch seine
196 Kaufentscheidung unterstützen können, ganz gleich wie hoch sein
197 individuelles Einkommen ist.

198 **Tierschutz weltweit verwirklichen**

199 Das Eintreten für Tierschutz und Artenvielfalt ist uns auch weltweit ein
200 wichtiges Anliegen. Wir wollen die Bekämpfung des Handels mit bedrohten
201 Tierarten global vorantreiben und konsequenter durchzusetzen. Die Abholzung
202 von Urwäldern als Lebensraum zahlreicher bedrohter Tierarten lehnen wir
203 innerhalb und außerhalb der EU ab. Um den tropischen Regenwald zu schützen,
204 setzen wir uns für die völkerrechtliche Ächtung negativer Waldbilanzen von
205 Staaten und für die konsequente Überprüfung und Sanktionierung illegaler
206 Regenwaldholz-Importe ein. Erhobene Bußgelder sollen zum Erwerb und Schutz
207 von Regenwald eingesetzt werden. Deutschland soll seine
208 Entwicklungszusammenarbeit an den Erhalt von Wald knüpfen und auf diesem
209 Weg einen zentralen Beitrag zum Tierschutz leisten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A3001: Selbstbestimmt in allen Lebenslagen – Pflege neu denken!

Antragsteller/in: BFA Gesundheit

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Selbstbestimmt in allen Lebenslagen – Pflege neu** 2 **denken!**

3 **Kur für die Pflege!**

4 Der würdevolle Umgang mit Menschen mit Pflegebedarf ist eine zentrale
5 Aufgabe eines liberalen Gesundheitssystems. Diejenigen, die auf Hilfe
6 angewiesen sind, sei es aufgrund ihres Alters, einer Krankheit oder sogar
7 eines Zusammenspiels aus beidem, benötigen eine gute Versorgung, die ihren
8 individuellen Bedürfnissen gerecht wird. Die Pflege ist dabei ein
9 vielschichtiges Themenfeld. Einerseits spielt die Finanzierung des
10 Pflegesystems eine zentrale Bedeutung, aber auch die Ausbildung,
11 Verfügbarkeit und Zufriedenheit des Pflegepersonals ist von elementarer
12 Bedeutung für ein gut funktionierendes Pflegesystem. Nicht zuletzt spielen
13 die Prävention zur Vermeidung von Pflege und die Anreize zur kurativen
14 Behandlung eine wichtige Rolle in einem guten Pflegesystem.

15 **Also: Neu denken – auch in der Pflege!**

16 **Pflege ist eigenständig und vielfältig**

17 Die Pflege sollte eine eigenständige und mit vorbehaltener Tätigkeit
18 betraute Stellung im deutschen Gesundheitssystem erhalten. Die
19 Anforderungen an die pflegerischen Tätigkeiten sind stark gestiegen.

20 **Daher fordern wir:**

- 21 • Qualifikationsoffensive in der Pflegeausbildung bis zum akademischen
22 Grad
- 23 • Flexibilisierung der Anerkennung vorheriger Berufsabschlüsse
- 24 • Die Delegation und eigenständige Umsetzung von definierten ärztlichen
25 Leistungen
- 26 • Eine Verordnungskompetenz von bestimmten Heil- und Hilfsmitteln
- 27 • Modellhafte Evaluation eigenständiger Handlungs- und
28 Verordnungskompetenzen

29 **Pflegeausbildung zukunftsfest gestalten**

30 Eine gute Ausbildung, Aufstiegschancen und eine maßvolle Arbeitsbelastung
31 sind die Schlüsselpunkte für die Verringerung des Fachkräftemangels im
32 Pflegesektor. Ein einfacher Einstieg in den Pflegeberuf spielt dabei eine
33 genauso wichtige Rolle wie attraktive Weiterbildungsmöglichkeiten, um
34 Pflegekräfte sowohl zu halten und als auch neue zu gewinnen. Um dieses Ziel
35 vor dem Hintergrund der neuen generalisierten Pflegeausbildung auch
36 weiterhin zu erreichen und Schulabgängerinnen und Schulabgängern mit
37 Hauptschul- und mittlerem Bildungsabschluss einen guten Einstieg zu
38 ermöglichen, fordern wir die Qualifikationsstufen künftig bundeseinheitlich
39 festzulegen.

40 **Erste Stufe Pflegeassistentinnen und Pflegeassistent (zweijährige 41 Ausbildung)**

42 Pflegeassistentinnen und Pflegeassistenten sollen nach einer zweijährigen
43 Ausbildung die Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner in der täglichen
44 Arbeit entlasten. Dabei haben sie nicht nur eine eigene Berufsbezeichnung
45 ("staatlich anerkannte Pflegeassistentin/staatlich anerkannter
46 Pflegeassistent"), sondern erhalten auch ein bestimmtes Aufgabengebiet
47 (z.B. Grundpflege).

48 **Zweite Stufe Pflegefachfrau/Pflegefachmann (dreijährige Ausbildung 49 wahlweise in Voll- und Teilzeit)**

50 Wir halten an der dualen Ausbildung fest. Sollte allerdings die
51 beschlossene generalistische Pflegeausbildung die Erwartungen nicht
52 erfüllen, behalten wir uns vor Änderungen vorzuschlagen.

53 **Gezielte Anwerbung von ausländischen Arbeits- und 54 Fachkräften für die Pflege**

55 Der Fachkräftemangel in der Pflege ist ein spürbares Problem, für welches
56 schnellstmögliche Lösungen im Sinne der Pflegekräfte, Pflegebedürftigen und
57 pflegende Angehörigen gefunden werden müssen. Hierzu gehört die gezielte
58 Anwerbung ausländischer Arbeits- und Fachkräfte. Es bedarf hierfür zwingend
59 eines zeitgemäßen Einwanderungsgesetzes für Fachkräfte und der
60 Beschleunigung der rechtssicheren Klärung des Aufenthaltsstatus.

61 **Daher fordern wir:**

- 62 • Bundeseinheitliche Kriterien zur Anerkennung ausländischer
63 Berufsabschlüsse im Pflegebereich
- 64 • Ein zeitgemäßes Einwanderungsgesetz nach kanadischem Modell für
65 Fachkräfte

- 66 • Schaffung von gezielten fachlichen und arbeitsplatzsichernden
67 Qualifizierungsmaßnahmen für ausländische Arbeitskräfte
68 (Assistenzberufe) und Förderung der weiteren beruflichen
69 Qualifizierung

70 **Digitalisierungsoffensive in der Pflege**

71 Die Chancen und Vorteile der Digitalisierung werden in der Pflege noch
72 nicht flächendeckend genutzt. Die Potenziale einer
73 Digitalisierungsoffensive müssen auch für diesen Bereich erkannt und
74 genutzt werden.

75 **Daher fordern wir:**

- 76 • Digitale Kompetenzen schon in der Ausbildung fördern und
77 Qualifizierungsmöglichkeiten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
78 schaffen
- 79 • Nutzerorientierte Förderung digitaler Kompetenzen bei
80 pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen durch Schaffung
81 geeigneter Beratungsangebote
- 82 • Förderung der Forschung zum Einsatz von AAL-Technologien und Robotik
- 83 • Abbau der bestehenden Schnittstellenprobleme zwischen
84 Leistungserbringern und Kostenträgern

85 **Pflegebedürftigkeit vermeiden**

86 Die Verordnung von Reha-Maßnahmen muss erleichtert werden. Gesetzliche
87 Regelungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Alten- und
88 Krankenpflege müssen auch auf die Pflege in der Rehabilitation übertragen
89 werden. Fehlanreize in der Sozialgesetzgebung, die der Anwendung von Reha-
90 Maßnahmen im Weg stehen, sind zu überprüfen. Daher fordern wir, dass die
91 Pflegekassen langfristig auch Träger der Rehabilitation werden müssen.

92 **Pflegekammer – Für eine bundesweite Befragung der**

93 **Pflegefachkräfte**

94 In drei Bundesländern gibt es eine Pflegekammer (Schleswig-Holstein,
95 Rheinland-Pfalz und Niedersachsen). In den anderen 13 Bundesländern läuft
96 die Diskussion. Befürworter und Gegner befinden sich in einer emotionalen
97 Auseinandersetzung. Jetzt kommen die Planungen für eine Bundespflegekammer
98 noch dazu.

99 **Daher fordern wir:**

- 100 • Eine Befragung aller Pflegefachkräfte in den einzelnen Bundesländern,

101 ob eine Landespflegekammer und eine Bundespflegekammer (Definition,
102 Aufgaben etc.) gewollt ist oder nicht. Eine Wahlbeteiligung von
103 mindestens 50 Prozent und eine Mehrheit in der qualifizierten Mehrheit
104 der einzelnen Bundesländer. Das Ergebnis werden wir Freie Demokraten
105 dann akzeptieren. Steuermittel dürfen nur für eine Anschubfinanzierung
106 dieser Pflegekammer eingesetzt werden.

107 **Pflege neu organisieren**

108 Wir Freie Demokraten erkennen, dass das jetzige Pflegesystem so nicht mehr
109 weitergeführt werden kann. Es braucht neue Ideen für ein zukunftsfähiges
110 Pflegesystem.

111 Daher sprechen wir uns dafür aus, eigenverantwortliche Pflegemodelle, wie
112 zum Beispiel das niederländische Pflegemodell "Buurtzorg" bis 2030 in ganz
113 Deutschland einzuführen. Das Modell zeichnet sich dadurch aus, dass es
114 ausschließlich aus autark organisierten Pflegeteams besteht und auch
115 innerhalb der eigenen Reihen ohne Leitungsposition in einem Rollenmodell
116 arbeitet. Es gibt lediglich 50 Mitarbeiter im Backoffice, die für die
117 Abrechnung der Kunden und Mitarbeiter zuständig sind. Alle anderen Arten
118 der Verwaltung und Organisation werden von jedem individuell aus dem
119 Pflegeteam übernommen – beispielsweise Absprachen und Art und Umfang von
120 Arbeitszeiten, Urlaubsplanung etc.

121 Einen hohen Wert haben die Präventionsarbeit und die Förderung der
122 Selbstpflege. Zentral ist dabei der Aufbau eines breiten lokalen
123 Unterstützungsnetzwerkes der Pflegekräfte rund um ihre Klienten unter
124 Einbeziehung von Sozialarbeitern, Ärzten, Nachbarschaftshilfe etc.

125 **Häusliche Pflege stärken und erleichtern**

126 Von den aktuell über 3,8 Millionen Menschen mit Pflegebedarf in Deutschland
127 werden drei Viertel zu Hause von Angehörigen betreut. Diese pflegenden
128 Angehörigen sind sehr oft hohen physischen und psychischen Belastungen
129 ausgesetzt und brauchen dringend auch mehr psychosoziale Unterstützung,
130 nicht nur von ambulanten Pflegediensten, sondern beispielsweise auch durch
131 niedrigschwellige Angebote im Bereich der Hauswirtschaft und vor allem für
132 die Kurzzeitpflege.

133 Für den meist plötzlich auftretenden Fall einer Pflegebedürftigkeit muss es
134 ein flächendeckendes Netz zur Beratung sowie die Vermittlung von
135 Kenntnissen, um einen Menschen mit Pflegebedarf zuhause zu versorgen. Damit
136 Pflegetätigkeit nicht direkt selbst in die Pflegebedürftigkeit führt,
137 braucht es ausreichende Angebote zur gesundheitlichen Prävention.

138 **Daher fordern wir:**

- 139 • Die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf ist weiter auszubauen
- 140 • Die häusliche Pflege durch Angehörige muss analog zu
- 141 Kindererziehungszeiten rentenrechtlich stärker berücksichtigt werden
- 142 • Die Schaffung von betrieblichen Einrichtungen zur Tagespflege ähnlich
- 143 der Betriebskindergärten ist zu unterstützen
- 144 • Schaffung eines flächendeckenden Netzes an verfügbaren
- 145 Kurzzeitpflegeplätzen sowie deren wirtschaftlich tragfähige Vergütung
- 146 • Zusammenführung der Leistungen von Kurzzeit- und Verhinderungspflege
- 147 mit dem Ziel einer flexiblen und unbürokratischen Inanspruchnahme
- 148 sowie eine Neugestaltung des Entlastungsbudgets weg vom
- 149 Gießkannenprinzip hin zu einer bedarfsgerechten und zielgenauen
- 150 Unterstützung
- 151 • Öffnung von Krankenhäusern in unversorgten Bereichen für Kurzzeit-
- 152 bzw. Überleitungspflege
- 153 • Entwicklung eines bundesweiten digitalen Pflegeportals, das verfügbare
- 154 Plätze in der Lang- und Kurzzeitpflege anzeigt
- 155 • Schaffung von Rechtssicherheit bei der Pflege durch häusliche
- 156 Betreuungskräfte, die Maßnahmen zur Qualitätssicherung beinhaltet, und
- 157 eine Verbesserung der steuerlichen Absetzbarkeit von haushaltsnahen
- 158 Dienstleistungen im Pflegebereich.

159 **Eigenanteile in stationären Einrichtungen finanzierbar**
160 **halten**

161 Wir Freie Demokraten betrachten die steigenden Eigenanteile für stationär
162 untergebrachte Pflegebedürftige mit großer Sorge. Allerdings lehnen wir
163 eine Deckelung der Eigenanteile nach dem sogenannten Sockel-Spitze-Tausch
164 ab. Dieser wäre zum einen nur durch eine erhebliche Erhöhung der
165 Pflegebeiträge zu finanzieren, zum anderen aber auch sozialpolitisch nicht
166 zielgenau. Denn davon würden auch Vermögende profitieren, die sich private
167 Pflegevorsorge und die pflegebedingten Kosten prinzipiell leisten können,
168 aber dann auch nur die gedeckelten Anteile zahlen müssten. Für
169 Pflegebedürftige mit geringen Einkommen kommt dagegen bereits heute die
170 Hilfe zur Pflege auf.

171 **Zur Senkung der Eigenanteile fordern wir:**

- 172 • Übernahme der Investitionskostenförderung durch die Länder wie bei der
- 173 Einführung der Pflegeversicherung zugesagt
- 174 • Überführung der medizinischen Behandlungspflege in stationären

175 Einrichtungen in den Leistungsbereich des SGB V (wie in der ambulanten
176 Pflege auch)

177 • Regelmäßige und faire Dynamisierung der Leistungen der
178 Pflegeversicherung

179 • Flächendeckende Abschaffung von Umlagen für Ausbildungskosten auf
180 Heimbewohner

181 **Finanzierung der Pflege zukunftsfest gestalten**

182 Die Pflegeversicherung ist aus gutem Grunde als Teilleistung angelegt. Wir
183 Freie Demokraten wenden uns gegen jegliche Bestrebungen, die
184 Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung ausbauen zu wollen.
185 Leistungsausweitungen der Pflegeversicherung in Aussicht zu stellen nährt
186 die Mentalität des allumsorgenden Staates und hemmt die Bürgerinnen und
187 Bürger für sich selbst Verantwortung zu übernehmen. Vielmehr benötigen wir
188 Instrumente, um die Eigenvorsorge der Menschen wieder zu stärken. Nicht
189 zuletzt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wäre eine
190 Pflegevollversicherung nur durch massiv steigende Beitragssätze und/oder
191 hohe Steuerzuschüsse mittelfristig zu finanzieren. Dies widerspricht jedoch
192 einer generationengerechten Finanzierung und würde das System spätestens
193 mit dem Eintritt der Babyboomer in die Pflegebedürftigkeit zum Kollabieren
194 bringen.

195 **Daher fordern wir:**

196 • Den Pflegevorsorgefonds im Sinne der Generationengerechtigkeit
197 auszubauen und seine Anlagerichtlinien zu überprüfen

198 • Bestehende private Pflegevorsorge zu evaluieren und die Einführung
199 weiterer Instrumente zur Förderung privater Vorsorge zu prüfen

200 • Die private kapitaldeckte Vorsorge mehr als bisher steuerlich zu
201 begünstigen

202 • Die Umwidmung von Altersvorsorgeprodukten zweckgebunden für die Pflege
203 zu prüfen

204 • Mittelfristig ein Dreisäulenmodell analog zur Rente bestehend aus
205 sozialer Pflegeversicherung, privater Pflegeversicherung und
206 betrieblicher Pflegevorsorge zu entwickeln

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A3002: Aus der Corona-Krise lernen – für Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn

Antragsteller/in: Bundesvorstand der Liberalen Senioren

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Aus der Corona-Krise lernen – für**
2 **Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn**

3 Die zu Recht hochgelobten Verhaltensänderungen in der COVID-19-Pandemie
4 müssen verstetigt werden. Unser Zusammenleben muss wie selbstverständlich
5 Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn als Grundprinzipien aufgeklärten
6 Verfassungsdenkens bestimmen. Deshalb fordern wir Freie Demokraten die
7 Aufnahme des Grundsatzes "Jeder ist zu Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn
8 aufgerufen" in Artikel 3a GG. Die vorgeschlagene Formulierung ist eine
9 Verfassungserwartung. Sie setzt keine zusätzliche Grundrechtsschranke,
10 rührt nicht an das grundrechtlich gewährleistete Niveau der
11 Freiheitsrechte, ist aber dennoch mehr als ein rechtlich unverbindlicher
12 Appell. Sie äußert die ethische Erwartung an jeden Menschen, die
13 Grundrechte verantwortlich auszuüben.

Begründung

Die wegen der COVID-19-Pandemie unumgänglichen Einschränkungen individueller Freiheitsrechte haben unser gesellschaftliches Leben wesentlich verändert. Eigenverantwortung und wechselseitige Rücksichtnahme haben einen neuen Stellenwert erhalten. Junge treten für Ältere ein, Gesunde achten auf Risikogruppen und Kranke, Starke entdecken die Nöte der Schwachen – Achtsamkeit und Hilfsbereitschaft sind in den letzten Wochen und Monaten unerwartet stark gewachsen. Der individuelle, teils egoistische Gebrauch der Freiheitsrechte ist gemeinwohlorientiertem Handeln gewichen. Eine zunehmende Werteorientierung beginnt unser Zusammenleben zu prägen. Wir haben gelernt, nach unserer Verfassung zu leben. Nun werden die staatlichen Schutzverordnungen Zug um Zug zurückgenommen, persönliche Einsichten in notwendige Verhaltensänderungen und Freiwilligkeit treten an ihre Stelle. Wir haben einen Punkt erreicht, an dem gerade erst eingeübte Gemeinsamkeiten drohen, wieder verloren zu gehen.

Wir als Liberale Senioren wollen rechtzeitig solchen negativen Entwicklungen entgegentreten. Es darf nicht ein achtloses Zurückkehren geben, was ein Übermaß an

Egoismus, eine fortschreitende Entsolidarisierung oder einen bequemen Rückzug ins Private nach sich zieht. Wir Liberale Senioren legen Wert auf die Feststellung, dass Senioren generell ein aktiver Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung sein können und wollen. Keineswegs sind sie nur Objekte der Unterstützung, als "Risikogruppe" am Rande der Gesellschaft. Eine innere wertbezogene Stabilisierung der Gesellschaft bedarf des vollen Engagements der Älteren. Zu Recht ist in der jüngsten Vergangenheit das Fehlen menschlicher Wärme und wechselseitigen Respekts in der Gesellschaft beklagt worden. Alleinerziehende geraten immer noch ins Abseits. Viele ältere Menschen vereinsamen, manche sterben unbemerkt. Diskriminierungen nehmen schleichend, teils schamlos offen zu. Physische und verbale Gewalt als Mittel zur Durchsetzung persönlicher Belange und ideologischer Ansichten werden teilnahmslos hingenommen.

In den sogenannten "Social Media" sinkt die Hemmschwelle der Diffamierungen und kalkulierten Falschmeldungen kontinuierlich. Wer – wie die Freien Demokraten – der individuellen Freiheit Vorrang vor staatlichen Eingriffen in die Privatsphäre einräumt, muss in gleichem Maße die Verantwortungsfähigkeit des Einzelnen in einer humanen Gesellschaft fördern. Das Wertegerüst für ein Leben in Freiheit und Verantwortung finden wir in unserem Grundgesetz.

Wir Liberalen Senioren begrüßen deshalb die Initiative der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Durchführung regelmäßiger Einbürgerungsfeiern mit der offiziellen Übergabe des Grundgesetzes an unsere Neubürger. Wichtiger noch ist die frühe Vermittlung der Werte unserer Verfassung an unsere Kinder und Jugendlichen und nicht erst die Überreichung des Textes bei Abschlussfeiern. Ziel muss die Realisierung des geflügelten Wortes "mit dem Grundgesetz unter dem Arm leben" sein.

Antrag A3003: Verbesserung der medikamentösen Versorgung älterer, multimorbider Menschen

Antragsteller/in: Bundesvorstand der Liberalen Senioren

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Verbesserung der medikamentösen Versorgung** 2 **älterer, multimorbider Menschen**

- 3 Wir Freie Demokraten fordern in medizinisch notwendigen Fällen nicht
- 4 verschreibungspflichtige Arzneimittel wieder als Kassenleistung für ältere,
- 5 multimorbide Menschen aufzunehmen, wie dies für Kinder bis zum vollendeten
- 6 12. Lebensjahr im SGB V geregelt ist. Ältere Menschen sind ähnlich
- 7 schutzbedürftig wie Kinder und dürfen nicht diskriminiert werden.

Begründung

Mit dem grundsätzlichen Ausschluss nicht verschreibungspflichtiger Arzneimittel aus der Erstattung im Jahr 2004 und der zunehmenden Multimorbidität aufgrund der demographischen Entwicklung erhalten ältere, multimorbide Menschen ausschließlich verschreibungspflichtige Arzneimittel in der ärztlichen Versorgung.

Nicht nur die Arzneimittelausgaben der GKV steigen seit dieser Zeit an, sondern auch die Ausgaben zur Behandlung von Neben- und Wechselwirkungen sowie arzneimittelbedingte Krankenhauseinweisungen und erhöhte Pflegebedürftigkeit. Aufgrund der demografischen Entwicklung in Deutschland und der häufig einhergehenden Multimorbidität nehmen zunehmend ältere Menschen langfristig mehrere Medikamente ein. Gerade diese Patientengruppe ist jedoch durch eine veränderte Pharmakokinetik (u.a. Nieren- und Leberfunktionsstörungen) und Pharmakodynamik (u.a. erhöhte Empfindlichkeit gegenüber bestimmten Arzneimittelgruppen) gekennzeichnet. Das impliziert nicht nur eine verstärkte Wirkung, sondern auch ein steigendes Nebenwirkungs- und Wechselwirkungsrisiko von Arzneimitteln. Dies unterscheidet ältere, multimorbide Menschen deutlich von jüngeren Altersgruppen. Bis zu 60.000 Todesfälle in Deutschland werden aufgrund von Arzneimittelnebenwirkungen durch Fachleute pro Jahr geschätzt. Ca. 1.000.000 arzneimittelbedingte Krankenhauseinweisungen erfolgen in Deutschland pro Jahr. Wenn man dies aufgrund der durchschnittlichen Fallpauschale hochrechnet, kommt man auf über 4 Mrd. Euro pro Jahr Kosten im stationären Bereich, die auf Arzneimittelneben- und -wechselwirkungen zurückzuführen sind.

Multimorbidität im Alter geht häufig mit Pflegeverläufen einher. So sind fast 20 Prozent in der stationären Versorgung lebende Pflegebedürftige unerwünschten Arzneimittelwirkungen ausgesetzt. Häufig werden bei diesen Personen Psychopharmaka zur Ruhigstellung als freiheitsentziehende Maßnahme eingesetzt. Diese Einschränkung von Freiheits- und Menschenrechten widerspricht den Grundsätzen einer liberalen Partei. Zudem werden mit diesen verschreibungspflichtigen Arzneimitteln Nebenwirkungsrisiken wie Delir, Bewegungsstörungen, Stürze, Schwindel und erhöhter Pflegebedarf eingekauft. Die Behandlung dieser iatrogenen Schäden belasten nicht nur zusätzlich das Solidarsystem, sondern schränken erheblich die Lebensqualität und die Teilhabe älterer Menschen am Leben ein. Durch die Herausnahme nicht verschreibungspflichtiger Arzneimittel aus der Erstattung im Jahr 2004 konnte weder aufgezeigt werden, dass die Arzneimittelkostenentwicklung mittel- bzw. langfristig nicht steigen noch, dass eine Verbesserung der Arzneimittelversorgung der GKV-Versicherten durch diesen Ausschluss erfolgte.

Antrag A3004: Der Zukunft eine Stimme geben – Wahlrecht ab 16

Antragsteller/in:

Ria Schröder (LV Hamburg), Bundesvorstand der Jungen Liberalen, Dr. Joachim Stamp (LV Nordrhein-Westfalen), Katja Suding (LV Hamburg), Grigorios Aggelidis (LV Niedersachsen), Jens Beeck (LV Niedersachsen), Dr. Jens Brandenburg (LV Baden-Württemberg), Mario Brandenburg (LV Rheinland-Pfalz), Ulla Ihnen (LV Niedersachsen), Gyde Jensen (LV Schleswig-Holstein), Dr. Lukas Köhler (LV Bayern), Konstantin Elias Kuhle (LV Niedersachsen), Roman Müller-Böhm (LV Nordrhein-Westfalen), Matthias Seestern-Pauly (LV Niedersachsen), Benjamin Strasser (LV Baden-Württemberg), Johannes Vogel (LV Nordrhein-Westfalen), Katharina Willkomm (LV Nordrhein-Westfalen), Svenja Ilona Hahn (LV Hamburg), Moritz Körner (LV Nordrhein-Westfalen), Jan-Christoph Oetjen (LV Niedersachsen), Dennys Bornhöft (LV Schleswig-Holstein), Alexander Brockmeier (LV Nordrhein-Westfalen), Sylvia Bruns (LV Niedersachsen), Björn Försterling (LV Niedersachsen), Christian Grascha (LV Niedersachsen), Martin Hagen (LV Bayern), Dr. Maren Jasper-Winter (LV Berlin), Alexander Pokorny (LV Berlin), Kirsten Cortez de Lobao (LV Saarland), Laura Schieritz (LV Brandenburg), Hans-Peter Goetz (LV Brandenburg), Niklas Adams (LV Nordrhein-Westfalen), Anna Ahlfeld (LV Bayern), Lars Alt (LV Niedersachsen), Dr. Lasse Becker (LV Hessen), Marius Bentz (LV Nordrhein-Westfalen), Cornelia Besser (LV Nordrhein-Westfalen), Zyon Braun (LV Brandenburg), Hai Bui (LV Sachsen), Carl Cevin-Key Coste (LV Hamburg), Niklas Drexler (LV Niedersachsen), Maximilian Funke-Kaiser (LV Bayern), Hinrich Geelvink (LV Niedersachsen), Axel Graf Bülow (LV Brandenburg), Fabian Griewel (LV Nordrhein-Westfalen), Nils Jan Gründer (LV Bayern), Phil Hackemann (LV Bayern), Moritz Harrer (LV Mecklenburg-Vorpommern), Marlene Heihsel (LV Berlin), Tobias Heisig (LV Schleswig-Holstein), Martin Hoeck (LV Brandenburg), Matti Karstedt (LV Brandenburg), Matthias Keidel (LV Rheinland-Pfalz), Simon Kell (LV Nordrhein-Westfalen), Felix Keune (LV Nordrhein-Westfalen), Arian Kriesch (LV Baden-Württemberg), Jacqueline Krüger (LV Brandenburg), Benjamin Lange (LV Sachsen), Maximilian Mordhorst (LV Schleswig-Holstein), Dennis Tim Nusser (LV Baden-Württemberg), Jan Olsson (LV Baden-Württemberg), Lukas Polten (LV Hessen), Philip Riegel (LV Thüringen), Finn Ole Ritter (LV Hamburg), Sandro Schilder (LV Brandenburg), Leif Schrader (LV Hamburg), Katharina Schreiner (LV

Hessen), Cord Christian Schulz (LV Nordrhein-Westfalen), Felix Sicker (LV Brandenburg), Jeff Staudacher (LV Brandenburg), Dipl.-Ing. Robert Teuber (LV Sachsen), Benedikt Vennemann (LV Nordrhein-Westfalen), Loi Vo (LV Bayern), Raphael Wedemeyer (LV Rheinland-Pfalz), Wolf Achim Wiegand (LV Hamburg), Johannes Zeller (LV Sachsen), Michael Ziegler (LV Rheinland-Pfalz)

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Der Zukunft eine Stimme geben – Wahlrecht ab 16**

2 Ungefähr 1,5 Mio. junge Menschen zwischen 16 und 18 Jahren leben derzeit in
3 Deutschland. Mit 14 Jahren dürfen sie ihre eigene Religion frei bestimmen
4 und können strafrechtlich für ihre Handlungen verantwortlich gemacht
5 werden. Junge Menschen arbeiten, sie zahlen Steuern und Sozialabgaben und
6 nehmen als Konsumenten am Wirtschaftsleben teil. Für Berufstätige kennt das
7 Gesetz sogar eine bereichsbezogene volle Geschäftsfähigkeit schon ab 16
8 Jahren.

9 Auch die Mitgliedschaft in der FDP und anderen Parteien ist bereits ab 16
10 Jahren zulässig, bundesweit engagieren sich junge Menschen in Vorständen
11 und Gremien für die Freien Demokraten, sind leidenschaftliche
12 Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer, verfassen Anträge und diskutieren über
13 Wahlprogramme. Diese jungen Menschen sollten die Wertschätzung erhalten,
14 die sie verdienen. Dazu gehört die Anerkennung, dass sie zur
15 fundamentalsten Form der politischen Willensbildung, der Wahl, fähig sind.
16 Konsequenzen politischer Entscheidungen werden auch immer von jungen und
17 künftigen Generationen getragen. Sie sind es, welche die Folgen der Renten-
18 , Finanz-, Digital- und Klimapolitik am stärksten treffen. Die
19 Fehlentscheidungen von heute stellen sie vor die vollendeten Tatsachen von
20 morgen. Da Jugendliche in der Politik bislang kaum repräsentiert werden,
21 kann gerade eine Herabsetzung des Wahlalters zu einer sinnvollen
22 Kurskorrektur der Parteipolitik und mehr Generationengerechtigkeit führen.

23 Das Wahlrecht ist der Schlüssel zur politischen Partizipation. Es ist das
24 vornehmste Recht in einer Demokratie. Die Ausweitung des Wahlrechts war
25 stets Zeichen des gesellschaftlichen Fortschritts. Dafür stehen die
26 Durchsetzung des Frauenwahlrechts, die Beseitigung von rassistischer
27 Diskriminierung etwa im Wahlrecht der USA sowie in jüngster Zeit die vom
28 Bundesverfassungsgericht verfügte Aufhebung des pauschalen Ausschlusses
29 behinderter Menschen, die in allen Angelegenheiten unter Betreuung stehen.

- 30 Demgegenüber bleibt mehr als 1,5 Mio. Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern
- 31 allein aufgrund ihres Alters das Wahlrecht verwehrt.
- 32 Wir Freie Demokraten fordern eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für
- 33 die Wahlen zum Deutschen Bundestag und Europäischen Parlament.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A3005: Extremismus bekämpfen, Demokratie beleben, Bürgerrechte bewahren

Antragsteller/in: LV Baden-Württemberg

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Extremismus bekämpfen, Demokratie beleben,** 2 **Bürgerrechte bewahren**

3 Wir Freie Demokraten bekennen uns mit Nachdruck zur freiheitlich-
4 demokratischen Grundordnung und den Werten des Grundgesetzes. Im
5 Mittelpunkt unserer Politik steht der einzelne Mensch – unabhängig von
6 Herkunft, Religion, Beruf, Geschlecht, Hautfarbe oder Sexualität. Wir sehen
7 es als unsere Pflicht an, für Toleranz, Akzeptanz und Integration eines
8 jeden in der Gesellschaft einzutreten. Wir stehen zu Meinungsfreiheit und
9 Pressefreiheit, Menschenwürde und dem Recht auf körperliche Unversehrtheit.
10 Diese Werte sind zuletzt durch die Polarisierung der Gesellschaft,
11 politischen Extremismus und religiösen Fundamentalismus zunehmend in
12 Gefahr. Der Mord an Walter Lübcke reihte sich ein in eine Liste von Namen
13 von 170 Menschen, die allein seit dem Jahr 1990 von Rechtsextremen in
14 Deutschland ermordet wurden. Doch auch die Gefahr von links darf man nicht
15 unterschätzen. Die Morddrohung an Judith Skudelny, der erneute
16 Brandanschlag auf das Auto von Gunnar Schupelius und die gewalttätigen
17 Ausschreitungen der Silvesternacht in Leipzig führen uns erneut vor Augen,
18 wie weit sich die Radikalisierung von Teilen der Gesellschaft bereits
19 fortgesetzt hat. Das von antiliberalen Kräften erzeugte Gemisch aus
20 Desinformation, Propaganda, digitalem Waffenarsenal, importierten
21 Konflikten, Gewaltbereitschaft und Terror ist Gift für die offene
22 Gesellschaft. Ängste, negative Emotionen und pauschale Ausgrenzung machen
23 den Einzelnen klein und Kollektive groß. Dem wollen wir entgegenwirken.

24 **Extremismus bekämpfen**

25 Der effektivste Kampf gegen Extremismus ist, ihn gar nicht erst entstehen
26 zu lassen. Daher brauchen wir staatliche Unterstützung für
27 Präventionsangebote gegen religiösen Extremismus und radikalen Salafismus
28 sowie Programme gegen Links- und Rechtsextremismus. Gerade im Bereich des
29 Linksextremismus ist die Anzahl an Präventionsprogrammen generell und
30 Aussteigerprogrammen im Besonderen überschaubar. Diese Programme müssen

31 gestärkt und ausgebaut werden. Wir setzen uns für eine intensivere
32 Erforschung von allen Spielarten von Extremismus und Fundamentalismus ein.
33 Wir fordern von Bund und Ländern, bundesweit 30 Millionen Euro
34 bereitzustellen, um die Förderung von Programmen, Maßnahmen und Aktionen
35 gegen Antisemitismus, Rassismus und Ausländerhass sowie Linksextremismus
36 sowohl in Politik als auch Gesellschaft zu verstärken. Wir fordern die
37 Einrichtung von Meldestellen, die antisemitische Vorfälle dokumentieren und
38 darüber hinaus die betroffenen Personen beraten und unterstützen. Milieus
39 und Tätergruppen müssen klar identifiziert werden, sodass Präventions- und
40 Aufklärungsmaßnahmen gezielt ergriffen werden können. Auch die zweite
41 deutsche Diktatur und darüber hinaus weitere sozialistische
42 Menschenrechtsverbrechen weltweit müssen Teil des Geschichtsunterrichts
43 sein. Die politische Bildung muss Linksextremismus thematisieren und für
44 davon ausgehende Probleme sensibilisieren. Wir wehren uns gegen Versuche,
45 die SED-Diktatur zu relativieren und fordern eine bessere finanzielle
46 Ausstattung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Über 40
47 Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern sind dafür verantwortlich, die
48 Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu gewährleisten. Im
49 Kampf gegen Extremisten und Terroristen führt das zu Doppelarbeiten und
50 Reibungsverlusten. Zu oft sind zu viele Behörden zuständig und wenn es
51 darauf ankommt niemand verantwortlich. Deshalb fordern wir Freie Demokraten
52 die Einsetzung einer Föderalismuskommission III im Bereich der Inneren
53 Sicherheit, um unserer föderalen Sicherheitsarchitektur ein Update auf das
54 21. Jahrhundert zu verpassen. Verantwortlichkeiten müssen klar benannt und
55 den veränderten Sicherheitsbedingungen zugeordnet werden. Hierbei darf die
56 Fusion einzelner Behörden von Polizei und Nachrichtendiensten oder eine
57 verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen von Staatsverträgen der Länder kein
58 Tabuthema sein. Außerdem gilt es, die gemeinsamen Zentren von Bund und
59 Ländern wie das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) endlich auf eine
60 Rechtsgrundlage zu stellen, die den Informationsaustausch im Rahmen des
61 verfassungsrechtlich gebotenen Trennungsgebots klar regelt und
62 Federführungen von länderübergreifenden Fallbearbeitungen schafft. Wir
63 fordern darüber hinaus analog zu dem bereits bestehenden
64 Risikobewertungsinstrument RADAR-iTE für islamistischen Terrorismus und dem
65 nach dem Anschlag von Halle im Aufbau befindlichen Analysetool RADAR rechts
66 für den Bereich des Rechtsextremismus ein vergleichbares
67 Bewertungsinstrument zur Einstufung linksextremer Gefährder.

68 **Demokratie beleben**

69 Demokratie ist eine Lebensform, für die Kulturtechniken des Zuhörens, des

70 sachlichen Widerspruchs und kollektiver Entscheidungen sowie Rechte und
71 Pflichten erlernt werden müssen. Deshalb wollen wir die weltbeste
72 politische Bildung. Die beste Schule der lernenden Demokratie ist dabei die
73 demokratische Praxis selbst: Das Engagement in der Bürgerschaft,
74 betriebliche Mitverantwortung und vielfältige politische Teilnahme, vor
75 allem in der Kommune. Jede Schule soll ein dezentral selbst verantworteter
76 Lernort sein, an dem Kinder und Jugendliche jene kritische Urteilsfähigkeit
77 lernen, mit der sie einen Unterschied für ihre Lebenswelt machen können.
78 Politische Bildung muss bereits im Unterricht der Primarstufe verankert
79 sein. Politische Jugendorganisationen leisten einen unverzichtbaren Beitrag
80 zur politischen Bildung junger Menschen. Wir begrüßen die verstärkte
81 finanzielle Förderung von politischen Stiftungen und Ringen Politischer
82 Jugend. Wichtige Orte politischer Erwachsenenbildung sind duale
83 Hochschulen, Hochschulen für angewandte Wissenschaft
84 und Universitäten. Sie bedürfen einer Kultur der offenen Debatte und
85 zivilen Widerspruchs. Zensur, Safe Spaces und Trigger Warnings lehnen wir
86 ab. Dem Bekenntnis zur freiheitlichdemokratischen Grundordnung
87 entsprechende politische Bildung darf kein Mittel der Indoktrination sein,
88 sondern muss Dialogfähigkeit fördern und zur selbstständigen
89 Interessensvertretung ermutigen. Politische Bildung steht in Zeiten der
90 Digitalisierung, Zuwanderung und des Populismus vor der Herausforderung,
91 Wissen und Handwerk für eine weltoffene Demokratie zu vermitteln. Dazu
92 gehört etwa die Befähigung, Quellen kritisch zu hinterfragen. Unser Ziel
93 muss sein, allen Menschen echte Medienpartizipation zu ermöglichen. Wir
94 fordern eine Offensive für Politische Bildung des Bundes, die besonders
95 wirkungsvolle Programme politischer Bildung öffentlich würdigt, finanziell
96 fördert und zu ihrer Verbreitung ermutigt. Das Fundament der streitbaren
97 Demokratie ist der rechtsstaatliche Schutz des Menschenrechts der
98 Meinungsfreiheit und der Medienfreiheit, ohne die es keine liberale
99 Öffentlichkeit geben kann. Wir Freie Demokraten streiten für ein robustes,
100 bürgerschaftlich tief verwurzeltes Verständnis der Meinungsfreiheit.
101 Meinungsfreiheit ist nicht nur ein Schutzrecht gegenüber dem Staat, sondern
102 erfordert auch eine republikanische Kultur der Meinungsfreiheit. Wir
103 sprechen offen und mit Respekt und Höflichkeit über jegliche Art von
104 Unterschieden zwischen Menschen. Alle Menschen verdienen Respekt, jedoch
105 bedürfen manche Überzeugungen auch dem entschiedenen Widerspruch. Bürger
106 treffen ihre eigenen Entscheidungen und tragen dafür die Konsequenzen,
107 einschließlich öffentlicher Kritik. Von religiösen Führern erwarten wir
108 eine deutliche Absage an Terror und Gewalt und ein Bekenntnis zum Respekt
109 und zur Toleranz gegenüber Anders- oder Nichtgläubigen.

110 **Bürgerrechte bewahren**

111 Die Wahrung der Bürgerrechte ist für uns nicht davon abhängig, ob auch wir
112 selbst Opfer von Straftaten werden. Eine Sicherheitspolitik, die
113 schreckliche Ereignisse jedes Mal dazu nutzt, um verfassungsrechtlich
114 bedenkliche Einschränkungen der Bürgerrechte durchzudrücken, ist in
115 höchstem Maße zynisch. Das Recht ist an allgemeingültigen Grundsätzen
116 auszurichten und nicht an tagespolitischen Opportunitäten. Wir bleiben bei
117 unserer Ablehnung von Überwachungsmaßnahmen mittels Schadsoftware, wie etwa
118 der Online-Durchsuchung und der unverhältnismäßigen Quellen-
119 Telekommunikationsüberwachung. Wir lehnen die Vorratsdatenspeicherung und
120 eine Passwort-Herausgabepflicht ebenso ab wie die Privatisierung der
121 Aufgaben von Strafverfolgungsbehörden durch das
122 Netzwerkdurchsetzungsgesetz.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A3006: Formvorschriften für Vorsorgevollmachten zum Schutze Wehrloser

Antragsteller/in: FDP BV Ems-Jade

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Formvorschriften für Vorsorgevollmachten zum**
2 **Schutze Wehrloser**

- 3 Wir Freie Demokraten setzen uns aktiv dafür ein, dass die Erteilung einer
4 Vorsorgevollmacht der Formschrift der notariellen Beurkundung oder der
5 Beglaubigung mit Aufklärung durch die Betreuungsstellen der Landkreise
6 unterliegt.

Begründung

Als Inhaber einer Vorsorgevollmacht für einen anderen Menschen erlangt man die fast uneingeschränkte wirtschaftliche Macht über den Vollmachtgeber. Etwaige Beschränkungen im Innenverhältnis zwischen Vollmachtgeber und -nehmer wirken nicht nach außen. Neben den weitreichenden Entscheidungen im Persönlichen, wie beispielweise das Aufenthaltsbestimmungsrecht, Gesundheitsfürsorge oder dem Antragsrecht bzgl. der Unterbringung verleiht eine vollumfängliche Vorsorgevollmacht auch den uneingeschränkten Zugriff auf Bankkonten und Barschaften. Da auch hier gilt „wo kein Kläger, da kein Richter“ werden Missbrauchsfälle nur selten entdeckt. Eine gesonderte Strafstatistik wird zu diesen Fällen nicht geführt und hätte auch nur geringe Aussagekraft. Denn die wirklichen Opfer missbrauchter Vorsorgevollmachten oder missbräuchlich erlangter Vorsorgevollmachten sind gerade nicht mehr in der Lage, verlässlich darüber Auskunft zu geben, was sie mit einer Vorsorgevollmacht eigentlich bewirken wollten und ob sie zum Zeitpunkt der Ausstellung überhaupt wussten, was sie da unterzeichnet haben. Dennoch wirkt die Vorsorgevollmacht im Rechtsverkehr grundsätzlich uneingeschränkt, da insoweit nach dem geltenden Zivilrecht das Vertrauen des Rechtsverkehrs mehr geschützt wird, als etwa die Vermögensinteressen des Vollmachtgebers. Denn aus dem legitimierenden Papier geht natürlich nicht hervor, unter welchen Umständen es gezeichnet wurde.

Da aber immer wieder unlautere Personen sich das Vertrauen zu betreuender Menschen erschleichen und sich auf allen möglichen Vordrucken derartige weitreichende Vorsorgevollmachten ausstellen lassen, ist ein Schutz des betroffenen Personenkreises nur über eine Formvorschrift zu erreichen. Unser Rechtssystem kennt bei vielen

weitreichenden Entscheidungen, wie beispielweise dem Erwerb einer Immobilie und vielen gesellschaftsrechtlichen Rechtsakten die Formvorschrift der notariellen Beurkundung, nicht zuletzt, weil mit dieser auch immer die Pflicht zur Beratung, zur Aufklärung und zur Prüfung der Willensbildungsfähigkeit des Vollmachtgebers durch den beurkundenden Notar einhergeht. Was aber kann denn weitreichender sein, als die Erteilung einer Vorsorgevollmacht? In keinem anderen Rechtsakt gibt eine Person derartig viel Verantwortung in die Hände eines anderen. Hier kommt es also im höchsten Maße auf die Aufklärung über die Rechtsfolgen einer Vorsorgevollmacht und auf die Überprüfung der Rechtsfähigkeit des Vollmachtgebers an. Diese Funktion kann ein Notar oder eine andere hierfür geeignete Stelle sein, wie die Betreuungsstellen der Landkreise. Schon heute begleiten die Mitarbeiter dieser Behörden zahlreiche Menschen bei der Ausstellung von Vorsorgevollmachten, was aber viel zu wenige Bürgerinnen und Bürger wissen. Deshalb hat die FDP Bundestagsfraktion bereits durch MdB Grigorios Aggelidis Ende letzten Jahres einen Antrag (Drucksache 19/15254) u.a. dahingehend gestellt, dass die Bundesregierung aktiv an der Aufklärung über diese Möglichkeiten arbeiten muss. Die Kosten für die notarielle Beurkundung einer Vorsorgevollmacht richten sich nach dem Vermögen des Vollmachtgebers. Bei geringen Vermögen kann eine Beurkundung für weniger als EUR 100,00 erfolgen. Die Kosten für Beratung und Beglaubigung durch den Landkreis kann als Verwaltungshandeln ebenfalls erschwinglich ausgestaltet werden.

Antrag A3007: Strafaussetzung von Haftstrafen zur Bewährung begrenzen, "Kettenbewährungen" unterbinden

Antragsteller/in: FDP BV Ems-Jade

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 **Strafaussetzung von Haftstrafen zur Bewährung**
- 2 **begrenzen, "Kettenbewährungen" unterbinden.**
- 3 Wir Freie Demokraten setzen uns aktiv dafür ein, dass eine Strafaussetzung
- 4 von Haftstrafe zur Bewährung bei rechtskräftiger Verurteilung wegen
- 5 gleichartigen Delikten nicht mehrfach gleichzeitig erteilt werden darf und
- 6 sogenannte "Kettenbewährungen" nicht entstehen.

Begründung

Ein funktionierender Rechtsstaat ist das Fundament unserer Gesellschaft. Dieser Rechtsstaat ist dabei auf die Akzeptanz in der Bevölkerung angewiesen. Diese Akzeptanz aber ist akut bedroht. Wenn gegen einen verurteilten Straftäter auch bei laufender Bewährung zu seiner letzten Haftstrafe unter Strafaussetzung zur Bewährung noch zwei oder drei gleichartige Entscheidungen dazu kommen können, bevor wirklich einmal die Vollstreckung einer Haftstrafe droht, dann sind solche Entscheidungen einem rechtschaffenden Bürger kaum noch vermittelbar. Die Glaubwürdigkeit der Justiz wird durch solche Vorfälle geschwächt.

Gleichzeitig kann dieses System auch sogenannte „kriminelle Karrieren“ starten: anstatt dass der Täter die Konsequenz einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe spätestens nach der zweiten Verurteilung praktisch spürt, entsteht bei Straftätern teilweise geradezu der Eindruck, als dass ein Gerichtsverfahren, auch wenn es mit Verurteilung endet, kaum praktische Konsequenzen habe. Statt eines frühen „Warnschusses“, der zu einem Umdenken führen soll, sammeln viele Straftäter eine stattliche Anzahl von Bewährungsstrafen, die am Ende auch wegen eines kleineren Vergehens kumuliert plötzlich zu langen Freiheitsstrafen führen können.

Die Gründe für das Entstehen von sogenannten „Kettenbewährungen“ sind vielfältig. Neben der ständigen Überlastung der Justiz, die dazu führt, dass auch Richter mitunter den „einfacheren Weg“ gehen, sind beispielsweise auch immer wieder fehlende Haftplätze in der Entscheidungsfindung berücksichtigt worden. Dies alles sollten jedoch keine zu berücksichtigenden Faktoren bei der Entscheidung über die Vollstreckung einer Haftstrafe sein. In dem System der Bewährung sind denklogisch eigentlich gar keine

Wiederholungen möglich, da ein Straftäter, der „unter laufender Bewährung“ steht, mithin gezeigt hat, dass das in ihn gesetzte Vertrauen enttäuscht worden ist.

In jedem fairen Rechtssystem müssen allerdings auch an dieser Stelle Ausnahmen möglich sein und der Justiz ein gewisser Handlungsspielraum gegeben werden. So sollte eine etwaige gesetzliche Änderung sich auf das Verbot der Kettenbewahrungen bei gleichartigen verwirklichten Delikten beschränken. Demnach wäre eine zweite Bewährung eines Gewalttäters bei einer geringfügigen Verfehlung im Bereich der Vermögensdelikte dann noch möglich.

Sowohl die aktuelle Justizministerkonferenz soll sich im Sommer 2019 mit dieser Frage beschäftigt haben, als auch der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages unter dem Titel „Gesetzgeberische Handlungsmöglichkeiten zur Einschränkung der Strafaussetzung zur Bewährung, insbesondere bei Intensivtätern“ im Jahr 2018. Ergebnisse sind nicht bekannt gegeben worden. Daher ist es dringend erforderlich, dass sich die FDP als Rechtsstaatspartei zu dieser Frage verhält.

Antrag A3008: Voraussetzungen der Zusammenarbeit des demokratischen Staates mit Religionsgemeinschaften

Antragsteller/in: BFA Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 **Voraussetzungen der Zusammenarbeit des**
- 2 **demokratischen Staates mit Religionsgemeinschaften**
- 3 Wir Freie Demokraten fordern die Bundesregierung auf, eindeutige Kriterien
- 4 aufzustellen, die als Voraussetzung für eine Zusammenarbeit des Staates mit
- 5 Religionsgemeinschaften insgesamt und vollständig erfüllt sein müssen.
- 6 Derartige Kriterien ergeben sich aus unserer Verfassung und den Grundlagen
- 7 unserer Wertegemeinschaft:
- 8 1. Die Religionsgemeinschaft bekennt sich zum Grundgesetz und den in ihm
- 9 festgelegten Grundrechten (Verfassungstreue).
- 10 2. Die Religionsgemeinschaft bekennt sich zum Prinzip der rechtlichen
- 11 Gleichheit aller Menschen einschließlich der Gleichberechtigung von
- 12 Mann und Frau (Akzeptanz des Gleichheitsgebots).
- 13 3. Die Religionsgemeinschaft erkennt explizit an, dass andere religiöse
- 14 und nicht-religiöse Gemeinschaften andere Meinungen und Anschauungen
- 15 vertreten können (Anerkennung der Glaubensvielfalt).
- 16 4. Die Religionsgemeinschaft erkennt an, dass Mitglieder der
- 17 Religionsgemeinschaft durch einen ausdrücklichen Akt der Aufnahme in
- 18 sie aufgenommen werden müssen und jederzeit selbstbestimmt und ohne
- 19 persönliche Nachteile aus ihr austreten können (Zustimmung zur
- 20 Selbstbestimmung).
- 21 5. Die Religionsgemeinschaft bietet die Gewähr dafür, dass ihre
- 22 Mitglieder ihre Gedanken frei und ohne Diskriminierung äußern können
- 23 (Bejahung der Meinungsfreiheit).
- 24 6. Die Religionsgemeinschaft erhebt nicht den Anspruch, über den Kreis
- 25 ihrer Mitglieder hinaus das persönliche und gesellschaftliche Leben
- 26 anderer Gemeinschaften und anderer Menschen regulieren zu wollen
- 27 (Toleranz).

Begründung

Aufgrund des zunehmenden religiösen Pluralismus in Deutschland ist es notwendig, dass der Staat und seine Exekutivorgane auch mit anderen Religionsgemeinschaften als nur den christlichen Kirchen konstruktiv und vertrauensvoll zusammenarbeiten müssen, um ein friedliches und gedeihliches Miteinander der verschiedenen Religionen und Konfessionen zu ermöglichen. Bisher arbeiten der Staat und seine Exekutivorgane aus Unkenntnis, Naivität oder falsch verstandener Toleranz leider oft mit solchen Organisationen und Verbänden der Religionsgemeinschaften zusammen, die nicht die Grundwerte unserer Verfassung und Wertegemeinschaft achten. Um die auf erfolgreiche Integration zielende Kooperation des Staates mit solchen Religionsgemeinschaften sicherzustellen, die verfassungstreu sind und die Grundwerte der Gesellschaft respektieren, gleichzeitig aber die gebotene Neutralität des Staates gegenüber allen Religionsgemeinschaften walten zu lassen, ist es wichtig, klare und für alle gültige Kriterien aufzustellen, die für die Zusammenarbeit mit und Unterstützung von Religionsgemeinschaften durch den Staat erfüllt sein müssen. Religionsgemeinschaften, die die im Antrag genannten Kriterien nicht erfüllen können bzw. nicht erfüllen wollen, sollte der demokratische Verfassungsstaat weder unterstützen noch ist eine Zusammenarbeit mit ihnen möglich. Das bedeutet verständlicherweise nicht, dass solche Religionsgemeinschaften verboten werden müssten. Ein demokratischer Verfassungsstaat hält auch Religionsgemeinschaften aus, die seine normativen Grundsätze ablehnen – solange sie sich an die für alle geltenden Gesetze halten.

Antrag A3009: GENDERMEDIZIN – Notwendig für die Gesundheitsversorgung von Männern und Frauen

Antragsteller/in: BFA Gesundheit, Bundesvorstand der Liberalen Frauen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 **GENDERMEDIZIN – Notwendig für die**
- 2 **Gesundheitsversorgung von Männern und Frauen**
- 3 1. Die Curricula und Fortbildung aller Gesundheitsberufe müssen
- 4 geschlechterspezifische Medizin berücksichtigen.
- 5 2. Geschlechterunterschiede müssen bei Forschungsprojekten besser
- 6 einbezogen werden.
- 7 3. Auf europäischer Ebene müssen Richtlinien entwickelt werden, die
- 8 Genderaspekte bei der Arzneimittelforschung zwingend einbeziehen.

Begründung

Frauen und Männer werden auf unterschiedliche Weise krank, zeigen bei Krankheiten andere Symptome und reagieren oft unterschiedlich auf Medikamente. Das liegt daran, dass sich Männer und Frauen in ihrer Biologie grundlegend unterscheiden: Jede Herz-, Leber- und Hirnzelle ist bei Frauen und Männern unterschiedlich. Die Medizin und die Forschung ignorieren diesen Geschlechterunterschied weitgehend.

In Deutschland ist die Gendermedizin in der Ausbildung, Forschung und Lehre unterrepräsentiert und nicht zwingend Teil des Medizinstudiums und der Ausbildung in den Gesundheitsberufen. Es gibt mit der Charité nur eine Universität, die Gendermedizin systematisch als Pflichtfach integriert hat. Ansonsten wird das Thema nur als Wahlfach angeboten.

Geschlechterunterschiede zeigen sich auf vielfältige Art und Weise. So ist zum Beispiel bei einem Herzinfarkt die Symptomatik völlig unterschiedlich. Frauen haben eher Schmerzen im Oberbauch und Übelkeit, bei Männern hingegen treten die Symptome Herzschmerzen und Schmerzen im linken Arm auf. Das führt dazu, dass Frauen aufgrund des stereotypen Wahrnehmungsmusters bei sich selbst und ihrer Umwelt einen Infarkt für nicht möglich halten und wegen dieser Fehleinschätzung zu spät in die Notaufnahme gelangen. Der Grund ist, dass die Symptomatik bei Frauen als untypisch gilt. Die Symptome sind allerdings nicht untypisch, sondern typisch für Frauen.

Bei Männern wiederum äußern sich Symptome der Depression in anderer Weise. Einer

Studie zufolge werden bei Männern Symptome einer Depression signifikant seltener erkannt als bei Frauen. Sie erhalten daher oftmals keine Therapie, oder sie erfolgt zu spät. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Suizidrate bei Männern höher ist als bei Frauen.

Männer sind statistisch häufiger von Diabetes betroffen, dafür sterben mehr Frauen an dieser Krankheit. Im Gegensatz dazu leiden Frauen öfter unter Autoimmunerkrankungen; der plötzliche Herztod trifft in zwei Dritteln der Fälle Männer. Diese Beispiele verdeutlichen, dass bei vielen Krankheiten bisher nicht klar ist, warum sie eher Männer oder eher Frauen treffen. Das beruht auf einer unzureichenden Forschung auf dem Gebiet der Gendermedizin. Dabei wäre dies eine Chance für bessere und individuellere Behandlungsmethoden.

Auch die Wirkung von Medikamenten unterscheidet sich. Wenn Frauen und Männer am Abend die gleiche Dosis Schlafmittel einnehmen, kann bei Frauen die Wirkung am nächsten Tag länger anhalten. Wissenschaftler haben beobachtet, dass bei vielen Frauen nach der Einnahme am nächsten Morgen sogar ein Anstieg der Autounfälle erkennbar ist. Dies zeigt, dass Medikamententests oft keine Auskunft darüber geben, ob sie bei Männern und Frauen unterschiedlich wirken, weil die Medikamente viel seltener an Frauen getestet werden. Hinzu kommt, dass international laufende Arzneimittelstudien Nebenwirkungen nur wenig geschlechtsspezifisch aufschlüsseln.

Antrag A3010: Weil ohne Ehrenamt nichts geht – Zukunft des Gefahrenschutzes sichern

Antragsteller/in: KV Dresden

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Weil ohne Ehrenamt nichts geht – Zukunft des** 2 **Gefahrenschutzes sichern**

3 Deutschland verlässt sich bei der Gefahrenabwehr sowie beim Zivil- und
4 Katastrophenschutz auf ehrenamtliches Engagement. Millionen Bürgerinnen und
5 Bürger engagieren sich in ihrer Freizeit in Organisationen wie Freiwilligen
6 Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk, Sanitätsdiensten und
7 Rettungsgesellschaften an Land und zu Wasser. Ohne diesen freiwilligen
8 Einsatz könnte der Schutz der Bevölkerung im Gefahrenfall nicht
9 gewährleistet werden.

10 Der herausragenden Bedeutung dieser ehrenamtlichen Tätigkeiten steht ein
11 gravierender Nachwuchsmangel gegenüber. Neben dem demografischen Wandel
12 sehen wir insbesondere fehlende Anreizstrukturen als mitursächlich hierfür
13 an. Diesem Nachwuchsmangel wollen wir Freie Demokraten folgendermaßen
14 entgegenwirken:

15 Wir fordern, dass sich das ehrenamtliche Engagement in der Gefahrenabwehr
16 sowie dem Zivil- und Katastrophenschutz positiv auf die Altersvorsorge
17 auswirken soll. Dazu soll aus dem Bundeshaushalt für jeden derart tätigen
18 Ehrenamtler ein jährlicher Pro-Kopf-Beitrag in einen, durch den Bund
19 einzuführenden, kapitalgedeckten Altersvorsorgefonds eingezahlt werden.

20 Der Fonds und seine Leistungen sollen sich primär an diejenigen Ehrenamtler
21 richten, die innerhalb der Organisation Aufgaben übernehmen, welche direkt
22 Schutzaufgaben darstellen oder ermöglichen.

23 Die Auszahlung von Beträgen aus dem Fonds an den Ehrenamtler soll mit dem
24 Erreichen des gesetzlichen Renteneintrittsalters erfolgen.

25 Als Kriterien für Bezüge aus diesem Altersvorsorgefonds sollen mindestens
26 gelten:

- 27 • eine Mindestdauer des ehrenamtlichen Engagements (bspw. 5 Jahre)
- 28 • Nachweis der Erbringung einer festzulegenden Mindestleistung
29 (beispielsweise Mindestverfügbarkeit für Einsätze, regelmäßige
30 Teilnahme an Aus- und Fortbildungen etc.)

- 31 Um möglichst früh junge Menschen für ein solches ehrenamtliches Engagement
32 zu gewinnen, fordern wir zudem, Schulsanitätsdienste flächendeckend zu
33 fördern und streben das Vorhandensein eines Schulsanitätsdienstes an
34 möglichst vielen Schulen an.

Begründung

Ob bei Bränden, Unfällen, Naturkatastrophen, Großveranstaltungen usw. - ehrenamtliche Gefahrenschützer aus Freiwilligen Feuerwehren, Sanitätsdiensten, Lebensrettungsgesellschaften, dem Technischen Hilfswerk etc. sind stets zur Stelle. Sie bilden eine tragende Säule unseres Gefahrenschutzsystems, auf die sich unser Land und unsere Gesellschaft verlassen kann und verlässt. Ohne die fast zwei Millionen Ehrenamtler in diesen Organisationen wäre der deutsche Gefahrenschutz nicht in dem gewohnten Maße leistungs- und handlungsfähig.

Diese Ehrenamtler leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag zum Schutz von Gesundheit und Leben, von Eigentum und Infrastruktur etc. - Schutzaufträge, welche ansich genuine Staatsaufgaben darstellen. Gleichzeitig ermöglichen sie dadurch, dass staatlicherseits die Gefahrenschutzstruktur nicht vollständig auf Hauptberufler aufgebaut werden muss.

Der Wegfall der Wehrpflicht, demografischer Wandel, teilweise unzureichende Ausstattung und fehlende Anreizstrukturen bedingen, dass immer weniger Menschen den Weg in ein Ehrenamt im Gefahrenschutz finden.

Mit einer Würdigung des Ehrenamts für die Altersvorsorge wollen wir an einer der möglichen Stellschrauben ansetzen und jahrelangen Einsatz zum Schutz der Bevölkerung im Alter finanziell honorieren. Ohne dabei die gesetzliche Rentenversicherung zusätzlich zu belasten.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Antrag A3011: Diskriminierende Altersgrenzen abschaffen

Antragsteller/in: BFA Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Diskriminierende Altersgrenzen abschaffen

- 2 Wir Freie Demokraten lehnen jegliche Diskriminierung ab, auch jede Form der
3 Altersdiskriminierung. Starre Altershöchstgrenzen wie sie zum Beispiel bei
4 der Besetzung öffentlicher Ämter, in der Rentenpolitik oder bei
5 Berufszulassungen normiert sind, wie auch im Ehrenamt betrachten wir als
6 diskriminierend. Auch das Lebensalter als alleiniges Kriterium für
7 verpflichtende Überprüfungen hinsichtlich kognitiver oder technischer
8 Fähigkeiten stellt eine Diskriminierung dar. Wir streben den Abbau
9 derartiger Diskriminierungsformen an, dazu haben wir zwei Forderungen:
- 10 1. Wir Freie Demokraten fordern bestehende Gesetze und Satzungen mit
11 beschränkenden Altersgrenzen auf diskriminierenden Charakter hin zu
12 überprüfen und eine Aufhebung oder Anpassung nach sach- und
13leistungsgerechten Kriterien vorzunehmen.
 - 14 2. Auf Ebene von Bund und Ländern sollen Kommissionen gegründet werden,
15 die zukünftig die Gesetze und Gesetzesentwürfe auf
16 Altersdiskriminierung überprüfen. Ihre Einbindung ist bei
17 Gesetzesvorhaben verbindlich vorzunehmen, bei Erfordernis sollen sie
18 intervenieren und über Ergebnisse einmal je Legislatur berichten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A3012: Keine Umbenennungen christlicher Feste und Feierlichkeiten

Antragsteller/in: BFA Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Keine Umbenennungen christlicher Feste und**

2 **Feierlichkeiten**

- 3 Wir Freie Demokraten setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass
4 Umbenennungen traditionell christlich bestimmter Feste und Feierlichkeiten
5 (zum Beispiel "St. Martins-Zug" in "Laternenzug", "Lichterzug" o.ä.) nicht
6 durch Verwaltungsorgane des Bundes, der Länder und der Kommunen vorgenommen
7 werden, sondern allein auf parlamentarischen und kommunalpolitischen
8 Entscheidungen nach Konsultationen mit den zuständigen kirchlichen Organen
9 beruhen.

Begründung

Deutschland ist ein Land, das durch seine christliche Tradition geprägt ist. Diese Tradition schließt die Anerkennung und Akzeptanz anderer Religionen nicht aus, wie die lange, wenngleich durch die Zeit des Nationalsozialismus historisch besonders belastete Geschichte des Judentums in Deutschland zeigt. Jedoch bedeutet diese praktizierte Toleranz nicht, dass „um des lieben Friedens willen“, aus forciertem Multi-Kulti-Dogmatismus, aus Motiven aggressiver Anti-Religiosität oder aus falsch verstandener Toleranz christliche Glaubensinhalte und Glaubensäußerungen unterdrückt und verdrängt sowie durch banale Allerweltsbegriffe umbenannt und uminterpretiert werden, wie dies gerade durch Verwaltungen unter dem Einfluss linker Landesregierungen und kommunaler Amtsträger immer wieder geschieht. Angesichts derartiger Versuche in Vergangenheit und Gegenwart ist es notwendig, dass Umbenennungen und Uminterpretationen christlicher Feste und Feierlichkeiten nur durch Beschlüsse der zuständigen Parlamente und in Absprache mit kirchlichen Organen und vorgenommen werden können.

Antrag A3013: Globukalypse Now! Für Aufklärung statt Esoterik im Gesundheitswesen

Antragsteller/in: FDP BV Friedrichshain-Kreuzberg

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Globukalypse Now! Für Aufklärung statt Esoterik im 2 Gesundheitswesen

3 Für die Freien Demokraten steht die Gesundheit eines jeden Menschen als
4 persönliches Recht fest. Wie jede Person einen Anspruch auf Gesundheit hat,
5 ist der Anspruch auf eine bestmögliche medizinische Versorgung im
6 Krankheitsfall ebenfalls essenziell. Im Sinne der liberalen
7 Selbstverantwortung sollte es jedem selbst überlassen sein, ob er Gebrauch
8 von homöopathischen oder vergleichbaren Produkten, wie Schüßlersalzen oder
9 Bach-Blüten, machen möchte. Deshalb möchten wir die Aufklärung der
10 Patienten stärken, um eine informierte Entscheidung möglich zu machen.
11 Regelungen, die dazu führen könnten, dass homöopathische oder vergleichbare
12 Therapierichtungen mehr Wirksamkeit unterstellt wird, als sie tatsächlich
13 haben, gilt es abzuschaffen. Eine Finanzierung durch die
14 Solidargemeinschaft ist zu beenden bzw. zu verhindern.

15 1. Der aufgeklärte Patient

16 Wir fordern, die Klassifizierung von homöopathischen Präparaten als
17 „Arzneimittel“ oder ihr Firmieren unter ähnlichen Bezeichnungen zu
18 untersagen, um eine klare Abgrenzung zwischen eben diesen homöopathischen
19 und vergleichbaren Produkten und Präparaten mit pharmakologisch klar
20 nachgewiesener Wirksamkeit zu schaffen. Homöopathische Präparate sollen
21 stattdessen als „Homöopathisches Präparat“ klassifiziert und deutlich als
22 solche gekennzeichnet werden. Darüber hinaus soll auf der Verpackung und
23 auf den Packungsbeilagen ein Hinweis angebracht werden, der wiedergibt,
24 dass das vorliegende Produkt einer homöopathischen Lehre entspricht und
25 dass die gegenüber einem Placebo-Effekt erhöhte Wirksamkeit nach
26 wissenschaftlicher Evidenz nicht bewiesen ist. Dieser Hinweis soll des
27 Weiteren gut lesbar bzw. hörbar bei Werbebeiträgen angeführt werden.
28 Außerdem muss der Hinweis „Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie die
29 Packungsbeilage und fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker“ bei Mitteln,
30 deren Wirksamkeit nicht über den Placeboeffekt hinausgeht, entfallen.

31 Die Inhaltsstoffe müssen auf der Verpackung und Packungsbeilage (auch) mit
32 ihren deutschen Bezeichnungen deutlich lesbar aufgeführt werden, also zum
33 Beispiel „Quecksilber“ anstatt (nur) „Mercurius solubilis“ oder „Hundekot“
34 anstatt (nur) „Excrementum caninum“. Ebenfalls soll der Grad der Verdünnung
35 gut lesbar angegeben werden und nicht (nur) die Potenz, zum Beispiel
36 1:1.000.000 anstatt (nur) D6/C3 oder 1:1024 anstatt (nur) D24/C12.

37 Wir fordern weiterhin, die Apothekenpflicht für homöopathische Präparate
38 durch eine Änderung des § 44 AMG aufzuheben, ausgenommen solcher Präparate,
39 die das reguläre Zulassungsverfahren des BfArM sowie den Gemeinsamen
40 Bundesausschuss (G-BA) erfolgreich durchlaufen haben.

41 Wir fordern weiterhin die Pflicht für niedergelassene Mediziner und
42 Heilpraktiker vor der Behandlung mit homöopathischen Präparaten eine
43 umfassende Aufklärung hinsichtlich wissenschaftlicher Erkenntnisse in Bezug
44 auf die Wirksamkeit dieser Präparate durchzuführen. Diese Aufklärung hat
45 sowohl mündlich als auch schriftlich zu erfolgen und ist durch den
46 Patienten per Unterschrift zu bestätigen.

47 Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung soll die Bürger in
48 Kampagnen, sowie in ihrem Online-Auftritt, in Broschüren und weiteren
49 Angeboten leicht verständlich über die verschiedenen homöopathischen
50 Produkte sowie deren (Nicht-)Wirksamkeit und Risiken gemäß der
51 Forschungslage informieren.

52 **2. Keine Finanzierung von Esoterik durch die** 53 **Solidargemeinschaft**

54 Wir fordern, die Übernahme von homöopathischen Therapien (sowohl Anamnese
55 und sonstige Behandlungsleistungen als auch Kosten für Präparate) durch die
56 gesetzlichen Krankenversicherungen zu untersagen.

57 Homöopathie ist aus Anlage 3 zur ÄApprO zu streichen und mithin nicht
58 länger als prüfungsrelevantes Wahlfach zur zweiten ärztlichen Prüfung
59 zuzulassen. Die genannten Maßnahmen sind entsprechend auch auf andere
60 „besondere Therapierichtungen“ im Sinne des Arzneimittelgesetzes,
61 namentlich die Anthroposophie, anzuwenden. Ärztekammern sollten keine
62 Weiter- oder Fortbildungen für Homöopathie anbieten oder mit
63 Fortbildungspunkten „belohnen“.

64 An öffentlichen deutschen Hochschulen sollen keine unwissenschaftlichen
65 Kurse zur „Alternativmedizin“ angeboten werden. Das schließt eine
66 ergebnisoffene wissenschaftliche Forschung ausdrücklich nicht aus. Darüber
67 hinaus ist es wünschenswert, Theorien wie die Homöopathie im Themenfeld der
68 Geschichte der Medizin kritisch zu behandeln sowie angehenden Mediziner

69 Kompetenzen wie etwa das Zuhören und Ernst-Nehmen zu vermitteln und deren
70 Wert für die Therapie zu beleuchten. Dies gilt es insbesondere auch in den
71 neuen Studiengängen zur Hebammenkunde umzusetzen. Gleiches soll für
72 medizinische Ausbildungsberufe gelten.

73 **3. Tierwohl**

74 Die oben aufgeführten Forderungen erheben wir nicht nur für die Human-,
75 sondern auch für die Tiermedizin. Für staatliche Bio- und Tierwohlsiegel
76 muss gelten, dass Tiere nach wissenschaftlichen Standards behandelt werden
77 und keine Homöopathie zum Einsatz kommt.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A3014: Freie Rufnamenwahl für Bürger ab 14 Jahren

Antragsteller/in: BFA Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Freie Rufnamenwahl für Bürger ab 14 Jahren

2 Politik, die vom Menschen her denkt, bewegt die Verantwortung den Einzelnen
3 vom Zufall zu befreien, in welche Familie er geboren wurde. Wir Freie
4 Demokraten, befassen uns auf vielfältige Weise mit der freien Entfaltung
5 von Menschen für ein begabungszugewandtes Leben, das frei von
6 Diskriminierung sein soll. Die Chance, seinen Rufnamen selbst wählen zu
7 dürfen, räumt dem Einzelnen die Freiheit ein, der Mensch zu werden, der er
8 sein möchte.

9 Wir Freie Demokraten wollen das geltende deutsche Namensrecht hinsichtlich
10 der Antragsberechtigung dahingehend verbessert wissen, dass Menschen ab dem
11 Heranwachsenden-Alter auch unabhängig von der Zustimmung ihrer Eltern ein
12 Recht auf ergänzende Rufnamenwahl zugestanden wird. Die Beweislast des
13 Antragstellenden, das eine psychische Belastung vorliegt, ist aufzuheben.
14 Es muss nicht erst pathologisiert und durch Dritte begutachtet werden, was
15 der freie Willen eines freien Bürgers dokumentiert.

Begründung

Eine freie Gesellschaft braucht die freie Sprache eines jeden Bürgers, um zu Verständigung über das Gemeinte zu kommen. Wir wollen eine Kultur, in der Menschen ihre Selbstwirksamkeit erleben können. Kommunikation und Kooperation sind es, die Menschen über die bekannte Geschichte der Menschheit haben gemeinsam vorankommen lassen.

So wie Menschen die Möglichkeit gegeben wird, sich selbstständig und selbstverantwortlich für ihr

Wohlbefinden einzusetzen, entsteht Lust an der eigenen Wirksamkeit und der Weg zur permanenten Mitwirkung am Miteinander wird durch Freude an der Teilhabe ermutigt. Dies stärkt die soziale Kompetenz und kommt dem familiären Zusammenhalt zugute.

Die Gesellschaft trägt die Verantwortung, auch Heranwachsende auf die Bewältigung und Gestaltung von Lebensbereichen vorzubereiten. Eine Schicksals-Befangenheit gehört nicht zu unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. In dieser Klarheit treten Freie Demokraten für die freie Rufnamenwahl ein, die Menschen den notwendigen Raum zur

Entfaltung eröffnet!

Das "Vorliegen eines wichtigen Grundes" aber auch der "Grundsatz der Namenskontinuität" hingegen unterstellen, dass die Interessen Dritter ausschlaggebend für die Benennung eines Menschen sind. Ermutigt vom Blick in andere Länder sehen wir in der Änderung des Rufnamens ein ordnungspolitisches Angebot, das Menschen Chancen für die eigene Identitätsfindung und Entlastung von Ausgrenzung anbietet. Ein Rechtsanspruch, wie er im Kontext von "Sprache dient Menschen" im Angelsächsischen bereits seit über 700 Jahren dokumentiert ist und im deutschen Recht mit Regelungen von 1934-38 zum Nachteil des Einzelnen zugunsten eines vorgeblichen Allgemeinwohls entfremdet wurde. Der handlungs- und leistungsfähige Staat garantiert die Innere Sicherheit und den Schutz der Bürgerrechte gleichermaßen und unterstützt damit den Einzelnen, seine wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Ziele durch Bildungs- und Beschäftigungschancen zu erreichen. Ein beständig positives Selbstbild trägt dazu maßgeblich bei.

Antrag A3015: Engagierte Familien stärken

Antragsteller/in: BFA Familie, Senioren, Frauen und Jugend,
Bundesvorstand der Liberalen Frauen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Engagierte Familien stärken

2 Wir Freie Demokraten fordern, Familien, die sich für Pflege zu Hause
3 entschieden haben, in den damit einhergehenden Herausforderungen besser zu
4 unterstützen. Wird die bekannte Vereinbarungsproblematik von "Beruf und
5 Kind" um die Komponente "pflegebedürftiger Angehöriger" erweitert, nehmen
6 neben der Erwerbstätigkeit Betreuungs- und Pflegeaufgaben zu, wobei die
7 zusätzliche Pflege kranker Menschen ein höheres Maß an Flexibilität,
8 Organisationstalent und Zeit verlangt.

9 Damit Kinder nicht zu Verlierern häuslicher Pflege werden, muss das
10 Netzwerk, das häusliche Pflege ermöglicht, auch den Bedürfnissen und
11 Entwicklungschancen von Kindern gerecht werden. "Selbstbestimmt in allen
12 Lebenslagen" für sich und andere Verantwortung zu übernehmen, ist nicht
13 voraussetzungslos.

14 Daher fordern wir Freie Demokraten zu prüfen, inwiefern der Anspruch auf
15 Ersatzpflege pflegender Angehöriger für diese Familien nicht als Vorlage
16 für die Verantwortung als Erziehende zu begrüßen ist, damit auch die im
17 Haushalt lebenden Minderjährigen sich auf die gleiche Güte von Betreuung in
18 Alltagssituationen verlassen dürfen. Eine vergleichbare Lösung als
19 frühzeitige Hilfe für die Erziehung Minderjähriger hilft bei der Betreuung,
20 insbesondere in Situationen, die mehr Flexibilität erfordern, als
21 staatliche Regelungen bisher abdecken. Zwar schafft der Gesetzgeber zur
22 Familienpflege- und Pflegezeit gesetzliche Grundlagen, die der
23 gesellschaftlichen und demografischen Entwicklung Rechnung tragen sollen,
24 aber oft wird den tatsächlichen Ereignissen hinterherverwaltet, wenn Leben
25 nicht in geregelten Bahnen verläuft. Pflegende, die zusätzlich Erziehende
26 sind, benötigen in bestimmten Situationen zusätzliche und kurzfristige
27 Unterstützung bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsleistung. Dafür sind
28 Instrumente zu schaffen, um besonderen Härten zu vermeiden und so Pflege
29 mit Sorge und Betreuung vereinbar zu gestalten.

30 Auf häusliche Pflege kann unsere Gesellschaft nicht verzichten; es liegt im
31 Interesse unserer Gesellschaft, häuslich Pflegende im Kontext ihres

- 32 Gesamtlebens zu sehen und zu unterstützen. Wir sehen die Mehrfachbelastung
33 und Rollenvielfalt in Familien, die häusliche Pflege leisten – diesem muss
34 unsere Politik Rechnung tragen.

Begründung

Erziehen, Sorgen und Pflegen sind traditionelle Familienaufgaben und folgen dem Bedürfnis von Menschen, füreinander da zu sein. Wir wissen, dass über 70 Prozent der 2,68 Millionen Menschen zu Hause gepflegt werden, davon 1,18 Millionen ausschließlich durch Angehörige (Destatis 2014).

Alle Eltern erleben Situationen von Mehrfachbelastungen, die es erschweren, dem Anrecht des Kindes auf angemessene Betreuung nachzukommen. Institutionelle Betreuung kann nur ein Teil der Lösung sein, da sie ab einem gewissen Umfang die Alltagskompetenz und Selbstständigkeit eines Menschen einzuschränken beginnt.

In pflegenden Haushalten fällt auf, dass Kinder und Heranwachsende ebenso über eingeschränkte Alltagskompetenz verfügen und in Situationen von Mehrfachbelastung der Erziehenden aber weniger geschützt sind als Pflegebedürftige. Die aktuelle Regelung der Ersatz-Betreuung von erwachsenen Menschen, deren Alltagskompetenz eingeschränkt ist, sieht vor, stundenweise Ersatzbetreuung aufgrund der Verhinderung der Betreuungsperson auf Basis von Nachbarschaftshilfe sozialsteuerabgabenfrei bis zu einer Summe von 200 Euro im Monat zu ermöglichen.

Wir Freie Demokraten begrüßen die Neuerungen des Pflegestärkungsgesetz nach § 45a Abs.2, SGB XI, die Fragen der Alltagskompetenz zu systematisieren und in einem 13 Punkte Assessment zu hinterfragen. ‚Ambulant vor stationär‘ ist unsere gesellschaftliche Übereinkunft, die der konkrete Gesetzestext auch so widerspiegelt. Es gilt für die Menschen, möglichst lange in ihrer häuslichen Umgebung zu bleiben, soziale Kontakte aufrechtzuerhalten und ihren Alltag weiterhin möglichst selbständig bewältigen zu können.‘ Das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit ist keine Frage des Alters und ist allein durch staatliche Intervention nicht zu garantieren.

Für ein gelingendes Heranwachsen in Gemeinschaft brauchen Kinder verlässliche Strukturen, die weit über das Engagement von Vater und Mutter gemäß §18 UN-Kinderrechtskonvention hinausgehen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Antrag A3016: Krisenfeste Infrastruktur für Familien in der Krise schaffen

Antragsteller/in: BFA Familie, Senioren, Frauen und Jugend,
Bundesvorstand der Liberalen Frauen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Krisenfeste Infrastruktur für Familien in der** 2 **Krise schaffen**

3 Wir Freie Demokraten wollen auch in Krisenzeiten starke Familien. Aktuell
4 empfinden Familien die Auswirkungen, die die Corona Pandemie auf unser
5 aller Leben hat, als besondere Belastung. Denn der bisherige Spagat
6 zwischen Beruf und Familie wird jetzt zusätzlich begleitet von der Sorge um
7 den eigenen Arbeitsplatz und der damit einhergehenden wirtschaftlichen
8 Existenzsicherung sowie der Sorge um die Gesundheit aller
9 Familienmitglieder.

10 Durch die weiterhin nicht vollständig regulär arbeitenden Kitas,
11 Kindergärten und Schulen sowie der damit einhergehenden unzuverlässigen
12 Perspektiven ist es für Eltern ein besonderer Kraftakt, einerseits die
13 beruflichen Aufgaben, gleich ob außer Haus oder im Homeoffice, andererseits
14 die altersgerechte Betreuung der Kinder zu Hause sowie die Unterstützung
15 der Kinder bei den schulischen Herausforderungen gleichzeitig zu meistern.
16 Auch die Versorgung von zu pflegenden Angehörigen lastet in der derzeitigen
17 pandemischen Lage auf der Kernfamilie.

- 18 • Daher setzen wir uns dafür ein, dass die derzeit geltende maximale
19 Anzahl von 10 Krankentagen pro Kind für Eltern mindestens innerhalb
20 einer epidemischen oder pandemischen Lage auszuweiten ist. Zur
21 Bemessung sind altersgerechte Kriterien zu Grunde zu legen.
- 22 • Wir engagieren uns für flexible Arbeitszeit- und Betreuungsmodelle,
23 damit Familien und Erziehende eine echte Wahlfreiheit haben, um
24 Erwerbs- und Familienpflegearbeit nach individuellen Bedürfnissen zu
25 gestalten.
- 26 • Es sind Instrumente zu entwickeln, anzupassen und einzusetzen, die
27 Betroffenen eine verlässliche Lohnentschädigung oder bei Freiberuflern
28 und Selbstständigen eine Einkommensverlustentschädigung in den Zeiten
29 ermöglicht, in denen sie auf Grund behördlicher Anordnungen keine

30 Betreuungsangebote für ihre Kinder oder zu pflegenden Angehörigen
31 nutzen können.

- 32 • Die steuerliche Absetzbarkeit von Ausgaben und Belastungen bei
33 Homeoffice-Arbeit auszubauen und zu verbessern.
- 34 • Wir stehen für eine Vielfalt in der Kindertagesbetreuung. Private
35 Träger sind eine wichtige Ergänzung und haben den Ausbau der
36 Kitaplätze maßgeblich vorangebracht. Die von der Monopolkommission
37 kritisch angemerkten Nachteile für private Träger müssen abgebaut
38 werden.

39 **Wir Freie Demokraten wollen eine Stärkung und einen Ausbau der bestehenden**
40 **Infrastruktur für Familien.**

41 Die bereits vorhandene soziale Infrastruktur, bestehend aus Erziehungs-,
42 Jugend- und Familienberatungsstellen, Frühförderstellen, Jugendämter,
43 schulvorbereitenden Einrichtungen, Heilpädagogischen Tagesstätten, Ehe-,
44 Familien- und Lebensberatungsstellen, Schwangerenberatungsstellen,
45 Familienbildungseinrichtungen oder auch Familienerholungsangebote, ist ein
46 wichtiger Pfeiler bei der Förderung der Familien, aber auch vor allem bei
47 der präventiven Unterstützung.

48 Für die Familien stellen viele dieser Angebote verlässliche Anlaufstellen
49 dar, an die sie sich in sozialen, finanziellen oder psychischen Krisen
50 wenden können. Die erfolgreiche Arbeit der verschiedenen Einrichtungen und
51 Gruppen muss daher insbesondere bei zusätzlichen Anforderungen wie
52 marktwirtschaftlichen oder gesundheitlichen Krisen verlässlich
53 aufrechterhalten werden.

- 54 • Wir wollen, dass die rechtlichen Voraussetzungen für eine kooperative
55 und vereinfachte Zusammenarbeit der Ministerien, der regionalen Ämter
56 und Behörden im Zusammenhang von Familienleistungen überprüft und
57 angepasst werden.
- 58 • Wichtig für eine Entlastung von Familien ist zudem eine
59 Digitalisierung bei der Beantragung und Berechnung von
60 Familienleistungen. Diese muss deutlich vorangetrieben werden.
- 61 • In diesem Zusammenhang sollen auch die Bearbeitungszeiten beim
62 Elterngeld deutlich beschleunigt werden. Hier gilt es Fristen zu
63 vereinbaren, wann Eltern mit einem Bescheid nach Abgabe vollständiger
64 Unterlagen rechnen können.
- 65 • Dazu gehört auch, dass Strukturen und Angebote auf ihre Wirksamkeit
66 hin evaluiert werden und nötigenfalls Konsequenzen gezogen werden
67 müssen. Genauso wie eine Finanzierung der wirksamen Angebote

- 68 langfristig gesichert werden soll.
- 69 • Die vergangenen Monate haben Konfliktsituationen in Familien
70 verstärkt. Eine Familienbetreuung war jedoch vielfach nicht möglich.
71 Wir wollen die Prävention und aufsuchende Hilfe für Familien stärken.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A3017: Unabhängige Justiz: Grundpfeiler des Rechtsstaats stärken!

Antragsteller/in: Bundesvorstand der Jungen Liberalen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Unabhängige Justiz: Grundpfeiler des Rechtsstaats** 2 **stärken!**

3 Ein starker Rechtsstaat ist das Fundament der freiheitlichen Demokratie. Zu
4 einem funktionierenden Rechtsstaat gehört die Unabhängigkeit der Justiz. In
5 vielen europäischen Ländern ist die Unabhängigkeit der Justiz durch
6 Elemente der richterlichen Mitbestimmung geschützt. Der Abbau dieser
7 Selbstverwaltung in Polen wurde zurecht als Angriff auf die Gewaltenteilung
8 gewertet. In Zeiten wie diesen ist es sinnvoll, ein Zeichen für eine starke
9 Justiz zu setzen. Die Freien Demokraten fordern daher eine umfassende
10 Stärkung der richterlichen Unabhängigkeit.

11 Über die Justizverwaltung übt die Politik Einfluss auf die Richterschaft
12 aus. Die Selbstverwaltung der Justiz ist auch dahingehend zu stärken, dass
13 die Justizverwaltung an den Gerichten der Aufsicht durch einen
14 Richterverwaltungsausschuss, nicht mehr dem Justizminister, untersteht.

15 Im besonders sensiblen Bereich der Strafrechtspflege hat die
16 Staatsanwaltschaft entscheidenden Einfluss auf die Einleitung und den
17 Fortgang des Verfahrens. Dabei ist der Staatsanwalt Organ der Rechtspflege,
18 kein politischer Beamter. Gleichwohl untersteht er nicht nur einem
19 behördeninternen, sondern auch einem ministeriellen Weisungsrecht. Dieses
20 steht in einem Widerspruch zu der Ausgestaltung der Staatsanwaltschaft als
21 spezifisch justitielle Behörde. Das ministerielle Weisungsrecht ist daher
22 abzuschaffen, soweit es auf einzelne Verfahren bezogen ist;
23 organisatorisch-technische Fragen bleiben unberührt.

24 Oberstes Prinzip für die Richterauswahl ist die Bestenauslese. Die
25 Qualifikation der Bewerber ist auch weiterhin gerichtlich überprüfbar. Der
26 gleichwohl bestehende Spielraum bei der Auswahlentscheidung muss durch die
27 Ausgestaltung des Verfahrens und eine pluralistische Besetzung der
28 Auswahlgremien im Sinne einer möglichst sachlichen Entscheidung eingehengt
29 werden.

30 Wir Freie Demokraten sprechen uns für die Abschaffung des politischen

31 Gremiums "Richterwahlausschuss" aus und fordern die Einrichtung einer von
32 der Politik weitestgehend unabhängigen Behörde nach französischem,
33 spanischem, norwegischem dänischem oder niederländischem Vorbild. Außerdem
34 sollte in jedem Bundesland die Möglichkeit einer Initiativbewerbung für
35 Personen über 35 Jahre mit der Befähigung zum Richteramt bestehen.

36 Bis zur Abschaffung des Gremiums sollten durch den Richterwahlausschuss
37 gewählte Kandidaten zukünftig öffentlich machen müssen, ob sie einer
38 politischen Partei zugehören. Im Auswahlverfahren sollte die Empfehlung des
39 Präsidialgerichts zu jedem Bewerber anonymisiert offengelegt werden, sodass
40 insbesondere abgelehnte Kandidaten eine Vergleichsmöglichkeit erhalten. Der
41 Richterwahlausschuss muss seine Auswahl schließlich auch begründen und die
42 Begründung dem jeweiligen Kandidaten zugänglich machen.

43 Die Bundesrichter werden bisher von einem zur Hälfte aus
44 Bundestagsabgeordneten und zur Hälfte aus den Landesjustizministern
45 bestehenden Richterwahlausschuss gewählt. Auch hier ist der Präsidialrat zu
46 beteiligen. Der Richterwahlausschuss besteht künftig zu einem Drittel aus
47 gewählten Richtern, die zur Hälfte von den Bundesrichtern und zur Hälfte
48 von den Landesrichtern bestimmt werden.

49 Jeder Bundesrichter besitzt eine besondere Eignung. Die Heraushebung
50 einzelner Richter als Senatsvorsitzende wird dem nicht gerecht und fördert
51 politischen Einfluss, aber auch langwierige Konkurrentenklagen, die schon
52 zur zeitweiligen Lähmung oberster Bundesgerichte geführt haben. An den
53 Bundesgerichten wird deshalb der Status des Vorsitzenden Richters
54 abgeschafft; der Senatsvorsitz wechselt in einem festen Rhythmus zwischen
55 den Richtern.

56 Die Richter des Bundesverfassungsgerichts werden bisher zur Hälfte vom
57 Bundestag und zur Hälfte vom Bundesrat, jeweils mit Zweidrittelmehrheit,
58 gewählt. Daran ist festzuhalten. Zur Stärkung der parteipolitischen
59 Unabhängigkeit werden allerdings Karenzzeiten für Politiker eingeführt.
60 Regierungsmitglieder des Bundes und der Länder dürfen erst nach 5 Jahren,
61 politische Beamte nach 3 Jahren und Abgeordnete nach 2 Jahren zum
62 Verfassungsrichter gewählt werden.

63 Eine starke, unabhängige Justiz ist einer der wichtigsten Garanten des
64 freiheitlichen Rechtsstaats. Diese zentrale Institution wird durch die
65 Stärkung richterlicher Mitbestimmung und die Abschwächung direkten
66 politischen Einflusses gestärkt.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A4001: Reformen für ein demokratisches Europa

Antragsteller/in: LV Bayern, FDP BV Oberbayern, Bundesvorstand der Jungen Liberalen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Reformen für ein demokratisches Europa

2 Wir Freie Demokraten wollen das Europäische Parlament nachhaltig stärken
3 und endlich das Versprechen echter demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten
4 aller Unionsbürger an der Politik und dem Führungspersonal der Europäischen
5 Union erfüllen.

6 Wir fordern:

7 Der Kommissionspräsident soll künftig, wie in jeder parlamentarischen
8 Demokratie, allein vom Parlament gewählt werden. Die Fraktionen sollen nach
9 entsprechenden Gesprächen dem Parlament einen Kandidaten vorschlagen, der
10 dann zur Wahl die Mehrheit des Parlaments auf sich vereinigen muss.

11 Die restlichen Kommissare sollen künftig nicht mehr von den 27
12 Mitgliedstaaten vorgeschlagen werden, sondern auf maximal 18 Mitglieder
13 begrenzt und allein vom gewählten Kommissionspräsidenten nominiert sowie
14 einzeln vom Parlament bestätigt werden.

15 Das Parlament soll einzelne Kommissare künftig durch ein konstruktives
16 Misstrauensvotum absetzen können (und nicht wie bisher nur destruktiv die
17 gesamte Kommission mit Zweidrittelmehrheit).

18 Mittelfristig soll die Hälfte der Abgeordneten des Parlaments über
19 transnationale Listen der Europaparteien gewählt werden. Diese Listen
20 sollen durch Spitzenkandidaten angeführt werden, welche für die
21 Kommissionspräsidentschaft kandidieren. Die restlichen Abgeordneten werden
22 wie bisher über nationale Delegationen der Mitgliedstaaten gewählt, sodass
23 jeder Unionsbürger bei der Wahl zwei Kreuze machen kann. Wir wollen das
24 Wahlrecht hierzu europaweit angleichen sowie die Größe der Delegationen von
25 einer mathematisch nachvollziehbaren Formel abhängig machen, die allein auf
26 der Bevölkerungsgröße basiert.

27 Jede Fraktion sowie eine gewisse Anzahl von Abgeordneten im Parlament und
28 jeder Mitgliedstaat im Rat sollen jeweils ein vollwertiges Initiativrecht
29 erhalten.

30 Der Rat muss transparenter werden: Alle Dokumente und Sitzungen, inklusive

31 die der Ausschüsse und Arbeitsgruppen, sollen, analog zu denen des
32 Parlaments, unverzüglich und vollständig öffentlich einsehbar sein.

33 Wir wollen in Deutschland darauf hinwirken, dass wie etwa in Dänemark
34 bereits üblich die Bundesregierung vor jeder wichtigen Abstimmung im Rat
35 erst durch den Bundestag mandatiert werden muss. So stärken wir unsere
36 nationale Legislative, schaffen Raum für öffentliche Debatten über EU-
37 Politik und verhindern intransparente Alleingänge der Bundesregierung (wie
38 zum Beispiel bei den Uploadfiltern).

39 Noch immer scheitern viele Lösungen für gemeinsame Probleme am Veto
40 einzelner Mitgliedstaaten im Rat, deshalb streben wir Freie Demokraten an,
41 dass Entscheidungen des Rates immer nach dem Mehrheitsprinzip getroffen
42 werden. Das Europäische Parlament soll in Zukunft das Recht erhalten,
43 ähnlich des Bundestages eine Ablehnung des Rates mit Zweidrittelmehrheit zu
44 überstimmen und dadurch solche Blockaden aufzulösen.

45 Wir wollen in allen Fragen, die in der ausschließlichen Zuständigkeit der
46 EU liegen, zukünftig allein das Europäische Parlament über die Gesetzgebung
47 entscheiden lassen.

48 Derzeit erfordern selbst einfache EU-Richtlinien wie zur Regelung der Farbe
49 von Blinkern Mehrheiten im Rat, die in staatlichen Parlamenten nur bei
50 Verfassungsänderungen nötig sind. Dies verhindert die effektive und
51 schnelle Lösung von Problemen. Wir wollen daher, dass die doppelte Mehrheit
52 im Rat künftig nur noch die einfache Mehrheit der Staaten (statt 55
53 Prozent), die die Mehrheit der Unionsbürger repräsentieren (statt 65
54 Prozent) umfasst. Die Sperrminorität wollen wir abschaffen. Ebenso soll die
55 Änderung eines Gesetzesvorschlags gegen die Kommission keine Einstimmigkeit
56 mehr erfordern. Die EU Grundrechtecharta soll künftig als unmittelbar
57 geltendes Recht alle staatliche Gewalt in Europa binden unabhängig vom
58 Europarechtsbezug.

59 Damit die Europawahl wirklich zu einer europäischen Wahl wird, wollen wir,
60 dass die FDP zur Europawahl 2024 auf ein eigenes Wahlprogramm verzichtet
61 und stattdessen das gemeinsame Wahlprogramm der ALDE verwendet.
62 Diesbezüglich werden wir darauf drängen, dass die ALDE zur kommenden
63 Europawahl ein ausführliches Programm aufstellt, mit konkreten Forderungen,
64 die von einem liberalen und pro-europäischen Geist getragen sind. Davon
65 unberührt bleiben ergänzende Beschlüsse, die sich spezifisch auf
66 Deutschland beziehen.

67 Die EU soll künftig nach außen mit nur einer Stimme sprechen. Dafür müssen
68 in einem ersten Schritt das Amt des Hohen Repräsentanten gestärkt und in
69 EU-Außenminister umbenannt werden. Außerdem sollen Entscheidungen in der

70 Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) mit doppelter Mehrheit
71 (und nicht mehr einstimmig) getroffen werden, um Vetos einzelner Länder zu
72 verhindern. Das außenpolitische Agieren im Rahmen der GASP sollte zum
73 Regelfall und nationalstaatliche Alleingänge zur absoluten Ausnahme werden.
74 Wir wollen am Vorbild des Commonwealth die Botschafter innerhalb der EU in
75 Hochkommissare umbenennen.

76 Auch in der Außenpolitik sollten integrationswillige Mitgliedstaaten
77 schneller voranschreiten. Daher fordern wir, bis zur Realisierung des Ziels
78 einer einzigen europäischen Außenpolitik, insbesondere die deutsch-
79 französische Integration zu verstärken, indem beide Länder ihre
80 Außenpolitik nicht nur noch enger abstimmen, sondern mittelfristig
81 vollständig zusammenlegen. Dementsprechend soll es künftig nur noch einen
82 einzigen deutsch-französischen Außenminister geben, der von Bundeskanzler
83 und Staatspräsidenten gemeinsam ernannt wird. Die Arbeit der auswärtigen
84 Ausschüsse der Parlamente soll von der deutsch-französischen
85 parlamentarischen Versammlung übernommen werden. Die nationale
86 Verteidigungs- und Rüstungspolitik etwa könnten davon auch zunächst
87 unberührt bleiben, um verfassungsrechtliche Fragen auszuklammern.

88 Um den Aufbau einer europäischen Identität zu verstärken, soll ein
89 vollwertiger europaweiter Medienmarkt mit einheitlichen Grundsätzen der
90 Medienregulierung geschaffen werden. Auch die innereuropäischen
91 Markteintrittshürden auf dem Medienmarkt müssen abgebaut werden. Außerdem
92 fordern wir die Veranstaltung einer Eurolympiade am Vorbild der
93 Commonwealth Games. Der 9. Mai soll europaweit zum Feiertag erklärt werden.

94 Für uns Freie Demokraten ist das Vereinigte Königreich fester Bestandteil
95 eines vereinten Europas. Den Brexit begreifen wir als Weckruf, die EU
96 endlich wieder entscheidungs- und handlungsfähig zu machen, um die großen
97 Herausforderung unseres Jahrhunderts gemeinsam lösen zu können, statt
98 weiter im Stillstand zu versacken. Wir wollen den Brexit daher zum Anlass
99 nehmen, den nächsten europäischen Integrationschritt zu gehen und einen
100 europaweiten Konvent einzuberufen, der auch die oben formulierten
101 institutionellen Reformen implementiert.

102 Unser Ziel bleibt ein föderalistischer, dezentraler, demokratisch
103 verfasster europäischer Bundesstaat bzw. die Vereinigten Staaten von
104 Europa, niedergelegt in einer gemeinsamen, europäischen Verfassung, die vom
105 Unionsvolk in einem Referendum bestätigt werden muss. Wir Freie Demokraten
106 sind optimistisch und mutig. Die europäische Geschichte hat schon bewiesen,
107 dass einst viel undenkbarere liberale Utopien Realität werden konnten.
108 Deshalb sind wir fest davon überzeugt, dass auch ein wahrhaft in Vielfalt
109 geeintes, bundesstaatliches Europa in nicht allzu ferner Zukunft realisiert

110 werden kann. Wir müssen es nur gemeinsam mit voller Überzeugung anpacken.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A4002: Außenpolitische Geisterfahrt beenden: Europas Antwort auf Systemrivale China

Antragsteller/in: FDP BV Westf.-West

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Außenpolitische Geisterfahrt beenden: Europas

2 Antwort auf Systemrivale China

3 In den letzten Jahrzehnten erfuhr die Volksrepublik China ein weltweit
4 beispielloses wirtschaftliches Wachstum. Als Freie Demokraten begrüßen wir
5 es, dass Millionen von Chinesen auf diese Art und Weise den Weg aus der
6 Armut finden konnten und weiterhin finden werden.

7 Dennoch müssen wir auch 20 Jahre nach dem Beitritt Chinas zur
8 Welthandelsorganisation feststellen, dass das Land in puncto Marktöffnung
9 nicht nennenswert vorangekommen ist. Viel mehr noch hat das
10 Jahrhundertprojekt der "Neuen Seidenstraße" den Anspruch, neben der
11 Stärkung des globalen und wirtschaftlichen Einflusses, das politische
12 System Chinas in all seinen Facetten und mit all seinen Werten weltweit zu
13 etablieren. Mit der "One Belt, One Road"-Initiative hat die Volksrepublik
14 China den Anspruch, zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges eine neue
15 ideologische Alternative zu Demokratie, Marktwirtschaft und
16 Rechtsstaatlichkeit weltweit zu etablieren – auf kurz oder lang wird sich
17 Europa diesem Systemkampf stellen müssen.

18 Wir Freie Demokraten konstatieren, dass weder die Bundesrepublik
19 Deutschland noch die Europäische Union bisher eine ausreichende, geschweige
20 denn umfangreiche Antwort auf Chinas Ansprüche liefert. Wollen wir aber
21 auch zukünftig die liberale Welt mit Demokratie, Marktwirtschaft und
22 Rechtsstaatlichkeit stärken, ist eine klare außenpolitische Haltung zu
23 China notwendig.

24 Wir Freie Demokraten fordern deswegen:

25 1. Ein geeintes Europa als Antwort auf China

26 Weder die Europäische Union noch die einzelnen Mitgliedstaaten sind ohne
27 völlige Einheit gegenüber China ein Gesprächspartner auf Augenhöhe.

28 Insbesondere bilaterale und subregionale Frameworks der Zusammenarbeit, wie
29 das vom chinesischen Außenministerium ins Leben gerufene 17+1-Format, haben

30 eine Pflicht, sich nicht nur an europäische Gesetze und Regeln zu halten,
31 sondern auch, zur Wahrung gesamteuropäischer Interessen, ausschließlich in
32 Abstimmung mit den anderen Mitgliedstaaten sowie der europäischen
33 Kommission Abkommen zu schließen. Ein solches Verhalten wird ebenfalls zur
34 Transparenz und Akzeptanz der gegenseitigen Interessen beitragen.

35 **2. The New Great Game - Eine Europäische** 36 **Konnektivitätsstrategie**

37 Die "One Belt, One Road"-Initiative der Volksrepublik China ist das
38 ambitionierteste Infrastrukturprojekt des 21. Jahrhunderts. Mit Hilfe
39 dieser Initiative hat Xi Jinping den Anspruch, China zu nicht weniger als
40 dem neuen Zentrum der Welt zu machen. Das nach außen kommunizierte "Win-
41 Win-Projekt für alle" nimmt schon jetzt global massiven Einfluss auf die
42 politische Lage.

43 Auf dem europäischen Kontinent hat China mit dem Hafen in Piräus den
44 einzigen Tiefwasserhafen zwischen Sueskanal und Bosporus gekauft. Nicht nur
45 geographisch gesehen war der Kauf ein Coup für China: Die Investitionen
46 führten dazu, dass Griechenland gegen eine Abgabe eines gemeinsamen
47 europäischen Statements zur Menschenrechtslage in China im UN-
48 Menschenrechtsrat stimmte.

49 Die politischen Zugeständnisse werden oftmals über eine beispiellose
50 finanzielle Abhängigkeit geschaffen, wie etwa das Beispiel Laos offenbart.
51 Die kaum rückzahlbaren Kredite chinesischer Banken werden durch politische
52 Gefälligkeiten getilgt. So hält der Staat Laos China im Kreise der ASEAN-
53 Staaten schon jetzt den Rücken frei, wenn es um zweifelhafte
54 Besitzansprüche im Südchinesischen Meer geht.

55 Die wenigen Beispiele verdeutlichen, dass eine europäische Alternative zur
56 OBOR-Initiative von dringender Notwendigkeit ist. Hierzu bedarf es einer
57 europäischen Konnektivitätsstrategie, die an klaren Standards orientiert
58 ist. Eine solche Strategie verfolgt einerseits das Ziel, den europäischen
59 Kontinent noch näher zusammenzubringen, andererseits muss sie den
60 europäischen Ansatz für eine nachhaltige Konnektivität weltweit etablieren.

61 Folgende, sich in diesem Antrag nicht notwendigerweise erschöpfende,
62 Maßnahmen sollten in einer europäischen Konnektivitätsstrategie unbedingt
63 berücksichtigt werden:

- 64 • Schaffung neuer Verkehrsverbindungen über Europa bis nach Asien und
65 Afrika
- 66 • Ausbau der digitalen Netze weltweit
- 67 • Ein Handlungskonzept für Zentralasien

68 • Zielgerichtete Investitionen in den Chancenkontinent Afrika

69 • Die Schaffung weiterer Freihandelszonen weltweit

70 Die europäische Strategie muss sich in ihren Charakteristika entscheidend

71 von der chinesischen OBOR-Initiative unterscheiden. Intransparente

72 Auftragsvergabeverfahren und den Einsatz von ausschließlich nicht-

73 heimischen Arbeitskräften lehnen wir deswegen entschieden ab.

74 **3. Europäische Investitionskontrolle**

75 Wir begrüßen die Einführung der europäischen, sowie die Verschärfung der

76 deutschen Investitionskontrolle zur Bewahrung kritischer Inputs, kritischer

77 Technologie sowie kritischer Infrastruktur. Eine weitere europäische

78 Vereinheitlichung des FDI-Screenings ist zum effektiven Schutz vor

79 Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit unabdingbar. Die

80 eingeführte Meldepflicht für Mitgliedsstaaten sowie die Kontrolle durch die

81 europäische Kommission sind ein erster Schritt, mittelfristig muss die

82 Prüfungsbefugnis der Kommission auch die Beschränkung und Untersagung von

83 Investitionen beinhalten.

84 **4. Kein Ausverkauf der Infrastruktur**

85 Der Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes durch chinesische Firmen wie Huawei ist

86 abzulehnen. Deutschland darf sich nicht durch den Ausverkauf von

87 Infrastruktur in eine Abhängigkeit zu China begeben. Wie weit die

88 Abhängigkeiten reichen, wenn ein Staat elementar wichtige Infrastruktur an

89 China verkauft, ist am Beispiel Griechenlands ersichtlich: China hält

90 mittlerweile hohe Anteile am griechischen Stromnetz und zudem den Hafen

91 Piräus in Staatshand. Griechenland fällt es in der Folge immer schwerer,

92 sich bei gemeinsamen europäischen Entscheidungen gegen den chinesischen

93 Staat zu wenden.

94 **5. Erzwungene Technologietransfers beenden**

95 Neben dem Schutz kritischer Technologien durch effektive

96 Investitionskontrolle innerhalb des Unionsgebiets muss die europäische

97 Union weiterhin konsequent gegen WTO-Regelverstöße der Volksrepublik

98 vorgehen. Erzwungene Technologietransfers als Voraussetzung für den

99 Eintritt in den chinesischen Markt stellen nicht nur eine Bedrohung für die

100 zukünftige Wettbewerbsfähigkeit europäischer Firmen dar, sondern

101 unterstützen im Rahmen von Dual-Use-Technologien auch den chinesischen

102 Sicherheits- und Militärapparat. Die eingeschränkte Vertragsfreiheit,

103 unzulängliche Transparenz und mangelhafte Investitions- und

104 Rechtssicherheit sind Gift für den Schutz geistigen Eigentums. Weiterhin
105 fordern wir die Aufhebung des "Joint-Venture-Zwangs" für
106 Schlüsselindustrien.

107 **6. Internationale Gewässer schützen**

108 Fast ein Drittel des internationalen Handelsvolumens passiert das
109 Südchinesische Meer, wodurch sowohl der de jure als auch der de facto
110 Erhalt des Meeres als internationales Gewässer von vitalem Interesse ist.
111 Wir unterstützen deswegen ausdrücklich die Bemühungen der Vereinigten
112 Staaten von Amerika, die internationalen Gewässer im Südchinesischen Meer
113 sowie die internationale Schifffahrt durch militärische Präsenz vor der
114 Vereinnahmung Chinas zu schützen. Deutschland sowie die Europäische Union
115 sollen zwischen den Mitgliedsstaaten der ASEAN für eine gemeinsame
116 Positionierung bezüglich der Territorialansprüche im Südchinesischen Meer
117 vermitteln.

118 **7. Abschaffung der Entwicklungshilfe für China**

119 Trotz des rasanten wirtschaftlichen Aufstiegs und dem Status als Staat mit
120 der größten Kaufkraft weltweit ist die Volksrepublik China immer noch
121 Empfänger deutscher Entwicklungshilfe. Wir finden: Das Geld inklusive
122 seiner günstigen Kreditvergaben wäre woanders besser investiert. Wir Freie
123 Demokraten setzen uns deswegen für eine vollkommene Abschaffung der
124 Entwicklungshilfe für China ein.

125 **8. Keine Toleranz der Intoleranz**

126 Die Menschenrechtsslage in Tibet und Xinjiang ist nach Einschätzung
127 weltweiter Experten katastrophal. Kritischen Stimmen und Berichterstattung
128 wird durch Einreiseverweigerung in die genannten Regionen aber ein Riegel
129 vorgeschoben. Nach dem Prinzip der diplomatischen Gegenseitigkeit wollen
130 wir jenen chinesischen Funktionären die Einreise in die Europäische Union
131 verweigern, die EU-Diplomaten, Journalisten, Menschenrechtlern und NGOs den
132 Zugang zu Tibet und Xinjiang verwehren. Hier muss die Europäische Union
133 klar nach dem Prinzip "keine Toleranz der Intoleranz" handeln.

134 **9. Unterstützung der Zivilgesellschaft in Hongkong**

135 Die massiven Proteste der letzten Wochen und Monate bezüglich des geplanten
136 Auslieferungsgesetzes an China in Hongkong zeigen, mit welchen starken
137 Spannungen zwischen der Volksrepublik China und der Sonderverwaltungszone
138 Hongkong auf Jahre hinaus zu rechnen ist.
139 Für uns Freie Demokraten ist dabei klar, dass wir hinter der

140 Zivilbevölkerung Hongkongs stehen und das Streben nach Demokratie,
141 Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit unterstützen. Wir verurteilen
142 jegliche Eingriffe Chinas in die Presse-, Meinungs- und
143 Demonstrationsfreiheit und solidarisieren uns mit den Demonstrierenden in
144 Hongkong. Ihre Forderungen, den Entwurf des Auslieferungsgesetzes
145 zurückzuziehen, freie Wahlen in Hongkong stattfinden zu lassen und der
146 Achtung aller weiteren in der "Basic Law" garantierten Grundrechte sind
147 berechtigt. Gemäß der Sino-British Joint Declaration stellen sie eine
148 völkerrechtliche Verpflichtung der Volksrepublik China dar. Die
149 internationale Gemeinschaft muss aus diesem Grund auf die Einhaltung jener
150 völkerrechtlichen Verpflichtung pochen.

151 Zudem fordern wir auf UN-Ebene eine lückenlose und transparente Aufklärung
152 der gewaltsamen Niederschlagungen von Demonstrationen. In diesem
153 Zusammenhang muss ebenfalls geklärt werden, ob China durch Polizisten und
154 V-Männer vor Ort Demonstranten blutig niedergeschlagen hat.

155 **10. Bekenntnis zu Taiwan**

156 Wir Freie Demokraten fordern die Bundesregierung auf, sich international
157 dafür einzusetzen, die Mitwirkung Taiwans in der WHO wieder zu ermöglichen.
158 Ferner setzen wir uns ein für eine weitere Vertiefung der Beziehungen über
159 transnationale Organisationen und der Kooperationen in Forschung und
160 Wissenschaft.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A4003: Höher, schneller, digitaler: Für eine liberale Reform des Beschaffungswesens der Bundeswehr

Antragsteller/in: BFA Internationale Politik

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Höher, schneller, digitaler: Für eine liberale 2 Reform des Beschaffungswesens der Bundeswehr

3 Die Bundeswehr braucht zur Auftragserfüllung die optimale Ausrüstung. Der
4 Dienstherr hat deshalb die Pflicht, die beste am Markt verfügbare
5 Ausrüstung zu beschaffen oder die Entwicklung eben dieser Ausrüstung zu
6 beauftragen. Die Freien Demokraten sehen deshalb ein leistungsfähiges
7 Rüstungswesen und eine solide Beschaffungspolitik der Bundeswehr als
8 Kernelement für die Verfügbarkeit einsatzbereiten Materials.

9 Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif

10 Weil die bedarfsgerechte Beschaffung von Wehrmaterial zwingend an die
11 Verfügbarkeit ausreichender Finanzressourcen gekoppelt ist, muss der
12 Verteidigungshaushalt in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes mit
13 steigenden Ansätzen, die deutlich über der Inflationsrate liegen,
14 verstetigt werden, um schnellstmöglich die durch Deutschland international
15 zugesagte Größenordnung zu erreichen. Insbesondere sind dabei der
16 Langfristbindung größerer Rüstungsprojekte und dem Bedarf an zeitgerechten
17 Verpflichtungsermächtigungen Rechnung zu tragen. Nur durch diese
18 rüstungspolitische Weichenstellung kann die konzeptionell beschlossene
19 Vollausrüstung der Truppe in absehbarer Zeit erreicht werden.

20 Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages beriet 1981 erstmals über
21 Großbeschaffungen, die einen nominellen Wert von 50 Mio. DM überschritten.
22 Dieser Wert ist seitdem nicht mehr angepasst worden (Aus 50 Mio. DM wurden
23 25 Mio. Euro.) Inflationsbereinigt liegt der heutige Wert bei 54 Mio. Euro.
24 Dazu kommt die Kostensteigerung komplexer einzelner Systeme durch
25 Mehraufwendungen für neuartige Materialien, spezifische und dynamische
26 Digitalisierungsanforderungen und durch die immer wieder schwer
27 kalkulierbare Realisierung komplexerer Fähigkeitsanforderungen. Um auch für
28 künftige notwendige Beschaffungsvorhaben Realisierungsmöglichkeiten besser
29 einplanen zu können, muss der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags
30 in seinem Entscheidungsprozess entlastet bzw. unterstützt werden. Mit

31 wirksamen Maßnahmen in dieser entscheidungsrelevanten Ebene kann die
32 beschlossene Vollausrüstung der Truppe erreicht werden. Wichtige
33 Nachbeschaffungen von bereits eingeführtem Material dürfen nicht unnötig
34 verzögert werden. Daher fordern wir eine Anhebung des Grenzwertes für die
35 Genehmigung von Beschaffungen durch den Haushaltsausschuss auf 75 Mio.
36 Euro. Dieser Wert ist in regelmäßigen Abständen an die Inflation
37 anzupassen. Der für Beschaffungsvorlagen an den Haushaltsausschuss zu
38 beschreitendem Instanzenweg ist ebenfalls reformbedürftig. So ist bisher
39 jede Vorlage zeitaufwendig durch verschiedene Ministerien mit deren
40 Entscheidungsebenen und nachgeordneten Fachbereichen zu bearbeiten bzw. zu
41 zeichnen. Wir fordern daher, einen verbindlichen schnelleren
42 Entscheidungsweg innerhalb der Exekutive bis zur parlamentarischen
43 Entscheidung. Pannen, wie beim Einkauf von fünf Korvetten zur Profilierung
44 einzelner Bundestagsabgeordneter, dürfen sich nicht wiederholen.

45 In der Vergangenheit vom Bundesministerium der Verteidigung anerkannte
46 Fähigkeitsforderungen und Fähigkeitslücken der Truppe konnten in Zeiten
47 eines schrumpfenden Wehretats teilweise nicht geschlossen werden. Wir
48 fordern das Bundesministerium der Verteidigung auf, wegen fehlender
49 finanzieller Ressourcen nicht erfüllte Fähigkeitsforderungen zu
50 aktualisieren. Dabei ist die Wiederaufnahme von Projekten einer
51 vollständigen Neuprojektierung zu bevorzugen. Um künftig auf entsprechende
52 Szenarien vorbereitet zu sein, muss eine vollständige Archivierung aller
53 Studien stattfinden, die als Fähigkeitsforderung bzw. Fähigkeitslücke
54 anerkannt waren, als sie vorzeitig eingestellt wurden. Darüber hinaus sind
55 nach Möglichkeit die Rechte an entsprechenden Dokumenten bei den
56 beteiligten Industrie- und Forschungspartnern zu erwerben. Das
57 Beschaffungswesen ist mit den notwendigen personellen und materiellen
58 Ressourcen auszustatten, damit es seine Aufgaben erfüllen kann.

59 **Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern**

60 Schon bei der Entwicklung neuen Materials muss eine bessere
61 bedarfsorientierte Einbindung der Truppe in den Planungs- und
62 Entscheidungsprozess erfolgen. Im engen zeitlichen Zusammenhang zu den
63 Erprobungen und Prüfungen bei den zuständigen Wehrtechnischen Dienststellen
64 versprechen Truppenerprobungen von neuem Gerät in ausgewählten Verbänden
65 Zeitgewinne bzw. praxisnahe Erkenntnisse. Diese im internationalen Bereich
66 oftmals anzutreffende Vorgehensweise wäre somit auch für die deutschen
67 Streitkräfte ein zukunftsweisender Weg. Innovative Ideen wie das geplante
68 Systemzentrum Digitalisierung Land weisen hier in die richtige Richtung.
69 Auch eine intensive Begleitung durch die Hersteller muss in der

70 Erprobungsphase erfolgen, damit neu eingeführte Systeme nicht über Jahre
71 hinweg ständig leistungsgesteigert oder angepasst werden müssen. Dadurch
72 entstehende Leerlaufzeiten von zum Teil mehreren Jahren führen zu
73 geringerer Materialverfügbarkeit, Defizite in der einsatznahen Ausbildung
74 und beruflichen Motivationsverlusten in der Truppe.

75 Bei der Beschaffung neuer (Waffen-)Systeme ist darauf zu achten, dass diese
76 mit den aktuellen Systemen im internationalen Verbund kompatibel einsetzbar
77 sind. So muss bspw. die in Fahrzeugen oder mobilen Führungseinrichtungen
78 verbaute IT modular austauschbar sein oder auf einheitlichen Plattformen
79 beruhen. Marktverfügbare Standardprodukte sind hierbei Spezialanfertigungen
80 vorzuziehen, sofern sie den jeweiligen militärischen Erfordernissen genügen
81 oder an diese hinsichtlich etwa Robustheit, ABC-Härtung und insbesondere
82 IT-Sicherheit angepasst oder modifiziert werden können. Andererseits
83 sollten nationale Innovations- bzw. Fähigkeitswünsche dort ihre Grenzen
84 finden, wo bei multinationalen Programmen Fähigkeitsforderungen zu
85 harmonisieren sind und ein möglichst einheitliches Materialdesign
86 anzustreben ist, sodass deutliche Senkungen bei den Entwicklungs-,
87 Beschaffungs- und Lebensdauerkosten erzielt werden können.

88 Verträge mit der Industrie müssen eine fachliche Ausbildung des Personals
89 durch das Unternehmen sicherstellen, sodass eine Instandsetzung und
90 Instandhaltung in gewissem Umfang von den Soldatinnen und Soldaten
91 durchgeführt werden kann. Weiterhin muss Ersatzteilbedarf auf lange Sicht
92 vertraglich garantiert sein und auch kurzfristig zur Verfügung stehen. Wo
93 immer möglich, soll das Recht an Lizenzen erworben werden, so dass
94 Komponenten auch mittels eigener Verfahren, etwa additiver Fertigung,
95 nachträglich bzw. kurzfristig im Einsatzland hergestellt werden können.

96 Bei Ergänzungsbeschaffungen bzw. Ausweitung des Nutzerkreises muss auf
97 Neuausschreibungen verzichtet werden können, sofern der ursprüngliche
98 Hersteller eine weitere Versorgung gewährleisten kann. So wird vermieden,
99 aufwendige Weiterbildungen ausplanen und durchführen sowie weitere
100 logistische Versorgungsketten einrichten zu müssen. Dazu kommt das
101 Vertrauen der Truppe in die bewährte Technik.

102 Im gesamten Beschaffungssystem der Bundeswehr muss eine einheitliche Linie
103 zum Projektmanagement eingerichtet werden. Es ist auf eine NATO-
104 Zertifizierung der Methodik und Verfahren hinzuwirken. Eine möglichst enge
105 Einbindung von EU-Staaten, welche keine NATO-Mitglieder sind, ist
106 anzustreben.

107 Auch entstehen nicht selten aufgrund sehr ähnlicher Anforderungen und einer
108 begrenzten Herstellerauswahl bei der Beschaffung Konkurrenzsituationen

109 zwischen Bundeswehr, Landespolizeien, Bundespolizei, Technischem Hilfswerk
110 sowie anderer Katastrophenschutzorganisationen. Im Sinne eines Vernetzten
111 Ansatzes bietet es sich an, perspektivisch die Beschaffung möglichst vieler
112 Behörden bzw. Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) vermehrt in
113 enger Koordination zu planen. So kann gegenüber der Industrie in
114 Preisverhandlungen stärker aufgetreten, durch größere Stückzahlen die
115 Industrie gestärkt, die Interoperabilität erhöht sowie im Zweifelsfall eine
116 höhere Resilienz bei Ersatzteilen und Wartungskapazitäten geschaffen
117 werden. In den Bereichen Handwaffen und Wirkmittel, persönliche Ausrüstung,
118 Führungseinrichtungen, Feldzeug sowie Funk- und Fernmeldemittel ist eine
119 wesentlich bessere Abstimmung der Bedarfsträger als bisher möglich und
120 notwendig.

121 Digitalisierung und technologische Innovationen im Beschaffungswesen
122 Die erfolgreiche digitale Transformation der Bundeswehr ist Voraussetzung
123 für ihre zukünftige erfolgreiche und effektive Auftragserfüllung. Durch die
124 Digitalisierung können die Prozesse in nahezu allen Bereichen der
125 Bundeswehr, bspw. in der Personalbearbeitung, Materialbeschaffung, -
126 verteilung und -instandhaltung oder Informationsbearbeitung nicht nur
127 optimiert, sondern auch die überbordende und komplexe Bürokratie innerhalb
128 des Beschaffungsprozesses reduziert werden.

129 Das Beschaffungswesen der Bundeswehr muss sich an die immer kürzer
130 werdenden Innovationszyklen digitaler Technologien anpassen. Der
131 Beschaffungsprozess muss deshalb schneller, flexibler und vorausschauender
132 werden. Ein jahrelanger Vorlauf für die Beschaffung von Waffensystemen und
133 Großgerät wird nicht immer möglich sein. Eignungsanforderungen und
134 Bewertungsstrukturen von öffentlichen Aufträgen im Rüstungsbereich müssen
135 weg von einer vollständigen Risikoeliminierung hin zu einem angemessenen
136 Risikomanagement und zu einer Wertschätzung technologischer Innovationen
137 geführt werden. Auch der Bürokratieaufwand im Vergabeverfahren muss
138 deutlich gesenkt werden. Bereits bestehende vorhandene innovative
139 Vergabeinstrumente wie Innovationspartnerschaften sollten besser genutzt
140 und weitere moderne Vergabekriterien sollten geschaffen werden,
141 insbesondere um innovative Lösungen von Start-Ups und kleinen und
142 mittelständischen Unternehmen besser zu nutzen. Hierzu könnte die
143 Einführung einer Innovationsprämie in der Gewichtung von Eignungskriterien
144 genauso gehören, wie die Einführung eines Gütesiegels für Start-Ups. Der
145 Cyber Innovation Hub der Bundeswehr braucht auch in den Strukturen der BWI
146 die notwendige Agilität und Selbstständigkeit, um seinen Auftrag als
147 Digital Innovation Unit für die Bundeswehr umzusetzen. Dazu sollte er in
148 einem geeigneten Rahmen auch die Möglichkeit zur direkten Beauftragung

149 erhalten.

150 Die Nutzung digitaler Technologien erfolgt bei der Bundeswehr naturgemäß in
151 einem besonders sensiblen und sicherheitsrelevanten Bereich. Entsprechend
152 sind hier die Anforderungen an die Digitale Souveränität besonders hoch.
153 Der Gedanke der Digitalen Souveränität muss formal in die
154 Beschaffungsrichtlinien Eingang finden und sich spürbar auf allen Ebenen
155 des Beschaffungswesens auswirken.

156 **Verkehrsinfrastruktur als originärer Rüstungsbeitrag**

157 Verteidigungsbereitschaft setzt mehr als eine einsatzbereite und gut
158 trainierte Truppe mit hochmoderner Ausrüstung voraus. Truppen müssen zügig
159 verlegt werden können. Hierzu bedarf es einer funktionierenden und gut
160 ausgebauten Infrastruktur. Gerade strategische Hauptrouten, über die im
161 Krisen- bzw. Verteidigungsfall Streitkräfte verlegt werden müssen, sind
162 instand zu halten und ggf. kapazitiv zu ertüchtigen. Dazu muss das
163 Bundesministerium der Verteidigung gemeinsam mit dem Bundesministerium für
164 Verkehr und digitale Infrastruktur einen entsprechenden Verkehrswegeplan
165 erstellen, der entlang der Zeitlinien des Fähigkeitsprofils der Bundeswehr
166 umzusetzen ist. Spezielle militärische Anforderungen, etwa an die Traglast
167 von ausgewählten Brücken oder Roll-On-Roll-Off-Bahnzugängen, sollten dabei
168 durch Mittel des Bundesministeriums der Verteidigung unterstützt werden
169 können.

170 Zudem sind Transportmittel und Kapazitäten in allen Dimensionen und
171 anderweitige logistische Unterstützungsleistungen vorzuhalten. Bei
172 Abstützung auf Leasingpartner ist sicherzustellen, dass diese kein Risiko
173 für Interessenkonflikte gegenüber Deutschland, der Europäischen Union oder
174 dem Nordatlantischen Vertrag aufweisen. Außerdem sind Vortrittsrechte für
175 militärische Bedarfsträger bei Krisen- und Übungslagen vertraglich
176 abzusichern.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A4004: Außenpolitische Geisterfahrt beenden: Europas Antwort auf Systemrivale China

Antragsteller/in: Bundesvorstand der Jungen Liberalen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Außenpolitische Geisterfahrt beenden: Europas

2 Antwort auf Systemrivale China

3 In den letzten Jahrzehnten erfuhr die Volksrepublik China ein weltweit
4 beispielloses wirtschaftliches Wachstum. Als Freie Demokraten begrüßen wir
5 es, dass Millionen von Chinesen auf diese Art und Weise den Weg aus der
6 Armut finden konnten und weiterhin finden werden.

7 Dennoch müssen wir auch 20 Jahre nach dem Beitritt der Volksrepublik China
8 zur Welthandelsorganisation feststellen, dass das Land in puncto
9 Marktöffnung nicht nennenswert vorangekommen ist. Viel mehr noch hat das
10 Jahrhundertprojekt der "Neuen Seidenstraße" den Anspruch, neben der
11 Stärkung des globalen und wirtschaftlichen Einflusses, das politische
12 System der Volksrepublik China in all seinen Facetten und mit all seinen
13 Werten weltweit Geltung zu verschaffen. Mit der "Belt and Road" Initiative
14 hat die Volksrepublik China den Anspruch, zum ersten Mal seit Ende des
15 Kalten Krieges den globalen Wertekanon Demokratie, Marktwirtschaft,
16 Rechtsstaatlichkeit weltweit in Frage zu stellen – auf kurz oder lang wird
17 sich Europa diesem Systemwettbewerb stellen müssen.

18 Wir Freie Demokraten konstatieren, dass weder die Bundesrepublik
19 Deutschland noch die Europäische Union bisher eine ausreichende, geschweige
20 denn umfangreiche Antwort auf die Ansprüche der Volksrepublik China
21 liefert. Wollen wir aber auch zukünftig die liberale Welt mit Demokratie,
22 Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit stärken, ist eine klare
23 außenpolitische Haltung zur Volksrepublik China notwendig.

24 Wir Freie Demokraten fordern deswegen:

25 1. Ein geeintes Europa als Antwort auf die Volksrepublik 26 China

27 Weder die Europäische Union noch die einzelnen Mitgliedstaaten sind ohne
28 völlige Einheit gegenüber der Volksrepublik China ein Gesprächspartner auf
29 Augenhöhe.

30 Insbesondere bilaterale und subregionale Frameworks der Zusammenarbeit, wie
31 das vom chinesischen Außenministerium ins Leben gerufene 17+1 Format, haben
32 eine Pflicht, sich nicht nur an europäische Gesetze und Regeln zu halten,
33 sondern auch, zur Wahrung gesamteuropäischer Interessen, ausschließlich in
34 Abstimmung mit den anderen Mitgliedstaaten sowie der europäischen
35 Kommission Abkommen zu schließen. Ein solches Verhalten wird ebenfalls zur
36 Transparenz und Akzeptanz der gegenseitigen Interessen beitragen.

37 Auch die Staaten des Balkans müssen ohne EU-Mitgliedschaft stärker an die
38 Europäische Union gebunden und vom Klammergriff der Volksrepublik China
39 befreit werden. Deshalb fordern wir die schnellere Umsetzung der
40 zugesicherten Visafreizügigkeit in die EU. Alle Staaten des Balkans sollen
41 eine Mitgliedsperspektive für die Europäische Union erhalten. Wir fordern
42 daher die Umleitung der für die Türkei vorgeplanten Heranführungshilfe für
43 EU-Beitrittskandidaten zugunsten der Balkanstaaten. Die Ausschüttung von
44 EU-Fördergeldern muss aber auch an die Einhaltung von europäischen
45 Ausschreibenormen gekoppelt sein. Infrastrukturprojekte, die durch
46 chinesische Firmen umgesetzt wurden und werden, sind hier wiederholt
47 negativ aufgefallen.

48 Zusätzlich soll den Ländern des Balkans die Möglichkeit zur NATO-
49 Mitgliedschaft gegeben werden. So soll den Ländern signalisiert werden,
50 dass eine Mitgliedschaft in den Institutionen des Westens erreichbar ist,
51 und geostrategischer Einflussnahme der Volksrepublik Chinas (und auch
52 Russlands) entgegengewirkt werden.

53 **2. The New Great Game – Eine Europäische** 54 **Konnektivitätsstrategie**

55 Die "Belt and Road" Initiative der Volksrepublik China ist das
56 ambitionierteste Infrastrukturprojekt des 21. Jahrhundert. Mit Hilfe dieser
57 Initiative hat Xi Jinping den Anspruch, die Volksrepublik China zu nicht
58 weniger als dem neuen Zentrum der Welt zu machen. Das nach außen
59 kommunizierte "Win-Win-Projekt für alle" nimmt schon jetzt global massiven
60 Einfluss auf die politische Lage.

61 Auf dem europäischen Kontinent hat die Volksrepublik China mit dem Hafen in
62 Piräus den einzigen Tiefwasserhafen zwischen Sueskanal und Bosphorus
63 gekauft. Nicht nur geographisch gesehen war der Kauf ein Coup für die
64 Volksrepublik China: Die Investitionen führten dazu, dass Griechenland
65 gegen eine Abgabe eines gemeinsamen europäischen Statements zur
66 Menschenrechtsslage in der Volksrepublik China im UN-Menschenrechtsrat
67 stimmte.

68 Die politischen Zugeständnisse werden oftmals über eine beispiellose
69 finanzielle Abhängigkeit geschaffen, wie etwa das Beispiel Laos offenbart.
70 Die kaum rückzahlbaren Kredite chinesischer Banken werden durch politische
71 Gefälligkeiten getilgt. So hält der Staat Laos der Volksrepublik China im
72 Kreise der ASEAN-Staaten schon jetzt den Rücken frei, wenn es um
73 zweifelhafte Besitzansprüche im Südchinesischen Meer geht.
74 Die wenigen Beispiele verdeutlichen, dass eine europäische Alternative zur
75 Belt and Road Initiative von dringender Notwendigkeit ist. Hierzu bedarf es
76 einer europäischen Konnektivitätsstrategie, die an klaren Standards
77 orientiert ist. Eine solche Strategie verfolgt einerseits das Ziel, den
78 europäischen Kontinent noch näher zusammenzubringen, andererseits muss sie
79 den europäischen Ansatz für eine nachhaltige Konnektivität weltweit
80 etablieren. Insbesondere ist dazu der konsequente Ausbau des
81 transeuropäischen Transportnetzes voran zu treiben. Besonderes Augenmerk
82 soll hier auf die Vernetzung der großen europäischen Warenumschlagsplätze
83 durch das Schienennetz gerichtet werden. Hierfür muss die Kooperation
84 zwischen den Mitgliedsstaaten in diesem Bereich verstärkt werden.

85 Folgende, sich in diesem Antrag nicht notwendigerweise
86 erschöpfende, Maßnahmen sollten in einer europäischen
87 Konnektivitätsstrategie unbedingt berücksichtigt werden:

- 88 • Schaffung neuer Verkehrsverbindungen über Europa bis nach Asien und
89 Afrika
- 90 • Ausbau der digitalen Netze weltweit
- 91 • Ein Handlungskonzept für Zentralasien
- 92 • Zielgerichtete Investitionen in den Chancenkontinent Afrika
- 93 • Die Schaffung weiterer Freihandelszonen weltweit

94 Die europäische Strategie muss sich in ihren Charakteristika entscheidend
95 von der chinesischen Belt and Road Initiative unterscheiden. Intransparente
96 Auftragsvergabeverfahren und den Einsatz von ausschließlich nicht-
97 heimischen Arbeitskräften lehnen wir deswegen entschieden ab.

98 **3. Europäische Investitionskontrolle**

99 Wir begrüßen die Einführung der europäischen, sowie die Verschärfung der
100 deutschen Investitionskontrolle zur Bewahrung kritischer Inputs, kritischer
101 Technologie sowie kritischer Infrastruktur. Eine weitere europäische
102 Vereinheitlichung des FDI-Screenings ist zum effektiven Schutz vor
103 Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit unabdingbar. Die
104 eingeführte Meldepflicht für Mitgliedsstaaten sowie die Kontrolle durch die

105 europäische Kommission sind ein erster Schritt, mittelfristig muss die
106 Prüfungsbefugnis der Kommission auch die Beschränkung und Untersagung von
107 Investitionen beinhalten.

108 **4. Kein Ausverkauf der Infrastruktur**

109 Der Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes durch chinesische Firmen wie Huawei ist
110 abzulehnen. Deutschland darf sich nicht durch den Ausverkauf von
111 Infrastruktur in eine Abhängigkeit zur Volksrepublik China begeben. Wie
112 weit die Abhängigkeiten reichen, wenn ein Staat elementar wichtige
113 Infrastruktur an die Volksrepublik China verkauft, ist am Beispiel
114 Griechenlands ersichtlich: die Volksrepublik China hält mittlerweile hohe
115 Anteile am griechischen Stromnetz und zudem den Hafen Piräus in Staatshand.
116 Griechenland fällt es in der Folge immer schwerer, sich bei gemeinsamen
117 europäischen Entscheidungen gegen den chinesischen Staat zu wenden. Bei
118 Erwerb entsprechender Infrastruktur von Körperschaften aus Nicht-NATO-
119 Mitgliedsstaaten muss daher eine Sicherheitsprüfung von entsprechenden
120 Stellen in der EU unternommen werden.

121 **5. Erzwungene Technologietransfers beenden**

122 Neben dem Schutz kritischer Technologien durch effektive
123 Investitionskontrolle innerhalb des Unionsgebiets muss die europäische
124 Union weiterhin konsequent gegen WTO-Regelverstöße der Volksrepublik
125 vorgehen. Erzwungene Technologietransfers als Voraussetzung für den
126 Eintritt in den chinesischen Markt stellen nicht nur eine Bedrohung für die
127 zukünftige Wettbewerbsfähigkeit europäischer Firmen dar, sondern
128 unterstützen im Rahmen von Dual-Use-Technologien auch den chinesischen
129 Sicherheits- und Militärapparat. Die eingeschränkte Vertragsfreiheit,
130 unzulängliche Transparenz und mangelhafte Investitions- und
131 Rechtssicherheit sind Gift für den Schutz geistigen Eigentums. Weiterhin
132 fordern wir die Aufhebung des „Joint-Venture-Zwangs“ für
133 Schlüsselindustrien.

134 **6. Politische Einflussnahme auf Hochschulen unterbinden**

135 Besonders bedenklich ist der wachsende Einfluss sog. Konfuzius-Institute an
136 Hochschulen. Hierbei handelt es sich um von der Volksrepublik China
137 kontrollierte Einrichtungen, die unter dem Deckmantel des kulturellen
138 Austausches und der Sprachvermittlung den außenpolitischen Zielen der
139 Volksrepublik China dienen. Wenn akademisches Personal von einer fremden
140 Macht abhängig ist, wenn die Grenze von Wissenschaft und Propaganda
141 verwischt wird, wenn politisch-ideologische Forderungen mit dem Schein der

142 Objektivität umgeben werden, ist die Wissenschaftsfreiheit in Gefahr. Die
143 Volksrepublik China ist kein EU-Mitgliedsland, kein Strategischer Partner,
144 sondern ein systemischer Rivale, der daran arbeitet, das politische System
145 der Volksrepublik China mit all seinen Facetten und mit all seinen Werten
146 weltweit zu etablieren. Auf diese zunehmend aggressive Negation der offenen
147 Gesellschaft muss entschlossen reagiert werden. Denn die Wissenschaft als
148 Institution ist untrennbar mit dem liberalen Rechtsstaat verbunden, und
149 eine Wissenschaft, die sich in den Dienst einer totalitären Macht stellt,
150 gibt sich selbst preis.

151 Wir Freie Demokraten fordern daher, die Zulassung und den Fortbestand von
152 Konfuzius-Instituten an allen Hochschulen mit größtmöglicher Sorgfalt zu
153 evaluieren. Hochschulen werden verpflichtet, direkte oder indirekte
154 Mittelzuwendungen aus dem außereuropäischen Ausland skrupulös zu erfassen
155 und transparent zu veröffentlichen.

156 Voraussetzung für die Einrichtung solcher durch Drittstaaten finanzierter
157 Institute ist

- 158 1. die vollständige Offenlegung aller finanziellen Verhältnisse gegenüber
- 159 der Hochschule,
- 160 2. Arbeitsverhältnisse, die eine hinreichende Gewähr für die
- 161 Unabhängigkeit der Forschenden und Lehrenden bieten,
- 162 3. der Ausschluss der Weitergabe sensibler Informationen,
- 163 4. der fortlaufende Nachweis ernsthafter Forschung und Lehre.

164 Die Nachrichtendienste sollen verstärkt Erkenntnisse zu
165 Infiltrationsstrategien fremder Mächte im Hochschulbereich sammeln.

166 **7. Internationale Gewässer schützen**

167 Fast ein Drittel des internationalen Handelsvolumens passiert das
168 Südchinesische Meer, wodurch sowohl der de jure als auch der de facto
169 Erhalt des Meeres als internationales Gewässer von vitalem Interesse ist.
170 Wir unterstützen deswegen ausdrücklich die Bemühungen der Vereinigten
171 Staaten von Amerika, die internationalen Gewässer im Südchinesischen Meer
172 sowie die internationale Schifffahrt durch die Durchsetzung des Freedom of
173 Navigation Prinzips, mithilfe demonstrativer Durchfahrt vor der
174 Vereinnahmung durch die Volksrepublik China zu schützen. Deutschland sowie
175 die Europäische Union sollen zwischen den Mitgliedsstaaten der ASEAN für
176 eine gemeinsame Positionierung bezüglich der Territorialansprüche im
177 Südchinesischen Meer vermitteln.

178 **8. Abschaffung der Entwicklungshilfe für China**

179 Trotz des rasanten wirtschaftlichen Aufstiegs und dem Status als Staat mit
180 der größten Kaufkraft weltweit ist die Volksrepublik China immer noch
181 Empfänger deutscher Entwicklungshilfe. Wir finden: Das Geld inklusive
182 seiner günstigen Kreditvergaben wäre woanders besser investiert.
183 Die Freien Demokraten fordern das Ende jeglicher finanziellen
184 entwicklungspolitischen Maßnahmen aus Deutschland an staatliche
185 Institutionen der Volksrepublik China. Internationale Bildungs- und
186 Menschenrechtsorganisationen (wie die politischen Stiftungen) können
187 weiterhin gefördert werden.

188 **9. Die Würde des Menschen auch in Xinjiang verteidigen**

189 Die Menschenrechtslage in Xinjiang ist nach Einschätzung weltweiter
190 Experten katastrophal. Die Angehörigen der uighurischen Volksgruppe werden
191 nicht nur an der Ausübung ihrer Religion gehindert, sie werden
192 millionenfach in Gefängnislagern interniert, wo sie unmenschlichen
193 Bedingungen und zahlreichen Verletzungen ihrer Menschenrechte ausgesetzt
194 sind. Wir Freie Demokraten verurteilen diese brutale Unterdrückung der
195 uighurischen Volksgruppe scharf. Kritischen Stimmen und Berichterstattung
196 wird durch Einreiseverweigerung in die genannte Region aber ein Riegel
197 vorgeschoben. Nach dem Prinzip der diplomatischen Gegenseitigkeit wollen
198 wir jenen chinesischen Funktionären die Einreise in die Europäische Union
199 verweigern, die EU-Diplomaten, Journalisten, Menschenrechtlern und NGOs den
200 Zugang zu Tibet und Xinjiang verwehren. Ebenso fordern wir die
201 Bundesregierung auf Journalismus- und Medienprojekte von Exil-Uiguren, die
202 dem Zweck dienen globale Aufmerksamkeit für die Lage in Xinjiang zu wecken
203 oder in Xinjiang selbst unabhängige Informationen bereitzustellen (wie etwa
204 das entsprechende Projekt bei dem Radio Free Asia Sender), finanziell zu
205 unterstützen. Ebenso fordern wir die Bundesregierung auf diese
206 Menschenrechtsverbrechen in den Gesprächen mit chinesischen
207 Regierungsvertretern offensiv anzusprechen, und sich für die Belange der
208 Opfer einzusetzen. In diesem Sinne ist es dringend notwendig, eine
209 gemeinsame europäische Position und Haltung in dieser Frage zu entwickeln,
210 und als EU diese Verbrechen zu verurteilen. Sofern die Regierung der
211 Volksrepublik China nicht ihren Kurs korrigiert und grobe
212 Menschenrechtsverletzungen in diesem Ausmaß unterlässt, ist die
213 Bundesregierung dazu aufgerufen auf einen europäischen Sanktionskatalog
214 gegenüber Volksrepublik hinzuwirken. Hier muss Europa offensiv für die
215 Würde des Menschen eintreten, und ethnisch motivierter Verfolgung die Stirn
216 bieten. Deshalb fordern wir die Schaffung eines europäischen Magnitsky
217 Acts, um die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen persönlich zu

218 sanktionieren.

219 Auch deutsche und europäische Unternehmen müssen sich ihrer Verantwortung
220 bewusst sein. Es darf nicht zu Kooperationen mit chinesischen Sicherheits-
221 oder Militärbehörden kommen, die zu Menschenrechtsverletzungen führen. Dem
222 ist notfalls auch mit legislativen Schritten seitens Deutschlands oder der
223 EU zu begegnen, um eine derartige Zusammenarbeit zu verhindern.

224 **10. Unterstützung der Zivilgesellschaft in Hongkong**

225 Die massiven Proteste der letzten Wochen und Monate bezüglich des geplanten
226 Auslieferungsgesetzes an die Volksrepublik China in Hongkong zeigen, mit
227 welchen starken Spannungen zwischen der Volksrepublik China und der
228 Sonderverwaltungszone Hongkong auf Jahre hinaus zu rechnen ist.

229 Für uns Freie Demokraten ist dabei klar, dass wir hinter der
230 Zivilbevölkerung Hongkongs stehen und das Streben nach Demokratie,
231 Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit unterstützen. Wir verurteilen
232 jegliche Eingriffe der Volksrepublik Chinas in die Presse-, Meinungs- und
233 Demonstrationenfreiheit und solidarisieren uns mit den Demonstrierenden in
234 Hongkong. Ihre Forderungen, den Entwurf des Auslieferungsgesetzes
235 zurückzuziehen, freie Wahlen in Hongkong stattfinden zu lassen und der
236 Achtung aller weiteren in der "Basic Law" garantierten Grundrechte sind
237 berechtigt. Gemäß der Sino-British Joint Declaration stellen sie eine
238 völkerrechtliche Verpflichtung der Volksrepublik China dar. Die
239 internationale Gemeinschaft muss aus diesem Grund auf die Einhaltung jener
240 völkerrechtlichen Verpflichtung pochen.

241 Zudem fordern wir auf UN-Ebene eine lückenlose und transparente Aufklärung
242 der gewaltsamen Niederschlagungen von Demonstrationen. In diesem
243 Zusammenhang muss ebenfalls geklärt werden, ob die Volksrepublik China
244 durch Polizisten und V-Männer vor Ort Demonstranten blutig niedergeschlagen
245 hat.

246 Das Prinzip "Ein Land, zwei Systeme" und damit auch die Freiheitsrechte der
247 Bürgerinnen und Bürger Hongkongs sind bis 2047 befristet. Wir schließen uns
248 daher den Forderungen der Hongkonger Demokratiebewegung an, dass die
249 Hongkongerinnen und Hongkonger nach 2047 in einer freien Abstimmung über
250 ihre Zukunft entscheiden und zwischen einer Fortsetzung der Autonomie,
251 einer Eingliederung in die Volksrepublik China und der Unabhängigkeit
252 Hongkongs wählen können.

253 **11. Bekenntnis zu Taiwan**

254 Wir Freie Demokraten setzen uns für die volle völkerrechtliche Anerkennung

255 Taiwans ein. Ebenfalls fordern wir eine weitere Vertiefung der Beziehungen
256 über transnationale Organisationen und der Kooperationen in Forschung und
257 Wissenschaft. Dazu soll das Deutsche Institut in Taipei den Status einer
258 diplomatischen Vertretung erhalten und es müssen auch offiziell
259 diplomatische Beziehungen zu Taiwan aufgenommen werden.

260 **12. Unabhängigkeit für Tibet**

261 Die EU darf die Souveränität der Volksrepublik China über Tibet nicht
262 anerkennen. Das historische Tibet in seinen Grenzen von vor 1951 ist ein
263 völkerrechtswidrig annektiertes Gebiet. Deshalb fordern wir die EU dazu
264 auf, diplomatische Beziehungen zur Tibetischen Exilregierung aufzunehmen
265 und diese offiziell anzuerkennen. Die Nachfolge oder Reinkarnation von
266 tibetisch-buddhistischen Führern, einschließlich eines zukünftigen 15.
267 Dalai-Lama, ist eine ausschließlich religiöse Angelegenheit, die
268 ausschließlich von der tibetisch-buddhistischen Gemeinschaft durchgeführt
269 werden sollte. Jegliche staatliche Einmischung – insbesondere der
270 Volksrepublik Chinas – muss unterbunden werden. Chinesische Beamte, die
271 sich in den Prozess der Anerkennung eines Nachfolgers oder der
272 Reinkarnation des Dalai-Lama einmischen, sind mit gezielten finanziellen,
273 wirtschaftlichen und visabezogenen Sanktionen zu belegen.

274 **13. Allianz Liberaler Demokratien**

275 Die Herausforderung, vor die die Volksrepublik China, liberale Demokratien
276 auf der ganzen Welt stellt, bedarf einer globalen Antwort. Deshalb fordern
277 wir die Gründung einer Allianz Liberaler Demokratien. Damit wollen wir ein
278 Forum schaffen, in dem sich demokratische Staaten aus aller Welt
279 koordinieren können, um gemeinsam den Schutz der Menschenrechte, den
280 Frieden auf der Welt und die regelbasierte internationale Ordnung zu
281 fördern. Die Beitrittsvoraussetzungen sollen sich im Hinblick auf
282 Demokratie und Rechtstaatlichkeit an den Kopenhagener Kriterien
283 orientieren.

284 **14. Klimaschutz gemeinsam denken**

285 Auch wenn viele Unterschiede und Konflikte zwischen Europa und der
286 Volksrepublik China bestehen, müssen wir doch gemeinsam an einer Lösung für
287 den Klimawandel arbeiten. Ohne die Volksrepublik China werden die Pariser
288 Klimaziele nicht erreichbar sein. Deshalb muss die Europäische Union in
289 Verhandlungen mit der Volksrepublik China treten, um eine gemeinsames CO2-
290 Bepreisungssystem zu entwickeln. Zu bevorzugen wäre hier ganz klar eine
291 gemeinsames Zertifikatshandelssystem für alle Branchen und Sektoren. Die

292 Volksrepublik China ist als Schwellenland noch viel mehr auf fossile
293 Brennstoffe angewiesen als Europa. Ohne diese müssten viele Chinesen
294 empfindliche Einbußen ihres Lebensstandards erleiden. Für diese Problematik
295 muss eine Lösung gefunden werden.

296 **15. Freien Handel ermöglichen**

297 Die Volksrepublik China ist einer der wichtigsten Handelspartner
298 Deutschlands und der Europäischen Union. Der Handel mit dem Land ist immens
299 wichtig für viele Zweige unserer Industrie, nicht nur als Exportland,
300 sondern auch als Teil der Wertschöpfungskette. Konsumenten haben riesige
301 Vorteile durch den Import von chinesischen Waren. Dennoch wird zu viel
302 Handel durch gegenseitige Zollbeschränkungen verhindert, viele europäische
303 Firmen stehen in der Volksrepublik China unfairen Investitionsbedingungen
304 und Rechtsunsicherheiten gegenüber. Deshalb muss die Europäische Union
305 Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen mit der Volksrepublik China
306 eröffnen. Nur so kann ein ungestörter freier ökonomischer Austausch zum
307 Vorteil aller ermöglicht werden. Wir fordern, dass die EU folgende Aspekte
308 bei der Verhandlung berücksichtigt:

- 309 1. Ein soweit wie möglich gehender gegenseitiger Abbau von tarifären
310 Handelsbeschränkungen
- 311 2. Eine Einigung zu gemeinsamen Industrie- und Warenstandards, die die
312 Anforderungen des europäischen Konsumentenschutzes erfüllen
- 313 3. Investitionssicherheit für europäische Investoren in der Volksrepublik
314 China, dazu gehört eine Beendigung der Pflicht zu Joint-Ventures und
315 der Preisgabe geistigen Eigentums ausländischer Firmen-
316 Ungleichbehandlung von chinesischen und nichtchinesischen Firmen in
317 der Volksrepublik China
- 318 4. Um Klimapolitik mit marktwirtschaftlicher Vernunft umzusetzen, ist für
319 uns JuLis eine globale Anwendung des Emission Trading System (ETS) bis
320 2035 unumgänglich. Dieses ist die einzige Chance zur globalen
321 Etablierung eines wirksamen Mechanismus zur Filterung von
322 Treibhausgasen aus der Atmosphäre. Insbesondere gilt dies auch für die
323 Volksrepublik China. Ein Freihandelsabkommen mit der Volksrepublik
324 China, welches das ETS nicht enthält, soll von der EU nicht
325 ratifiziert werden.
- 326 5. Sicherstellung von Intellectual-Property-Rights
- 327 6. Klares Bekenntnis gegen Wirtschaftsspionage

328 **16. Sicherheitspolitik**

329 Die Volksrepublik China steht uns nicht in direkter militärischer
330 Konfrontation gegenüber, stellt uns aber als Deutschland und als NATO vor
331 dringende Herausforderungen. Deshalb muss das 2% Ziel, zu dem sich
332 Deutschland verpflichtet hat, möglichst schnell erreicht werden. Unsere
333 Streitkräfte müssen in die Lage gebracht werden, mehr sicherheitspolitische
334 Verantwortung zu übernehmen. So können wir auch unsere amerikanischen
335 Verbündeten entlasten, die so vermehrt Ressourcen für eine starke Präsenz
336 im asiatischen Raum haben. Auch darf die Gefahr, die von den Cyberkampf-
337 und -spionagekapazitäten der Volksrepublik China ausgeht, nicht
338 unterschätzt werden. Nachrichtendienste und Streitkräfte sind gefragt, die
339 Resilienz der deutschen Digitalinfrastruktur gegenüber Cyberangriffen zu
340 stärken. Dazu müssen Strategien gemeinsam mit unseren NATO-Verbündeten
341 entwickelt werden und entsprechende Mittel im Verteidigungshaushalt und bei
342 den Nachrichtendiensten bereitgestellt werden. Chinesische Militärbasen in
343 Vorderasien und auf dem afrikanischen Kontinent sind kritisch zu beäugen.
344 Der Schutz eigener Handelswege sowie der Kampf gegen den internationalen
345 Terrorismus darf nicht als Deckmantel verwendet werden, auf wirtschaftlich
346 kleine Staaten Druck auszuüben, für sie ungünstige Verträge mit der
347 chinesischen Regierung zu zeichnen. Eine über die Unterstützung eigener
348 Staatsbürger hinausgehende chinesische Militärpräsenz in Europa ist strikt
349 abzulehnen. Insbesondere lehnen die Freien Demokraten es ab, dass die
350 Bundeswehr und die Chinesische Volksbefreiungsarmee wie im Juli 2019
351 gemeinsame Manöver in Deutschland durchführen.

352 **17. Abrüstung**

353 Als globale Großmacht ist die Volksrepublik China ein zentraler Akteur,
354 wenn es um die Entwicklung neuer Waffensysteme geht. Deshalb muss die EU
355 umso stärker in einen Dialog mit der Volksrepublik China treten, wenn es um
356 Abrüstung geht. Vor allem das Thema "Letale Autonome Waffensysteme" muss
357 offensiv angesprochen werden. Das Ziel muss sein, einen gemeinsamen
358 Mindestkonsens bei der völkerrechtlichen Einordnung und bei den
359 Einsatzrestriktionen zu finden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A5001: Ehrenämter belohnen anstatt steuerlich bestrafen

Antragsteller/in: LV Baden-Württemberg

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Ehrenämter belohnen anstatt steuerlich bestrafen**

- 2 Das ehrenamtliche Engagement ist eine der tragenden Säulen unserer
3 Gesellschaft. Ohne die freiwillige – in der Freizeit geleistete – Arbeit
4 von Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürgern (zum Beispiel in Vereinen, bei
5 freiwilligen Feuerwehren, Rettungsdiensten oder in sozialen Einrichtungen)
6 würden wichtige Bereiche unserer Gesellschaft nicht mehr zuverlässig
7 funktionieren. Die aktuelle Regelung zur Besteuerung von finanziellen
8 Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten bestraft dieses
9 freiwillige Ehrenamt jedoch nachgelagert anstelle ein "Dankeschön" für die
10 ehrenamtliche Tätigkeit auszusprechen.
- 11 Wir fordern daher die Bundesregierung auf, die jährlichen Steuerfreibeträge
12 für die Übungsleiterpauschale auf 3.000,- Euro und für die
13 Ehrenamtspauschale auf 840,- Euro zu erhöhen, so wie dies in einer
14 Bundesratsinitiative gefordert wurde.
- 15 Außerdem sollten ehrenamtliche Leitungen eines Vereins (Gremium, Vorstand,
16 Vorsitzende), welche aufgrund der Satzung des Vereins keine
17 Aufwandsentschädigungen für Fahrten (PKW, ÖPNV, DB) und Verköstigungen als
18 Person erhalten, zumindest ebenfalls einen angemessenen Steuerfreibetrag
19 geltend machen können. Auf jeden Fall sollten die im amtlichen
20 Vereinsregister eingetragenen Personen berücksichtigt werden, zumal sie
21 auch noch "kostenlos" die juristischen Rechte und Pflichten des Vereins
22 verantworten.
- 23 Darüber hinaus werden ehrenamtliche Organisationen mit immer mehr
24 Bürokratie und Kosten belastet. Wir unterstützen deshalb beispielsweise den
25 Bundesmusikverband Chor & Orchester e.V. mit der GEMA einen neuen
26 Amateurmusiktarif zu erarbeiten, der dann Grundlage für zukünftige
27 Einzelmeldungen sowie einzelne Serviceverträge zwischen GEMA und einzelnen
28 Amateurmusikverbänden sein kann.
- 29 In diesem Zusammenhang fordern wir auch klare rechtliche Grundlagen für die
30 Beschäftigung wie etwa von Trainern, Chorleitern und Dirigenten. Die
31 Bewertung, ob es sich um eine freie Tätigkeit oder um ein

- 32 Angestelltenverhältnis handelt, kann im Einzelfall zu schwerwiegenden
33 Fehlern führen, deren Auswirkungen sich erst Jahre später zeigen und
34 existenzielle Risiken darstellen. Dies führt letztlich auch dazu, dass
35 immer weniger Menschen bereit sind, im Ehrenamt derlei Risiken auf sich zu
36 nehmen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A5002: Spitzengehälter in öffentlichen Betrieben begrenzen

Antragsteller/in:	Otto Fricke (LV Nordrhein-Westfalen), Ben Dinklage (LV Nordrhein-Westfalen), Christian Grascha (LV Niedersachsen), Jan Günther (LV Nordrhein-Westfalen), Marlene Heihsel (LV Berlin), Markus Herbrand (LV Nordrhein-Westfalen), Katja Hessel (LV Bayern), Dr. Gero Hocker (LV Niedersachsen), Henning Höne (LV Nordrhein-Westfalen), Ulla Ihnen (LV Niedersachsen), Dr. Marek Jenöffy-Lochau (LV Nordrhein-Westfalen), Gyde Jensen (LV Schleswig-Holstein), Albert Werner Kahle (LV Baden-Württemberg), Simon Kell (LV Nordrhein-Westfalen), Dr. Lukas Köhler (LV Bayern), Moritz Körner (LV Nordrhein-Westfalen), Konstantin Elias Kuhle (LV Niedersachsen), Michael Georg Link (LV Baden-Württemberg), Christoph Meyer (LV Berlin), Stephan Meyer (LV Nordrhein-Westfalen), Matthias Nölke (LV Hessen), Dr. Joachim Stamp (LV Nordrhein-Westfalen), Bettina Stark-Watzinger (LV Hessen), Benjamin Strasser (LV Baden-Württemberg), Prof. Dr. Andrew J. Ullmann (LV Bayern), Benedikt Vennemann (LV Nordrhein-Westfalen), Johannes Vogel (LV Nordrhein-Westfalen), Michael Ziegler (LV Rheinland-Pfalz)
-------------------	--

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Spitzengehälter in öffentlichen Betrieben** 2 **begrenzen**

- 3 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, Gehälter in Unternehmen der
4 öffentlichen Hand sowie Gehälter in den öffentlich-rechtlichen
5 Rundfunkanstalten auf das 1,3-fache des Gehaltes der Bundeskanzlerin bei
6 Betrieben des Bundes, das 1,3-fache des Gehaltes des jeweiligen
7 Ministerpräsidenten bei Betrieben der Länder bzw. das 1,3-fache des
8 Gehaltes des jeweiligen kommunalen Spitzenbeamten bei kommunalen Betrieben
9 zu begrenzen.

Begründung

Der Chef des Fuhrparks der Bundeswehr verdient mehr als die Bundeskanzlerin. Man könnte auch sagen: Der Chef-Chauffeur der Kanzlerin bekommt ein höheres, aus Steuergeldern finanziertes Gehalt, als die Kanzlerin selbst. Das Gleiche gilt für viele

weitere Angestellte in Unternehmen der öffentlichen Hand – unter anderem auch die leitenden Angestellten von kommunalen Stadtwerken, Sparkassen oder Wohnungsbaugesellschaften. Eine an das Verantwortungsprinzip angelehnte Begrenzung von Gehältern, die aus Steuer- oder Beitragsgeldern finanziert werden, erscheint daher notwendig.

Die Niederlande sind diesen Schritt schon vor einigen Jahren gegangen, als der damalige Ministerpräsident Balkenende die sogenannte Balkenende-Norm einführte. Auch für Deutschland wäre eine an diese Norm angelehnte Begrenzung auf das maximal 1,3-fache des Gehaltes der Bundeskanzlerin ein wichtiger Schritt, durch den einerseits zu hohen Gehältern in Bereichen, in denen zudem kein unternehmerisches und kein Arbeitsplatzrisiko besteht, ein Riegel vorgeschoben wird, andererseits aber gleichzeitig eine gewisse Flexibilität für Gehaltsverhandlungen erhalten bleibt.

Antrag A6001: XTL Kraftstoffe für öffentliche Fuhrparks

Antragsteller/in: LV Baden-Württemberg

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 XTL Kraftstoffe für öffentliche Fuhrparks

2 Wir Freie Demokraten möchten alle durch diverse Behörden direkt oder
3 indirekt betriebenen Fahrzeuge, Schiffe, Hubschrauber und Flugzeuge, die
4 heute mit fossilen Kraftstoffen betrieben werden, schnellstmöglich auf
5 möglichst klimaneutrale, synthetische Kraftstoffe (XTL) umstellen. (X To
6 Liquid, „X“ steht dabei für verschiedene energiehaltige Ausgangsstoffe, zum
7 Beispiel Altspeisefette oder Strom). Darunter fallen alle Fahrzeuge der
8 Sicherheitsbehörden (Polizei, Rettungsdienste, THW, jeweils PKW, LKW,
9 Schiffe und Hubschrauber) aber auch Busflotten von Verkehrsunternehmen,
10 alle Fahrzeuge auf Flugplätzen (Flughafen Stuttgart nutzt schon C.A.R.E
11 Diesel), kommunal betriebene Fuhrparks wie Stadtreinigung usw. Die
12 Ausweitung auf staatlich vergebene Leistungen, zum Beispiel private
13 Abfallentsorger ist per Ausschreibung zu prüfen.

14 Sofort verfügbar sind synthetische Kraftstoffe basierend auf Rest- und
15 Abfallstoffen wie zum Beispiel C.A.R.E. Diesel. Diese sollten – soweit
16 verfügbar – sofort beschafft werden. Da das Mengenpotenzial dieser
17 Kraftstoffe begrenzt ist, sind parallel bei der Mineralölwirtschaft
18 perspektivisch unbegrenzt verfügbare, strombasierte synthetische
19 Kraftstoffe (eFuels) anzufragen und ausreichend langfristige Lieferverträge
20 anzubieten, um die notwendigen Investitionen zu ermöglichen.

21 Der notwendige Strom muss selbstverständlich regenerativ erzeugt werden. Da
22 in Deutschland absehbar nicht genug regenerativer Strom zur Verfügung
23 steht, müssen diese Kraftstoffe sinnvollerweise aus Gegenden in der Welt
24 importiert werden, wo Ökostrom wirtschaftlicher, effizienter und mit
25 sinnvollerem Flächenverbrauch (Wüste statt Wiese/Wald) erzeugt werden kann.

26 Wir wollen keine Konkurrenz zu Nahrungsmitteln erzeugen oder Urwaldrodungen
27 begünstigen. Dies muss über geeignete Maßnahmen ausgeschlossen werden.
28 Umstellung auf synthetische Kraftstoffe steht nicht in Konkurrenz zur
29 Einführung alternativer Antriebe (Batterie oder Brennstoffzelle), sobald
30 diese verfügbar und ökologisch sinnvoll sind. Die bis auf Weiteres
31 verfügbaren Mengen an eFuels werden früher oder später sowieso für
32 Flugzeuge, Schiffe und evtl. Schwerlastverkehr benötigt.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A6002: Regenerative Wasserstoff-Technologie als wesentlicher Pfeiler für eine klimaneutrale Wirtschaft

Antragsteller/in: LV Baden-Württemberg

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Regenerative Wasserstoff-Technologie als** 2 **wesentlicher Pfeiler für eine klimaneutrale** 3 **Wirtschaft**

4 Die Freien Demokraten haben sich bereits vor einiger Zeit dafür
5 ausgesprochen, im Zuge der von ihnen geforderten Technologieoffenheit auch
6 auf die Wasserstoff-Technologie zu setzen, als wesentlicher Pfeiler der
7 notwendigen Transformation unseres Energiesystems und der gesamten
8 Wirtschaft. Das Ziel ist die Vermeidung klimaschädlicher Emissionen. Zu
9 diesem Ziel haben die Freien Demokraten (M. Theurer) bereits im Bundestag
10 die Gründung einer "Europäischen Wasserstoffunion" gefordert.

11 Dabei war zunächst einmal der Transportsektor im Fokus. Hierzu tritt aber
12 heute auch die rasch anwachsende Nachfrage der produzierenden Industrie,
13 die emissionsfrei produzierten Wasserstoff in großen Mengen benötigen wird,
14 um zum Beispiel die Stahl- und Betonherstellung klimaneutral zu machen.
15 Daher sehen wir Freie Demokraten nun speziellen, umgehenden Handlungsbedarf
16 und sprechen uns dafür aus, deutliche Impulse in diese Richtung zu setzen.

17 Folgendes muss zeitnah angegangen werden:

18 1. Der Verkehrssektor muss technologieoffen bei der Umstellung auf
19 Elektromobilität sowohl auf rein batteriebasierte als auch auf
20 wasserstoff-/brennstoffzellenbasierende Technologien setzen.

21 2. Dazu muss neben den Ladestationen mit gleicher Dringlichkeit auch das
22 Netz der Wasserstofftankstellen ausgebaut werden.

23 3. Die Entwicklung klimaneutraler Produktionsverfahren ist in allen
24 Sektoren der Wirtschaft zu fördern.

25 4. Die Bereitstellung rasch wachsender Mengen an regenerativ, besonders
26 durch Elektrolyse hergestelltem Wasserstoff, muss durch raschen Ausbau
27 der erneuerbaren Energien, mit den tragenden Säulen Sonne
28 (Photovoltaik) und Wind möglich gemacht werden.

29 5. Ebenso wenig wie die batteriebetriebene Elektromobilität auf

- 30 importierten Batteriezellen basieren sollte, sollte die
31 Wasserstoffherstellung auf importierten Solarzellen aufgebaut werden.
32 Solarzellentechnologie sollte daher wie Batteriezellentechnologie als
33 strategisch wichtig anerkannt werden. Hier sehen wir Freie Demokraten
34 einen Schwerpunkt unserer Innovationsförderung.
- 35 6. Dazu sollte im europäischen Verbund die Herstellung regenerativ
36 produzierten Wasserstoffs an Standorten mit besonders guten Wind- und
37 Solar-Verhältnissen aufgebaut werden. Gerade die südlichen Regionen
38 innerhalb der EU bieten die beste Sonneneinstrahlung und könnten von
39 dieser Wertschöpfung einen wichtigen Entwicklungsimpuls erwarten.
40 Darüber hinaus sollte der Aufbau zur Herstellung regenerativ
41 produzierten Wasserstoffs in sonnenreichen Regionen Afrikas angegangen
42 werden. Wasserstoff ist ein Medium zur Speicherung und zum Transport
43 von Energie, benötigt aber zur Herstellung große Mengen Energie und
44 Wasser. Diese lassen sich nicht nur im sonnenreichen Südeuropa mit
45 Photovoltaik, sondern effizient und auch in windreichen oder
46 sonnenreichen Gebieten mit Frischwasserreserven in Afrika herstellen.
47 Die Produktion würde damit auch eine Wertschöpfung in EZ-Ländern
48 ermöglichen.
- 49 7. Wie bereits im Heilbronner Beschluss vom Juli 2019 angesprochen,
50 sollte die regulatorische Diskriminierung von regenerativ
51 hergestelltem Wasserstoff (Strom-Direktnutzung im Rahmen der
52 Sektorkopplung, Flottengrenzwerte ...) in Deutschland wie der EU
53 umgehend beendet werden.
- 54 8. Wasserstoff wird so zum zentralen Speichermedium für die fluktuierende
55 Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und zum Schlüssel für die
56 Klimaneutralität wichtiger, bislang CO₂-erzeugender
57 Produktionsverfahren.
- 58 Wir haben hier eine ernsthafte Chance für die deutsche Wirtschaft, eine
59 Vorreiterrolle im internationalen Wettbewerb zu entwickeln.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A6003: Klimaneutrale Brennstoffe und die Bepreisung von CO₂-Emissionen: Belohnen statt bestrafen. Wettbewerb statt Verbote

Antragsteller/in: KV Bottrop, KV Düsseldorf, KV Siegen-Wittgenstein

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 **Klimaneutrale Brennstoffe und die Bepreisung von**
- 2 **CO₂-Emissionen: Belohnen statt bestrafen.**
- 3 **Wettbewerb statt Verbote**
- 4 Wir fordern die Befreiung klimaneutraler Brennstoffe von der Energiesteuer.
- 5 So wird eine sachgerechte Bepreisung von CO₂-Emissionen durch fossile
- 6 Brennstoffe im Verkehrs- und Wärmesektor erreicht.

Begründung

1. Klimaneutrale Brennstoffe sind u.a. Wasserstoff, Biomasse, sowie synthetische Brennstoffe, für deren Erzeugung ebenso viel atmosphärisches CO₂ eingesetzt wie emittiert wird.
2. Die Energiesteuer für Benzin liegt aktuell bei 0,65 €/l, für Diesel bei 0,47 €/l und für Erdgas bei 0,18 €/kg. Für Benzin entspricht dies einem CO₂-Preis von 276 €/t. Der Produktionspreis für klimaneutrales Benzin liegt aktuell bei ca. 0,50 €/l. Eine Steuerbefreiung macht klimaneutrale Brennstoffe somit sofort konkurrenzfähig, da der Marktpreis unter dem Preis für herkömmliche Brennstoffe läge. Dadurch entsteht eine erhebliche Lenkungswirkung, die darüber hinaus noch gesteigert wird, wenn die Produktionsmengen steigen und die Produktionskosten sinken. .
3. Das Modell belohnt explizit klimafreundliches Verhalten.
4. Durch die Belohnungswirkung entsteht Konkurrenz auf dem Kraftstoffmarkt, die u. U. sogar zu Preissenkungen führen kann. Es entstehen somit keine sozialen Verwerfungen.
5. Gegen eine Steuerbefreiung gäbe es, im Gegensatz zu einer CO₂-Steuer keine verfassungsrechtlichen Bedenken.
6. Eine Ausweitung des Emissionshandels, wie aktuell von den Freien Demokraten gefordert, wird aufgrund von Konflikten auf EU-Ebene (EU-Lastenteilungserklärung) voraussichtlich nur mittelfristig umzusetzen sein. Bei der angedachten Steuerbefreiung

sind keine vergleichbaren Konflikte auf EU-Ebene zu erwarten. Sie ist daher eine sofort wirksame Maßnahme auf dem Weg zu einem erweiterten Emissionshandel.

7. Durch eine regelmäßige, sukzessive Erhöhung des Steuersatzes auf fossile Brennstoffe, die darüber hinaus die Lenkungswirkung weiter verstärkt, können Einbußen im Bundeshaushalt ausgeglichen werden.
8. Mit klimaneutralen Brennstoffen können herkömmliche Fahrzeuge betankt werden. Es ist keine Fahrzeugneuanschaffung notwendig, wie z. B. bei E-Mobilität, und es können ab sofort Emissionen gemindert werden.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Antrag A6004: Durch technologieoffene Entwicklungen im Umweltbereich das Reservoir an Natürlichen Ressourcen umweltbewusst nutzen, effektiv einsetzen und bewahren

Antragsteller/in:

BFA Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Durch technologieoffene Entwicklungen im**
2 **Umweltbereich das Reservoir an Natürlichen**
3 **Ressourcen umweltbewusst nutzen, effektiv**
4 **einsetzen und bewahren**

5 **Wir Freie Demokraten fordern:**

6 1. Ein radikales Umdenken zur Unterstützung der Entwicklung nachhaltiger,
7 umweltgerechter und innovativer Produkte und Verfahren sowie
8 disruptiver Technologien, die im Sinne eines verantwortungsvollen
9 Umgangs mit den Ressourcen dieser Erde im Ergebnis allen Menschen
10 weltweit nützen.

11 Hierzu müssen **attraktive Rahmenbedingungen** durch eine deutliche Reduzierung
12 bürokratischer Hürden und Auflagen sowie steuerliche Erleichterungen
13 insbesondere für kleine und mittlere innovative Unternehmen sowie deren
14 Kapitalgeber geschaffen werden.

15 Dazu gehören zum Beispiel:

- 16 • Erleichterungen bei der Kapitalaufnahme durch private Darlehen sowie
17 die Möglichkeit auch Mitarbeiter über Optionsprogramme langfristig am
18 Erfolg des Unternehmens so zu beteiligen, ohne dass diese Option für
19 die Mitarbeiter bereits eine Besteuerung nicht realisierter Gewinne
20 bei den Finanzbehörden auslöst.

21 Wir Freie Demokraten fordern die Bundesregierung auf, einen staatlichen
22 **Innovationsfonds nach internationalem Vorbild** aufzulegen der auch an der
23 Wertschöpfung aus dem Know-how unserer Unternehmer, Forschungseinrichtungen
24 und Hochschulen partizipieren will.

25 Wir Freie Demokraten fordern steuerliche und finanzielle Rahmenbedingungen,
26 die auch im internationalen Vergleich bestehen können. Dazu gehören auch
27 **verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten** bei Kapitalgebern und Investoren bei
28 Verlust ihres Kapitals in Unternehmensbeteiligungen und Anleihen.

29 Der seit Jahresbeginn vom Bundesfinanzminister Olaf Scholz eingeführte §20
30 Abs. 6 Satz 5 EStG zur Begrenzung der Abschreibungen bei Verrechnung von
31 Gewinnen und Verlusten auf 10.000 Euro ist sofort aufzuheben. Die durch die
32 Corona-Krise ausgelösten Verluste an den Börsen haben erneut gezeigt,
33 welche fatalen Folgen derartige Gesetze für Anleger und Investoren haben.

- 34 • Die gesetzlich vorgeschriebenen Prüf- und Zulassungsverfahren für
35 innovative, disruptive Produkte sind auf das notwendige Maß zu
36 beschränken, zeitlich zu verkürzen und für den jeweiligen Markt
37 radikal zu vereinfachen.

38 Hierzu gehört auch, diese Prüfungen noch stärker auf wirtschaftlich
39 unabhängige Forschungseinrichtungen und Hochschulen zu übertragen und das
40 Angebot dieser öffentlichen Einrichtungen auszuweiten. Die **bestehenden**
41 **starren Normen** sind für innovative und disruptive Technologien zu öffnen.
42 Nicht das bereits im Markt etablierte Produkt setzt die Norm, sondern
43 alles, was vergleichbare und/oder bessere Ergebnisse aufweisen kann. Dazu
44 gehört auch, direkte und indirekte Einflussnahme etablierter Unternehmen
45 durch Lobbyismus jedweder Form gegenüber neuen, konkurrierenden Produkten
46 auszuschließen.

47 Standards müssen dem freien Handel dienen und dürfen nicht so eng definiert
48 werden, dass bestehende Normen, neue, innovative Produkte, gar nicht erst
49 zulassen oder gar verhindern.

50 Private Zertifizierungs- und Zulassungsunternehmen müssen dann von dem
51 Prüfverfahren entbunden werden, wenn diese mit der Beurteilung der
52 innovativen Technologie in einen Interessenkonflikt mit ihren
53 Bestandskunden geraten. Ein Monopol auf bestimmte unveränderliche Standards
54 bezüglich Zulassungen und Qualitätskontrollen darf es nicht geben.

55 2. Wir Freie Demokraten wollen dem steigenden Ressourcenverbrauch
56 begegnen, indem wir uns für die Wiederverwendung und Rückgewinnung von
57 Rohstoffen einsetzen. Wir wollen Produktionsprozesse und
58 Wertschöpfungsketten auf ihre Umweltbilanz hin ausrichten und uns
59 durch höhere Effizienz und deutlich reduzierten Verbrauch von nicht
60 nachwachsenden Rohstoffen bei den Herstellungsprozessen
61 verantwortungsvoll diesen Aufgaben stellen.

- 62 • Wir Freie Demokraten befürworten ausdrücklich den Ansatz von Prof.
63 Michael Braungart und dem von ihm mitentwickeltem Cradle-to-Cradle-
64 Konzept, wonach schon bei den Herstellungsprozessen ein
65 umweltgerechtes und wirtschaftliches Recycling mitgedacht wird.

- 66 • Wir Freie Demokraten fordern die Güter produzierende Wirtschaft auf,
67 sich bei vergleichbaren Produkten auf Standards z.B. bei der

- 68 Gestaltung von Netzteilen für Elektrogeräte, Smartphones usw. zu
69 verständigen, um deren vielseitige Einsetzbarkeit zu fördern.
- 70 • Wir Freie Demokraten fordern die Güter produzierende Wirtschaft auf,
71 Bauteile, die schon aufgrund ihrer Material-Beschaffenheit und
72 Beanspruchung hohem Verschleiß unterliegen, durch hochwertigere,
73 langlebige Bauteile zu ersetzen.
 - 74 • Wir freie Demokraten fordern die produzierende Wirtschaft auf, bei der
75 Implementierung von IT-Komponenten in Wirtschaftsgütern, die einem
76 permanenten technologischem Fortschritt (wie zum Beispiel die Software
77 in der Steuerung von modernen Heizungen) unterliegen, im Interesse
78 einer verbesserten Reparatur- und Wartungsfreundlichkeit, schon bei
79 der Herstellung den separaten Austausch von Einzelkomponenten zu
80 berücksichtigen ohne dass gleich das Produkt im Ganzen ersetzt werden
81 muss. Die innovativste Komponente darf nicht allein über den
82 Lebenszyklus des Gesamtprodukts entscheiden.
 - 83 • Wir Freie Demokraten fordern, den Bestand aller (abnutzbaren) Güter,
84 bis hin zu Immobilien, sorgfältig daraufhin zu überprüfen, ob der
85 geforderte Ersatz unter der Beachtung aller Klima- und Umweltaspekte
86 wirklich geboten ist. Wir fordern, sowohl die Klimabilanz sowie auch
87 die Umweltbilanz als Gesamtbilanz zu betrachten. Die alleinige
88 Fokussierung der Klimabilanz auf den CO₂-Verbrauch ist zu kurz
89 gegriffen, weil die CO₂-Bilanz auch den CO₂-Bedarf berücksichtigen
90 muss, der für den Rückbau, das Recycling sowie die Neuherstellung
91 eines Ersatzproduktes anfällt. Je länger die Produktlebensdauer, desto
92 günstiger fällt auch die CO₂-Bilanz des Produktes aus.
- 93 3. Wir Freie Demokraten fordern im Sinne einer Nachhaltigkeitsstrategie
94 die Nutzung nahezu unbegrenzt verfügbarer Rohstoffe wie Wasserstoff,
95 Mikroalgen oder Bakterien technologisch zu erschließen und
96 wirtschaftlich zu nutzen. So wollen wir mit Hilfe neuester
97 Technologien die ältesten und nachhaltig verfügbaren Ressourcen, die
98 unsere Erde nahezu unbegrenzt zur Verfügung stellt, erschließen.
- 99 • Wasserstoff ist das am häufigsten vorkommenden Element im Universum.
100 Wasserstoff wird durch die elektrochemische Spaltung von Wasser, unter
101 anderem mittels Elektrolyse gewonnen. Er dient als Energiespeicher,
102 dessen Energie mit Hilfe einer Brennstoffzelle wieder freigesetzt
103 wird. Neueste Untersuchungen am Institut für techno-ökonomische
104 Systemanalyse (IEK-3) am Forschungszentrum Jülich belegen, dass bis
105 2050 rund um den Globus mehr als genügend Wind- und Solarstrom an den
106 dafür besonders geeigneten Orten der Erde zur Produktion und

- 107 wirtschaftlichen Nutzung von "grünem" Wasserstoff bereitgestellt und
108 zum Transport verflüssigt werden kann, um weltweit unseren
109 Energiebedarf zu decken.
- 110 Hinzu kommen bereits heute international viele kleine, mittlere und große
111 Unternehmen, die auf dem Gebiet der Wasserstoffherstellung die mit eigenem
112 Kapital sowie mit Hilfe von Investoren die Weiterentwicklung vorantreiben.
113 Dabei sind die Effizienz und Leistungsfähigkeit von Brennstoffzellen,
114 Elektrolyseuren sowie den Bauteilen wie Anoden, Kathoden oder Membranen in
115 den letzten Jahren enorm verbessert worden. Mit Innovationskraft wurde die
116 Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie, bewiesen. Die Aktienkurse
117 namhafter Hersteller von Brennstoffzellen haben sich in den letzten fünf
118 Jahren mehr als versechsfacht. Doch das Haupthindernis zur Erreichung der
119 Wirtschaftlichkeit sind dabei nicht die Verfahren, sondern die staatlichen
120 Regulierungssysteme mit ihren Umlagen und Gebühren. Sie stellen durch die
121 Belastung der Strompreise mit mehrfach fälligen Gebühren und Entgelten für
122 Produktion, Speicherung und dann nochmals für die Rückgewinnung von
123 Energie, das größte Hemmnis dar.
- 124 Deshalb fordern wir Freie Demokraten, dass die Herstellung und Speicherung
125 von "grünem" (CO₂-neutralem) Wasserstoff aus erneuerbaren Energiequellen
126 (u.a. überschüssigem Solar- und Windstrom), von allen Abgaben und Umlagen
127 befreit wird.
- 128 • Algen sind fast genauso alt wie das Leben auf der Erde selbst. Sie
129 benötigen keine feste Zellstruktur und wachsen schon deshalb um ein
130 Vielfaches schneller als Landpflanzen. Sie gelten damit als der am
131 schnellsten nachwachsende natürliche Rohstoff der Welt und
132 insbesondere Makroalgen werden bereits heute mit Hilfe verschiedenster
133 Verfahren für zahlreiche Nutzungs- und Anwendungsgebiete gezüchtet,
134 geerntet und genutzt.
 - 135 • Durch den Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) bei der Algenproduktion
136 lässt sich das Wachstum von Mikroalgen durch Licht- und
137 Nährstoffzufuhr bereits heute so signifikant beschleunigen, dass die
138 Produktion wirtschaftlich betrieben werden kann.
- 139 Industriell hergestellte Mikroalgen benötigen sehr wenig Fläche und
140 verfügen über einen hohen Reinheitsgehalt. Bestimmte Algenarten besitzen
141 einen hohen Gehalt an essentiellen Fettsäuren (z.B.: Omega-3-Fettsäuren),
142 Proteinen, Vitaminen und Mineralien. Sie sind nicht nur als Nahrungs- und
143 Genussmittel unverzichtbar, sondern sie dienen auch als wertvoller Rohstoff
144 für weitere Branchen wie Pharmaka, Kosmetika, Futtermittel und selbst als
145 Treibstoff. Die Produktion berücksichtigt vollumfänglich alle ökologischen,

146 biologischen und umweltverträglichen Belange, wird sehr energieschonend
147 betrieben und bindet CO₂. (Zur Produktion von einer Tonne Mikroalgen werden
148 über zwei Tonnen CO₂ aus der Atmosphäre gezogen. Licht, Wasser sowie
149 geringe Mengen von Stickstoff, Phosphor und Kalium werden zusätzlich
150 gebraucht).

151 Ähnliche Rahmenbedingungen wie bei der Herstellung von Mikroalgen gelten
152 auch beim „Vertical Farming“, bei denen Pflanzen in mehrstöckigen Gebäuden
153 im Zentrum der Städte angebaut werden. Hierzu werden eben keine großen
154 Flächen fruchtbarer Böden benötigt und rund 80 Prozent der benötigten Menge
155 an Wasser kann bei der Pflanzenzucht eingespart werden. Ein weiterer
156 Vorteil besteht darin, dass die hier gezüchteten pflanzlichen Lebensmittel
157 frisch "vor Ort" und ohne weite Transport- und Lieferwege direkt zum
158 Verbraucher gelangen.

159 • Bereits heute ist die Aufbereitung belasteter Böden oder die
160 Abwasseraufbereitung ohne Hilfe aerober und anaerober Bakterien kaum
161 denkbar. Bakterien werden bereits seit vielen Jahren in der Pharmazie
162 zur Herstellung von Insulin eingesetzt. Obwohl diese und viele weitere
163 Anwendungs- und Einsatzgebiete von Bakterien bekannt sind, so ist,
164 ähnlich wie bei den Mikroalgen, das größte Potenzial überhaupt noch
165 nicht erforscht. Ähnlich wie bei den Mikroalgen werden auch hier zur
166 Produktion im Wesentlichen nur Wasser, Licht, CO₂ und Zucker benötigt.

167 Verfolgt man die Fachpresse, so zeichnet sich ab, dass bereits in naher
168 Zukunft erste Unternehmen aus diesem Bereich, die sich mit der Anwendung
169 von synthetischer Biologie auf die Herstellung von chemischen Verbindungen
170 durch Mikroorganismen beschäftigen, im Markt erfolgreich positionieren
171 werden. Die Spanne der Anwendungen reicht auch hier von der industriellen
172 Herstellung von Nahrungs- und Nahrungsergänzungsmitteln, Kosmetika,
173 biologisch abbaubaren Kunststoffen bis hin zu synthetischen Treibstoffen.

Begründung

Wir Freie Demokraten stehen für Eigenverantwortung, auch und gerade gegenüber unserer Umwelt. Denn nur eine weitgehend intakte Umwelt bietet die Lebensgrundlage für unsere Kinder und deren Kindeskinde. Die Folgen des Klimawandels und die Veränderungen unserer Umwelt im gerade erst beginnenden Zeitalter des so genannten „Anthropozän“ in dem der Mensch zu einem der wichtigsten Einflussfaktoren auf die biologischen, geologischen (geographischen) und atmosphärischen Prozesse auf der Erde geworden ist, sind bereits heute unübersehbar und haben alarmierende Ausmaße angenommen.

Das globale Bevölkerungswachstum, verbunden mit dem weltweiten und verständlichen Anspruch der Menschen auf möglichst gleichwertige Lebensverhältnisse und gesellschaftlicher Teilhabe, treibt die Menschen derzeit in die Großstädte, die hierzu über die (vermeintlich) attraktivsten Angebote verfügen.

Heute leben beinahe acht Milliarden Menschen auf der Erde. Nach den jüngsten Prognosen der Vereinten Nationen kommen bis Mitte des Jahrhunderts weitere zwei Milliarden und bis Ende des Jahrhunderts insgesamt knapp drei Milliarden Menschen hinzu.

Entsprechend dem Entwicklungsstand des jeweiligen Landes, orientiert sich der Aufholbedarf der Entwicklungs- und Schwellenländer an den weltweit wirtschaftlich am weitesten entwickelten Ländern. Dies treibt, nicht zuletzt aufgrund des vermehrten Zugangs der Menschen zum World Wide Web, zusätzlich den Konsum der Menschen in diesen weniger entwickelten Ländern und damit die Nachfrage nach immer mehr und neueren Produkten. In Folge dessen steigt der Bedarf nach immer mehr Rohstoffen und Energie auf unserer Erde. Der damit einhergehende Verbrauch von Ressourcen wie Wasser, Bodenschätzen und Flächen, bedroht wiederum die biologische Vielfalt (Biodiversität) und das Überleben beinahe aller Lebensformen.

Gleichzeitig nehmen weltweit die Weideflächen und die Anbauflächen für Obst, Gemüse oder Getreide ab.

Die Bundesrepublik Deutschland gehört im internationalen Vergleich heute noch zu den Ländern, die auch aufgrund ihrer wirtschaftlichen Positionierung eine Orientierungs- und Vorbildfunktion einnehmen. Dies bedeutet für uns: wir helfen diesen Menschen indem wir ihnen zeigen, wie sie in ihren Heimatländern ihren Anspruch auf gleichwertige oder vergleichbare Lebensverhältnisse selbst erreichen können.

Ein Zukunftsmodell für unsere Welt von Morgen erreichen wir jedoch weder durch eine restriktive Verbots- und Verzichtspolitik noch mit stoischem Festhalten am Status Quo, sondern nur durch Kreativität und Erfinder-Geist sowie Technologieoffenheit. Unsere Nachhaltigkeitsstrategie steht dabei auf zwei Beinen. So wollen wir einerseits die vorhandenen Rohstoffe sorgsam gewinnen, verwenden und recyceln. Andererseits setzen wir auf neue nahezu unendlich verfügbare nachhaltige Produkte wie wir sie zum Beispiel aus Mikroalgen, Bakterien oder Pilzen gewinnen können.

Deutschland, als Bürokratieweltmeister, verliert sich immer mehr in seinen Vorschriften und damit im internationalen Vergleich zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit.

Grade für junge, innovative Technologieunternehmen muss die **Aufnahme von Kapital** vereinfacht werden. Dies gilt sowohl für öffentliche als auch erst recht für private Mittel. Private deutsche Investoren und Gründer werden von der heimischen Steuergesetzgebung und Finanzmarktregulierung im internationalen Vergleich überproportional benachteiligt. Es mutet geradezu als ein Treppenwitz an, wenn deutsche Start-Ups zwar deutsche Investoren finden, die dann aber einen Schweizer Pass

besitzen, und dann von der Schweiz aus via Luxemburg investieren, um sich im Zweifel auch etwaige Verluste anrechnen lassen zu können. Kaum ein anderes europäisches Land hat eine Finanzbehörde, die eine solch ausgeprägte Paranoia gegenüber etwaigen versteckten Gewinnen entwickelt hat, wie die Bundesrepublik Deutschland. Im Zweifel werden hier Gewinne angenommen, bzw. geschätzt und besteuert, selbst wenn diese gar nicht entstanden sind. Statt ständig steigender Regulierung benötigen wir dringend ein wirklich **transparentes Steuersystem**, das sich auch noch einem Laien erschließt.

Gleiches gilt für die Entwirrung des Knäuels von **Abgaben, Gebühren und Umlagen** im Allgemeinen sowie speziell im Energiebereich.

Wir begrüßen ausdrücklich die globale Wasserstoffinitiative der Automobilindustrie und den begonnenen Netzausbau von Wasserstofftankstellen. Wir treten insbesondere für die Weiterentwicklung wirtschaftlicher Verfahren zur Herstellung von Wasserstoff aus Elektrolyse von Wasser ein. Dabei steht für uns die Herstellung von „grünem“ Wasserstoff der mit Strom aus Windkraftanlagen oder Solaranlagen hergestellt wurde, im Vordergrund. Bei Betrieb mit „grünem“ Strom und „grünem“ Wasserstoff sind die elektrochemischen Prozesse vollkommen emissionsfrei. Wir begrüßen deshalb auch die Erforschung und Weiterentwicklung wirtschaftlicher Verfahren auf diesem Gebiet, wie diese beispielsweise am Wasserstoff-Forschungszentrum der BTU Cottbus-Senftenberg betrieben werden.

Allerdings muss auch eingestanden werden, dass derzeit nicht genügend überschüssiger Wind-Strom in Deutschland zur Verfügung steht, um bereits heute alle bestehenden Fahrzeuge wirtschaftlich mit Wasserstoff zu betreiben. Deshalb beschränkt sich derzeit der Anwendungsbereich noch eher auf große Motoren, wie diese in Nutzfahrzeugen eingesetzt werden, und leistet dann damit einen nicht unerheblichen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz.

Im Rahmen der Auseinandersetzung mit der Wasserstofftechnologie wurde auch festgestellt, dass zum Beispiel Wasserstoff in große Dieselmotoren von Binnenschiffen sicher eingeleitet und dem Schiffsdiesel beigemischt werden kann. Durch die erhöhte Verbrennungstemperatur steigt die Leistung und der Ausstoß von Rußpartikeln wird nahezu auf „Null“ gesenkt. Diese vergleichsweise einfache Technologie wurde bereits versuchsweise erfolgreich in den Niederlanden eingesetzt. In Deutschland fehlt es dagegen noch an der notwendigen Zulassung (ABE).

Es besteht die realistische Chance, dass in der gründlichen Erforschung der Ursprünge des Lebens, bis hin zu den Einzellern, ein beachtlicher Teil der Lösungen liegen könnte, die wir so dringend zur Bewältigung unserer Probleme von Morgen benötigen. Diese hier begonnene Aufzählung mit Mikroalgen und Bakterien ließe sich problemlos um das Thema „**Pilze**“ oder „**Hefen**“ erweitern, aus denen sich zum Teil ähnliche, aber auch andere Produkte gewinnen lassen wie wir diese von Bakterien und Mikroalgen bereits kennen. Zusätzlich gibt es auch in Pflanzen noch enorme Potenziale zu entdecken, wie

zum Beispiel Ersatzstoffe für ein hochwirksames Antibiotikum, welches aus der Hanfpflanze gewonnen werden kann.

Mit jeder gewonnen Erkenntnis und der Erforschung weiterer Algenarten und deren kommerzieller Nutzung entsteht sofort eine große Nachfrage nach diesem „grünen Rohstoff“, der das Potenzial hat, die Verfahren zur Gewinnung und Produktion von Rohstoffen zu revolutionieren.

Dabei ist jedoch immer noch unbekannt, wie viele Makro- und Mikro-Algenarten es überhaupt gibt. Vermutet wird, dass deren **Vielfalt und Artenreichtum die Millionenhöhe** überschreitet. Die bekannten Algenarten und deren mögliche Anwendungsgebiete gelten heute **grade mal zu 2% als erforscht**.

Wir Freien Demokraten lassen den Satz nicht gelten: „Das sei doch alles **noch nicht wirtschaftlich**“ und deswegen keine Option für die Zukunft. Wir wissen: In jeder Entwicklung steckt auch immer das Risiko des Scheiterns und in jedem Scheitern steckt auch immer sehr viel Erfahrung und die Erkenntnis, wie man es beim nächsten Mal besser machen kann. Chancen und Risiken stellen auch immer zwei Seiten der gleichen Medaille dar. Wir Freie Demokraten wissen aber auch, dass, wenn wir nichts riskieren, wir auch keine Chancen im Sinne einer zielgerichteten nachhaltigen Umweltpolitik ergreifen werden.

Antrag A6005: Zukunft denken – Liberale Weltraumstrategie

Antragsteller/in: LV Bayern

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Zukunft denken – Liberale Weltraumstrategie

2 1. Präambel

3 Vor wenigen Jahrzehnten galten die Erkundung und Kolonisierung des Weltalls
4 noch als Science-Fiction. Mittlerweile ist sie erklärtes Ziel der
5 weltweiten Raumfahrt. Seien es zunehmende Expeditionstouren zu den Planeten
6 unseres Sonnensystems, die Pläne von SpaceX, mit ihrem „Starship“ Menschen
7 zum Mars zu transportieren, oder die gemeinsam geplante Raumstation von
8 NASA und ESA im Mondorbit. Die Raumfahrt schreitet Tag für Tag voran.
9 Auf diese Entwicklungen wird von Seiten der Politik nur wenig bis gar nicht
10 reagiert. Wir Freie Demokraten wollen die politischen Weichen stellen, um
11 die Erkundung und Kolonisierung des Weltalls zu ermöglichen.

12 Die Notwendigkeit der Weltallerkundung

13 Die Erkundung des Weltalls ist eine Frage der Sicherstellung von Jobs, der
14 Ansiedlung von Hochtechnologie und der Gewährung internationaler
15 Wettbewerbsfähigkeit und ist somit von gesamtgesellschaftlichem Interesse.
16 Sie bietet die Gewinnung neuer Ressourcen und durch Forschung und
17 Entwicklung das Entstehen neuer Technologien. Auch in Hinblick auf die
18 zunehmende Weltbevölkerung und den fortschreitenden Klimawandel schafft die
19 Erkundung des extraterrestrischen Raums potentiell neue Möglichkeiten der
20 Ausweitung des Lebensraumes des Menschen. Staatliche Initiativen finden aus
21 Sicht der Freien Demokraten daher ihre Berechtigung. Die Abgrenzung
22 zwischen staatlichen und privaten Initiativen ist uns dabei jedoch wichtig.
23 Wir Freie Demokraten sehen vor allem die private Raumfahrt als beste
24 Möglichkeit zur Erkundung des Weltalls, da sie kostengünstiger betrieben
25 wird. Der Staat sollte ergänzend hierzu in den Bereichen aktiv werden, die
26 von privaten Unternehmen nicht abgedeckt werden. Hierzu zählen aus Sicht
27 der Freien Demokraten die Bereitstellung eines Rechtsrahmens und die
28 Grundlagenforschung.

29 2. Globale und nationale Raumfahrt

30 **Aktualisierung des internationalen Weltraumvertrages**

31 Ein wesentlicher Bestandteil der Regelung der Art und Weise des Umgangs mit
32 dem Weltall ist die internationale rechtliche Grundlage. Der internationale
33 Weltraumvertrag aus dem Jahr 1967 sichert den Frieden im Weltraum und klärt
34 die Nutzung von Himmelskörpern. Dieser Vertrag braucht nach 50 Jahren aber
35 ein Update. Wesentlicher Bestandteil muss weiterhin im Sinne der
36 Friedenswahrung im Weltraum das Kernwaffenverbot bleiben. Die
37 internationalen Regeln durch einen Weltraumvertrag 2.0 können und sollen
38 durch nationale bzw. europäische Regelungen noch weiter ergänzt werden. Die
39 Aktualisierung des Weltraumvertrags soll aus Sicht der Freien Demokraten
40 folgende Punkte beinhalten:

41 *Eigentumsrechte klären*

42 Auch weiterhin soll kein Himmelskörper im Eigentum einer einzelnen Nation
43 oder Privatperson bzw. Unternehmen stehen. Vielmehr soll dies weiterhin der
44 gesamten Menschheit zustehen. Um den Weltraum aber wirtschaftlich und für
45 die Forschung besser nutzbar zu machen, ist es wichtig, exklusive
46 Nutzungsrechte für Himmelskörper oder Teile von Himmelskörpern zu vergeben.
47 Diese Vergabe soll durch eine bei der UNO angesiedelten internationalen
48 Organisation an einzelne Nationen erfolgen und über ein
49 Ausschreibungsverfahren laufen. Wir Freie Demokraten verwahren uns gegen
50 private und öffentliche Institutionen, die Eigentum an Himmelskörpern vor
51 einer einheitlichen Lösung vermarkten wollen.

52 *Weltraumbergbau*

53 In den exklusiven Sondernutzungsrechten soll auch das Schürfrecht mit
54 enthalten sein. Durch innovative Technik und günstige Weltraumflüge wird
55 der Weltraumbergbau in Zukunft technisch und wirtschaftlich umsetzbar sein.
56 Vor allem in Hinblick auf die Ressourcenknappheit der Erde kommt dem
57 Weltraumbergbau eine besondere Bedeutung zu. Von den rund 700.000 bekannten
58 Asteroiden befinden sich rund 17.000 in Erdnähe. Diese weisen eine enorme
59 Rohstoffdichte, mit unter anderem Platin, Eisen, Nickel oder Kobalt, auf.
60 Rohstoffe, die auf der Erde begrenzt, für Zukunftstechnologien jedoch
61 wichtig sind.

62 *Verkehrsregeln für Satelliten*

63 Inzwischen umkreisen mehr als 1.000 Satelliten unseren Planeten. Um
64 Zwischenfälle zu vermeiden ist es daher unumgänglich, dass man sich auf
65 internationale Verkehrsregeln für Satelliten einigt. Insbesondere auch, wie
66 man bei weiterer Verdichtung die möglichen Umlaufbahnen zwischen den

67 **Betreibern der Satelliten aufteilt.**

68 *Regularien zur Vermeidung und Abtransport von Weltraumschrott*

69 Zur Vermeidung von Weltraumschrott müssen alle Beteiligten in die Pflicht
70 genommen werden. Hierfür wollen wir Freie Demokraten zukünftig ein Space-
71 Debris-Trade-System (kurz SDTS) einführen, wonach man für jedes Kilogramm
72 Müll im Weltall einen Vermüllungsschein benötigt. Um den Weltraumschrott zu
73 begrenzen soll eine maximal zulässige Weltraumvermüllung festgelegt werden.
74 Dieser Deckel muss sich danach bemessen, was Wissenschaftler und Ingenieure
75 als eine zulässige Höchstmenge für ein immer noch kontrollierbares Risiko
76 für Kollisionen mit dem Müll ansehen. Das SDTS-Zertifikat muss dabei
77 bereits beim Starten der Satelliten bereitgehalten werden, um so den
78 potentiellen Müll jeder Zeit abdecken zu können. Wird Weltraummüll
79 abtransportiert, werden in gleicher Menge neue Zertifikate für den
80 Müllbeseitiger geschaffen.

81 **Nationales Weltraumgesetz**

82 Wesentlicher Bestandteil der Unterstützung privater Raumfahrtunternehmen
83 ist die Schaffung von legislativen Grundlagen, die Investitions-, Planungs-
84 und Rechtssicherheit gewährleisten. Die USA steckt beispielsweise seit den
85 Achtzigerjahren mit eigenen Weltraumgesetzen die Rahmen ihrer kommerziellen
86 Raumfahrt ab. Anders als in rund 20 Staaten, darunter eben die USA, aber
87 auch Großbritannien und Frankreich, gibt es in Deutschland keine
88 rechtlichen Grundlagen. Dies führt zu Rechtsunsicherheit und somit zu
89 Investitions- und Innovationshemmnis. Die Folge daraus ist die Abwanderung
90 von High-Tech-Unternehmen. Neben der Überarbeitung der internationalen
91 Grundlagenverträge fordern wir Freie Demokraten daher ein eigenes
92 Weltraumgesetz, das den Rechtsrahmen für die kommerzielle Raumfahrt in
93 Deutschland absteckt. Dieses soll unter anderem folgende Punkte beinhalten:

94 *Haftungsgrenzen für Raumfahrtunternehmen*

95 Haftungsfragen sind für private Unternehmen von wesentlicher Bedeutung. Die
96 Schäden, die ein über dicht besiedeltem Gebiet abgestürzter Satellit
97 verursacht, wären unbezahlbar. Versicherungen sind für NewSpace-Unternehmen
98 dementsprechend nicht bezahlbar. Um die Entwicklung neuer
99 Schlüsseltechnologien zu unterstützen regen wir Haftungsgrenzen und
100 Poolversicherungslösungen an.

101 *Behördliche Schranken abbauen*

102 Wir wollen NewSpace-Unternehmen beflügeln und nicht bremsen. Dafür sollen
103 für neue Technologien behördliche Genehmigungsprozesse durch

104 unbürokratische Anmeldung und zeitnahe Bearbeitung beschleunigt und
105 Sicherheitsanforderungen auf ein notwendiges Mindestmaß verringert werden.

106 *Weltraumbergbau*

107 Neben den globalen oder europäischen Regeln brauchen wir auch weitere
108 nationale Regeln, die insbesondere die Eigentumsverhältnisse genauer
109 regeln. Damit Unternehmen rechtssicher Rohstoffe abbauen können, müssen
110 daher die Voraussetzungen für den Abbau und das Eigentum an den abgebauten
111 Rohstoffen festgelegt werden.

112 **Eigener Experimentier-Satellit**

113 Die deutsche Raumfahrtindustrie braucht eine eigene Satellitenstation, auf
114 dem kleine, mittlere und große Raumfahrt-Zulieferer ihre Komponenten testen
115 können („Trainingscamp im Weltall“), um ihre hochwertige Technologie
116 erproben und als „flugtauglich“ zertifizieren zu können. Nur mit schneller
117 und regelmäßiger Qualifikation von Innovation kommen wir auf dem
118 wirtschaftlich vielversprechenden NewSpace-Markt voran.

119 **Testhallen**

120 Zur Durchführung von Triebwerkstests wollen wir deutschen
121 Raumfahrtunternehmen ebenso öffentliche Anlagen zu marktgerechten Preisen
122 zur Verfügung stellen.

123 **Weltraumforschung**

124 Wir wollen in Europa mehr in Weltraumforschung und die European Space
125 Agency (ESA) investieren. Während die NASA jährlich 20 Milliarden US Dollar
126 zur Verfügung hat, haben sich die Europäischen Staaten zuletzt auf 14
127 Milliarden Euro über 3 Jahre für die ESA geeinigt. Wir brauchen eine
128 dauerhafte, planbare und ausreichende Finanzierung der ESA. Zurzeit ist
129 Deutschland nur sechster bei der Finanzierung pro Einwohner. Wir freuen uns
130 zwar, dass die Bundesregierung Ende letzten Jahres eine höhere Finanzierung
131 der ESA zugesagt hat, die Pläne reichen aber bei weitem nicht aus, um
132 international im Wettbewerb mithalten zu können. Deutschland muss hier
133 seiner Vorbildrolle gerecht werden, die Mittel weiter erhöhen und alle
134 Partner auffordern, dies ebenfalls zu tun. Ebenso muss die Europäische
135 Union in ihrem Haushalt mehr Mittel für die ESA bereitstellen. Ziel soll es
136 sein, dass die ESA finanziell mit der NASA mithalten kann.

137 **Cluster zu Innovationscampus**

138 Die vier Raumfahrtcluster Berlin, München, Stuttgart/Bodensee und Bremen
139 müssen zu großen, weltweit sichtbaren Innovationscampi weiterentwickelt

140 werden. Damit aktivieren wir die Hebelkräfte des Netzwerks von Forschung,
141 Lehre, Gründung und kommerzieller Skalierung.

142 **Weltraumbahnhof in Deutschland**

143 Wir wollen prüfen, ob ein Weltraumbahnhof in Deutschland für kleine Raketen
144 (Micro-Launcher) ökonomisch sinnvoll ist. Infrage dafür kämen die Flughäfen
145 Rostock-Laage in Mecklenburg- Vorpommern oder Nordholz in Niedersachsen.

146 **3. Unterstützung des privaten Sektors**

147 Der Weltraum entwickelt sich zudem mehr und mehr vom Forschungsraum zum
148 Wirtschaftsraum. Nachdem die Raumfahrt zu Beginn aus Kostengründen eine
149 ausschließlich staatlich orchestrierte Wirtschaft war, wird das Weltall
150 mittlerweile zunehmend von privaten Unternehmen befahren. Immer mehr
151 private Unternehmen entstehen in der sogenannten NewSpace Economy. Viele
152 Start-Ups versuchen ihr Glück mit innovativen und hochtechnologischen
153 Ideen. Wir wollen diesen Unternehmen die Hand reichen und ihnen die besten
154 Startvoraussetzungen und Rahmenbedingungen für ihre Aktivitäten bieten.

155 **Öffnung des Raumfahrtzentrums Guayana für private Unternehmen.**

156 Für das Launching ist vor allem in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit die
157 geographische Nähe zum Äquator wichtig. Das Europäische Startzentrum in
158 Südamerika bietet sich auf Grund seiner Lage am Äquator an, Raketen mit
159 weniger Treibstoff ins All zu bekommen. Um nicht über Drittstaaten
160 Satelliten ins Weltall transportieren zu lassen, wollen wir daher die
161 Starteinrichtungen der ESA in Französisch Guayana privaten Unternehmen zu
162 fairen Preisen zur Verfügung stellen.

163 **Wagniskapital**

164 Zwischen 2000 und 2016 wurden weltweit mehr als 16 Milliarden US-Dollar in
165 die private Raumfahrtbranche investiert. Davon fast 9 Milliarden in den
166 vergangenen drei Jahren. Der Anteil an Wagniskapital wuchs dabei stetig.
167 Wie auch in anderen Branchen gehen deutsche Start-Ups dabei jedoch
168 überwiegend leer aus. 2017 erhielten US-amerikanische Start-Ups laut einer
169 Studie drei Viertel aller eingesammelten Gelder. Finanzielle Möglichkeiten
170 sind essentiell für junge Unternehmen. Daher müssen wir auch hierzulande
171 einen Rahmen schaffen, der es Start-Ups ermöglicht möglichst leicht an viel
172 Geld zu gelangen. Hierfür fordern wir Freie Demokraten:

- 173 • Die Einführung eines Venture-Capital-Gesetzes, in dem unter anderem
174 die Möglichkeit der Abschreibung von VC-Verlusten, die steuerliche
175 Gleichstellung von Eigenkapital- zu Fremdkapitalfinanzierung und der

- 176 Erhalt von Verlustvorträgen geregelt wird.
- 177 • Die Ausweitung von KfW-Darlehen und ungebundenen Finanzkrediten auf
178 die New-Space-Branche.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A6006: Repowering baurechtlich erleichtern

Antragsteller/in: FDP BV Friedrichshain-Kreuzberg

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Repowering baurechtlich erleichtern**

- 2 Wir Freie Demokraten fordern, dass das Repowering von Windkraftanlagen
3 (WKA) insofern privilegiert wird, als beim Repowering grundsätzlich keine
4 erneute Prüfung von erforderlichen Abständen zur Wohnbebauung stattfinden
5 darf. Ausnahmen sind lediglich möglich bei einer substanziellen
6 Vergrößerung der Anlagen. In diesen Fällen ist nach einer Günstigerprüfung
7 zwischen der Abstandsregelung bei Ersterrichtung und der aktuell geltenden
8 Abstandsregelung, nach der für den WKA-Betreiber günstigeren Variante zu
9 entscheiden.
- 10 Die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag wird aufgefordert zu prüfen, ob
11 auch andere Formen des Repowerings erneuerbarer Stromerzeugung baurechtlich
12 privilegiert werden können.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A6007: Internationale Klimapolitik – Nach Corona wichtiger denn je

Antragsteller/in: BFA Internationale Politik

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Internationale Klimapolitik – Nach Corona** 2 **wichtiger denn je**

3 Der Klimawandel stellt auf lange Sicht eine deutlich größere Bedrohung für
4 die Menschheit dar als die Corona-Epidemie. Die corona-bedingten
5 Emissionsrückgänge bei Kohlen- oder Stickstoffdioxid haben zwar kurzfristig
6 die Klimabilanz verbessert, langfristig jedoch den Klimawandel nicht
7 aufgehhalten. Deshalb hat die internationale Klimapolitik weiterhin höchste
8 Priorität.

9 **Ambitionsniveaus erhöhen**

10 Die nächste UN-Klimakonferenz COP 26, corona-bedingt um ein Jahr auf
11 November 2021 verschoben, gilt als die wichtigste UN-Klimakonferenz seit
12 der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens vor fünf Jahren. Dafür sind
13 zwei Gründe ausschlaggebend:

14 Jetzt müssen wichtige Weichenstellungen für die Dekade 2020-30 vorgenommen
15 werden, um die Erhöhung der Erdtemperatur auf deutlich unter zwei Grad zu
16 begrenzen. Dafür müssen sowohl Industrie- und Schwellenländer als auch
17 Entwicklungsländer ihre Ambitionsniveaus bzgl. der Emissionsminderung und
18 Anpassung an den Klimawandel deutlich erhöhen und ihre Nationalen
19 Klimaschutzbeiträge (Nationally Determined Contributions, NDCs)
20 entsprechend anpassen. Mit den bisher vorliegenden NDCs würde die
21 Staatengemeinschaft auf eine Erwärmung von über drei Grad zusteuern.

22 Zudem müssen jetzt auch wichtige Weichenstellungen für die Zeit bis 2050
23 vorgenommen werden, um das globale Ziel der Klimaneutralität zu erreichen.
24 Wichtig ist, dass die Vertragsstaaten des Pariser Klimaabkommens dafür dem
25 UN-Klimasekretariat erstmals auch ambitionierte Langfriststrategien
26 vorlegen.

27 **Europa muss Führungsrolle übernehmen**

28 Die globalen Klimaanstrengungen haben durch den Austritt der USA aus dem

29 Pariser Klimaabkommen einen herben Rückschlag erlitten. Ab November 2020
30 werden die USA zunächst keine Führungsrolle in der internationalen
31 Klimadiplomatie mehr spielen. Deshalb richtet sich die Aufmerksamkeit nun
32 zunehmend auf Europa und die Erwartungen sind hoch. Nur wenn Europa selbst
33 mit ambitionierten Zielen vorangeht, werden China sowie andere wichtige
34 Schwellen- und Entwicklungsländer wie Indien und Südafrika folgen.

35 China erhebt bereits den Anspruch, im Kampf gegen den Klimawandel eine
36 globale Führungsrolle einzunehmen. Unangefochten ist seine Führungsposition
37 beim Ausbau der erneuerbaren Energien, der Elektromobilität und der
38 Batterietechnologie. China ist auch dabei, das weltweit größte
39 Emissionshandelssystem aufzubauen und ist weltweit führend bei der
40 Entwicklung und Erprobung von CCUS-Technologien (Carbon Capture,
41 Utilization and Storage). Aber gleichzeitig baut China seine
42 Kohlestromkapazitäten weiter ungebremst aus. Aktuell eröffnet China mehr
43 Kohlekraftwerke als im Rest der Welt geschlossen werden.

44 Mit dem neuen "European Green Deal" konnte sich die Europäische Union
45 inzwischen wieder als klimapolitische Vorreiterin in Stellung bringen. Sie
46 lancierte ein sehr ehrgeiziges Projekt, das neben der Klimapolitik alle
47 klimarelevanten Bereiche abdeckt: Industrie, Kreislaufwirtschaft, Energie,
48 Mobilität, Biodiversität, Nahrungsmittelversorgung etc.

49 Im ersten europäischen Klimagesetz ist die Klimaneutralität 2050
50 rechtsverbindlich verankert. Das Europäische Parlament und der Europäische
51 Rat haben diesem Langzeitziel bereits zugestimmt. Damit hat die EU ein
52 wichtiges internationales Signal gesendet. Allerdings ist die
53 Klimaneutralität als EU-weites Ziel definiert, das heißt auf einzelne,
54 länderbezogene Ziele wurde verzichtet. Damit ist die Europäische Kommission
55 vor allem dem stark kohleabhängigen Polen entgegengekommen. Länder wie
56 Belgien, Österreich, Norwegen, Schweden und Finnland haben jedoch bereits
57 signalisiert, dass sie deutlich früher (ab 2035) klimaneutral sein werden.

58 Über eine Verschärfung des EU-Klimaziels für 2030 von minus 40 Prozent auf
59 minus 50-55 Prozent (gegenüber 1990) wird voraussichtlich erst im Herbst
60 2020, das heißt nach Vorliegen einer Folgenabschätzung, entschieden.

61 Die neue Industriestrategie ist auf drei Prioritäten fokussiert: die
62 Dekarbonisierung der europäischen Industrie, die Gestaltung der digitalen
63 Zukunft Europas sowie den Erhalt der globalen Wettbewerbsfähigkeit. Da der
64 europäische Industriesektor noch immer für 20 Prozent der THG-Emissionen in
65 der EU verantwortlich ist und nur 12 Prozent der verwendeten Rohstoffe aus
66 dem Recycling stammen, sind umfassende Maßnahmen zur Modernisierung und
67 Dekarbonisierung der energieintensiven Industrien wie Stahl, Zement und
68 Chemie sowie die breite Einführung der Kreislaufwirtschaft von großer

69 Bedeutung.

70 Europäischen und deutschen Unternehmen bietet der "European Green Deal"
71 grundsätzlich große Chancen. Wenn Europa mehr in Klima- und Umweltschutz
72 investiert, profitieren davon hiesige Anbieter technologischer Lösungen und
73 Dienstleistungen. Dadurch ergibt sich für sie die Chance, global eine
74 führende Rolle bei grünen Technologien zu übernehmen. Entscheidend wird
75 jedoch sein, dass dafür die richtigen politischen Rahmenbedingungen gesetzt
76 werden.

77 **Klimaziele in den EU-Mitgliedsstaaten zügig umsetzen**

78 Die europäischen Klimaziele können nur dann erreicht werden, wenn sie von
79 allen EU-Staaten mitgetragen und umgesetzt werden. Die EU-Staaten waren
80 aufgefordert, im Rahmen der sogenannten integrierten Nationalen Energie-
81 und Klimapläne (National Energy and Climate Plans, NECPs) der Europäischen
82 Kommission darüber Bericht zu erstatten, wie sie im Zeitraum 2020-2030 ihre
83 nationale Energie- und Klimapolitik auf die europäischen Klimaziele bzgl.
84 CO₂-Ausstoß, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz ausrichten werden.
85 Zudem mussten sie ihre Langzeitstrategien bis 2050 vorlegen.

86 Die deutsche Bundesregierung hat ihren Nationalen Energie- und Klimaplan
87 nach einem breiten online-Konsultationsverfahren mit Unternehmen,
88 Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft am 10. Juni 2020 im Bundeskabinett
89 beschlossen und anschließend – mit fast sechs Monaten Verspätung – an die
90 EU-Kommission weitergeleitet. Die bisherigen Klimaambitionen Deutschlands
91 reichen jedoch bei weitem noch nicht aus, um die europäischen bzw. globalen
92 Klimaziele zu erreichen: die THG-Emissionen und der Energieverbrauch pro
93 Kopf verharren auf einem relativ hohen Niveau. Beim Ausbau der Erneuerbaren
94 Energien – vor allem der Windenergie im Binnenland – kam es zu
95 Rückschritten, da Windkraftanlagen bei immer mehr Menschen auf Widerstand
96 stoßen.

97 Das deutsche Kohleausstiegsgesetz ist klimapolitisch völlig überflüssig,
98 weil ohne zusätzlichen Nutzen für den Klimaschutz Milliarden an
99 Entschädigungen gezahlt werden. Stattdessen sollte viel konsequenter auf
100 den Europäischen Emissionshandel gesetzt werden. Dessen steigende CO₂-
101 Preise verdrängen die Kohle ohnehin vom Markt – ganz ohne
102 milliardenschweres Ausstiegspaket.

103 Auch die sonstigen Maßnahmen, die im Rahmen des Nationalen
104 Klimaschutzpakets von September 2019 (CO₂-Bepreisung, Energieeffizienz
105 etc.) festgeschrieben wurden, sind absolut unzureichend. Statt eines großen
106 Wurfes, verliert sich die Bundesregierung in einer Fülle von

107 Einzelmaßnahmen, die keine Lenkungswirkung entfalten können. Nur durch ein
108 striktes CO₂-Limit und einen einheitlichen CO₂-Preis im Wege des
109 Emissionshandels sind die Klimaziele garantiert und kostengünstig zu
110 erreichen.

111 **Schwellen- und Entwicklungsländer bei Umsetzung der** 112 **Klimaziele stärker unterstützen**

113 Die Bundesregierung hat zusammen mit Marokko und anderen Ländern 2016 die
114 Globale Partnerschaft zur Umsetzung der nationalen Klimabeiträge (NDC-
115 Partnerschaft) initiiert. Sie unterstützt Entwicklungs- und Schwellenländer
116 dabei, die Umsetzung ihrer Nationalen Klimaschutzbeiträge im Rahmen des
117 Pariser Abkommens zu beschleunigen und Möglichkeiten für ehrgeizigere Ziele
118 zu identifizieren. Dabei wird auf zwei Ebenen angesetzt: auf Länderebene
119 soll die Handlungsfähigkeit der Institutionen in Partnerländern gestärkt
120 werden, etwa durch Unterstützung bei der Ausarbeitung von Klimagesetzen,
121 von NDC-Roadmaps, Kommunikationsstrategien und Strategien für die
122 Einbindung von Stakeholdern. Auf regionaler Ebene wird der Peer-to-Peer-
123 Austausch bzgl. der Erfahrungen bei der NDC-Umsetzung gefördert. Aufgrund
124 der hohen Relevanz der Emissionen aus Schwellen- und Entwicklungsländern
125 muss die Bundesregierung hier viel stärker aktiv werden und im Verbund mit
126 anderen EU-Staaten Kräfte bündeln und Erfahrungen austauschen.

127 **Internationale Marktmechanismen stärken**

128 Das zentrale Klimaschutzinstrument der EU ist der Emissionshandel (EU-ETS).
129 Das System hat zwar effektiv dazu beigetragen, die Emissionen zu reduzieren
130 (minus 29 Prozent seit 2005), doch sein Potential ist längst nicht
131 ausgeschöpft. Es deckt bisher nur wenige Bereiche (Energiewirtschaft,
132 Industrie, innereuropäischer Luftverkehr) und damit nur ca. 40 Prozent der
133 europäischen Emissionen ab. Zudem sind bisher zu viele Zertifikate auf dem
134 Markt, um die vereinbarten Reduktionsziele zu erreichen.

135 Von der Reform, die ab der 4. Handelsperiode im Jahre 2021 in Kraft tritt,
136 werden zwar weitreichende Verbesserungen erwartet, sie wird jedoch nicht
137 mehr ausreichen, um die verschärften Klimaziele ab 2030 und
138 Klimaneutralität ab 2050 zu erreichen. Weitere Reformschritte werden nötig
139 sein wie vor allem eine sektorale und geografische Erweiterung der EU-ETS.
140 Dafür können die Erfahrungen anderer Länder beispielhaft sein: Kalifornien
141 (Energie, Industrie, Gebäude, Verkehrssektor), Neuseeland (alle Sektoren
142 außer Flugemissionen), Japan (Industrie, Gebäude). Bezüglich einer
143 geografischen Erweiterung wurde ein erster Schritt mit der Verlinkung zum
144 Schweizer System gemacht, die zum 1. Januar 2020 in Kraft trat.

145 Auch der Einsatz sogenannte "Negativer Emissionstechnologien" (NETS), das
146 heißt Technologien zur Rückholung von Kohlenstoffdioxid (CO₂) aus der
147 Atmosphäre, ist zur Erreichung der globalen Klimaziele essentiell. Dabei
148 gibt es biologische, chemische und physikalischen Verfahren. Wälder und
149 Waldböden können durch Photosynthese, Biomassezuwachs, Humifizierung und
150 Mineralisierung große Mengen an Kohlenstoff speichern und der Atmosphäre
151 langfristig entziehen. Auch physikalische Verfahren wie das vom
152 Weltklimarat schon seit Jahren favorisierte "Bio Energy with Carbon Capture
153 and Storage" (BECCS) sind äußerst wichtig für die Begrenzung des
154 Klimawandels.

155 Gemäß Artikel 6 des Pariser Klimaabkommens besteht für die
156 Unterzeichnerstaaten die Möglichkeit, bei der Umsetzung der nationalen
157 Klimaschutzpläne miteinander zu kooperieren. Konkret gibt es dafür drei
158 Möglichkeiten: Erstens können mittels direkter bilateraler Kooperation in
159 einem Land erbrachte Emissionsminderungen in ein anderes Land übertragen
160 werden, um sie dort auf die Klimaschutzverpflichtungen anzurechnen. Dadurch
161 ist es möglich, dass THG dort gemindert werden, wo es am günstigsten ist.
162 Zweitens kann ein neu geschaffener "Mechanismus zur Vermeidung von
163 Treibhausgasemissionen und zur Förderung nachhaltiger Entwicklung" genutzt
164 werden. Zudem sind auch "nichtmarktliche Ansätze" möglich, für die jedoch
165 erst noch ein Rahmenwerk festgelegt werden muss.

166 Bei der Weltklimakonferenz 2018 (COP 24) in Kattowitz wurde zwar das
167 Regelwerk zur Umsetzung des Pariser Abkommens weitestgehend beschlossen,
168 zur genauen Ausgestaltung seines Artikel 6 (internationaler Handel mit
169 Klimazertifikaten) konnte jedoch keine Einigung gefunden werden. Auch im
170 Folgejahr auf der COP 25 in Madrid gelang dies nicht. Die COP 26 sollte
171 dazu endlich eine Einigung herbeiführen in dem Sinne, dass CO₂-Einsparungen
172 nicht doppelt, das heißt auf Seite des Käufers und Verkäufers – angerechnet
173 werden dürfen. Zudem sollten Verschmutzungsrechte, die unter dem Kyoto-
174 Protokoll vergeben wurden, keine weitere Gültigkeit haben, da sie das
175 gesamte Pariser Abkommen unterlaufen.

176 **Grünen Klima-Fonds für Technologie- und Wissenstransfer** 177 **besser nutzen**

178 Der im Jahr 2010 eingerichtete Grüne Klimafonds fungiert als zentrales
179 multilaterales Instrument der internationalen Klimafinanzierung. Ziel des
180 Fonds ist es, Afrikanische Staaten, die am wenigsten entwickelten Länder
181 (LDCs) und die kleinen Inselstaaten bei der Minderung von THG-Emissionen
182 und bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Die
183 internationale Staatengemeinschaft hat zugesagt, den Fonds ab dem Jahr 2020

184 mit jährlich 100 Mrd. US-Dollar auszustatten. Diese sollen nicht nur aus
185 öffentlichen Quellen kommen, sondern auch vom Privatsektor. Deutschland
186 wird ab dem Jahr 2020 jährlich zwei Milliarden Euro einzahlen. Dieser Fonds
187 muss besser genutzt werden, um Technologiekoooperationen mit Unternehmen in
188 Schwellen- und Entwicklungsländern aufzubauen und neue Klimatechnologien zu
189 erproben, wie zum Beispiel die sogenannten negativen Emissionstechnologien
190 (Carbon Capture and Storage, CCS, sowie Carbon Capture and Utilization,
191 CCU).

192 **Wir Freien Demokraten fordern:**

- 193 • Das EU-Klimaziel 2030 muss möglichst bald verbindlich festgelegt
194 werden, damit die Wirtschaft Planungssicherheit hat.
- 195 • Der europäische Emissionshandel muss schnellstmöglich sektoral auf die
196 Bereiche Verkehr, Gebäude und Wärmewirtschaft sowie die Land- und
197 Forstwirtschaft erweitert werden.
- 198 • Der europäische Emissionshandel muss umgehend durch Verlinkung mit
199 anderen Emissionshandelssystemen (zum Beispiel Kalifornien,
200 Neuseeland) auch geografisch erweitert werden.
- 201 • Eine Einigung bezüglich des internationalen Handels mit
202 Klimazertifikaten (wie in Art. 6 des Pariser Klimaabkommen vorgesehen)
203 ist schnellstmöglich herbeizuführen, und zwar dahingehend, dass es zu
204 keinen Doppelanrechnungen von CO₂-Einsparungen kommt und alte
205 Verschmutzungsrechte ihre Gültigkeit verlieren.
- 206 • Eine vertiefte Kooperation mit anderen EU-Staaten bei der
207 Zusammenarbeit mit Schwellen- und Entwicklungsländern, um diese Länder
208 bei Umsetzung der Klimaziele noch besser zu unterstützen.
- 209 • Die Erforschung und Erprobung sogenannter negativer
210 Emissionstechnologien (NETs) sowie die dezentrale Entwicklung von NET-
211 (Pilot)-Projekten durch Unternehmen und/oder Universitäten und
212 Forschungsinstituten stärker voranzubringen. Die Mittel aus dem Grünen
213 Klimafonds sollten auch für die Forschung und Entwicklung bzw.
214 Anwendung von CCS und CCU eingesetzt werden.
- 215 • Sofortige Beendigung der direkten und indirekten Subventionen für
216 Kohle und andere fossile Energieträger. Dadurch können auch die
217 notwendigen finanziellen Ressourcen freigesetzt, um in kohlenstoffarme
218 Technologien zu investieren.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A6008: Deutschland braucht den digitalen Durchbruch: Zurück in die Weltspitze bei Zukunftstechnologien

Antragsteller/in:	Manuel Höferlin (LV Rheinland-Pfalz), Johannes Vogel (LV Nordrhein-Westfalen), Prof. Dr. Andreas Pinkwart (LV Nordrhein-Westfalen), Daniela Schmitt (LV Rheinland-Pfalz), Dr. Volker Wissing (LV Rheinland-Pfalz), Christian Lindner (LV Nordrhein-Westfalen), Dr. Marco Buschmann (LV Nordrhein-Westfalen), Bettina Stark-Watzinger (LV Hessen), Dr. Joachim Stamp (LV Nordrhein-Westfalen), Christof Rasche (LV Nordrhein-Westfalen), Henning Höne (LV Nordrhein-Westfalen), Julius Will (LV Nordrhein-Westfalen), Daniel Föst (LV Bayern), Otto Fricke (LV Nordrhein-Westfalen), Reinhard Houben (LV Nordrhein-Westfalen), Steffen Jans (LV Rheinland-Pfalz), Dr. Marek Jenöffy-Lochau (LV Nordrhein-Westfalen), Gyde Jensen (LV Schleswig-Holstein), Matthias Keidel (LV Rheinland-Pfalz), Dr. Lukas Köhler (LV Bayern), Moritz Körner (LV Nordrhein-Westfalen), Wolfgang Kubicki (LV Schleswig-Holstein), Konstantin Elias Kuhle (LV Niedersachsen), Michael Georg Link (LV Baden-Württemberg), Rainer Matheisen (LV Nordrhein-Westfalen), Christoph Meyer (LV Berlin), Stephan Meyer (LV Nordrhein-Westfalen), Dr. Anna-Tina Pannes (LV Nordrhein-Westfalen), Susanne Rausch-Preißler (LV Rheinland-Pfalz), Prof. Dr. Andrew J. Ullmann (LV Bayern), Gerald Ullrich (LV Thüringen), Steven Wink (LV Rheinland-Pfalz), Michael Ziegler (LV Rheinland-Pfalz)
-------------------	--

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 Deutschland braucht den digitalen Durchbruch:**
- 2 Zurück in die Weltspitze bei Zukunftstechnologien**
- 3 Machen wir uns ehrlich: Im Wettbewerb um die Spitzenpositionen für das
- 4 digitale Zeitalter ist Deutschland ins Mittelfeld durchgereicht worden. Im
- 5 "Digital Economy and Society Index" (DESI) der Europäischen Union liegt
- 6 Deutschland seit Jahren nur knapp über dem Durchschnitt und schneidet z.B.
- 7 bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung besonders schwach ab.
- 8 Auch im weltweiten Vergleich der digitalen Wettbewerbsfähigkeit durch das
- 9 unabhängige "Institute for Management and Development" in Lausanne schafft
- 10 es Deutschland nicht über das Mittelfeld hinaus. Das macht sich auch in
- 11 Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit bemerkbar: Zu den 100 größten

- 12 Digitalkonzernen der Welt zählt Forbes mit der Telekom und SAP lediglich
13 zwei deutsche Unternehmen, keines davon schafft es in die TOP 10.
- 14 Das ist für Deutschland als viertgrößte Volkswirtschaft der Welt ein
15 Problem. Unser Wohlstandsniveau, die Belastbarkeit unserer sozialen
16 Sicherungssysteme und unsere Lebensqualität sind trotz der großen
17 Herausforderungen durch die Corona-Pandemie sehr hoch. Unser Wohlstand ist
18 aber weder Zufall noch für immer garantiert. Er gründet sich auf eine
19 starke Wirtschaft, auf Fortschritt und Innovation, auf Gründer- und
20 Unternehmergeist, auf Leistungsbereitschaft und harte Arbeit.
- 21 Eine zentrale Voraussetzung für die Entfaltung dieser Kräfte sind moderne
22 und leistungsfähige politische Rahmenbedingungen. Hier hat Deutschland
23 Nachholbedarf – Europa insgesamt nicht minder. Unser Wohlstand und unsere
24 Stärken werden durch den internationalen Wettbewerb, durch die Verschiebung
25 der Zentren globaler Wertschöpfungsketten, durch digitale Disruption
26 zunehmend herausgefordert. Dem müssen wir uns stellen.
- 27 Zwar sind die Fortschritts-, Innovations- und Leistungskräfte Deutschlands
28 nach wie vor sichtbar. Das zeigen die zahlreichen "Hidden Champions" im
29 deutschen Mittelstand. Das zeigt unsere vielfältige und qualitativ
30 hochwertige Forschungs- und Wissenschaftslandschaft. Und das zeigen
31 erfolgreiche deutsche Startups und ihre Gründerinnen und Gründer. Sie alle
32 reichen aber offensichtlich nicht aus, um Deutschland in eine
33 Spitzenposition bei den Spitzentechnologien des digitalen Zeitalters zu
34 bringen.
- 35 Deshalb müssen die politischen Rahmenbedingungen verbessert werden. In den
36 vergangenen Jahren wurde schon viel Zeit verloren. Zu viel Energie wurde in
37 Diskussionen darüber verschwendet, ob eine jüngst von den Grünen geforderte
38 "Task Force" oder ein anderer ministerieller Flickenteppich besser für die
39 Gestaltung der Digitalisierung geeignet sei als ein offensichtlich dringend
40 notwendiges und seit Jahren überfälliges Digitalministerium. Oder darüber,
41 ob 1 MBit/s, 16 MBit/s oder 50 MBit/s eine ausreichende Geschwindigkeit für
42 ein "Breitbandnetz" sein können.
- 43 Umso größer ist nun der Handlungsdruck. Wenn wir allerdings wieder zur
44 Weltspitze gehören wollen, benötigen wir neben einer deutlichen
45 Verbesserung der Rahmenbedingungen für das digitale Zeitalter auch echte
46 "Durchbrüche": Spürbare Maßnahmen, von denen Tempo und Signalwirkungen für
47 die Digitalisierung und den technologischen Fortschritt in Deutschland
48 ausgehen. Dafür haben wir Freie Demokraten neun konkrete Vorschläge:
- 49 **1. Machen wir unsere Verwaltung zum Vorreiter in**

50 **Virtueller Realität!**

51 Der digitale Durchbruch gelingt nicht in einem analogen Staat. In unseren
52 Behörden gilt noch häufig Bismarck vor Bits und Bytes. Eine
53 Unternehmensgründung dauert in Deutschland oft über 14 Tage, und schon vor
54 Corona hat man alleine für einen Termin zur Kfz-Zulassung in Berlin drei
55 Wochen benötigt. Bei den heutigen technischen Möglichkeiten ist dieser
56 Zeitdiebstahl nicht mehr zu rechtfertigen. Noch deutlicher wurden die
57 Rückstände unserer Verwaltung bei der Abwicklung der Corona-Soforthilfen im
58 April: Während Nordrhein-Westfalen mit einem vollständig digitalen
59 Verfahren Hilfe in vielen Fällen nahezu sofort auszahlen konnte, lagen in
60 anderen Bundesländern Papierunterlagen monatelang unbearbeitet in den
61 zuständigen Stellen.

62 Wieso braucht man für eine Kfz-Zulassung noch einen Termin beim Amt? Wieso
63 kann ein Startup nicht mit einem Klick online angemeldet werden? Wieso
64 können Betrüger den deutschen Staat darüber täuschen, ein Gewerbe
65 angemeldet zu haben? Wieso wird die analoge Ämervielfalt nicht digital in
66 einem Single-Gateway gebündelt? Vorreiter wie Estland zeigen, dass es geht.

67 Unser Vorschlag: Wir schaffen echte "**Virtuelle Verwaltungen**" mit
68 rechtssicheren Signaturen: Nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen, das
69 mit dem Wirtschafts-Service-Portal.NRW ein zentrales digitales
70 Dienstleistungsportal für die Wirtschaft einrichtet, wollen wir das Once-
71 Only-Prinzip zum Standard in der öffentlichen Verwaltung machen: Ein
72 zentraler Zugang zu allen Dienstleistungen mit Authentifizierungs- und E-
73 Payment-Funktion, so dass Daten nicht immer wieder erneut angegeben werden
74 müssen. Schon Ende des kommenden Jahres sollen alle überhaupt noch
75 notwendigen Amtsgänge virtuell möglich sein – über zentrale Portallösungen,
76 die Dienstleistungen mit digitalen, medienbruchfreien Verfahren erreichbar
77 machen, durch das Once-Only-Prinzip Statistikpflichten verringern und damit
78 Unternehmen von Bürokratie entlasten.

79 Und in die nächste technologische Innovation in den Behörden wollen wir
80 jetzt auch einsteigen: Die öffentlichen Verwaltungen in Deutschland
81 vergeben gemeinsam Aufträge für die Forschung und Entwicklung von "Virtual
82 Reality" bzw. "Augmented Reality" im Behördenwesen. Durch Kooperation und
83 übertragbare Pionierprojekte wie bei den "Digitalen Modellregionen" in
84 Nordrhein-Westfalen wollen wir so **vom Nachzügler beim E-Government zur**
85 **Avantgarde beim Virtual Government** werden.

86 Erfolgversprechende Entwickler und Startups existieren in Deutschland
87 bereits. Von einem solchen Programm könnte ein zusätzlicher Impuls für die
88 IT- und Startup-Szene ausgehen. Wenn der Staat dann wie jüngst in der

89 Corona-Krise binnen kürzester Zeit massenhaft Hilfsanträge bearbeiten muss,
90 verfügen wir über ein funktionierendes und rechtssicheres digitales
91 Verwaltungssystem, das den Staat in jeder Hinsicht handlungsfähig macht.

92 **2. Nutzen wir die Chancen der Digitalisierung für unser** 93 **Bildungssystem!**

94 Die Corona-Pandemie hat wie mit einem Brennglas gezeigt, dass die
95 Modernisierung unseres Bildungswesens über Jahre verschleppt wurde: Schulen
96 und Kitas waren über Monate geschlossen. Oft wurden keine digitalen
97 Alternativen angeboten. Eigeninitiativen engagierter Lehrerinnen und Lehrer
98 wurden gelegentlich sogar ausgebremst. Viele Bundesländer sind mit
99 Öffnungsstrategien nicht vorangekommen, marode Schulgebäude erschweren die
100 Umsetzung von Hygienekonzepten. Digitale Lehrmittel und Technologien
101 fehlen. Das muss sich sofort ändern: Denn Bildungschancen haben sich gerade
102 dort zusätzlich verringert, wo Bildungsarmut bereits verbreitet war.

103 Wir Freie Demokraten fordern deshalb, dass Bund und Länder intensiver
104 kooperieren und **massiv in digitale Bildung investieren**: Moderne IT, Aus-
105 und Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer, digitale Lehr- und
106 Lernmethoden, Glasfaser und leistungsfähiges W-LAN. Unsere Schulen sollen
107 die modernsten der Welt sein. Dafür müssen wir Weltspitze bei
108 Bildungsinvestitionen werden.

109 **3. Schließen wir die digitale Spaltung schon in der** 110 **Schule!**

111 Der Digital-Index der Initiative D21 zeigt, dass Deutschland noch immer
112 digital gespalten ist: Bei unteren Haushaltsnettoeinkommen zwischen 1.000
113 und 2.000 Euro liegt der Digitalisierungsgrad bei 42 Prozent, bei Einkommen
114 über 3.000 Euro bei fast 70 Prozent. Einen wirklichen Durchbruch bei der
115 Digitalisierung erreichen wir aber nur, wenn alle Menschen mit dabei sind.

116 Die digitale Spaltung wird am besten schon in der Schule bekämpft. Wir
117 schlagen vor, dass nach Vorbild Nordrhein-Westfalens **Laptops oder Tablets**
118 **als Lernmittel für wirtschaftlich benachteiligte Kinder** zur Verfügung
119 gestellt werden. Damit wird nicht nur ein wichtiger Beitrag zur
120 Chancengerechtigkeit geleistet, sondern auch zur Digitalisierung.

121 **4. Gründen wir die Deutsche Digital-Universität!**

122 Es ist kein Zufall, dass mit Apple, Facebook, Google und Co. zahlreiche
123 unternehmerische Digitalisierungstreiber der vergangenen Jahrzehnte im
124 Umfeld amerikanischer Elite-Hochschulen entstanden sind. Keine Frage:

125 Deutschland verfügt in der Breite über eine starke und vielfältige
126 Hochschullandschaft. In der Spitze ist jedoch noch Luft nach oben. In
127 einschlägigen internationalen Vergleichen erscheinen die besten deutschen
128 Universitäten ab Platz 30. Insbesondere im IT- und Technologiesektor fallen
129 ganz oben immer die gleichen Namen: MIT, ETH, Oxford. Die letzteren beiden
130 zeigen, dass Elite auch ein europäischer Anspruch sein kann.
131 Schauen wir also über manche Bedenken und althergebrachte Strukturen
132 hinaus: Wir schlagen vor, eine **Deutsche Digital-Universität** zu gründen.
133 Nach Vorbild der ETH Zürich kann diese in Trägerschaft des Bundes
134 eingerichtet werden und mit allen Voraussetzungen für eine weltweit
135 konkurrenzfähige Spitzeninstitution ausgestattet werden. Die beiden
136 Universitäten der Bundeswehr zeigen, dass besondere Wege möglich sind. Auch
137 eine gemeinsame Trägerschaft von Bund und Ländern wäre denkbar. Durch
138 Forschungsverbünde mit den anderen deutschen Top-Hochschulen im MINT-
139 Bereich wie LMU und TU München, Karlsruhe Institute of Technology, DFKI, TU
140 Berlin oder RWTH Aachen können Synergien geschaffen und gemeinsame
141 Zukunftsprojekte vorangetrieben werden. Unser Anspruch sollte sein, dass
142 "MIT", "ETH" und künftig die "DDU" in einem Atemzug genannt werden, wenn es
143 um die TOP10-Hochschulen weltweit geht.

144 **5. Setzen wir nach Anschnallgurt und Airbag auf Apps für** 145 **sichere individuelle Mobilität!**

146 Individuelle Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Viele
147 Bürgerinnen und Bürger sind in ihrem Alltag auf das Auto angewiesen. Viele
148 brauchen es, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Für viele
149 ist es auch eine Frage der Freiheit. Der moderne, sichere und
150 klimaschonende Ausbau der individuellen Mobilität ist deshalb eine wichtige
151 Zukunftsaufgabe. Die Herausforderungen sind groß. Ein zentraler Aspekt: Im
152 vergangenen Jahr sind in Deutschland über 3.000 Menschen im Straßenverkehr
153 ums Leben gekommen. Über 380.000 wurden bei Verkehrsunfällen verletzt. Das
154 ist unhaltbar. Denn die Technologien zur Überwindung dieses Zustands sind
155 längst vorhanden.

156 Ideologische Debatten über Antriebssysteme oder Symbole wie das Tempolimit
157 binden Energie für echte Zukunftsstrategien. 93 Prozent der Verletzten und
158 87 Prozent der Unfalltoten sind bei Unfällen innerorts und auf Landstraßen
159 zu beklagen. Tempolimits helfen nicht. Heute sind Anschnallgurt und Airbag
160 im Auto **Selbstverständlichkeiten. Das muss auch für Apps und digitale**
161 **Technologien zur Unfallvermeidung** gelten. Bund, Länder, Automobilbranche
162 und Forschungseinrichtungen könnten gemeinsam Standards und Zeitplan für
163 einen "**Masterplan Auto-App**" setzen: Digitale Bremssysteme, Autonome

164 Steuerungstechnik, Abbiegeassistenten. Schaffen wir eine Vision: Im Jahr
165 2030 gibt es keine Verkehrstoten mehr! Deutschland kann so nicht nur
166 Vorreiter in sicherer individueller Mobilität werden, sondern auch den
167 Automobil- und Technologiestandort stärken.

168 **6. Beschleunigen wir mit Gigabit-Gutscheinen den Ausbau** 169 **der Gigabit-Netze!**

170 Beim **Ausbau einer hochleistungsfähigen digitalen Infrastruktur kommt**
171 **Deutschland nicht voran.** Bei der Verbreitung von Glasfaseranschlüssen
172 liegen wir im OECD-Vergleich mit rund vier Prozent abgeschlagen auf den
173 hintersten Plätzen. An der Spitze liegen Südkorea und Japan mit 83 und 80
174 Prozent, aber auch in Europa liegen etwa Schweden, die baltischen Staaten
175 oder Spanien weit vor uns. Auch mobil spielt Deutschland im Gigabit-
176 Zeitalter nicht vorne mit. Südkorea, die Schweiz und die USA gehören hier
177 zu den TOP5.

178 Die langjährige öffentliche Förderung nicht zukunftsfähiger Technik wie
179 Kupferkabel und bürokratische Förderprogramme tragen einen großen Teil zu
180 dieser Lage bei. Öffentliche Investitionsprogramme wurden zwar mit
181 nennenswerten Mitteln ausgestattet, viele Fördermittel werden aber gar
182 nicht abgerufen. Die Rahmenbedingungen für private Investitionen sind nicht
183 optimal gestaltet. Wir Freie Demokraten schlagen deshalb **Gigabit-Gutscheine**
184 für alle kleinen und mittleren Unternehmen sowie Privathaushalte vor. Das
185 wäre eine unbürokratische Möglichkeit, die Nachfrage nach Gigabit-
186 Anschlüssen zu stärken und den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen
187 effektiv und unkompliziert zu beschleunigen.

188 **7. Bauen wir eine Stiftung für Künstliche Intelligenz** 189 **auf!**

190 In den TOP 40 des "AI Research Ranking", das weltweit die im Bereich der
191 **Künstlichen Intelligenz (KI) führenden Forschungsinstitutionen und**
192 **Unternehmen** untersucht, landen 26 Einrichtungen aus den USA, drei aus dem
193 Vereinigten Königreich, jeweils zwei aus China, Kanada, Südkorea und der
194 Schweiz, jeweils eine aus Frankreich, Israel und Japan. **Keine aus**
195 **Deutschland.** Dabei sehen 79 Prozent der in einer Deloitte-Studie befragten
196 deutschen Unternehmen KI bereits heute als sehr wichtig oder sogar
197 erfolgskritisch an. Die Bedeutung dieser Technologie geht jedoch darüber
198 hinaus: Sie durchdringt zunehmend unsere gesamte Alltagswelt. Die
199 "Fraunhofer-Allianz Big Data und Künstliche Intelligenz" spricht von einer
200 "Zeitenwende".

201 Wer in der Zukunft an der Spitze mitspielen will, muss zur Spitze bei KI
 202 werden. Sehr gute Ausgangspunkte existieren bereits, etwa mit dem Deutschen
 203 Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz, das seinen Hauptsitz in
 204 Kaiserslautern hat. Um diese und weitere in Deutschland vorhandene Stärken
 205 zu bündeln, Synergien zu schaffen und Anreize für die intensivere Forschung
 206 und Entwicklung einer der wohl wichtigsten Zukunftstechnologien auszubauen,
 207 schlagen wir die Gründung einer "**Stiftung Künstliche Intelligenz**" vor. Bund
 208 und Länder investieren jeweils 100 Millionen Euro als Stiftungskapital,
 209 weitere 100 Millionen Euro könnten von Unternehmen und Sponsoren
 210 eingeworben werden. Die Stiftung soll gezielt in die Entwicklung konkreter
 211 KI-basierter Dienste und Technologien zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger
 212 und des Mittelstands sowie zur Modernisierung der Verwaltung investieren.
 213 Dadurch könnten auch starke Impulse auf die Forschungs- und Startup-
 214 Landschaft ausgehen. Ein erster Schritt könnte dabei etwa die Entwicklung
 215 **KI-gestützter Steuersoftware** sein. Das Potential ist riesig: Millionen
 216 Menschen investieren jährlich enorme zeitliche Ressourcen in ihre
 217 Steuererklärungen. Mit KI könnte aus der komplizierten und
 218 nervenaufreibenden die smarte und moderne Steuererklärung werden.

219 **8. Schaffen wir eine Sondergründungszone der EU!**

220 Unternehmensgründungen sind ein Treibstoff für Innovationen, Wohlstand und
 221 neue Beschäftigung. Sie stärken nicht nur den Wettbewerb, sie beschleunigen
 222 Transformationsprozesse und können sich auf den gesellschaftlichen
 223 Fortschritt auswirken. Startups können die Welt verändern! Die Startup- und
 224 Gründungsszene in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren gut
 225 entwickelt. Aber auch hier schafft es Deutschland nicht in die TOP 5. Der
 226 Vorsprung von Silicon Valley und Co. bei Taktgebern und "Unicorns"
 227 (Startups mit Marktwerten über einer Mrd. Dollar) wird immer größer. Das
 228 hat Auswirkungen auf Systemführerschaften, Liefer- sowie
 229 Wertschöpfungsketten und schafft Abhängigkeiten.

230 Drei Fragen: Warum machen wir die **Chancen von Startups nicht zum**
 231 **europäischen Projekt**? Warum nutzen wir die von einer starken
 232 Gründungsdynamik ausgehenden Impulse nicht als das neue Wachstums- und
 233 Beschäftigungsprojekt für Europa? Und warum investieren wir nicht mehr
 234 Mittel der EU in echte europäische Projekte? Wir schlagen vor, eine
 235 **Sondergründungszone der EU** ins Leben zu rufen: Keine Bürokratie, top
 236 Infrastruktur, beste Förderung von Spitzenforschung. Mit Vollstipendien
 237 holen wir dort die 1.000 besten Köpfe Europas und die 1.000 besten Köpfe
 238 weltweit zusammen. Viele engagierte und leistungsbereite junge Menschen,
 239 die z.B. in Hongkong nicht mehr sicher sind oder sich in den USA aktuell

240 nicht Willkommen fühlen, können in Europa eine neue Heimat finden. Und
241 Innovationen, Technologien und Wohlstand der Zukunft vorantreiben. Nicht
242 einmal ein Prozent der EU-Zuschüsse aus dem Corona-Konjunkturpaket würde
243 dieses Europäische Zukunfts- und Spitzenprojekt möglich machen. Trauen wir
244 uns! Hier liegen die Zukunftschancen gerade auch der industriell schwächer
245 aufgestellte Regionen der Europas.

246 **9. Machen wir Europa digital souverän!**

247 Egal ob bei der Nutzung digitaler Infrastruktur, digitaler Services oder
248 Plattformen: Wenn wir digital unterwegs sind, passiert das überwiegend mit
249 oder auf Produkten von US-amerikanischen oder asiatischen Anbietern. Unsere
250 europäischen Ansprüche an Sicherheit, Datensicherheit oder der
251 Persönlichkeitsschutz der Menschen treten dabei zu häufig in den
252 Hintergrund. Denn im globalen, digitalen Systemwettbewerb findet Europa
253 kaum statt. Wenn wir grundlegende europäische Werte wie Freiheit,
254 Demokratie und Bürgerrechte auch in einer zunehmend digitalisierten und
255 datengetriebenen Welt aufrecht erhalten wollen, dann dürfen wir uns nicht
256 weiter in Abhängigkeiten begeben, bei denen nicht sichergestellt ist, dass
257 diese Werte denselben Stellenwert einnehmen. **Nur wer souverän ist, kann
258 sich auch selbstbestimmt global vernetzen und kooperieren.**

259 Darüber hinaus geht es auch um die Zukunftsfähigkeit des digitalen
260 Binnenmarktes sowie des europäischen Wirtschaftsstandortes insgesamt. Vor
261 allem geht es aber um Alltagserleichterungen für die Menschen. **Deshalb
262 wollen wir Europa digital souverän machen.** Dafür brauchen wir erstens
263 infrastrukturelle Grundlagen. Denn nicht erst seit den Debatten um Huawei
264 oder Gaia-X steht die Frage im Raum: Wie machen wir uns möglichst
265 unabhängig? Und wie schaffen wir es im globalen Wettbewerb mitzuhalten?
266 Dafür sollten wir unseren innovativen Mittelstand und unser eigenes Know-
267 How – denn daran mangelt es uns nicht – für IT-Sicherheit "made in Europe"
268 zur globalen Standardsetzung und Resilienz unserer Systeme nutzen. Zweitens
269 wollen wir durch digitale Bildung den Menschen von Kindesbeinen an
270 entsprechende digitale Kompetenzen mit an die Hand geben. Und drittens
271 wollen wir eine Weiterentwicklung des Datenschutzes. Denn im Sinne der
272 digitalen Souveränität sollen – vereinfacht gesagt – die Menschen geschützt
273 und befähigt werden – nicht abstrakte Daten. Datenschutz nach dem heutigen
274 Verständnis kann das nicht leisten. Denn umfassender Datenschutz heißt
275 nicht, nur der Verwendung von Daten zu widersprechen. Stattdessen muss die
276 Souveränität des Einzelnen über seine Daten im Mittelpunkt stehen. Deshalb
277 brauchen wir ein Bekenntnis für mehr Selbstbestimmung des Einzelnen über
278 seine Daten, einen konsequenten Anonymisierungs-Ansatz für

- 279 maschinengenerierte Daten und einen europäischen Rechtsrahmen für
280 Datentreuhänder.
- 281 **Machen wir uns heute fit für den Wettbewerb um die Spitzenpositionen für**
282 **das digitale Zeitalter.** Für Beschäftigung, Fortschritt, Wertschöpfung und
283 Wohlstand von morgen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A6009: Technologieoffene Forschung unterstützen - verantwortungsvoller Umgang mit atomaren Reststoffen für zukünftige Generationen

Antragsteller/in: LV Thüringen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Technologieoffene Forschung unterstützen -**
2 **verantwortungsvoller Umgang mit atomaren**
3 **Reststoffen für zukünftige Generationen**

4 Die Bundesrepublik Deutschland darf sich seiner Verantwortung auf dem Feld
5 der Kernenergieforschung und -entwicklung nicht entziehen und muss sich
6 weiterhin an Möglichkeiten zur Reduzierung von Atommüll und anderen
7 Altlasten der Kernenergiegewinnung sowie radioaktivem Abfall aus der
8 zivilen Anwendung von Kerntechnik aus Medizin, Industrie und Forschung
9 beteiligen. Hierzu gehört insbesondere die Erforschung und Entwicklung
10 neuer Technologien, welche den Umgang mit dem bestehenden Atommüll
11 ermöglichen. Denn zur Forschung gehört auch der Umgang mit Altlasten und
12 Atommüll, welche durch eine eigene Strategie geklärt werden muss.

13 Eine solche Strategie muss dabei folgende Punkte aufweisen:

- 14 1. Ein zeitlicher, finanzieller und technischer Fahrplan zum Erhalt von
15 Forschungs- und Entwicklungskapazitäten im Bereich der
16 Kernenergieerzeugung, wobei die einzelnen Bundesländer explizit mit
17 einzubeziehen sind,
- 18 2. Belastbare Aussagen zu Forschung und Entwicklungsstandorten für neue
19 Technologien zum Umgang mit atomaren Reststoffen,
- 20 3. Aufbereitung und Vermittlung wissenschaftlicher Informationen über die
21 Thematik Kernenergieerzeugung und die Entsorgungsproblematik,
- 22 4. Eine Abschätzung des Technologiepotenzials und die Ermittlung von
23 möglichen Effekten zur Reduktion der Endlagersuchproblematik,
- 24 5. Die Initiierung eines europäischen/globalen Projekts zur Ergründung
25 neuer Möglichkeiten im Umgang mit atomaren Reststoffen.

Begründung

In Deutschland werden nach Prognosen des Bundesamtes für Strahlenschutz in den kommenden Jahrzehnten bis 2050 radioaktive Abfälle in einem Umfang bis zu 400.000 m³ (100.000 m³ stark radioaktiv bzw. 297.000 m³ schwach und mittel radioaktiv) anfallen (Prognose ohne die aus der Schachanlage Asse zurückzuholenden Bestände) (Quelle: Abschlussbericht der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe, S. 105 ff.; abrufbar unter https://www.bundestag.de/resource/blob/434430/bb37b21b8e1e7e049ace5db6b2f949b2/drs_268-data.pdf). Der Ausstieg aus der Kernenergieverstromung in Deutschland darf nicht gleichbedeutend sein mit einem Ausstieg aus der Forschung. Denn neben der weiterhin stattfindenden zivilen Nutzung der Kerntechnik z.B. in der Medizin und Industrie wird der Rückbau von vorhandenen Kernkraftwerken noch mehr als 40 Jahre in Anspruch nehmen. Dieser muss von Fachkräften betreut werden, welche auch in Zukunft noch auszubilden sind. Der Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung innerhalb Deutschlands umfasst rund 24,1 Milliarden Euro. Ob diese Summe ausreichen wird, die Endlagerung die nächsten Jahrtausende zu decken, ist dabei nicht abzusehen. Zur Generationengerechtigkeit gehört es auch, ständig nach neuen Lösungen für die bestehenden Probleme zu suchen. Die Einlagerung von Material kann dabei nur das letzte Mittel sein. Neue Technologien bieten theoretisch die Möglichkeit, Strahlung und Energie etwa aus verwendeten Brennstäben zu extrahieren und so ihre Halbwertszeit und Strahlungsintensität deutlich zu reduzieren. Auf diese Weise reduzieren sich die benötigten Endlagerkapazitäten erheblich und die Abfälle müssen nicht über Jahrtausende hinweg eingelagert und entsprechend überwacht werden. Eine Forcierung von Forschungsbemühungen hilft dabei, diese Technologien weiter zu fördern und eine realistische Zukunftsperspektive aufzuzeigen. Um dies zu ermöglichen, müssen jedoch Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in der Kernphysik erhalten bleiben.

Auf diese Weise kann die Bundesrepublik Deutschland auch ihrer internationalen Verantwortung, insbesondere im Rahmen von EURATOM, gerecht werden. Weltweit werden nach wie vor neue Kernkraftwerke gebaut und in Betrieb genommen. Global lag der Bestand an radioaktiven Abfällen im Jahr 2015 bei rund 27,38 Mio. m³ (Quelle: IAEA 2019, abrufbar unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/279157/umfrage/atommuellmenge-nach-entstehung-weltweit/>) Deutschland kann durch seine Mitgliedschaft in internationalen Organisationen weiterhin auf einen hohen Sicherheitsstandard dieser Kraftwerke hinarbeiten und durch technische Expertise ‚Made in Germany‘ direkt Einfluss auf die Errichtung, den Umbau- wie auch Rückbau von Atomanlagen nehmen. Dies ist auch aufgrund der internationalen Folgewirkung von Unfällen notwendig. Deutsche Ingenieure können so direkt auf die Sicherheit von Kraftwerken weltweit einwirken und diese erhöhen.

Letztendlich muss auch der Rückbau von Kernkraftwerken stattfinden, welche sich momentan noch im Bau oder Planung befinden. Hier entsteht ein neues Betätigungsfeld, welches durch modernste Technologie ‚Made in Germany‘ weltweit abgedeckt werden

kann. Dadurch würden Ingenieure und Unternehmen aus der Bundesrepublik eine Vorreiterrolle beim Rückgang der Belastung durch atomare Reststoffe für Natur und Umwelt weltweit einnehmen.

Antrag A7001: Denken wir groß

Antragsteller/in: KV Weilheim, KV Pfaffenhofen, KV Fürstenfeldbruck, KV Bad Tölz-Wolfratshausen, KV Oberallgäu, KV Altötting, KV Eichstätt, KV München-Land, KV Lindau, KV Landsberg

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Denken wir groß

- 2 Der Bundesvorstand wird beauftragt, eine Projektgruppe "Denken wir groß" zu
- 3 initiieren und die Teilnehmer zu bestimmen. Aufgabe der Projektgruppe ist
- 4 es, mit den Parteigliederungen eine Reformagenda in allen Politikbereichen
- 5 zu erarbeiten und damit eine neue Vision für Deutschland zu entwickeln.

Begründung

Die FDP und die deutsche Politik brauchen eine Neuausrichtung. Die Welt dreht sich immer schneller, aber die deutsche Politik hält mit dem Tempo nicht Schritt. So hilfreich die ruhige Hand im Kanzleramt in der Außenpolitik war, so fatal wirkt sie sich in der Innenpolitik aus. Die Stimmen der Extremisten finden Gehör, weil die demokratische Mitte ihre Hausaufgaben nicht macht. Wie auch immer die nächste Bundestagswahl ausgehen wird, wir sind nicht vorbereitet.

Die FDP ist die Reformpartei in Deutschland. Und diesem Anspruch muss sie gerecht werden.

Die FDP war die erste Partei, die vor einem halben Jahrhundert den **Umweltschutz** auf die politische Agenda gesetzt hat. Leider haben wir das Thema nicht konsequent weiterverfolgt.

Die FDP war die erste Partei, die 1994 das **Bürgergeld** in ihr Wahlprogramm aufgenommen hat. Bis heute ist es uns nicht gelungen, das Bürgergeld in Regierungshandeln umzusetzen. Die hilfeschuchenden Menschen sind von dem sozialbürokratischen Irrgarten überfordert, aber wir kommentieren dies lediglich von den besseren Zuschauerplätzen aus. Als die SPD 2018 begann das Thema Bürgergeld zu entdecken, hat der Bundesvorstand nur mit allgemeiner Abwehrrhetorik reagiert. Stattdessen hätten wir dies als Einstieg in die Debatte um eine gemeinsame Erneuerung der Sozialpolitik aufgreifen müssen.

Die FDP war die erste Partei, die das höchst komplizierte **Steuersystem** grundlegend bis zu einem neuen Einkommenssteuergesetz überarbeitet hat. Vor etwa 20 Jahren hatte die

FDP mit Union und Grünen, sowie Wissenschaft und Wirtschaft eine starke Mehrheit für eine Kernsanierung des Systems. Wir sind dann leider in Diskussionen über Steuersätze und Ministerposten vom Kurs abgekommen.

Nach der Niederlage 2013 hat uns der Mut verlassen. Statt groß zu denken und noch entschlossener zu handeln, verlieren wir uns im Twitter-Klein-Klein. Die FDP ist nicht wegen ihrer Inhalte abgewählt worden, sondern weil sie diese nicht realisieren konnte. Das alte Modell der FDP, ihre Themen als Königsmacher in Koalitionsverhandlungen durchzusetzen, ist nicht mehr tragfähig. Sowohl 2009 als auch 2017 sind wir damit gescheitert.

Es geht in einer dem Land dienlichen Politik nicht vorrangig um klare Kante und scharfe Worte, nicht um Abgrenzung und Ausgrenzung. Die FDP war immer dann stark, wenn sie sich einer gewissenhaften Programmatik gewidmet hat. Die Freiburger Thesen von 1971, die Kieler Thesen von 1977 und die vor rund zwei bis drei Dekaden entwickelte Reformagenda bleiben die liberalen Leuchttürme, die Maßstäbe gesetzt haben.

Die zukünftige Aufgabe der FDP in der politischen Mitte wird es sein, die Kräfte der Demokratie zu integrieren und zu bündeln. Die FDP muss eine neue Rolle in der Politik übernehmen – vom Königsmacher zum Koalitionsmacher, vom Mahner zum Moderator. Die deutsche Politik muss die mehr als überfälligen Reformen gemeinschaftlich anpacken. Der FDP kommt hierbei eine neue Rolle als Integrator zu.

Dazu erarbeitet die FDP grundlegende Konzepte in allen Politikfeldern und entwickelt eine neue Vision für Deutschland. Die Messlatte ist das liberale Steuerkonzept mit dem fertigen Gesetzestext.

Starten wir das Projekt "Denken wir groß"!

www.denken-wir-gross.org

Antrag A7002: Führungstandems in Fachausschüssen ermöglichen

Antragsteller/in: FDP BV Friedrichshain-Kreuzberg

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Führungstandems in Fachausschüssen ermöglichen

- 2 Wir Freie Demokraten sprechen uns dafür aus, dass gemischtgeschlechtliche
- 3 Tandems für den Vorsitz der Fachausschüsse im Bund antreten bzw. durch die
- 4 vorschlagsberechtigten Gremien nominiert werden können. Diese Option wird
- 5 zunächst auf die Dauer von insgesamt zwei Amtszeiten begrenzt und
- 6 anschließend evaluiert. Alle Tandems werden dabei unterstützt, sich
- 7 fortlaufend im Sinne von Best Practice über ihre Erfahrungen auszutauschen.

Begründung

Das Bundespräsidium der Freien Demokraten hat Anfang 2018 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Maßnahmen entwickeln soll, um Parteiarbeit für Frauen attraktiver zu machen. Hierzu wurde eine umfassende Befragung unter allen weiblichen Mitgliedern durchgeführt. Neben Instrumenten wie Qualifizierung, Mentoring, Netzwerken und Digitalisierung von Prozessen wurde ein Aspekt, der zu einer größeren Beteiligung führen würde, besonders häufig genannt: weibliche Vorbilder. Es ist wissenschaftlich gut erforscht, dass sichtbare Vorbilder (Role Models) einen positiven Einfluss auf Karrieren von Frauen haben. In einer liberalen Partei scheint dies - zum Beispiel im Gegensatz zu starren und einheitlichen Vorgaben durch Dritte - ein probates Mittel, da ein positiver Ansatz verfolgt und das Individuum "empowert" wird.

Frauen sind in der FDP auf allen Ebenen in der Mitgliedschaft, in den Parlamenten und den parteiinternen Gremien unterrepräsentiert. Ausschließlich über die Verfahren zur Besetzung unserer Parteiämter bestimmen die Mitglieder (bzw. Delegierten) selbst und in Ausverhandlung von verschiedenen Standpunkten, wie Personal ausgewählt wird. Wenn das Ziel verfolgt werden soll, Frauen sichtbar zu machen, wäre die Einführung von bzw. die Option zu Doppelspitzen in Fachausschüssen ein geeignetes Mittel, ohne dabei Männer zu diskriminieren. Doppelspitzen haben gerade auf den Ebenen der Partei, wo überwiegend rein ehrenamtliche Liberale sich für die Partei engagieren, den Vorteil von Arbeitsteilung. Dem möglicherweise erhöhten Kommunikationsbedarf innerhalb der Tandems steht eine erhöhte zeitliche Verfügbarkeit und höhere Binnendiversität

gegenüber. Aktuelle Forschung zeigt zudem, dass - anders als zum Beispiel bei den Grünen praktiziert - die Freiwilligkeit und die Fähigkeit zur Zusammenarbeit bei der Zusammensetzung einer Doppelspitze für den Erfolg maßgeblich ist. Deswegen wird auch nicht eine Doppelspitze vorgeschlagen, sondern festen Tandems die Möglichkeit zur Kandidatur eröffnet.

Hintergrund: Auf Bundesebene sitzt einem von 16 Bundesfachausschüssen eine Frau vor (6,25 Prozent). Die deskriptive Repräsentation von Frauen ist dabei nicht gleichzusetzen mit substanzieller (qualitativer) oder auch symbolischer Repräsentation, ist aber ein Indikator für strukturelle Barrieren.